



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

53. Sitzung

7. Wahlperiode

---

Donnerstag, 13. Dezember 2018, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

**Inhalt**

	Elisabeth Aßmann, SPD .....	6, 17
	Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV .....	7, 18
	Minister Mathias Brodkorb .....	9
	Jürgen Strohschein, AfD .....	10
	Holger Kliewe, CDU .....	13
Fragestunde	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE .....	14, 20
– Drucksache 7/2944 – .....	Dr. Gunter Jess, AfD .....	16
	Thomas de Jesus Fernandes, AfD .....	17
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE .....	Nikolaus Kramer, AfD .....	20
Ministerin Katy Hoffmeister .....	Dr. Ralph Weber, AfD .....	20
Dirk Lerche, AfD .....		
Minister Harry Glawe .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	21
Karen Larisch, DIE LINKE .....		
Minister Christian Pegel .....		
	Antrag der Fraktion der AfD	
<b>Änderung der Tagesordnung</b> .....	<b>Präventivhaft gegen terroristische Straftaten</b>	
	– Drucksache 7/2902 – .....	21
	Nikolaus Kramer, AfD .....	21, 31, 32
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU	Minister Lorenz Caffier .....	23
<b>Insektenfreundliche LEDs fördern</b>	Peter Ritter, DIE LINKE .....	24
– Drucksache 7/2910 – .....	Manfred Dachner, SPD .....	26, 33
	Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV .....	27
Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV	Ann Christin von Allwörden, CDU .....	28
<b>Insektenforschung ernst nehmen:</b>	Holger Arppe, fraktionslos .....	29
<b>Insektenstudie für Mecklenburg-</b>	Horst Förster, AfD .....	29
<b>Vorpommern auf den Weg bringen</b>	Philipp da Cunha, SPD .....	32
– Drucksache 7/2906 – .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	33

<b>Änderung der Tagesordnung</b> .....	33	Torsten Renz, CDU .....	63
		Jochen Schulte, SPD .....	63
		<b>B e s c h l u s s</b> .....	65
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
<b>Verantwortung für das Mecklenburgische</b>			
<b>Staatstheater konsequent wahrnehmen</b>			
– Drucksache 7/2865 – .....	33	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
		<b>Konsolidierungsvereinbarungen</b>	
		<b>im Land weiterentwickeln</b>	
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE .....	33, 36, 44	– Drucksache 7/2899 – .....	65
Ministerin Birgit Hesse .....	35, 36, 41	Jeannine Rösler, DIE LINKE .....	66, 71
Jörg Kröger, AfD .....	36, 44	Minister Lorenz Caffier .....	66, 70
Ann Christin von Allwörden, CDU .....	37	Dirk Lerche, AfD .....	68
Christian Brade, SPD .....	38, 39	Martina Tegtmeier, SPD .....	69
Henning Foerster, DIE LINKE .....	39	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV .....	69, 72
Sebastian Ehlers, CDU .....	42	Marc Reinhardt, CDU .....	71
<b>B e s c h l u s s</b> .....	45	<b>B e s c h l u s s</b> .....	72
<b>Erweiterung der Tagesordnung</b> .....	45	<b>Erweiterung der Tagesordnung</b>	
		<b>gemäß § 74 GO LT</b> .....	73
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD			
<b>Sicherungssysteme für Landwirtschafts-</b>			
<b>unternehmen zum Ausgleich von Witterungs-,</b>			
<b>Seuchen- und Marktrisiken unterstützen</b>			
– Drucksache 7/2912 – .....	45	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	
		(zur Geschäftsordnung) .....	73
		Torsten Renz, CDU	
		(zur Geschäftsordnung) .....	73
Holger Kliewe, CDU .....	45, 50	<b>B e s c h l u s s</b> .....	73
Minister Mathias Brodtkorb .....	46	Unterrichtung durch die Landesregierung	
Sandro Hersel, AfD .....	47	<b>Integrierter Landesverkehrsplan</b>	
Elisabeth Aßmann, SPD .....	48	<b>Mecklenburg-Vorpommern (ILVP M-V)</b>	
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE .....	48	– Drucksache 7/2846 – .....	73
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV .....	50	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE .....	74
<b>B e s c h l u s s</b> .....	50	Minister Christian Pegel .....	75
		Stephan J. Reuken, AfD .....	78
Antrag der Fraktion der AfD			
<b>Privatschulen zur Einhaltung des</b>			
<b>Beutelsbacher Konsenses anhalten</b>			
– Drucksache 7/2901 – .....	51	Dietmar Eifler, CDU .....	78
		Jochen Schulte, SPD .....	79
		<b>B e s c h l u s s</b> .....	80
Christoph Grimm, AfD .....	51, 59, 64	 	
Ministerin Birgit Hesse .....	54	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	
Karen Larisch, DIE LINKE .....	55, 65	<b>Bedarfe für Humanmedizin prüfen</b>	
Marc Reinhardt, CDU .....	58	– Drucksache 7/2913 – .....	81
Holger Arppe, fraktionslos .....	58	Änderungsantrag der Fraktion der AfD	
Susann Wippermann, SPD .....	59	– Drucksache 7/2959 – .....	81
Jörg Kröger, AfD .....	60, 61		
Peter Ritter, DIE LINKE .....	61		
Horst Förster, AfD .....	62		

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 7/2976 – ..... 81

Sebastian Ehlers, CDU ..... 81, 90

Minister Harry Glawe .....82, 83, 89

Dr. Ralph Weber, AfD ..... 83

Dr. Gunter Jess, AfD ..... 83

Dirk Stamer, SPD ..... 85

Torsten Koplín, DIE LINKE ..... 86, 90

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV ..... 88

B e s c h l u s s ..... 91

**Änderung der Tagesordnung** ..... 92

## Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV

**Computerspielsucht – Präventionsarbeit an Schulen erhöhen**

– Drucksache 7/2908 – ..... 92

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV ..... 92, 99

Ministerin Birgit Hesse ..... 94

Jens-Holger Schneider, AfD ..... 95

Marc Reinhardt, CDU ..... 96

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE ..... 97

Nils Saemann, SPD ..... 98

B e s c h l u s s ..... 100

**Nächste Sitzung**

Freitag, 14. Dezember 2018 ..... 100

**Beginn: 9.01 Uhr**

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 53. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 7/2944 vor.

**Fragestunde**  
– **Drucksache 7/2944** –

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Guten Morgen! Guten Morgen, Frau Justizministerin! Ich frage:

1. Wie viele Bedienstete der JVA Bützow waren von wie vielen Bediensteten insgesamt zum Stichtag 5. Dezember 2018 krankgeschrieben oder fehlten aus anderen Gründen (auch Urlaub, Fortbildung et cetera)?

**Ministerin Katy Hoffmeister:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Bernhardt! Von 266 Bediensteten der JVA Bützow waren am 5. Dezember 2018 79 abwesend. Von diesen waren 49 erkrankt, 19 im Urlaub, 4 zur Fortbildung, 4 in Elternzeit, 2 abgeordnet und einer auf Dienstreise.

(Heiterkeit bei  
Peter Ritter, DIE LINKE: Wohin?)

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Darf ich eine Nachfrage stellen?

**Ministerin Katy Hoffmeister:** Bitte.

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Hat sich das in der letzten Woche noch mal verschlechtert, die Abwesenheitszeiten?

**Ministerin Katy Hoffmeister:** Also Sie haben nach dem 05.12. gefragt, diese Frage habe ich beantwortet. Wenn Sie weitere Fragen haben, zu anderen Stichtagen, bin ich natürlich gerne bereit, das nachzureichen.

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Ja, okay, nachreichen wäre schön.

Zweite Frage:

2. Wie sichert das Justizministerium derzeit die ordnungsgemäßen Abläufe in der JVA bei den hohen Krankenständen ab?

**Ministerin Katy Hoffmeister:** Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Bernhardt! Der Krankenstand ist ein Problemfeld in der JVA Bützow. Ich habe daher am 4. Dezember 2018 mit dem Anstaltsleiter und den Personalvertre-

tungen die Situation erörtert und mögliche Maßnahmen beraten. Es ist unser gemeinsames und vorrangiges Ziel, diesem Krankenstand nachhaltig entgegenzuwirken. Das Gespräch hat deutlich gemacht, dass, was wir bereits wussten oder vermutet haben, dass die Ursachen für den Krankenstand vielschichtig sind. Ich habe deshalb den Leiter der Bildungsstätte am 5. Dezember gebeten, eine Analyse der Krankenstände in allen Vollzugsanstalten seit 2016 nach Häufigkeit, durchschnittlicher Dauer, Aufgabenbereich und Tätigkeit vorzunehmen. Ein erstes Ergebnis soll uns dazu voraussichtlich Mitte Februar 2019 vorliegen. Wir werden den Bericht analysieren und sicherlich dann die notwendigen Schritte veranlassen.

Die Anstaltsleitung hat im Übrigen aufgrund der Erkenntnisse unverzügliche Maßnahmen eingeleitet. So wurden das betriebliche Eingliederungsmanagement intensiviert, alle Rahmenbedingungen bezüglich des Arbeitsschutzes und der Gefährdungsbeurteilung überprüft. Außerdem sollen durch ein intensives Gesundheitsmanagement die förderlichen Faktoren entwickelt und ausgebaut werden, um die Gesundheit der Mitarbeiter am Arbeitsplatz durch präventive Maßnahmen zu fördern. Spezielle Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter wie Supervisionen sollen gestärkt werden, hinsichtlich eines positiven Betriebsklimas werden die Führungskräfte aktiv geschult zu Themen des gesunden Führens und des Umgangs mit erkrankten Mitarbeitern. Hierzu werden in zielgerichteten vertieften Analysen alle Abteilungen und Fachbereichsleitungen zu Problemlagen befragt und diese Ergebnisse dann gemeinsam mit den Teams erörtert. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden in einem gemeinsamen Plan zur Reduzierung des Krankenstandes ihren Niederschlag finden.

Eines ist aber besonders wichtig mit Blick auf Ihre Frage: Die JVA Bützow ist sicher. Soweit erforderlich, werden zur Gewährleistung der organisatorischen Abläufe die Mitarbeiter flexibel und bereichsübergreifend – das erfordert eine hohe Einsatzbereitschaft der vorhandenen Mitarbeiter – eingesetzt. Ein Schreckensszenario herbeizureden, ist allerdings an dieser Stelle nicht sachgerecht und wird im Übrigen weder den Mitarbeitern, die mit großem Einsatz und Engagement ihren Dienstpflichten nachkommen und mit besten Kräften vorbildlich auch die krankheitsbedingten Vertretungsanteile bewältigen, noch den Erkrankten, die bestrebt sind, so schnell wie möglich eben auch wieder ihre Kollegen zu unterstützen, nicht gerecht.

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Eine Nachfrage: Ist es richtig, dass Einschusszeiten von 23 Stunden für eine Woche kürzlich in der JVA Bützow an der Tagesordnung waren?

**Ministerin Katy Hoffmeister:** Die Frage kann ich Ihnen so nicht hinreichend beantworten. Klar ist, dass am 05.12. die Freistunde für alle Gefangenen gewährleistet worden ist.

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Danke.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Dirk Lerche, Fraktion der AfD, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

**Dirk Lerche**, AfD: Guten Morgen, Herr Minister!

**Minister Harry Glawe**: Morgen, Herr Kollege!

**Dirk Lerche**, AfD:

- Wie ist der Stand der Dinge zur Bäderverkaufsverordnung in Bezug auf formale und inhaltliche Veränderungen?

**Minister Harry Glawe**: Sehr geehrter Kollege Lerche! Die Verhandlungen laufen zurzeit mit ver.di, es hat mehrere Verhandlungsrunden gegeben. Über den Inhalt ist Stillschweigen vereinbart worden, aber ich bin guter Hoffnung, dass wir die Gespräche Anfang nächsten Jahres sozusagen abschließend auf die Zielgerade kriegen. Damit können Sie davon ausgehen, dass die Bäderverkaufsregelung dann im Jahre 2019 neu gefasst wird.

**Dirk Lerche**, AfD: Danke.

- Wann ist mit einer Veröffentlichung der überarbeiteten Verordnung zu rechnen?

**Minister Harry Glawe**: Mit Saisonbeginn. Das Datum wird noch verhandelt, aber mit Saisonbeginn ist das vorgesehen und ich bin optimistisch, dass wir das Ziel auch halten.

**Dirk Lerche**, AfD: Danke.

**Minister Harry Glawe**: Bitte.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich sollte jetzt aufrufen den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Allerdings müsste ich dann ... In Vertretung Herr Pegel? Hierzu bitte ich die Abgeordnete Karen Larisch, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Guten Morgen, Herr Minister!

- Aus welchen Gründen schließt die Männer- und Gewaltberatungsstelle in Güstrow zum 31.12.2018?

**Minister Christian Pegel**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Larisch! Der Träger „Arche e. V. – für Frau und Familie“ teilte im Oktober 2018 den Kolleginnen und Kollegen die Schließung der Männer- und Gewaltberatungsstelle in Güstrow mit. Nach Aussage des Vereins liegt dieser Entscheidung ein einstimmiger Entschluss in der ordentlichen Mitgliederversammlung zugrunde, der sich auf betriebswirtschaftliche Gründe stützt.

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Okay, dann haben Sie die erste Nachfrage schon beantwortet. Kann ich eine zweite Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Wenn der Landesregierung dies seit Oktober aus oben genannten Gründen bekannt ist, warum hat sie nichts unternommen, um eine zeitnähere Lösung zu finden? Oktober ist ja auch schon ein bisschen her.

**Minister Christian Pegel**: Ich habe eine zweite Frage von Ihnen, die lautet: Warum konnte die Stelle bislang nicht neu besetzt werden?

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: In der Geschäftsordnung sind zu jeder Frage Nachfragen ...

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Nachfrage!

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: ... zulässig. Allerdings ist es ja so, dass Sie die Ministerin vertreten. Von daher könnte man anbieten, dass diese Nachfrage schriftlich beantwortet wird ...

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Okay.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: ... durch das zuständige Ministerium.

**Minister Christian Pegel**: Aber das würde ich gar nicht mal. Ich glaube, dass das eine das andere intendiert. Also die Frage, warum habt ihr es nicht früher gemacht, ist die Frage, warum habt ihr nicht früher besetzt. Ich halte das für die Hauptfrage. Ich würde bei der Hauptfrage gern dazu antworten.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Immer gerne, immer gerne.

**Minister Christian Pegel**: Gut.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Alles, was Sie beantworten können.

**Minister Christian Pegel**: Also ich kann auch gerne zur Nachfrage die Hauptfrage beantworten: Warum konnte die Stelle bislang nicht besetzt werden? Der Betrieb einer Beratungsstelle – das beantwortet Ihre Frage, warum es ein bisschen Zeitverzug bedeutet –, der Betrieb einer Beratungsstelle wird im Wege eines transparenten Interessenbekundungsverfahrens, um einen neuen Träger zu finden, durchgeführt und bedarf daher unter anderem der Vorbereitung einer Ausschreibung, die den geförderten Projektinhalt und die Bewertungskriterien für die Interessenbekundung darstellt. Das müssen Sie öffentlich und transparent machen. Die Abwicklung des Interessenbekundungsverfahrens bis zum 31. Dezember 2018 ist vor dem Hintergrund des Zeitpunkts der Mitteilung durch den Träger vor nicht einmal sechs Wochen nicht durchführbar.

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Okay. Die Ausschreibung ist schon vorbereitet?

**Minister Christian Pegel**: Die Interessenbekundung – die Ausschreibung/Interessenbekundung, Sie meinen das Gleiche hoffentlich – ist derzeit in Vorbereitung und geplant für Januar 2019.

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Darf ich noch eine Nachfrage stellen?

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Das wäre dann die zweite, ja.

**Karen Larisch**, DIE LINKE: Ja, okay.

**Minister Christian Pegel**: Ach so, ja.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Zur zweiten Frage.

**Karen Larisch, DIE LINKE:** Zur zweiten.

Wird dann die tarifliche Anpassung auch in der Ausschreibung sein und was wird die Landesregierung übernehmen, damit das nicht wieder passiert, dass deswegen eine Beratungsstelle geschlossen werden muss?

**Minister Christian Pegel:** Es gibt eine Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Einrichtungen des Beratungs- und Hilfenetzes für Betroffene von häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsverheiratung, die datiert auf den 7. Dezember 2015, und danach beträgt der Zuschuss zu notwendigen Personalkosten je Vollzeitstelle 25.335 Euro und der Zuschuss zu den notwendigen Sachkosten 10.000 Euro. Für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 – im aktuellen Haushalt abgebildet – wurden die Mittel für alle Einrichtungen im Beratungs- und Hilfenetz bei häuslicher und sexualisierter Gewalt um jeweils 2,3 Prozent erhöht. Das ist der Inhalt. Sie schreiben ja keine Stelle aus, sondern sie schreiben die Trägerschaft für diese Einrichtung aus. Das sind die Rahmenbedingungen, an denen sich die Ausschreibung – die Interessenbekundung, jetzt übernehme ich schon Ihren Begriff –, die Interessenbekundung von potenziellen Trägern, die man versucht zu gewinnen, daran muss sie sich orientieren, und genau das werden die Hinweise sein, auf die da Bezug genommen werden kann.

**Karen Larisch, DIE LINKE:** Vielen Dank.

**Minister Christian Pegel:** Danke auch.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich nutze die Gelegenheit, auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasialen Schulzentrums Wittenburg zu begrüßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 22 für die heutige Sitzung sowie der Tagesordnungspunkt 34 für die morgige Sitzung entfallen, da der Antragsteller zwischenzeitlich die hierzu eingereichten Anträge zurückgezogen hat.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** a) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Insektenfreundliche LEDs fördern, Drucksache 7/2910, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Insektenforschung ernst nehmen: Insektenstudie für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen, Drucksache 7/2906.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU  
Insektenfreundliche LEDs fördern  
– Drucksache 7/2910 –**

**Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV  
Insektenforschung ernst nehmen:  
Insektenstudie für Mecklenburg-  
Vorpommern auf den Weg bringen  
– Drucksache 7/2906 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

**Elisabeth Aßmann, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn es um Energie geht, dann sind wir immer ganz schnell bei der Diskussion um Effizienz – Energiesparlampen, LEDs, Zeitschaltuhren, Bewegungsmelder. Im Grunde genommen geht es immer um Sparen, Sparen, Sparen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Gleichzeitig sehnt sich der Mensch aber auch nach einladend beleuchteten Räumen oder öffentlichen Plätzen. Gezielte Ausleuchtung bringt natürlich auch so was wie Sicherheitsgefühl oder lässt romantische Stimmung aufkommen. Aber was bedeutet eigentlich Effizienz, wenn man mal den Blick wegnimmt vom Energieverbrauch und auf den Artenschutz lenkt? Ist das effizient, was nur wenig Watt verbraucht, aber unsinnig in die Gegend abstrahlt?

Ich glaube, jeder von uns kennt die kleinen Kugelleuchten, die man im Garten vielleicht stehen hat, die sicherlich viel beleuchten, aber am Ende doch nicht den Weg, auf dem man gehen will. Ist es in diesem Zusammenhang legitim, Lampen länger brennen zu lassen, nur, weil es durch die neuen Technologien günstiger ist, sie brennen zu lassen, und sie dadurch aber unsinnig Licht in die Umgegend abgeben? Jedes Jahr nimmt die beleuchtete Fläche auf der Welt mindestens zwischen fünf und sechs Prozent zu. Das heißt im Umkehrschluss, die Fläche der Welt, die tatsächlich unbeleuchtet ist oder zumindest nicht direkt angeleuchtet wird, nimmt stetig ab, und das Tag für Tag.

(Ein Etui fällt auf den Fußboden. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich wars! –  
allgemeine Heiterkeit)

Herr Ritter, ich würde auch nervös werden bei diesen Fakten, deswegen kann ich das gut verstehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ich suchte gerade die Biene!)

Was das für Auswirkungen auf Insekten, aber auch auf Vögel, Schnecken, Käfer und so weiter hat, möchte ich an dieser Stelle gern erläutern. Besonders Insekten reagieren sehr empfindlich auf künstliche Lichtquellen, weil ihre Augen ganz besondere Proteine enthalten, die besonders lichtempfindlich sind. Gerade, wenn im Licht an sich ein hoher Blauanteil ist, wird das besonders sensibel durch die Insekten wahrgenommen.

„Besser“ heißt in diesem Fall tatsächlich „schlechter“. Denn was passiert, wenn ein sonst tagaktives Insekt plötzlich nachts irritiert wird von diesen Massen an künstlichen Lichtquellen? Ich glaube, jeder kennt das, wenn er nachts mit dem Auto durch die Gegend fährt und irgendwo am Horizont so einen Lichtkegel sieht, weil er weiß, da in der Richtung ist die nächste größere Stadt. Das Insekt wird also förmlich angezogen von diesem Licht, es fliegt zu Tageszeiten, wo es normalerweise nicht fliegen sollte, verbrennt sich vielleicht die Flügel an heißen Lampen, sein Hormonhaushalt wird durcheinandergebracht und nicht selten ist es Opfer von Fressfeinden oder stirbt am Ende an völliger Erschöpfung.

Aber es geht nicht nur tagaktiven Insekten so, sondern es gibt auch nachtaktive Insekten und andere Tierarten, die in ihrem natürlichen Verhalten gestört werden, weil

sie, während sie eigentlich nachts aktiv sein sollten, durch das künstliche Licht gestört werden. Das heißt, sie sind quasi gehemmt in ihrer Bewegung und verbleiben einfach in ihren Verstecken. Was hat das zur Folge? Sie gehen nicht auf Nahrungssuche, sie pflanzen sich nicht fort. Deswegen ist künstliches Licht tatsächlich mit einer der Hauptursachen für den Rückgang vieler Populationen, insbesondere auch bei unseren Insekten.

Warum ist das so? Ich habe gesagt, sie pflanzen sich nicht fort. Aber sie sind auch besser angreifbar. Räuber und Beute finden nicht mehr zueinander. Wer in Biologie ein bisschen aufgepasst hat, der weiß, dass es zwischen Räuber- und Beutepopulation immer ein Gleichgewicht gibt. Dieses Gleichgewicht verschiebt sich und wird zu einem Ungleichgewicht, Nahrungsketten werden unterbrochen, sie verschieben sich. Deshalb ist es wichtig, und deswegen haben wir diesen Antrag hier vorbereitet, bei Neuanschaffung von Straßenbeleuchtung darauf zu achten, dass wir warmweiße Lichtquellen verwenden, die für Insekten zumindest weniger störend sind als kaltweiße Lichtquellen, die einen höheren Anteil an kurzwelligem, also blauem Licht haben. Es geht nicht darum, jetzt überall alles auf zappenduster umzustellen, sondern einfach Rücksicht zu nehmen auf das, was um uns herum passiert.

Wer ein kluges Lichtmanagement betreibt, wer individuell bedarfsgerecht seine Beleuchtung steuert, der soll aus unserer Sicht auch bevorzugt gefördert werden.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Das ist zukunftsfähig, das ist wichtig, nicht nur für uns, sondern auch für die Welt um uns herum.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt, dass Lichtverschmutzung mit eins der Hauptkriterien ist, warum Artenvielfalt zurückgeht. Viele von Ihnen haben vielleicht schon gehört, dass wir mit Krakow am See in Mecklenburg-Vorpommern einen der dunkelsten Orte in Deutschland überhaupt haben. Dort wird die Gelegenheit genutzt zu schauen, was passiert wissenschaftlich, was passiert,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Glocke der Vizepräsidentin)

was passiert wissenschaftlich, wenn man entsprechend unterschiedliche Lichtquellen einsetzt, weil wir wollen uns natürlich nicht auf irgendwelche Insekten auf den Windschutzscheiben verlassen, sondern wir wollen, dass am Ende Zahlen und Fakten gelten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Da kann ich vielleicht gleich noch mal zu Herrn Borschke übergehen, bevor Sie den Antrag begründen. Ich glaube, wenn Sie zugehört haben im Agrarausschuss, dann haben Sie mitbekommen, dass es sicherlich keine große Gesamtstudie gibt, aber es gibt eine Vielzahl von Zählungen und Messdaten im Bereich von Insekten. Die müssen wir zusammenfassen, aber deswegen eine eigenständige Studie aufzulegen, das halten wir für sehr unsinnig.

Die Lichtverschmutzung selbst geht aber nicht nur die Kommune was an, die dafür verantwortlich ist, Straßen-

beleuchtung zu installieren, sondern Lichtverschmutzung geht am Ende jeden was an. Für uns als Menschen mag es sehr einladend wirken, wenn überall alles beleuchtet ist, wenn es so wohlig ist, aber es gibt eben auch Tierarten, für die ist es einfach lebensbedrohend. Ich möchte daran erinnern, wenn man mal in südliche Gefilde guckt, jeder von Ihnen wird Dokumentationen kennen, wo Schildkröten beispielsweise durch künstliches Licht so irritiert werden, dass sie den Weg nicht ins Meer finden, sondern nur zum Licht gehen. Das heißt, die Tiere weichen von ihrem natürlichen Verhalten ab, sie sammeln sich förmlich an den künstlichen Lichtquellen, sie verweilen dort und werden so ganz häufig Opfer von Fressfeinden.

Aber ich möchte mir nicht zum Vorwurf machen lassen, dass ich immer nur an das kleine Getier denke, sondern Lichtverschmutzung ist tatsächlich auch ein Problem für Sie alle hier im Raum, weil je höher der Lichtanteil um uns herum ist, umso mehr haben wir Probleme zu schlafen, zur Ruhe zu kommen. Dann kommen diese ganzen Volkskrankheiten, wie wir sie kennen, Diabetes, Depressionen, Bluthochdruck, Adipositas, alles Dinge, die begünstigt werden durch chronischen Schlafmangel. Also hören Sie: Sie sind selbst betroffen. Machen Sie mit, schalten Sie einfach mal das Licht ab und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:  
Hat er grade noch so geschafft, ne!)

**Ralf Borschke,** Freie Wähler/BMV: Ja, bin sportlich, ne?! 5.000-Meter-Lauf!

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment, meine Herren! Also ich meine, wir wollen ja nicht heute wieder so anfangen, wie wir gestern aufgehört haben. Ich bitte doch um etwas Disziplin.

**Ralf Borschke,** Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium!

(Tilo Gundlack, SPD: Jawoll!)

Dieser Antrag, unser Antrag, ist das Gegenstück zu Ihrem Insektenfreundliche-LEDs-Antrag. Handeln auf wissenschaftlicher Grundlage und somit dem gesunden Menschenverstand folgend, das ist vernünftige Politik. Sie, meine Damen und Herren, vermuten in unserem Land ein Insektensterben von erheblichem Ausmaß. Um dieses zu beweisen, erzählen Sie uns schon mal, das könne man daran sehen, dass es ja keine toten Insekten mehr an den Frontscheiben der Autos gibt.

(Thomas Krüger, SPD:  
Wer hat das behauptet? –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Im Ausschuss,

(Thomas Krüger, SPD: Nein.)

im Ausschuss, Herr Krüger, ja.

(Thomas Krüger, SPD: Nein, nein, Sie haben da etwas behauptet!)

Da stellt sich mir die Frage, wann fahren Sie überhaupt Auto?

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich jedenfalls fahre oftmals,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Sie fahren ja auch Fahrrad, ne?!)

ich fahre oftmals die Strecke Schwerin–Stralsund, A 20.

(Tilo Gundlack, SPD: Mit dem Fahrrad?)

Im Mai dieses Jahres musste ich während einer solchen Fahrt zwangsweise in Grimmen an die Tankstelle

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fahren Sie mal mit dem Zug, das ist umweltfreundlicher!)

und meine Frontscheibe reinigen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Oooh!)

Sie war von toten Insekten so verschmutzt,

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

sie war von toten Insekten so verschmutzt, dass ich nichts mehr sehen konnte.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Schon während der Fahrt gingen meine Scheibenwischer aufgrund der vielen Insekten von alleine an. Nun, das war im Mai.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Man kann sich natürlich im November hinstellen und darüber berichten, dass an der Frontscheibe keine toten Insekten mehr sind.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie müssen die Scheibe von außen putzen! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Aufgrund meiner Erfahrung mit den toten Insekten im Mai könnte ich aber einer links-grünen Erkenntniskette folgend behaupten, Dieselfahrzeuge sind schuld am Insektensterben,

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack: Was?!)

denn mein Auto, an welchem die Insekten zu Tausenden zerschellten,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

ist ein schmutziger Diesel!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber, meine Damen und Herren, so funktioniert das eben nicht. Tatsachen sind entscheidend und nicht gefühltes Wissen.

(Thomas Krüger, SPD: Aber das machen Sie doch gerade, gefühltes Wissen!)

Insekten unterliegen wie alle Tierpopulationen enormen Bestandsschwankungen, die mitunter, das gebe ich zu, beunruhigende Ausmaße annehmen können.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Die Annahme, es gäbe einen Rückgang der Insektenpopulation in Mecklenburg-Vorpommern, muss also dann auch wissenschaftlich belegt werden. Erst anschließend können Folgemaßnahmen abgeleitet werden. Da es für Mecklenburg-Vorpommern keine landeseigene Studie gibt, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

(Andreas Butzki, SPD: Sie wollen jetzt bloß noch Studien herstellen.)

Das Ansinnen der Landesregierung, auf bereits existierende Studien zurückzugreifen und diese für Mecklenburg zu verdichten,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

greift einfach zu kurz.

(Thomas Krüger, SPD: Sie wollen das doch für Vorpommern machen!)

Mecklenburg-Vorpommern.

(Andreas Butzki, SPD: Für Vorpommern. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Auf so ein Konglomerat können wir verzichten, lieber eine aussagekräftige landeseigene Studie, als zehn Studien querlesen und dann so schlau sein wie zuvor.

Aber die SPD wartet ja nicht einmal auf dieses Konglomerat

(Thomas Krüger, SPD: Aber wenn die Studien vorliegen.)

und lässt bereits in dieser Landtagssitzung blinden Aktivismus walten, indem sie über insektenfreundliche LEDs schwadroniert. Da kann ich, mit Verlaub, nur Frau Klöckner von letzter Woche wiedergeben: „Ich will Veränderung da, wo sie notwendig ist. ... Ohne Ideologie ... Auf Faktenbasis“.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das sollten Sie sich mal hinter die Ohren schreiben!)

Wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern den bundesweit besten Insektenzustand haben, sollten wir das wissen. Allein mit Blick auf das Landesmarketing könnten das wichtige Zahlen sein.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Auf keinen Fall werden wir es aber hinnehmen, dass unseren Landwirten wieder einmal ohne fundierte Grundlagen der Schwarze Peter zugeschoben werden soll.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,  
und Thomas Krüger, SPD)

Selbstverständlich sollten wir es auch wissen, wenn wir einen schlechten Zustand haben. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –  
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:  
Er hätte mal seine Brille putzen sollen!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und AfD)

Ums Wort gebeten hat zunächst in Vertretung des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt der Finanzminister.

**Minister Mathias Brodkorb:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! In diesem Parlament ist ja schon über viele Tiere gesprochen worden. Ich erinnere mich an den Wolf, den Kormoran,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Den Biber.)

den Biber, den Mink, den Waschbären. Ich habe übrigens gelernt, die letzten drei sind Prädatoren und Neozoen. Heute sind die Insekten dran.

Bei anderen Diskussionen gab es bisweilen Kolleginnen und Kollegen, die sich den Bauch nicht halten konnten bei der Diskussion über die Tiere – jedenfalls habe ich das so wahrgenommen –, und ich würde dafür plädieren, dies bei diesem Thema zu unterlassen, denn die Situation, die sich bei den Insekten darstellt, so habe ich das bei Herrn Backhaus gelernt, ist unbestritten in der Landwirtschaft durchaus nicht unproblematisch. Auch ich selbst habe schon mit Landwirten darüber gesprochen, die ebenfalls sagen, dass es da Probleme gibt.

Jeder von uns weiß, welche Rolle Insekten in der Tierwelt oder insgesamt in der Umwelt spielen und was das auch für unsere Ernährung bedeuten kann, wenn diese Zusammenhänge nicht mehr funktionieren. Das ist also eine elementare Frage der Daseinsvorsorge, wenn man so will. Fachlich gesehen habe ich natürlich dem, was Frau Aßmann zu sagen hat, nichts hinzuzufügen, schon gar nicht bin ich in der Lage, das fachlich zu überbieten. Deswegen würde ich gerne einen kleinen, auf der Basis des Geistes von Herrn Backhaus einen kleinen Debattenbeitrag leisten zu dem, was sich hier eben gerade dargeboten hat.

Herr Borschke, Sie haben es auf den Punkt gebracht, indem Sie hier bekannt haben, als passionierter Autofahrer selbst ein Insektenmörder zu sein.

(Heiterkeit vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und worum es dabei geht – das ist natürlich jetzt nicht ganz ernst gemeint –, ist, und das ist doch der Kern der Debatte, die Frage: Sind wir bereit zu akzeptieren, dass unser Lebenswandel, unsere Lebensart Konsequenzen für die Umwelt hat?

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Das können wir uns an verschiedensten Stellen ansehen. Deswegen würde ich mal zurückweisen, Herr Borschke, die These, dass hier irgendjemand den Landwirten an den Karren fahren will oder da irgendwelche Vorwürfe machen will. Davon ist mitnichten die Rede. Wir könnten uns,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

wir könnten uns an zweiter Stelle mit uns als Autofahrer beschäftigen, wir können uns auch mit uns in anderen Tätigkeiten oder anderen sozialen Rollen beschäftigen, das ist aber ein Thema, was wir, Herr Borschke, ernst nehmen sollten.

Der Antrag der SPD- und CDU-Fraktion zielt darauf ab, bei den Maßnahmen, die wir sowieso machen, wenn wir also beispielsweise Straßenbeleuchtung fördern, bei diesen Maßnahmen die Option zu wählen, die nach Lage der Dinge die beste Möglichkeit ist, auch die Umwelt zu schützen. Ich weiß gar nicht, wo das Problem sein soll. Es wird ja nichts unternommen, um den Insekten und den Bauern auf die Pelle zu rücken, sondern die Idee ist zu sagen, wenn wir neue Straßenlaternen installieren, brechen wir uns doch keinen Ast aus der Krone, das so zu machen ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Zacken! Das heißt Zacken!)

Keinen Zacken – Entschuldigung, Frau Oldenburg, herzlichen Dank für die Nachhilfe.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Gerne! – Andreas Butzki, SPD:  
Einmal Lehrer, immer Lehrer!)

Wir brechen uns keinen Zacken aus der Krone, dann auf solche Dinge Rücksicht zu nehmen. Da müssten Sie doch eigentlich dafür sein. Also ich weiß gar nicht, was dagegensprechen soll, zumal Frau Aßmann ja darauf hingewiesen hat. Glücklicherweise ist eine solche Maßnahme, die für die Insekten gut ist, auch gut für uns. Das Thema Lichtverschmutzung auch für die Menschen hat Frau Aßmann doch hier, finde ich, fachlich wunderbar ausbreitet.

Jetzt zum Thema Studie. Ich muss jetzt zurückfallen in meine ehemalige Rolle als Bildungsminister. Da hatte ich auch öfter folgende Debatten: Da gab es eine Studie aus Baden-Württemberg, die hat untersucht, haben denn Lehrer wirklich einen förderlichen Einfluss auf die Lernentwicklung der Schüler. Und wissen Sie, was da rausgekommen ist?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Da kam raus, in Baden-Württemberg ist das so.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dann gab es ein paar Spezialisten, die haben gesagt, ja, es mag in Baden-Württemberg so sein, aber ob das auch in Mecklenburg-Vorpommern so ist, das ist nun wirklich wissenschaftlich noch nicht erwiesen, weil dazu gibt es noch keine Studie. Das stimmt auch, die Studie gibt es nicht.

(Beifall und Heiterkeit  
vonseiten der Fraktion der SPD)

Die gibt es nicht. Jetzt ist die Frage: Was macht man in so einer Situation als Bildungsminister? Ich habe mich jedenfalls entschlossen, solche Studien nicht in Auftrag zu geben. Sie sind einfach sinnlos. Ich kann den allgemeinen Kenntnisstand nehmen und daraus etwas machen. Deswegen, glaube ich, haben der Kollege Backhaus und alle anderen, die dazu was gesagt haben, recht, wir sind nicht mehr in dem Stadium, wo wir darüber diskutieren müssen, ob unser Lebenswandel Konsequenzen auf Umwelt und Natur hat – das ist so –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

sondern wir sind in dem Stadium, dass wir sagen können, wir fangen an zu handeln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll!)

Ich darf daran erinnern, es gab in diesem Parlament bereits einen Antrag im Finanzausschuss, um 1 Million Euro freizugeben für ein Programm „Mehr Respekt vor dem Insekt“. Und genau ...

(Heiterkeit bei Dr. Ralph Weber, AfD)

Sehen Sie, Herr Weber, das ist genau wunderbar, dass Sie durch dieses Lachen die Respektlosigkeit gegenüber den Insekten mal zum Ausdruck bringen und damit eigentlich gegenüber unseren eigenen Lebensgrundlagen. Da habe ich ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:  
Wenn wir ausgestorben sind,  
dann herrschen die eh!)

Herr Weber, davor habe ich ja am Anfang versucht zu warnen, dass, wer das macht, den Ernst der Lage nicht verstanden hat und sich mit dem Thema nicht wirklich substanziell im wohlverstandenen Eigeninteresse auseinandersetzt. Es geht nicht nur um die Insekten, es geht auch um uns bei der Sache.

Die Faktenlage ist einigermaßen klar, dass unser Lebenswandel Konsequenzen hat. Wir setzen den Schwerpunkt darauf, etwas dagegen zu tun. Auch da erweist es sich wieder, dass der Schutz der Insekten ebenfalls für uns gut ist. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Soweit ich informiert bin, überlegt Herr Backhaus, ob man nicht aus diesem Programm, aus den Mitteln, die zur Verfügung stehen, wieder Heckenbepflanzungen, zum Beispiel an Autobahnen, und entsprechende Grünstreifen etabliert.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Genau, weil wir viel zu wenige haben.)

Das hat, wenn wir das machen, positive Folgen für das Thema Erosion. Da darf ich Sie mal daran erinnern, was hier in der Nähe – vor Laage – vor ein paar Jahren passiert ist,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

ein Massenunfall mit vielen Toten. Wenn es diese Heckenbepflanzung in ausreichender Zahl noch gegeben hätte, wäre das vielleicht nicht passiert. Deswegen werde ich dafür, nicht prinzipielle Diskussionen zu führen, ob es den Insekten wirklich schlecht geht oder nicht, das ist, jedenfalls nach Lage der Dinge, ein Zustand, den wir heute haben, der verbesserungsfähig ist. Wenn wir die Maßnahmen so ergreifen, dass sie auch dem Schutz der Menschen und aller anderen Lebewesen dienlich sind, dann, glaube ich, ist das eine vernünftige Maßnahme. Dieser Antrag, der hier vorliegt, ist ein weiterer Schritt in diese Richtung, und deswegen bitte ich im Namen von meinem Kollegen Backhaus sehr um Unterstützung für diesen Antrag und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Strohschein.

(Andreas Butzki, SPD: Es wurde  
schon alles gesagt vom Minister.)

**Jürgen Strohschein,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Bürger und Abgeordnete! Das Insektensterben wird offenbar zum Dauerbrennerthema im Landtag. Womit wir beim Stichwort „brennen“ schon beim jetzigen Antrag wären.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Das war aber weit hergeholt!)

Da brennen also die Lichter an unseren Straßenlaternen und das ist irritierend für Insekten. Sie wollen geradeaus fliegen und orientieren sich an schwachen, weit entfernten Lichtquellen wie dem Mond, zu dem sie sich im Flug rechtwinklig ausrichten. Bei einer Lichtquelle, die sehr nahe ist, führt es dazu, dass die Tiere auf eine Kreisbahn geraten.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dieses Problem ist so alt wie künstliche Beleuchtung und die ist nach den zeitlichen Maßstäben der Evolution für Insekten noch immer eine unverstehbare Neuigkeit.

Da die Beleuchtung aus Gründen der Einsparung elektrischer Energie vermehrt auf LED umgestellt wird, verschärft sich dieses Problem, weil die Farbtemperatur des LED-Lichts noch stärker den nächtlichen natürlichen Lichtquellen ähnelt. Die Bemühungen der Technik, diesem Umstand abzuwehren, kann man begrüßen. Im letzten Jahrzehnt wurde mit öffentlicher Förderung massiv in die Umstellung auf LED-Beleuchtung investiert. Die Umstellung sollte auch wegen der wesentlich längeren Betriebsdauer zu finanziellen wie energetischen Einsparungen führen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Leute! Leute!)

Mit dieser Begründung entschieden sich die Kommunen dazu, ihre Eigenanteile aufzubringen. Hier ist also in nächster Zukunft nicht mehr viel zu ändern. Gleichwohl kann man bei der Neuausrüstung die Vorgabe „warmweißes Licht“ machen. Der Trend geht ohnehin in diese Richtung. Aus technischen Gesichtspunkten muss das also nicht zwingend auf gesetzlichem Wege forciert werden. Die Regierungsparteien bleiben in ihrem Antrag, was die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt angeht, ohnehin im Ungefähren und wollen am Ende wahrscheinlich alles auf die EU abschieben. Es würde mich interessieren, inwieweit es an dunklen Orten mehr Insekten gibt als an Orten im hellen Lichtbereich.

(Tilo Gundlack, SPD:  
Am besten mal hinstellen!  
Am besten mal hinstellen!)

Weiß keiner.

Kommen wir zum Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV. Wir haben schon einmal einen ähnlichen Antrag hier im Landtag behandelt, weshalb ich zum Teil auf meine damalige Rede zurückgreifen kann.

Gibt es tatsächlich so viel weniger Insekten, wie es insbesondere durch die Presse und Umweltverbände behauptet wird? Auslöser war die im Antrag erwähnte Studie der Krefelder Forscher.

(Thomas Krüger, SPD:  
Nein, das ist nicht wahr!)

Über knapp drei Jahrzehnte hinweg haben in erster Linie Hobbyforscher an 63 Orten in Schutzgebieten in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg Insekten gefangen und ihre Biomasse erfasst.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es war so, Herr Krüger!

(Andreas Butzki, SPD:  
Bei welchem Antrag?)

Dabei stellten sie einen angeblichen Rückgang der Biomasse um bis zu 76 Prozent fest.

Nun gibt es einige Kritikpunkte an der Methode. So wurde zum Beispiel nicht kontinuierlich an den jeweiligen Orten gemessen, teilweise erfolgte nicht mal eine Wiederholungsmessung an ein und demselben Ort. Nicht ohne Grund wurde diese Studie vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung aus Essen als Unstatistik des Monats deklariert. Dennoch ist die Tendenz klar: Die Biomasse an Insekten nimmt ab. Nun lassen sich natürlich 76 Prozent Rückgang der Biomasse in der allgemeinen Panikmache der grünen Umweltideologen besser verkaufen, aber auch, wenn es nur 30 Prozent Rückgang sein sollten, müsste uns das nachdenklich stimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben es in Deutschland mit einem Rückgang der Insektenbiomasse zu tun. Inwieweit damit auch ein Rückgang der Artenvielfalt einhergeht, konnte die Messmethode der Krefelder Forschung nicht ermitteln. Auch ob es insgesamt weniger Individuen an Insekten waren oder ob nur große Arten zurückgegangen sind und somit die starke Abnahme der Biomasse zu erklären ist, bleibt offen.

Der Antrag der Freien Wähler/BMV zielt nun darauf ab, die Frage klären zu lassen, ob diese in anderen Teilen Deutschlands beobachtete Abnahme der Insektenbiomasse auch auf Mecklenburg-Vorpommern zutrifft. Das sollte in der Tat einmal wissenschaftlich exakt untersucht werden,

(Thomas Krüger, SPD:  
Genau das wird gemacht.)

denn meine persönlichen Beobachtungen sind uneinheitlich. Ich war im Spätherbst 2017 in einem 40-jährigen Kiefernbestand Maronen sammeln. Hier wurde ich von Stechmücken regelrecht überfallen.

(Andreas Butzki, SPD: Ach, Sie waren das! –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ja, das ist ja nur mal aus dem Bauch heraus eine gefühlte Annahme.

(Andreas Butzki, SPD: Das war die  
grenzüberschreitende Flüchtlingsfliege! –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Das ist ja keine wissenschaftlich exakt fundierte Sache, was ich hier präsentiere.

Also, Herr Butzki, immer ein bisschen Respekt!

(Andreas Butzki, SPD: Das war wirklich  
ein hoch wissenschaftlicher Vortrag,  
den ich von Ihnen gehört habe. –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da ich nur kurzärmelig bekleidet war und von diesen Plagegeistern ständig attackiert wurde, musste ich letztlich das Feld räumen.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
Simone Oldenburg, DIE LINKE,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Da es Milliarden von Mücken waren, konnte ich in diesem Waldabschnitt keinen Rückgang feststellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Man geht  
auch nicht kurzärmelig in den Wald!)

Es ist natürlich möglich, dass es auch Inseln gibt, wo wir noch genügend Insekten haben, und in wieder anderen Gebieten oder Gegenden kaum noch Insekten sind. Das muss natürlich untersucht werden,

(Thomas Krüger, SPD: Aber es wird  
doch seit vier Jahren untersucht.)

und zwar neutral muss es untersucht werden, Herr Krüger.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Andererseits ist für die meisten Autofahrer der Sommer 2018 einer gewesen, bei dem die Verschmutzung der Windschutzscheibe durch Insekten nur an wenigen Tagen auftrat. Das hängt natürlich auch mit dem Regenwetter zusammen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?!)

Das gibt schon zu denken.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Das war ja dieses Jahr so ein verregneter Sommer! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass die Ergebnisse dieser Freizeitforscher offenbar die einzigen brauchbaren Erhebungen zur Entwicklung der Insektenbestände in Deutschland sind. Weder die Behörden, allen voran das Umweltbundesamt, noch die verschiedenen Forschungs- und Lehreinrichtungen haben sich mit dieser Frage intensiv beschäftigt – eine durchaus sträfliche Angelegenheit.

Der vorliegende Antrag geht somit in die richtige Richtung. Wir wollen ihn auch gern unterstützen,

(Andreas Butzki, SPD: Welchen Antrag?)

denn die Suche nach der Ursache für die Abnahme der Biomasse müssen wir nicht den zahlreichen grünen Nichtregierungsorganisationen überlassen, denn für diese Herrschaften ist der Verursacher schon längst ausgemacht: die moderne konventionelle Landwirtschaft.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Unter anderem. – Andreas Butzki, SPD: Windschutzscheibe!)

Doch das ist so einfach nicht. Die Behauptung des Umweltministeriums in Berlin, in der Landwirtschaft würden seit Jahrzehnten immer mehr Insektizide ausgebracht, ist schlichtweg falsch. Die in Deutschland verkaufte Menge an Insektiziden liegt konstant bei rund 1.000 Tonnen pro Jahr. Darüber hinaus wurden in den letzten 20 Jahren unzählige hochwirksame Mittel verboten, weil sie gegen alle möglichen Arten von Insekten wirkten.

Tatsache dagegen ist, dass durch den Strukturwandel immer größere Flächeneinheiten entstehen, weniger Feldraine und Hecken bestehen und somit die Lebensräume der Insekten verschwinden. So nahm in Schleswig-Holstein die Länge der Knicks, also der Felder begrenzenden Wallhecken, von 80.000 Kilometern in den 50er-Jahren auf heute rund 46.000 Kilometer ab. Daran war nicht die Landwirtschaft schuld, sondern der Straßen- und Siedlungsbau. In diesem Zusammenhang eine Zahl zur Verdeutlichung: In den letzten 25 Jahren wurden in Deutschland rund 800.000 Hektar Land durch Straßen- und Siedlungsbau versiegelt. Das entspricht mehr als der Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern. Da sollten wir auch einmal anfangen darüber nachzudenken, wollen wir alles zersiedeln, wollen wir überall noch Straßen bauen, in jedem kleinen Feldweg und so weiter und so fort. Das wäre eine Zukunftsaufgabe.

Auch das Versiegeln mit Dämmung an unseren alten Fassaden hat zur Folge, dass die Ritzen und Nischen überklebt werden und den Insekten die Brut- und Unterschlupfstandorte weggenommen werden. Die Viehhaltung wurde in den letzten Jahrzehnten immer hygienischer im Interesse des Tierwohls. Das dürfte zulasten der Fliegenpopulation gegangen sein. Früher gab es mehr kleine Ställe auf den Dörfern. Das war Schutz und Futterplatz für die Fliegen. Das war zugleich auch ein guter Schutz zum Nestbau für die Schwalben.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

In diesen Ställen konnten die Schwalben auch bei regnerischem Wetter Fliegen für ihre Jungen fangen. Trotz allem gab es hier sehr viele Fliegen mit einer sehr hohen Vermehrungsrate. Die heutigen modernen Rinderställe sind im Grunde genommen offene Ställe, die wegen der Zugluft keinen Schutz für Fliegen bieten und deren Vermehrung mindern. Die Schwalbenpopulation befindet sich im Sinkflug. Ob es sich hier um einen Mangel an Brutplätzen oder an Insekten handelt oder beides zusammen, ist die große Frage. Auch der Rückgang der Beweidung unseres Grünlandes hat zur Folge, dass die Insekten immer weniger Futter finden. Da kommt mir schon wieder der Gedanke an den Wolf.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Der Gedanke an den Wolf, warum auch immer.)

Früher waren unsere Gärten mit allerlei Wildblumen, Obstbäumen und Gemüsebeeten angelegt. Heute dreht ein Mähroboter seine Runden auf den kurzgehaltenen Rasenflächen. Jede Kommune ist bemüht, die Straßenränder alle 14 Tage kurz zu halten. Auf den städtischen Grünflächen wachsen, wenn überhaupt, noch pflegeleichte Büsche und Stiefmütterchen. Wo früher auf den Feldwegen nach einem Sommerregen schlammige Pfützen standen, finden wir heute eine asphaltierte Fläche. Alles für den Komfort! Ich habe ja nichts dagegen, ich begrüße das auch, aber die Insekten werden es leider nicht begrüßen. So kann das Anlegen von Blühstreifen einhergehend mit unseren Bauern nur begrüßt werden.

(Thomas Krüger, SPD: Genau. Deswegen machen wir das auch.)

Da sind wir uns doch einig, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD: Aber wir reden jetzt doch gerade über LEDs, ne?!)

Kloppen Sie mir doch einmal auf die Schulter dafür!

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nun muss unsere Umwelt immer steriler gestaltet werden. Auch diese Frage sollten wir einmal offen ansprechen. Blühstreifen könnten auch an Straßenböschungen, dort, wo noch Platz ist, angelegt werden.

(Thomas Krüger, SPD: Aber das wird doch gemacht, ökologisch.)

Ökologische Vorrangflächen, das ist wieder eine Frage, die müssten wir mal im Ausschuss besprechen. Ist das gewollt mit Blühstreifen oder ist das nicht gewollt oder kann man das, darf man das?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Da werde ich mal im Ausschuss nachfragen. Frau Aßmann wird das sicherlich beantworten können.

(Zuruf aus dem Plenum: Auf jeden Fall!)

Ich denke auch, dass sie das kann.

Wir haben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe vor uns. Wer aus politischer Rason heraus schnell ein Bauernopfer sucht, im wahrsten Sinne des Wortes, der macht es

sich zu leicht und wird der Komplexität dieser Problematik nicht gerecht. Die AfD wird beiden Anträgen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kliewe.

**Holger Kliewe, CDU:** Sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Gäste! Wir beschäftigen uns heute, denke ich, mit einem wichtigen Thema, und zwar mit dem Schutz der Insekten. Darauf zielt dieser Antrag ab, wo es um einen Bestandteil geht, der für den Insektenschutz herangezogen werden kann, die Umrüstung der LEDs auf warmes Licht. Es geht ebenfalls um den Antrag der BMW, durch eine belastbare Studie hier mehr Klarheit oder mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Weniger Licht ins Dunkel.)

Ja, der Insektenschutz kommt gleich nach dem Schutz des Klimas und dem Schutz der Meere von seiner Bedeutsamkeit. Die Bundesregierung will in einem Aktionsplan „Insektenschutz“ hier für mehr Schutz sorgen. Auch unser Minister hat die Landesinitiative „Mehr Respekt vor dem Insekt“ ausgerufen. Grund für diese Aktivitäten ist eine Studie, die Wissenschaftler aus Deutschland, den Niederlanden und Irland in Zusammenarbeit mit Vertretern des Entomologischen Vereins Krefeld zwischen den Jahren 1989 und 2016 durchgeführt haben.

(Thomas Krüger, SPD: Nein,  
das ist nicht wahr, Herr Kollege,  
das ist nicht die Grundlage!)

Herr Krüger, ich will diese Studie als Grundlage nehmen, weil festgestellt wird, wir haben einen Rückgang an Insekten, der ja auch nicht angezweifelt wird. Wenn wir keinen Rückgang an den Insekten hätten, dann müssten wir auch nicht über Maßnahmen nachdenken. Über eine dieser Maßnahmen reden wir heute. Zur Erläuterung würde ich gerne auf diese Studie eingehen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Zur Erläuterung würde ich gern auf die Studie eingehen, Herr Krüger.

Diese Studie stellt einen Rückgang von über 70 Prozent, Herr Strohschein hat ja gerade 76 genannt, ich habe auch schon mal irgendwo über 80 Prozent gelesen, aber gehen wir mal davon aus, rund 70 bis 80 Prozent Rückgang der Fluginsekten wurden durch diese Studie festgestellt. Was mich verwundert hat an dieser Studie, ist, es wurde in deutschen Schutzgebieten beprobt und eigentlich sollte man davon ausgehen, dass in den Schutzgebieten alles in Ordnung ist. Deswegen stelle ich mir die Frage, inwieweit diese hohe Prozentzahl wirklich belastbar ist. Nichtsdestotrotz, glaube ich, sind wir uns alle einig, dass durch den modernen Lebenswandel, durch die Gesellschaft, durch Versiegelung von Flächen und viele andere Dinge es einen Rückgang an Insekten mit Sicherheit gibt, und das, denke ich, wird auch keiner anzweifeln.

(Thomas Krüger, SPD: Bis auf die BMW.)

Die richtigen Ursachen konnten aufseiten der Forscher wirklich nicht benannt werden. Man geht auf eine Vielzahl von Umwelteinflüssen wie die Veränderung der Landschaft, des Klimas, die Urbanisierung, aber auch die Landwirtschaft und die Lichtverschmutzung als Ursache ein, aber, ich glaube, die größte Ursache für den Insektenrückgang ist die Versiegelung von Flächen und der immer mehr werdende Verkehr auf unseren Straßen.

Insbesondere die Tatsache, dass die Studie seit 27 Jahren an 63 Standorten ...

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Ich habe nicht abgeschrieben, ich kann auch selbst lesen, Herr Borschke, die Studie ist ja öffentlich zugänglich.

An 63 Standorten in Schutzgebieten, in unterschiedlichsten Lebensräumen, vor allem im Nordwesten Deutschlands, wurde die Studie durchgeführt. Die hier aufgeworfenen Fragen können auch die Wissenschaftler nicht wirklich beantworten. Aber ein Faktor wurde herausgestellt. Ein Faktor für den Rückgang der Insekten ist die Lichtverschmutzung durch künstliche Lichtquellen und mit der wollen wir uns heute beschäftigen.

Nachtaktive Insekten werden von diesen Lichtquellen angelockt und durch den sogenannten Staubsaugereffekt getötet. Milliarden von Insekten verlassen durch diesen Effekt ihren angestammten Lebensraum und verlieren so ihr Nahrungs- und Vermehrungshabitat. Aus diesem Grund will die Bundesregierung die bestehenden rechtlichen Vorgaben zur Eindämmung von Lichtverschmutzung und ihre schädlichen Auswirkungen auf die Insekten im Bundesnaturschutzgesetz neu regeln. Durch Vorgaben im Naturschutz- beziehungsweise im Emissionsschutzrecht sollen verbindliche Anforderungen an künstliche Lichtquellen festgelegt werden, die dem Schutz der Insekten dienen. Da geht es um die Wellenlänge, um Farbtemperatur, um Lichtintensität, Strahlungsrichtung, intelligente Steuerung, Beleuchtungsdauer und Nachtabsenkung der Helligkeit. Gleichzeitig sollen die finanziellen Instrumente hinsichtlich der Förderung von Beleuchtungsanlagen auf einen effektiven Insektenschutz ausgerichtet werden.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen die Koalitionsfraktionen einen dieser Punkte aufgreifen, um einen effizienteren Insektenschutz in unserem Bundesland zu gewährleisten. Als Erstes gilt es, die bestehenden Förderrichtlinien hinsichtlich der Installation von LED-Straßenbeleuchtung auf weißwarmes, insektenfreundliches Licht umzustellen. Dies, meine Damen und Herren, ist eine Maßnahme, die keine Kosten verursacht und relativ schnell umzusetzen ist. Und dieses ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Keine Kosten?)

Wenn man, Herr Weber, sowieso umrüstet.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Dann  
müssen Sie das auch so sagen.)

Das ist eine Frage, ob es wirklich teurer ist. Die Industrie muss sich wahrscheinlich einstellen

(Thomas Krüger, SPD: Auf warmes Licht.)

auf dieses warme Licht.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Man kriegt mittlerweile ja auch schon genügend LEDs mit diesem warmen Licht.

(Thomas Krüger, SPD: Richtig!)

Dieses warme Licht oder gelbe Licht bei den LEDs ist nicht nur für die Insekten besser, sondern auch fürs menschliche Auge soll dieses blaue Licht schädlich sein.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Deswegen, denke ich, tun wir mit dieser Umrüstung nicht nur was für die Insekten, sondern auch für uns Menschen.

(Thomas Krüger, SPD: Blau ist schädlich.)

Weitere Maßnahmen für den Schutz der Insekten sind nach Auffassung meiner Fraktion zwingend notwendig. Hierzu gehören der Ausbau des Insektenschutzes und die Wiederherstellung von insektenfreundlichen Lebensräumen. Als Landwirt sage ich natürlich auch,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und als Landwirt sage ich natürlich auch, wir brauchen wieder mehr landwirtschaftliche Nutztiere auf unseren Weideflächen,

(Beifall Thomas Krüger, SPD: Ja.)

weil der Kot, den die Tiere absetzen, dient als Brut- und Nahrungsstätte für unsere Insekten.

(Jürgen Strohschein, AfD: Jawohl, Respekt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nur noch mal auf den Antrag der Freien Wähler/BMV eingehen. Die Ursachen der Populationsentwicklung bei Insekten sind vielfältig, komplex und nicht hinreichend erforscht. Ihr Antrag fordert eine eigene Studie für Mecklenburg-Vorpommern. Auch wenn derzeit keine eigene Studie über die Entwicklung der Insektenpopulation in Mecklenburg-Vorpommern vorliegt, können die Ergebnisse anderer Studien für eine Ableitung der Situation in Mecklenburg-Vorpommern jederzeit herangezogen werden. Gleichzeitig sollten die Forschungsmittel seitens des Bundes dafür verwendet werden, Studien hinsichtlich der Insektenpopulation auch in Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es enormen Forschungsbedarf gibt, die künftige Bundesregierung bereits erste Maßnahmen vorgeschlagen hat und neben der Landwirtschaft – ich nenne sie hier, aber nur als eine im großen Gefüge – die Industrie, die Urbanität, der Verkehr, die Jahreswitterung, die Klimaveränderungen als Faktoren für den Insektenrückgang infrage kommen. Hierzu müssen zwingend belastbare Daten auch an anderen Standorten über einen mehrjährigen Zeitraum erhoben werden, um die Ursachen für die Populationsentwicklung der Insekten genauer beurteilen zu können. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir alle Maßnahmen unterstützen werden, die zum Erhalt der Artenvielfalt und der Insektenpopulation beitragen werden.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Dr. Ralph Weber, AfD:

Wann kommt denn heute Dr. Weiß?)

**Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:** Guten Morgen, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst habe ich mich gewundert, dass wir diese beiden Anträge überhaupt in verbundener Aussprache debattieren,

(Thomas Krüger, SPD: Ja. –  
Jochen Schulte, SPD: Das hat der Ältestenrat  
doch in Ihrer Anwesenheit beschlossen. –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber immerhin kommt ja in beiden das Wort „Insekten“ vor,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und die bisherigen Debattenbeiträge haben nahegelegt, dass es doch ganz gut war, dass wir das gemacht haben.

Zuerst möchte ich kurz was sagen zum Koalitionsantrag. Das kann ich wirklich kurz und schmerzlos machen. Sie haben das alles sehr gut erklärt, Frau Aßmann, dem habe ich eigentlich überhaupt nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich möchte betonen, dass es ganz gut ist, dass nach einer Information des Abteilungsleiters Naturschutz im Agrar- und Umweltministerium über die Entwicklung der Insektenpopulation in Mecklenburg-Vorpommern die Koalitionsfraktionen umgehend an einen Antrag gedacht haben und den hier im Haus vorlegen. Das kommt ja nicht so oft vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das ist Herrschaftswissen.)

Natürlich kann die angestrebte Lösung nur ein erster Schritt sein, denn sie zielt nur auf eine der Ursachen des Rückgangs der Insektenpopulation ab. Aber allen drei ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Genau.

Allen drei Punkten des vorliegenden Antrages wird meine Fraktion zustimmen.

Nun zum Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV. Ich muss wirklich sagen, die Auftritte von Herrn Borschke werden in meinen Augen immer grotesker, ehrlich gesagt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht nur in deinen. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Zu Beginn allerdings möchte ich gern Wikipedia zitieren: „Der Begriff Insektensterben bezeichnet den Rückgang der Artenzahl von Insekten (Biodiversität) oder der Zahl

der Insekten in einem Gebiet. Ein Rückgang der Zahl von Insekten wird in der Ökologie als besonders problematisch angesehen, da Insekten vielen anderen Wildtieren als Nahrung dienen. Zahlreiche Arten von Amphibien, Vögeln und Fledermäusen sind auf Insekten angewiesen, sodass deren Rückgang auch viele andere Arten in ihrem Bestand gefährdet. Zudem ist die Bestäubung durch Insekten für viele Pflanzen, darunter zahlreiche Nutzpflanzen, unverzichtbar. Insekten sind unter anderem auch als Destruenten von großer ökologischer Bedeutung. Des Weiteren sind manche Insekten Zeigertiere und damit Bioindikatoren.“ Ende des Zitats.

Aber wenn ich Herrn Borschke im Agrarausschuss schon richtig verstanden habe, dann verhält es sich mit dem Insektensterben für ihn ja so ähnlich wie mit dem Klimawandel. Er müsse, hat er heute auch wieder gesagt, im Sommer öfter mal mit seinem Auto an die Seite fahren, um die Scheibe zu reinigen. Ich fahre ja die Autobahn A 20 auch ziemlich oft,

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:  
Bei Ihnen machen die Insekten  
einen großen Bogen!)

ich fahre die Autobahn A 20 auch in diese Richtung, Herr Borschke, ich wohne ja in Greifswald.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD)

Offensichtlich muss ich dann zu anderen Zeiten fahren, denn ich musste noch nie anhalten, um die Scheibe zu reinigen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Im Gegenteil, ich bin ja auch schon ein paar Jahre auf der Welt und merke selbst an der Scheibe meines Autos,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

dass das mit den Insekten deutlich zurückgegangen ist.

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig! –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Aber Herr Borschke betont ja immer wieder, er will nicht mal mit dem Rad fahren, um die Welt zu retten, also wird dieser Antrag dann sicherlich auch nicht dazu dienen sollen, die Welt zu retten. Die Ergebnisse,

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:  
Dafür haben wir Sie ja, zum Weltretten.)

die Ergebnisse der sogenannten Krefelder Studie zum Rückgang der Biomasse der heimischen Insekten scheinen zumindest für Herrn Borschke nicht nachvollziehbar. Es muss also eine Studie für Mecklenburg-Vorpommern her, getreu dem Motto: „Traue keinem Entomologen, außer, du hast ihn selbst beauftragt.“ Meine Wahrnehmung Ihrer Auftritte hier, Herr Kollege Borschke, ist, dass wissenschaftliche Basis für Sie nicht immer gilt, denn was den Klimawandel betrifft, das haben wir ja schon öfter hier festgestellt,

(Andreas Butzki, SPD:  
Genauso sieht er auch aus.)

betonen 99 Prozent aller Wissenschaftler, die sich mit dem Thema beschäftigen, dass es den Klimawandel gibt und dass er auch menschengemacht ist, aber,

(Zurufe von Horst Förster, AfD,  
und Dr. Ralph Weber, AfD)

aber,

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV –  
Glocke der Vizepräsidentin)

aber ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Denken  
Sie an Ihr Herz, Herr Borschke!)

Ich höre Ihnen immer sehr aufmerksam zu, Herr Borschke,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das können Sie mir wirklich glauben, schon, um zu versuchen nachzuvollziehen, wie eigentlich Ihr Gedankengang ist.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das gelingt mir allerdings wirklich sehr schwer, das muss ich zugeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das liegt aber nicht an dir, Mignon.)

Auf jeden Fall war das Fazit der Agrarausschusssitzung vom 8. November, auf der der Kollege Schreiber aus dem Umweltministerium zum Thema Insektensterben gesprochen hat, für mich allerdings ein anderes. Die derzeitige Situation ist alarmierend, wir müssen etwas tun. Erkenntnisse über den tatsächlichen Rückgang der Biomasse bei einzelnen Insektenarten liegen umfangreich vor und die Ursachen scheinen auch weitestgehend klar. Nun kommt es für die Politik darauf an, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und sie in praktisches Handeln zu überführen. Ich bezweifle, dass dazu eine neue Studie für Mecklenburg-Vorpommern notwendig ist. Vielmehr müssen wir die Ursachen für das Insektensterben bekämpfen.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Ein erster Schritt ist da zum Beispiel der Antrag der Koalitionsfraktionen zur Förderung insektenfreundlicher LEDs zur Straßenbeleuchtung.

Aber es geht auch um die Art und Weise, wie in Mecklenburg-Vorpommern Landwirtschaft betrieben wird. Die großen und ausgeräumten Schläge sind nicht insektenfreundlich, das bestreiten nicht mal die Bauern. Das wissen wir, aber es stellt uns vor große Herausforderungen. Ein Blick in unser Nachbarbundesland Schleswig-Holstein zeigt den großen Unterschied. Dort gibt es, auch wenn es den Rückgang gegeben hat, wie Herr Strohschein hier kundgetan hat, viel mehr Hecken und Knicks, viel mehr Sölle, die gut für die Insekten sind. In Mecklenburg-Vorpommern brauchen wir auch mehr von solchen Landschaftselementen. Größere Blühstreifen entlang der Feldraine, entlang der Gewässer, die frei von Pestiziden sind, das hilft den Insekten. Insgesamt müssen wir zu einer deutlichen Reduzierung des Pestizideinsatzes

kommen. Und, ja, auch die fortschreitende Versiegelung von Flächen ist eine Ursache dafür, dass Insekten nicht mehr genügend Nahrung finden.

Aber auch die Kommunen können und müssen etwas tun, und da meine ich nicht nur, etwas gegen die Lichtverschmutzung. Lichtverschmutzung, das gebe ich zu, ist noch nicht sehr lange in meinem Bewusstsein. Als ich den Begriff zum ersten Mal gehört habe, da war ich doch etwas erstaunt. Aber Sie haben das sehr gut erklärt. Wir sind auch im Naturpark Nossentiner/Schwinzer Heide gewesen.

(Tilo Gundlack, SPD, Thomas Krüger, SPD, und Susann Wippermann, SPD: Wir auch!)

Dort läuft dieses Projekt. Wir haben uns das angesehen. Wir finden das sehr gut.

Aber Kommunen können zum Beispiel viel mehr Blühpflanzen auf ihren Grünflächen anpflanzen, statt nur auf grünen Rasen zu setzen. Das sieht nicht nur schön aus, es ist für die Biodiversität ebenfalls gut. Meine Heimatstadt Greifswald hat damit zaghafte angefangen, aber auch da ist noch Luft nach oben. Die Kommunen können selbstverständlich auf den Einsatz von Pestiziden verzichten. Das ist leider nicht mal beim Glyphosateinsatz in allen Kommunen selbstverständlich.

Und nicht zuletzt können wir alle etwas tun, nicht nur in den heimischen Gärten und Vorgärten, denn eine der Ursachen des Insektensterbens und des Wandels der Diversität bei den Insekten ist der Klimawandel, den es ja nach Herrn Borschke auch nicht so gibt, wie von den Wissenschaftlern nachgewiesen.

(Zurufe von Dr. Ralph Weber, AfD, und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Wir haben auf dem Gebiet des Insektensterbens kein Erkenntnisdefizit.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:  
Das ist ja langsam peinlich!)

Sie sind mir peinlich, Herr Borschke, wirklich wahr!

Wir haben auf dem Gebiet des Insektensterbens kein Erkenntnisdefizit. Ich glaube, wir brauchen keine langjährige Studie, sondern aktives Handeln. Den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

**Dr. Gunter Jess,** AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste! Ich muss Ihnen ehrlich sagen, immer, wenn wir über naturwissenschaftliche Dinge sprechen, kommt mir das kalte Grausen hier hoch,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und zwar aus folgendem Grunde: weil wir nicht wirklich sachlich über die Problematik sprechen, sondern sehr ideologisch,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

sozusagen mit ideologischen Argumenten. Wenn man wirklich diese Problematik angehen will, dann ist es natürlich völliger Unsinn, dass man behauptet, wir haben eine Studie und wir müssen jetzt in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr untersuchen, ob es bei uns auch so ist. Natürlich gibt es Unterschiede in unterschiedlichen Ländern oder in unterschiedlichen Gebieten und Landschaften. Deshalb wäre es sehr sinnvoll, wenn man eine solche Studie macht, wenn man eine Aufklärung haben will.

Zudem muss ich Ihnen ganz offen sagen, die LED-Angelegenheit, hier dieser Antrag, erscheint mir mehr als ein Lobby-Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Ja, hier soll ein bestimmter Industriezweig sozusagen gefördert werden. Da, muss ich ehrlich sagen, ist mir die Sache zu wichtig.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Wir sollten allgemeiner darüber reden und diskutieren und sagen, wo denn die Hauptursachen sind, wenn das so wäre. Ich kann mir gut vorstellen, dass es so ist.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich kann mir gut vorstellen, dass es so ist,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

weil wir eine starke Nutzung der Landschaft haben.

Aber, meine Damen und Herren, Ideologie hilft uns hier nicht weiter. Ich muss Ihnen mal eins sagen: In der Naturwissenschaft ist es nicht so, dass, wenn man eine Studie hat, man sagt, so ist es, diese Studie beweist es. Nein. Dann kommen andere und überprüfen diese Studie. Ich kann Ihnen dutzende Beispiele nennen von ganz wichtigen Studien, die sich nachher als falsch herausgestellt haben, weil sie ideologisch oder aufgrund von Karrieresucht der Wissenschaftler gefälscht wurden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Da gibt es dutzende Studien. Und ich muss Ihnen ganz offen sagen ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Tilo Gundlack, SPD: Nach der Logik  
könnte keine Studie richtig sein. –  
Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich habe gesagt, es gibt Konkurrenz. Die Wissenschaft funktioniert dadurch, dass Ergebnisse überprüft werden können, und deshalb muss man Ergebnisse überprüfen können. Diese Studie, von der hier berichtet wird, ist dermaßen unsolid.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Sich darauf zu beziehen, um ganze Systeme abzustellen und abzuändern,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Es kommt nicht nur darauf an! –  
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,  
Andreas Butzki, SPD, und  
Thomas Schwarz, SPD)

da kann ich nur sagen, so etwas Unsolides und so etwas Risikofreundliches, wie Sie hier präsentieren, gute Nacht!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Andreas Butzki, SPD: Wir brauchen gar keine  
Studie mehr, weil die alle gelogen sind. –  
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

**Elisabeth Aßmann, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich keine Schuhe an hätte, würde man, glaube ich, sehen, wie sich meine Zehennägel gerade hochgerollt haben.

Also das, was Sie abgeliefert haben, Herr Jess, war wirklich unterirdisch.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das war wirklich richtig unterirdisch. Wenn man jetzt mal schaut, worauf bezieht man sich, wenn Sie zugehört hätten, Herr Jess, dann wüssten Sie, dass ich als Person – und jetzt hören Sie wieder nicht zu – die Krefelder Studie nicht mit einem einzigen Wort erwähnte,

(Thomas Schwarz, SPD: Genau. Richtig!)

weder im Antrag noch in meinen persönlichen Ausführungen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist  
das Problem mit dem Zuhören!)

Die habe ich nicht erwähnt, ich gehe aber gern darauf ein.

Es wird immer gesagt, ja, die Studie war in Großschutzgebieten – das hat Herr Kliewe auch gesagt – und das ist beunruhigend. Ja, das stimmt, das ist beunruhigend. Aber wissen Sie, wo diese Großschutzgebiete liegen? Am Rande der hellsten Orte, die wir in Deutschland haben, am Rande der Gebiete mit der größten Lichtverschmutzung. Auch das sollte man, wenn man sich schon darauf einlässt zu sagen, Wissenschaft ist hier heranzuziehen, letztendlich heranzuziehen.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Die Zeit läuft übrigens.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Aßmann, dann nutze ich die Gelegenheit und frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten de Jesus Fernandes zulassen?

**Elisabeth Aßmann, SPD:** Natürlich, sehr gerne.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Bitte schön.

**Thomas de Jesus Fernandes, AfD:** Ich habe eine Frage: Es geht ja um die Kosten bei der Umstellung auf diese LED-Technik. Ist damit zu rechnen, dass Anwohner oder Hauseigentümer an diesen Kosten beteiligt werden, oder bleiben die völlig außen vor?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Thomas Schwarz, SPD)

**Elisabeth Aßmann, SPD:** Herr de Jesus Fernandes, wenn Sie sich mit der gültigen Rechtslage auskennen, dann gehören sowohl Gehwege als auch Straßenbeleuchtung – wenn ich das richtig im Kopf habe, ich gucke gern zu Herrn Pegel – zu Erschließungskosten,

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

die in jedem Fall immer anteilig für Anwohnerinnen und Anwohner umgelegt werden, zumindest zu Teilen. Es ist aber letztendlich so, dass es scheißegal ist

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –  
Egbert Liskow, CDU: Na, na, na!)

oder dass es letztendlich egal ist – Entschuldigung für diesen Ausdruck –, welche Form von Leuchtmittel sie nutzen, sie werden in jedem Fall daran beteiligt.

Ist das so sachlich richtig, Herr Pegel?

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
und Martina Tegtmeier, SPD)

**Thomas de Jesus Fernandes, AfD:** Danke.

**Elisabeth Aßmann, SPD:** Es ging um wissenschaftliche Grundlagen.

(Tilo Gundlack, SPD:  
Aber jetzt nicht mehr.)

Auf Herrn Jess bin ich eingegangen.

Herr Borschke war es, der gesagt hat, es gibt überhaupt keine Grundlagen. Doch, Herr Borschke. Ich war nicht mal anwesend in der Agrarausschusssitzung, als dieses Thema behandelt wurde, und trotzdem weiß ich, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern 50 Entomologen haben, die Daten erheben, und zwar insbesondere bezogen auf einzelne Arten, sicherlich, es gibt keine große Gesamtstudie, die sich mit allen Arten beschäftigt, die wird es wahrscheinlich auch nie geben können, aber die sich insbesondere mit den Arten auseinandersetzen, die auf der Roten Liste stehen. Jetzt ist es an der Zeit, diese Daten zusammenzusammeln und auszuwerten, gar kein Thema. Aber wir haben eine Datengrundlage. Wenn Sie sich hier hinstellen und behaupten, es würde überhaupt keine Datengrundlage geben und was irgendwo allgemein auf der Welt erhoben wird, wäre nicht repräsentativ, dann zweifle ich doch wirklich an Ihrem gesunden Menschenverstand. Wenn man Maßnahmen hat, die einfach umsetzbar sind, wo es um Investitionen geht, die wir so oder so tätigen, dann frage ich mich wirklich, warum man das nicht einfach tun soll, wenn es doch so einfach ist. Ich verstehe Sie wirklich nicht an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich komme noch mal zu Herrn Strohschein, da hat ja Herr Jess jetzt noch mal die Steilvorlage gegeben. Ich frage mich, ob Sie die Anträge eigentlich manchmal lesen oder überhaupt mal lesen, weil ich habe die Krefelder Studie gar nicht erwähnt. Mein Partner sagt immer, der Fuchs muss nicht nur einen buschigen Schwanz haben. Ich glaube, bei Herrn Strohschein gilt manchmal, der Schweigefuchs ist eigentlich das bessere Instrument. Wenn ich jetzt schaue, Herr Strohschein, Sie haben gesagt ...

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,  
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich selbst habe die Landwirtschaft überhaupt nicht ins Gespräch gebracht.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und, Herr Strohschein, wenn Sie sich hinstellen und sagen, der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist seit Jahren konstant bei 1.000 Tonnen, dann klingt das erst mal gut. Wenn Sie sich aber überlegen, dass der Anteil der Fläche am ökologischen Landbau steigt, das heißt, der Anteil konventioneller Fläche geht zurück, wir haben Flächenverlust durch Baumaßnahmen, heißt das, der Anteil oder die Fläche konventioneller Landwirtschaft an sich geht immer mehr zurück. Die Technologie wird immer effizienter, das heißt, man bringt auf der Fläche,

(Jürgen Strohschein, AfD: Ganz wenige  
Prozente! Ganz wenige Prozente!)

man bringt auf der Fläche effizienter, gezielter Pflanzenschutzmittel aus.

Jetzt mache ich mal kurz mathematische Überlegungen, habe ich ja gehabt.

(Christoph Grimm, AfD:  
Das können Sie gar nicht!)

Doch, Herr Grimm, das kann ich.

Dann stelle ich fest, Mensch, 1.000 Tonnen, Fläche geht zurück, dann ist auch noch der Einsatz pro Maßnahme geringer, da könnte man zu dem Schluss kommen, dass am Ende tatsächlich häufiger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Könnte man!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Jochen Schulte, SPD: Das begreife ich ja jetzt  
sogar als Jurist! – Dr. Ralph Weber, AfD:  
Und wo kommt jetzt die Mathematik?)

Das haben Sie vielleicht nicht verstanden, eventuell ja jetzt.

Wenn man dann noch überlegt, ja, es ist richtig, dass wir Blühpflanzen einsetzen. Es wurde auch die Maßnahme der Blühstreifen erhöht. Landwirtschaftliche Betriebe können jetzt anstelle von 5 Hektar 20 Hektar im Betrieb anbauen.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Es wird die bienenfreundlichste Gemeinde gesucht. Wir haben 1 Million Euro über den Strategiefonds bereitgestellt, von der Herr Brodkorb sprach. Es ist aber nicht nur

so, dass wir am Ende immer auf Blütenpflanzen gucken müssen, wir müssen auch gucken, wo ist die Brutstätte.

(Nikolaus Kramer, AfD: Richtig!)

Holger Kliewe hat es gesagt, es geht ebenso darum, was passiert in der Weidehaltung. Ich glaube, ich habe das in der Rede schon mal gesagt, dass der Kuhfladen auch Brutstätte ist. Aber da geht es ebenso um Wasser, weil wenn Sie zu Hause mal in Ihre Regentonnen gucken, Herr Strohschein, dann werden Sie sehen, dass die Mücken, von denen Sie im Wald gestochen worden sind, vielleicht vorher sogar bei Ihnen in der Regentonnen gebrütet haben. Also wir brauchen ebenfalls gesundes Wasser als Lebensraum. Dieses Ganze müssen wir betrachten.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD –  
Thomas Krüger, SPD: Sie waren bestimmt  
in der Nähe von Herrn Strohschein!)

Und ich sage noch mal: Wir haben wissenschaftliche Grundlagen, wir können handeln. Wir haben hier eine Maßnahme, mit der es sogar sehr einfach ist zu handeln. Ich verstehe nicht, wie man sich da grundsätzlich versperren kann, weil das ist am Ende Ideologie und nicht Realismus.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

**Ralf Borschke,** Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Dass man hier diffamiert wird, weil man für Grundlagenforschung ist, um danach gezielt handeln zu können, das sagt etwas über das Niveau von Teilen dieses Landtages aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist mehr als nur peinlich.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Sie sind peinlich!)

Auf Ihre Ausfälle, Frau Aßmann, gehe ich gar nicht erst ein. Das ist mir zu primitiv, echt zu primitiv.

(Thomas Krüger, SPD: Herr Borschke! –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist nicht mein Niveau, das ist Ihr Niveau.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Sie reden von Niveau?! –  
Zuruf aus dem Plenum: Das glaube ich  
Ihnen sofort, dass das nicht Ihr Niveau ist!)

Das können Sie auch hier öffentlich immer wieder vorbringen. Stellen Sie sich hin und zeigen Sie Ihr primitives Niveau weiterhin!

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
und Tilo Gundlack, SPD)

Herr Schreiber vom Umweltministerium war im Ausschuss. Die ersten Worte, die er da von sich gab, waren,

dass es an den Antennen und an den Autoscheiben keine Insekten mehr gibt. Man muss sich nur die Folie ansehen, die Sie erstellt haben. Bei den Maßnahmen geht es nur um die Landwirtschaft. Frau Dr. Schwenke bestätigt das ja hier auch. Und ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Ich habe viel mehr genannt,  
nicht nur die Landwirtschaft!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Jochen Schulte, SPD: Es sucht sich  
jeder das raus, was ihm gefällt!)

ein Punkt ist zum Beispiel, es gibt in unserem Land immer weniger Viehhaltung. Wir kämpfen hier, wie schon so oft gesagt, mit Sachsen-Anhalt um den letzten Platz in der Viehhaltung.

(Jochen Schulte, SPD:  
Es gibt genug dumme Ochsens!)

Das ist ein Punkt zum Beispiel, warum es einen Insektenrückgang gibt.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,  
und Martina Tegtmeyer, SPD)

Kommen wir mal zu der Behauptung, unter anderem die Wildbienenpopulation würde zurückgehen. Das mag sein. Darum sollten wir das untersuchen, meine Damen und Herren. Sie aber geben sofort der Landwirtschaft und dem Pflanzenschutz, ja, sogar dem Einsatz von Düngemitteln die Schuld.

(Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

Oftmals, ich sage bewusst nicht, immer, wird diese Sichtweise von einem grünen Mainstream mitgetragen und verbreitet, dessen Meinungsmacher aus den Städten und Stadtrandsiedlungen kommen – Warum sind Sie nicht bei den GRÜNEN, Frau Aßmann? Die Frage stellt sich mir übrigens. –,

(Elisabeth Aßmann, SPD: Weil ich  
Realistin bin, Herr Borschke!)

also genau von jenen Leuten, die komplett die Verbindung zu Natur und Umwelt verloren haben,

(Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

also denjenigen, die ehemalige hochwertige Nutzflächen und Grünland in Betonwüsten verwandelt haben, deren Gärten nach Yin und Yang ausgerichtet sind und die alle Flächen nachhaltig versiegelt haben – so viel zur Nachhaltigkeit –,

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

auf deren Grundstücken jedes Insekt, auch die Biene, sofort tot vom Himmel fällt, bevor es mit letzter Kraft das Wort „Hunger“ rauspresst.

(Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD –  
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Was erzählen Sie denn hier  
für einen Unsinn?!)

Aber eines muss man Ihnen und den GRÜNEN lassen: Sie schaffen es tatsächlich, dass diese Leute dann noch gegen das Insektensterben auf die Straße gehen nach der Methode „Haltet den Dieb, er hat mein Messer im Rücken“ und gegen die Landwirtschaft als Verursacher eines Insektensterbens demonstrieren. Die wirklichen Verursacher eines Insektensterbens sind aber die großflächigen Versiegelungen und der stärkere Verkehr.

Aber nochmals zu den Wildbienen: Mit dem Verbot der Neonicotinoide haben Sie den Bienen allgemein einen Bärendienst erwiesen, denn bei richtiger, sachgerechter Anwendung sind die Neos nicht insektenschädlich, und ohne Herbizide und Insektizide ist ein Rapsanbau wirtschaftlich nicht möglich. Sie nehmen damit aber auch den Wildbienen eine wichtige Frühjahrstracht. Sie handeln wirklich nachhaltig, aber nicht im positiven Sinne.

Meine Damen und Herren, kommen wir noch mal zu Ihrem Antrag, zu den LEDs.

(Christian Brade, SPD: Na endlich!)

Sie wollen also die Auswirkungen einer ideologisch bedingten Fehlentwicklung in der Politik durch bürokratische Auflagen ausgleichen. Eigentlich heißen diese ganzen Forderungen nichts anderes, als dass die bisherigen Umweltmaßnahmen vollkommen kontraproduktiv sind und mehr Schaden als Nutzen anrichten.

(Elisabeth Aßmann, SPD:  
Das ist doch lächerlich!)

Wenn ich das so lese, wünsche ich mir die gute alte Glühbirne zurück. Diese wurde aus vollkommen ideologisch begründetem Umweltschutz abgeschafft.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Nun sind ständige Eingriffe notwendig, um die größten Schäden für Mensch und Natur abzuwenden, und das bedeutet Bürokratie. Die Fehler des Staates sollen also die Bürger ausbaden. Und wenn diese an einer Umrüstung kein Interesse haben sollten, dann macht man sich wie in Punkt III für Verbote stark. Nur noch warmweiße Leuchtmittel sollten erlaubt sein. Das ist typisch für grüne Regulierungswut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

DIE GRÜNEN müssen nicht mal im Landtag sitzen, ihre Politik wird auch so durchgesetzt. In Abwandlung eines berühmten Liedes von Marlene Dietrich könnte man sagen: Die SPD schwirrt um DIE GRÜNEN. Den Rest kennen Sie.

Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU, müssen sich überlegen, für welche Politik Sie hier eigentlich stehen. Wir haben noch nicht mal eine landeseigene Insektenstudie für das Land Mecklenburg-Vorpommern, aber der blinde Aktionismus ist schon da. Hauptsache regulieren und der Ideologie entsprechende Wirtschaftszweige überprivilegieren. So sollen grundsätzlich LEDs mit warmweißen Leuchtmitteln gefördert werden und auch auf die Schaltung von Straßenbeleuchtung will man durch eine vorrangige Förderung einwirken. Hier hat man das Gefühl, dass es nur um die Steuerung der kommunalen Selbstverwaltung geht, die für ein verantwortungsvol-

les Lichtmanagement sensibilisiert werden soll. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV und Jürgen Strohschein, AfD – Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Finanzminister Brodtkorb, Ihr Redebeitrag war der, der mich am besten überzeugen konnte in der heutigen Debatte, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, denn insgesamt ist mir der Insektenschutz hier doch zu kurz gekommen. Da möchte ich sagen, das ist absolut wichtig für uns, also nicht nur Stechmücken und Schmetterlinge, was wir da so gehört haben, sondern die Insekten insgesamt.

Übrigens läuft die Zeit hier noch nicht.

Ich möchte Herrn Dr. Jess beipflichten. Das scheint mir ein Lobby-Antrag zu sein. Durch die Hintertür sollen Fördermittelmöglichkeiten für Straßenbeleuchtungen auf LED-Basis geschaffen werden.

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Das hat nichts mit Insektenschutz zu tun. Aus diesem Grunde kann ich persönlich diesem Antrag nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr distanziert euch jetzt alle nacheinander von LED.)

**Dr. Ralph Weber,** AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen und liebe Gäste! Ich möchte nur noch einmal betonen,

(Unruhe bei Martina Tegtmeier, SPD)

es ist nicht meine Sache, hier zu stehen und Herrn Borschke zu verteidigen, aber es ist mehr als unredlich, Frau Dr. Schwenke,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

wenn Sie in Ihrer jetzigen Rede schon zweimal wieder gesagt haben, es würde der Klimawandel bestritten. Weder Herr Borschke noch irgendjemand in der AfD bestreitet die Tatsache, dass wir einen Klimawandel haben.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Das ist etwas Natürliches, das kommt immer wieder, wir haben diese Wechsel von Warm- und Eiszeiten. Es geht um den Einfluss, den der Mensch auf diesen Klimawandel hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Was wir bestreiten, ist genau die Frage, welchen Einfluss der Mensch auf diesen Klimawandel nimmt, und nicht den Klimawandel als solchen. Es ist unredlich, das immer wieder bewusst falsch darzustellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Martina Tegtmeier, SPD: Sie stellen das falsch dar!)

Es gibt aber auch einen Aspekt daran, der mich beruhigt, und das ist die Tatsache, dass Ihnen scheinbar nicht mehr einfällt, als unsere Anträge und unsere Inhalte mit Unwahrheiten zu bestreiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie sollten da mal auf die Tatsachenbasis zurückkehren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

**Dr. Mignon Schwenke,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Herr Professor Weber, wenn Sie mir zuhören würden, dann wüssten Sie, dass ich das so nicht gesagt habe.

(Zurufe von Horst Förster, AfD, Dr. Ralph Weber, AfD, und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Nein, nein, das habe ich nicht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das kann man im Protokoll nachschauen!)

Ja, das können wir im Protokoll nachschauen, dann werden wir es genau wissen.

Ich sage jetzt noch mal, Sie leugnen zumindest den menschlichen Anteil daran.

(Horst Förster, AfD: Sie leugnen das, alleine das, nur das! – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich habe aber auch schon in mehreren Reden gesagt, dass es in der heutigen Situation völlig unwesentlich ist, ob die Menschen tatsächlich schuld daran sind oder nicht.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein.)

Die Auswirkungen sind gravierend und wir müssen etwas dagegen tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zurufe von Horst Förster, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Und darum geht es. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen abzumildern.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Jens-Holger Schneider, AfD)

Die Auswirkungen sind heute schon deutlich spürbar. Und wenn Sie die nicht sehen, zumal – das ist das, was ich gesagt habe, auch zu Herrn Borschke – 99 Prozent aller Klimaforscher in dieser Welt, das sind Wissenschaftler, also Wissenschaft zählt Ihnen offensichtlich nicht immer als Grundlage ...

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

99 Prozent aller Klimaforscher in dieser Welt sagen, es gibt den Klimawandel

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Jürgen Strohschein, AfD)

und er ist in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich durch Menschenhandeln beschleunigt worden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Menschenhandell!)

Nur darum geht es. Es geht um das Tempo und es geht darum, dass wir Maßnahmen, effektive und intensive Maßnahmen ergreifen müssen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, ja, ja!)

um diese Auswirkungen zumindest abzumildern.

(Zurufe von Horst Förster, AfD, Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Ändern können wir es ohnehin nicht mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/2910. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/2910 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der AfD, bei zwei

(Jens-Holger Schneider, AfD: Zwei Enthaltungen!)

Stimmenthaltungen – immer mal ruhig –, zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der AfD und Ablehnung der Fraktion Freie Wähler/BMV und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ich habe dafür gestimmt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt, das habe ich auch gesehen.)

Und Zustimmung von Herrn Strohschein, fürs Protokoll.

(Jürgen Strohschein, AfD: Danke schön. – Dr. Ralph Weber, AfD: Wir haben halt keinen Fraktionszwang!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/2906. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Thomas Krüger, SPD: Herr Strohschein auch.)

Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/2906 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktionen der AfD und Freie Wähler/BMV und Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Präventivhaft gegen terroristische Straftaten, Drucksache 7/2902.

**Antrag der Fraktion der AfD  
Präventivhaft gegen terroristische Straftaten  
– Drucksache 7/2902 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Liebe Landsleute! Die aktuellen Ereignisse in Straßburg zeigen, wie aktuell dieser Tagesordnungspunkt ist.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Dennoch warne ich davor, nun hysterisch zu kreischen oder mit Unterstellungen zu agitieren. Unsere Gedanken sind in erster Linie bei den Opfern dieser schrecklichen Taten nicht nur in Straßburg.

Dennoch ist es an der Zeit, an Sicherheit neu zu denken, denn wir alle wissen spätestens seit den Vorfällen in Güstrow und Schwerin, dass die terroristische Bedrohungslage im Land real ist. Der kürzlich verurteilte Yamen A. aus Schwerin baute erwiesenermaßen an einer Bombe, die bis zu 200 Menschen das Leben nehmen sollte. Er ließ die Richterin in Hamburg bei Ihrer Urteilsverkündung ratlos zurück. Dieser Befund ist erschreckend. Unsere Politik hier im Land darf gegen den Terror niemals ratlos sein. Wir müssen konkrete Antworten liefern. Das heißt, wir müssen unsere Gesetze zeitnah und überlegt an eine veränderte Lage im Land anpassen. Wir fordern daher die Präventivhaft gegen terroristische Straftaten, gegen wohlgerichtet terroristische Straftaten zur Stärkung unserer Sicherheitsbeamten.

Vor einem Jahr hat meine Fraktion hier im Landtag eine Aussprache zum Thema Terrorismus aufgesetzt. Damals waren sich alle Fraktionen einig, dass Handlungsbedarf besteht. Vor allem die Problematik des islamistischen Terrors steht unübersehbar im Raum des politischen Handelns. DIE LINKE hat seinerzeit deutlich gemacht, dass sie neue gesellschaftliche Präventionsprogramme

für nötig hält. Die SPD forderte, und ich zitiere, dass „Salafistisch/radikalislamistische Moscheen ... geschlossen und Hassprediger ... ausgewiesen werden“ müssen. Und die CDU in Gestalt von Frau von Allwörden betonte, ich zitiere abermals, „meiner Fraktion ist das Thema der Terrorismusbekämpfung extrem wichtig“, Zitatende.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Das stimmt.)

Was ist seitdem passiert? Leider müssen wir feststellen: kaum etwas. Alle drei erwähnten Fraktionen haben das Problem vor einem Jahr wortgewaltig bestätigt, um direkt danach wieder auf Tauchstation zu gehen. Vonseiten der anderen Fraktionen kam kein einziger Antrag zu diesem Thema. Man wollte nicht einmal die von uns beantragte Expertenanhörung im Ausschuss durchführen, dennoch scheint Ihnen das Thema wichtig zu sein, offensichtlich Worthülsen. Einzig die Landesregierung kündigte zum November 2018 einen Gesetzentwurf für mehr polizeiliche Abwehrbefugnisse an, doch lässt auch dieser bis heute auf sich warten. Mit Ausnahme der elektronischen Fußfessel, die bekanntlich nur begrenzten Schutz liefern kann, ist die Landesregierung gesetzgeberisch tatenlos geblieben.

Damit dieser Zustand nicht weiter bestehen bleibt, fordern wir die Präventivhaft zur Abwendung erheblicher terroristischer Gefahren. Eine Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes hierfür heißt, dass vor allem Gefährder solange präventiv festgehalten werden können, bis keine auf Tatsachen begründete erhebliche Gefahr mehr von ihnen ausgeht. Diese Möglichkeit im Gefahrenabwehrrecht ist in anderen Bundesländern bereits Realität. So hat die bayerische Landesregierung dies erst kürzlich in ihr Polizeiaufgabengesetz geschrieben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Davon redeten wir im Juni.)

Auch gestern arbeiteten wir uns an dem Beispiel Bayerns ab. Dann tun Sie das auch gern heute, meine Damen und Herren!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben wir schon im Juni gemacht, Herr Kramer.  
Waren Sie da nicht da?)

Die Länder Niedersachsen und NRW haben ebenfalls, wenn auch bezüglich der zeitlichen Dauer der Haft abgeschwächt, gehandelt. Mecklenburg-Vorpommern muss jetzt nachziehen. Wir müssen Vorreiter im Osten werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kommen wir nun zu dem Hintergrund unseres Antrages. Unser Innenminister hat in der vergangenen Aussprache zum Thema Terrorismus betont, dass die diesbezügliche Sicherheitslage im Bund vergleichbar mit der Lage hier in Mecklenburg-Vorpommern ist. Aus diesem Grund muss man also feststellen, dass sich der Handlungsbedarf in Bayern nicht grundsätzlich von dem hier bei uns im hohen Norden unterscheidet.

Wie im Verlauf des Jahres zu verfolgen war, hat sich insbesondere die CDU vielfach für die Einführung einer Präventivhaft auf die eine oder andere Weise starkgemacht. So hatten im März die innenpolitischen Sprecher

der Union gefordert, dass in allen Bundesländern insbesondere für Gefährder die Präventivhaft ermöglicht werden soll. In unserem Land ist nichts passiert. Trotz dieser Willensbekundung der Unionsparteien agiert das Innenministerium in seiner Reaktion auf den Antrag unseriös, Herr Minister, absolut unseriös.

Herr Caffier, Sie werfen uns vor, die AfD habe den mutmaßlichen Willen, alle Menschen potenziell als Straftäter in Haft nehmen zu wollen. Das ist eine vollkommen haltlose Unterstellung. Würden Sie diesen Vorwurf auch gegenüber dem bayerischen oder niedersächsischen Innenminister aussprechen? In unserem Antrag beziehen wir uns nämlich explizit auf die bayerische Lösung. Diese stellt gesetzlich klar, dass es um Personen geht, die im spezifischen Terrorverdacht stehen.

Ich darf hierzu aus der bayerischen Gesetzesbegründung zitieren: „Das BVerfG hat ... mit Blick auf Terrorgefahren ausdrücklich festgestellt, dass der Gesetzgeber bei Eingriffstatbeständen ... nicht ... auf das ... Modell der Abwehr konkreter, unmittelbar bevorstehender oder gegenwärtiger Gefahren beschränkt ist, sondern dass er die Grenzen ggf. auch weiter ziehen kann ... Es müssen ... tatsächliche Anhaltspunkte bzw. Tatsachen auf eine im Einzelfall drohende Gefahr ... hinweisen und den Schluss auf ein ... absehbares Geschehen sowie über die Beteiligung von bestimmten Personen zulassen ...“ Zitatende.

Diese Lesart zum BKA-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist es, auf die unser Antrag heute abzielt. Ihre in der Presse getätigten Unterstellungen gegen unseren Antrag sind vor diesem Hintergrund einfach haltlos. Ich fordere Sie in der heutigen Debatte dazu auf, sich geradzumachen und entsprechend sachlich auf den Antrag einzugehen. Alles andere ist billiger Regierungspopulismus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zentral in unserem Antrag ist die Begriffskategorie „drohende Gefahr“. Die Polizei soll hiermit in die Lage versetzt werden, Vorbereitungen für terroristische Straftaten besser zu erfassen. Darüber hinaus könnten zukünftig Maßnahmen ergriffen werden, die den beobachteten Vorlauf eines geplanten Terroranschlages nachhaltig vereiteln, denn der gewaltbereite Extremist ist zur Sicherheit der Bevölkerung aus dem Verkehr gezogen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es ist schon in der Presse von Ihnen kommuniziert worden, dass Sie unser Ansinnen für die Präventivhaft ablehnen. Ich möchte Sie zum Schluss meines Beitrages aber noch an Folgendes erinnern: Im April 2018 beschrieb die Landesregierung ihre Sichtweise zur Präventivhaft in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mit folgenden Worten doch etwas offener: „Eine ... längerfristige Ingewahrsamnahme ... erscheint mit Blick auf die Regelungen der Strafprozessordnung und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verfassungsrechtlich nicht unproblematisch.“ Richtig, Sie sprechen den Knackpunkt also selbst an. Wir diskutieren heute hier über ein Verhältnis. Wir reden heute hier über das schwierige Verhältnis von Sicherheit auf der einen Seite und auf der anderen Seite von Freiheit. In unseren Augen muss das kein Gegensatz sein, denn wer die Freiheit unserer Bürger, ja, das Leben unserer Bürger zerstören will, der kann keine milde Reaktion des Staates erwarten, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich muss Sie hier an dieser Stelle an die letztjährige Situation erinnern, als in Güstrow zwei terrorverdächtige Personen nach einem vom Innenministerium pompös verkündeten Schlag gegen islamistischen Terrorismus wieder freigelassen werden mussten. Das war damals ein handfester Skandal, der nicht zu Unrecht eine Sondersitzung im Innenausschuss provozierte. Stellen Sie sich vor, diese Männer wären nach ihrer Freilassung als Gefährder einfach vom Radar verschwunden! Stellen Sie sich vor, die beiden Brüder hätten sich trotz polizeilicher Observation das nächste Messer im Supermarkt gegriffen und wahllos unbescholtene Bürger attackiert!

(Manfred Dachner, SPD:  
Haben sie aber nicht.)

Der Hamburger Messerislamist aus dem Jahr 2017, der eine Person aus Mecklenburg-Vorpommern tötete und sieben weitere Personen verletzte, ist ein mahnendes Beispiel. Wir alle hätten uns in einem vergleichbaren Fall wie in Güstrow die Präventivhaft gewünscht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich auf der Besuchertribüne Seniorinnen und Senioren der Volkssolidarität aus Rostock-Dierkow begrüßen.

Jetzt eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst, bevor ich zum Beitrag komme, zwei/drei Vorbemerkungen.

Das Beispiel in Güstrow war nun das unpassendste Beispiel, was Sie gebracht haben, Herr Kollege Kramer.

(Manfred Dachner, SPD:  
Ja, ja, das würde ich auch sagen.)

Erstens war es dank der hervorragenden Leistung der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern überhaupt möglich, die Straftäter zu ermitteln. Nun leben wir mal in einem Rechtsstaat und müssen auch die Entscheidungen, die Gerichte treffen, respektieren. Dank der guten Arbeit der Sicherheitsbehörden ist es auch gelungen, trotz der entsprechenden Richtersprüche die dementsprechende Handlung umzusetzen und durchzuführen.

Zweite Bemerkung: Ja, wir haben angekündigt, dass wir Veränderungen vornehmen. Das tun wir. Die erste Änderung des SOG ist bereits vollzogen. Die zweite Änderung des SOG mit über 300 Seiten ist derzeit im Vollzug. Nun haben wir ein parlamentarisches Verfahren, sprich, dementsprechend mit Anhörung. Es ist nun mal so, dass gerade der Datenschutzbeauftragte beim SOG unglaublich viel mitzureden hat. Deswegen ist es eine sehr intensive Arbeit, an der wir uns durchaus abarbeiten.

Letzte Bemerkung: Ich habe im Innenausschuss gesagt, dass das Bayerische SOG nicht Grundlage wird. Das SOG ist in Mecklenburg-Vorpommern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Ich habe es auch begründet. Da das Gesetz vor dem Verfassungsgericht landet, werde ich nicht Passagen übernehmen, die möglicherweise vor dem Verfassungsgericht keinen Bestand haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Also lassen Sie doch hier erst die Rechtsprechung zum Zuge kommen und dann können Sie sagen, wir sollten dieses oder jenes übernehmen, wenn es auch vor Gericht Bestand hat!

Ich kann es aber kurz machen, was den Antrag Ihrer Fraktion betrifft. Sie laufen hier mit dem Vorschlaghammer schwingend durch die Gegend für eines der kompliziertesten Gesetzeslagen, die wir derzeit kennen, wo an und für sich ein wohlüberlegtes Herangehen notwendig ist. Das ist notwendig, unstrittig, aber eher mit dem Skalpell und nicht mit dem Vorschlaghammer.

Über die Präventivhaft kann und soll man durchaus nachdenken. Es wurde seinerzeit auch vor der WM in Russland so durchgeführt, um zu verhindern, dass sich eine internationale Fussballkollegentruppe zusammentuk, um russische Spielstätten in Schutt und Asche zu legen. Das Europäische Verfassungsgericht hat hier ein höchstrichterliches Urteil im Zusammenhang von Menschenrechten gesprochen. Ergebnis: Die vorsorgliche Festnahme von mutmaßlichen Hooligans ist zulässig, wenn vorher alles getan worden ist, um diese Freiheitsentziehung zu vermeiden. Das deckt sich auf den ersten Blick sogar ein bisschen mit der Aussage des Staatsrechtlers, den Sie im Begründungstext Ihres Antrages mit aufführen.

Das, was Sie in Ihrem Antrag allerdings fordern, geht definitiv nicht. Sie reden hier nämlich von der Beugehaft. Also darf man jemanden präventiv in Haft nehmen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

auch, um erst Erkenntnisse zu erlangen? Das, meine Damen und Herren, wird vor keinem Gericht in Deutschland, aber auch in Europa Bestand haben. Das kennen wir vielleicht aus Guantánamo, aber als Innenminister ist es meine Aufgabe, alles daranzusetzen, Gefährdungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die von Einzelnen ausgehen, zuverlässig und rechtsstaatlich sauber zu verhindern.

Das widerspricht im Übrigen gerade den Beispielen, die Sie am Ende Ihrer Ausführungen gebracht haben. Das gelingt uns weit besser als in den Diktaturen und Autokratien dieser Welt. Eine Präventivhaft wäre grundsätzlich sicherlich möglich, aber nur dann, wenn bereits tatsächlich Anhaltspunkte vorliegen für eine konkrete Umsetzung einer Straftat, wie es bei den Fällen gewesen ist, wo wir dann auch Zugriffe gemacht haben.

Die Gedanken aber, meine Herren von der AfD, sind und bleiben frei, ein Leitspruch, der uns im Osten allen bekannt ist, die 89/90 auf die Straße gegangen sind. Wäre

es anders, wären wir bald schon wieder in der Sicherheitsphilosophie des Dritten Reiches.

(Thomas Krüger, SPD:  
Sehr richtig, Herr Minister!)

Das kann hier, glaube ich, keiner wollen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

so sensibel und so kompliziert, wie die Situation auch ist. Wir sollten aber alles dafür tun, den Menschen nicht etwas vorzugaukeln, was rechtsstaatlich so nicht tragfähig ist.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verpflichtet uns daher, alles zu tun, um solch einen vorsorglichen Freiheitsentzug zu verhindern. Hätten Sie vor einem Jahr bei der Debatte zum SOG aufgepasst, hätten Sie damals mitbekommen, dass wir genau aus diesem Grund die elektronische Fußfessel eingeführt haben. Die Maßnahme ist ähnlich wirksam wie die Präventivhaft, allerdings ist eben der Grundrechtseingriff deutlich geringer und die Befugnisse sind dadurch auch gerichtsfester.

Ein probates Mittel, um die Gefahren abzuwehren, um die es Ihnen hier geht, ein probateres Mittel haben wir also. Besser noch, dieses Mittel musste bislang kein einziges Mal angewendet werden. Hätten wir also in Mecklenburg-Vorpommern bereits unzählige Male die elektronische Fußfessel verhängen müssen, könnte man sich noch einmal unterhalten, ob diese Maßnahme ausreicht oder ob man gegebenenfalls doch noch einen Schritt weiter gehen muss, aber die Situation stellt sich so einfach nicht dar. Ihr Antrag ist genau das, was Sie uns vorher vorgeworfen haben, nämlich einfacher Populismus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Richtig schräg – aber das nun wirklich – finde ich Ihren Ansatz, die Personalausstattung der Polizei als tragende Begründung für das Ansehen zu bedienen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die LINKE)

Ja, ich werbe immer für mehr Personal, aber hier ist es in der Tat nicht angebracht. So etwas hätte vor einem Gericht überhaupt keinen Bestand. Außerdem schreiben Sie das in einer Zeit, in der wir innerhalb von drei Jahren die Zahlen der Polizeistellen bekanntermaßen von 5.800 auf 6.200 erhöhen. Vielleicht wurde die Begründung aus einer parlamentarischen Debatte in den 2000er-Jahren übernommen, da würde es auch besser hinpassen.

Abschließend möchte ich noch darauf verweisen, dass wir die Gefahrenkategorie der sogenannten drohenden Gefahr nicht brauchen, Grundlage in Bayern und auch Grundlage dessen, weswegen geklagt wird. Sie ist einer der Knackpunkte im Polizeigesetz von Bayern. Wir sind wirklich – und dafür kann ich nur werben – gut beraten, die Entwicklung zu diesem Grundsatz in Bayern weiter zu beobachten und zu sehen, wie am Ende die Gerichte zu dem Punkt entscheiden. Wir sollten uns nicht selbst durch Gerichtsfragen lähmen, indem wir Sachen reinschreiben, die definitiv wieder vor Gericht landen. Das will keiner. Das sollte auch aus meiner Sicht die Opposition nicht wollen, denn dann können wir die dementsprechende Gesetzgebung nicht umsetzen.

Außerdem haben wir bereits bei der Einführung der elektronischen Fußfessel bewusst auf eine Definition des „Gefährders“ oder einer „drohenden Gefahr“ verzichtet. Das gesamte SOG sieht vor allem Handlungsweisen und eben nicht allein Personen als gefährlich an und ermächtigt darauf aufbauend die Polizei – das wissen Sie, Kollege Kramer, am besten als ehemaliger Polizist – zu bestimmten Handlungen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Na, offenbar nicht.)

Wir sollten die Sicherheitsarchitektur in unserem Bundesland jetzt nicht auf einen Schlag ändern, nur, weil man versucht, mit plumpen Botschaften zu punkten, oder die Bevölkerung verunsichern will. Das sollten wir auf keinen Fall zulassen, sondern die Sicherheitsarchitektur in den Bundesländern und in Deutschland ist so ausgebaut, dass sie miteinander harmonisiert. Dort, wo Schwachstellen sind, wird gemeinsam nachgesteuert.

Ansonsten rate ich Ihnen, das SOG einmal gründlich zu studieren. Sie können es dann im parlamentarischen Verfahren zur Novellierung, wenn es hier den Landtag erreicht, einmal mit rechtsstaatlichen Vorschlägen versuchen, bei der einen oder anderen Sache Änderungen vorzunehmen, die durchaus möglicherweise notwendig sind. Aber das wird dann die parlamentarische Debatte mit sich bringen, wenn das SOG hier Einzug hält. Deswegen kann ich nur empfehlen, auch im Interesse der Gerichtsfestigkeit, einen solchen Antrag abzulehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es immer wieder erstaunlich auf der einen Seite und dann aber doch beruhigend auf der anderen Seite, dass in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen die Gräben zwischen dem Innenminister und dem innenpolitischen Sprecher der Linksfraktion nicht so tief sind wie bei anderen Themen. Also ich könnte es kurz machen und sagen, der Innenminister hat alles zu dem vorliegenden Antrag gesagt, weil in weiten Teilen das, was hier vorgetragen wurde, die Auffassung auch meiner Fraktion zu dem vorliegenden Antrag ist.

Aber da ich mich ja immer intensiv auch auf solche Anträge vorbereite, will ich darauf verweisen, worauf ich bei dieser Vorbereitung gestoßen bin. Ich habe einen Erlass gefunden, über die, wie es heißt, vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei durch polizeiliche Vorbeugehaft für Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher. Davon betroffen sind Personen, die eine Gefahr für die Allgemeinheit sind, sowie illegale und sogenannte Asoziale.

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD:  
Na, da kenne ich einige.)

Datum: 14. Dezember 1937.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist genau der Bezug, den der Innenminister auch hergestellt hat, wo wir nicht wieder hin sollten mit unserer Sicherheitspolitik.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die AfD möchte also, kurz gesagt, dass in das Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern die Kategorie der sogenannten drohenden Gefahr sowie die Möglichkeit der polizeilichen Präventivhaft nach bayerischem Vorbild eingefügt werden.

Der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, sehr geehrter Herr Kollege Kramer, verhält sich so blind und taub, als ob es die Aussprache vor sechs Monaten hier an diesem Ort nicht gegeben hätte. Diese Aussprache hat auf Antrag meiner Fraktion stattgefunden. So weit auch zu der Mär, die anderen Fraktionen würden sich hier im Parlament mit diesem Thema nicht beschäftigen. Nein, wir haben hier vor sechs Monaten zu dem Thema gesprochen: „Keinen Überwachungswahn nach bayerischem Vorbild“. Da sind im Detail natürlich die Auffassungen auseinandergelassen, aber tun Sie doch bitte nicht so, dass erst mit dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion hier ein wichtiges Thema auf die Tagesordnung gesetzt wurde!

Wer es mit dem Thema Sicherheit in unserem Land tatsächlich ernst meint, für wen Terrorbekämpfung ein komplexes, ein kompliziertes und vor allem auch ein politisch hochsensibles Thema ist, der stellt nicht solche Anträge, bei denen er zwar Schaum schlägt, aber ansonsten, so hoffe ich zumindest, sich einer breiten Ablehnung hier im Landtag gewiss sein kann.

(Thomas Krüger, SPD: Das glaube ich auch.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle denke ich erstens an die prinzipielle Kritik meiner Fraktion an der vorherrschenden Sicherheitslogik. Damit meine ich den Grundsatz, Gesetze statt Strukturen zu ändern, Befugnisse zu erweitern, statt sie auf den Prüfstand zu stellen. Ich denke zweitens an dieser Stelle an die ausdrückliche Zusicherung des Innenministers. Ich gehe davon aus, auch im Namen der Koalition, bei der anstehenden SOG-Novelle die Kategorie der drohenden Gefahr nicht aufzunehmen.

Da Sie offensichtlich die Debatte vom Juni dieses Jahres völlig ausgeblendet haben, Herr Kollege Kramer, will ich aus dem vorliegenden Plenarprotokoll den Minister noch mal zitieren. Er sagte damals: „Auch wenn es mir fernliegt, andere Polizeigesetze zu kommentieren, so kann ich doch sachlich festhalten, dass Bayern sich hier entschieden hat, die ‚drohende Gefahr‘ in sein Polizeigesetz aufzunehmen. Im SOG Mecklenburg-Vorpommern hingegen – das habe ich gesagt im Ausschuss – werden wir diesen Weg nicht gehen, weil ich davon ausgehe, dass diese Aufnahme, und auch das habe ich ausgeführt, ... vor dem Verfassungsgericht landen wird.“ Zitatende. Eine klare Aussage schon vor einem halben Jahr im Ausschuss und hier im Plenarsaal! Und heute kommen Sie wieder mit einem solchen Antrag!

Der Innenminister hat auch ausgeführt, dass der Referentenentwurf dieser Tage in die Hausanhörung geht und dann das weitere Anhörungsverfahren stattfinden wird, unter anderem auch dann hier im Landtag, wenn der Gesetzentwurf uns als Parlament erreicht.

Ich zitiere noch mal aus seiner Rede: „Ausdrücklich nicht geplant sind einige Befugnisse aus dem Bayerischen Polizeigesetz, die aktuell durch die Medien geistern. Das betrifft solche Themen wie DNA-Analysen, das Löschen von Cloud-Daten, die Gewahrsamnahme von bis zu drei Monaten und/oder die Postbeschlagnahme.“ Zitatende. Lesen Sie sich das alles noch mal genau durch, bevor Sie auf der nächsten Landtagsitzung wieder einen Antrag stellen, das SOG in dieser oder jener Hinsicht zu ändern, wenn es hier bereits eine klare Absage an solche Forderungen gibt!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben politischer Kritik lassen Sie mich drei Aspekte anführen, die ebenfalls gegen den vorliegenden Antrag sprechen.

Der erste Aspekt betrifft die Innenministerkonferenz und das Musterpolizeigesetz. Ich habe mich in unserer letzten Diskussion im Juni dieses Jahres nicht gegen ein Musterpolizeigesetz ausgesprochen, sondern davor gewarnt, hierfür das Bayerische Polizeiaufgabengesetz als Blaupause zu nehmen. Es kann doch niemand etwas hier im Hohen Hause gegen die Harmonisierung polizeilicher Befugnisse zwischen den 16 Bundesländern haben oder einwenden. Das nützt den Bürgerinnen und den Bürgern sowie der Polizei selbst, vereinfacht es doch oft die Kooperation zwischen den Länderpolizeien, zum Beispiel beim Einsatz von Hubschrauberstaffeln oder der berittenen Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, strittig ist hier allein der Level der Harmonisierung beziehungsweise der Angleichung. Soll es der Schärfste sein oder eher das Vernünftige? Hier unterscheiden wir uns offenbar sehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag wäre auch ein weiterer Sargnagel für ein geplantes Musterpolizeigesetz. Wie bereits andere Polizeigesetze oder Gesetzentwürfe, die gegenwärtig diskutiert werden, bereitet er einem Musterpolizeigesetz wie seinen Vorgängern aus den 70er- oder 80er- Jahren den Weg in die Bedeutungslosigkeit. Hier habe ich bereits Fakten geschaffen, da brauche ich kein Muster mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Aspekt betrifft die Präventivhaft, die mit dem vorliegenden Antrag angeblich nach bayerischem Vorbild eingefordert wird. Die Frage der Höchstdauer des Polizeigewahrsams steht spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre im Mittelpunkt der rechtspolitischen Diskussionen. Es geht darum, Menschen, die zwar keine Straftaten begangen haben, aber im Verdacht stehen, dies zu tun, in Gewahrsam zu nehmen. Das ist alles rechtlich und politisch umstritten. Entscheiden werden Gerichte, und das wissen Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die AfD nun aber Präventivhaft mit der dünnen Personaldecke der Sicherheitsbehörden rechtfertigen möchte, dann hat das mit einem rechtsstaatlichen Abwägungsprozess überhaupt nichts mehr zu tun, denn die Frage, wie lange ein Mensch vorsorglich eingesperrt wird, darf nicht über die finanziellen Spielräume des Landeshaushaltes beantwortet werden. Darüber hinaus begnügt sich die bayerische Präventivhaft nicht mit Terrorgefahren. Es geht auch um die Annahme einer Gefahr von Gewalttaten gegen die Gesundheit, die Freiheit, die sexuelle Selbstbestimmung oder Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse liegt. Es lassen sich also auch polizeiliche

Maßnahmen diskutieren, ohne hinter jeden Baum einen Terroristen zu projizieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine dritte und letzte Anmerkung zur sogenannten drohenden Gefahr: Ob die Ausdehnung polizeirechtlicher Eingriffsbefugnisse auf drohende Gefahren verfassungsrechtlich gedeckt ist, wird heftig diskutiert und letztendlich verfassungsgerichtlich entschieden werden.

Fachlich wichtig sollte für die Ablehnung des vorliegenden AfD-Antrages sein, dass die Schaffung neuer Gefahrenbegriffe in der relevanten Unterarbeitsgruppe der Innenministerkonferenz für das Musterpolizeigesetz bisher nicht thematisiert wurde. Es sprechen also weder fachliche noch politische, noch rechtliche Aspekte für die Annahme des vorliegenden Antrages. Meine Fraktion lehnt Ihren Antrag daher ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE  
und Thomas Krüger, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dachner.

**Manfred Dachner, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Auf Ihren Antrag, Herr Kramer, oder das Vorwort Ihres Antrages, hier am Rednerpult vorgetragen, will ich kurz eingehen. Sie fragen uns, ob dieses Thema der Terrorismusbekämpfung sehr wichtig ist. Na selbstverständlich ist uns dieses Thema mehr als wichtig, aber Sie wissen auch, dass wir am SOG sehr intensiv arbeiten. Sie können sich gern einbringen, aber nicht mit diesem Antrag, denn dieser Antrag ist wirklich grottenschlecht. Sie haben sich keinerlei Mühe gegeben. Sie sprechen in Ihren Erklärungen von einer tatsächlichen Gefahr, die vorliegen muss. Ihrem Antrag ist nichts zu entnehmen von einer tatsächlichen Gefahr, sondern lediglich von einer drohenden Gefahr, also zunächst mal ein Riesenwiderspruch. Sie sprechen hier vom Rednerpult über den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Es steht aber auch kein Kriterium, kein rechtsstaatliches Kriterium der Nachprüfbarkeit in Ihrem Antrag und so weiter und so fort.

Sie beziehen sich gern in Ihrem Antrag auf Professor Dr. Schwarz und das ist auch richtig. Dann werden Sie auch gelesen haben, dass er sagt, dass in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern die Gefahren des Terrorismus durch intensive Polizeiarbeit verhindert werden konnten, größtenteils oder in den meisten Fällen. Auch hier zeigt sich, dass der Rechtsstaat sich sehr zu wehren weiß. Alle sind herzlich eingeladen, sich an der SOG-Novelle zu beteiligen, aber dann bitte mit Fleißarbeit!

Nun zu Ihrem Antrag: Ihren Antrag lehnen wir natürlich ab. Ich habe es schon angedeutet, wir leben hier in einem Rechtsstaat in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Jeder Bürger hat das Recht, nach rechtsstaatlichen Prinzipien behandelt zu werden und darauf zu vertrauen, dass diese Kriterien auch bei ihm angewendet werden. Ihr Antrag ist maximal eine Absichtserklärung, kann aber für eine Gesetzesnovellierung überhaupt nicht infrage kommen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Das ist auch  
Ihre Aufgabe, Ihre Aufgabe!)

Rechtsstaatliche Prinzipien fehlen gänzlich. So muss natürlich jeder in unserem Lande auch damit rechnen, als Gefährder in irgendeiner Situation eingestuft zu werden. Leider sind unsere Zuschauer nun weg. Nun stelle man sich mal vor, es geht da ein älterer Bürger und vielleicht auch der Enkel durch die Stadt, empfängt einen Flyer von einem freundlichen Ausländer, einem Araber, schaut den an, geht ins Internet, surft auf diesen Seiten, stellt einen Antrag, will nach Ägypten reisen, in die Türkei, besucht eine Moschee, kommt wieder zurück und spätestens in München

(Horst Förster, AfD: Also, Herr Dachner!)

geht er für unbestimmte Zeit in Präventivhaft.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ja, so kann das unter anderem aussehen. Es mag zugespitzt sein, aber drohende Gefahr und Präventivhaft sind in Ihrem Antrag in keinsten Weise eingegrenzt worden.

(Christoph Grimm, AfD: So viel  
zur Fleißarbeit bei der SPD!)

Sie konkretisieren also Ihren Antrag in keinsten Weise. Wenn Sie sagen, nach bayerischem Vorbild,

(Nikolaus Kramer, AfD: Das war im Antrag.)

das wurde hier auch gesagt, dann können wir allein deshalb schon diesem Antrag nicht stattgeben und zustimmen, weil auch hier nicht geklärt ist, was Sie meinen. Meinen Sie 32 Stunden, meinen Sie, wie in einigen Ländern diskutiert wird, 72 Stunden? Sie meinen, wie in Bayern kann auf unbestimmte Zeit jeder, der als Gefährder bezeichnet wird, in Präventivhaft genommen werden.

In Ihrer Begründung nehmen Sie Bezug auf die Stellungnahme des Professors Dr. Schwarz, der ja zur SOG-Novellierung gesprochen hat, und suggerieren einfach, dass er hier die Präventivhaft positiv bewertet. Ja, er hat natürlich dazu gesprochen, aber mit einem einzigen Satz. Es war überhaupt nicht sein Thema, die Präventivhaft näher zu beleuchten, insofern hat er auch keine Kriterien rechtsstaatlicher Natur hier geäußert. Er sagte, „zur Abwendung erheblicher Gefahren für Bund und Länder“ ist „eine Präventivhaft“ durchaus „möglich“. Ja, Sie haben dieses natürlich aus dem Zusammenhang gerissen. Er sprach nämlich von der elektronischen Überwachung, von der Fußfessel, und stellt fest, dass die Fußfessel das mildeste Mittel gegenüber der Präventivhaft ist. Und er sagte auch – darauf will ich mich vielleicht noch mal kurz konzentrieren –, was unter Voraussetzungen für diese elektronische Überwachung mit Fußfesseln zu verstehen ist: Erstens muss die Person in einem überschaubaren Zeitraum, zweitens konkreterweise, drittens bestimmte Straftaten begehen, viertens muss sein individuelles Verhalten oder fünftens eine konkrete Wahrscheinlichkeit dafür sprechen, dass er eine Straftat begeht.

Was verstehen Sie unter „drohender Gefahr“? Welche Kriterien wollen Sie ansetzen? Wenn der Herr Professor Schwarz meint, dass die Fußfessel das mildeste Mittel gegenüber der Präventivhaft auf unbestimmte Zeit ist, hat er zwar recht, aber dann muss es natürlich bei einer verfassungsmäßig höheren Eingriffsmaßnahme auch Kriterien geben, und davon gehen wir aus. Die nennen Sie hier in keinsten Weise.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke  
übernimmt den Vorsitz.)

Insofern bleibt das ein schwammiger und für jeden Menschen nicht nachvollziehbarer rechtsstaatlicher Begriff.

Ich darf Sie noch mal ganz kurz auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verweisen. Zu dem Urteil 2013 gibt es drei Voraussetzungen. Nun könnten Sie sagen, das war vor der Flüchtlingskrise, da hat sich vieles geändert. Dann darf ich Sie aber gleichzeitig darauf verweisen, dass auch das Bundesverfassungsgericht sich diese Maßstäbe, den Beschluss von 2016, zu eigen gemacht hat mit drei Kriterien:

Erstens geht es um Ort und Zeit der Tat, die verhindert werden soll.

Zweitens muss das potenzielle Opfer hinreichend konkret sein.

Von Konkretheit ist keine Spur in Ihrem Antrag. Die Polizei muss den potenziellen Täter zunächst konkret auf die zu unterlassende Handlung hinweisen. Das ist in unserem SOG ohnehin geregelt, nämlich die Präventivansprache und die Unterlassung.

Drittens, wenn er aktive Schritte unternimmt, die darauf hinweisen, dass er der konstruktiven Verpflichtung nicht nachkommt, dann wäre eine Präventivhaft durchaus auch möglich.

Vielleicht zusammenfassend frage ich mich: Soll es mit der AfD eine Endlosigkeit der Präventivhaft geben, ohne Kriterien, ohne nachvollziehbare rechtsstaatliche Kriterien? Statt neue Befugnisse der Polizei hier einzuführen, sollten wir uns auf die bestehenden Instrumentarien konzentrieren und Gefährder unkomplizierter abschieben. Die Fußfessel ist besser und das mildere Mittel als Präventionsgewahrsam.

Dann frage ich mich abschließend: Wenn ein Gefährder, ganz egal, in welchem Land, nach 32 oder nach 72 Stunden oder wann auch immer entlassen wird, ist er dann kein potenzieller Straftäter mehr? Ist dann die Gefahr beseitigt, nur, weil er in der Präventivhaft gesessen hat? Ich glaube, meine Damen und Herren, dieser Vorschlag, den Sie einbringen, leistet nur mehr Arbeit für unsere Justiz und schränkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ins Unermessliche ein. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

**Dr. Matthias Manthei,** Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt den Antrag ab. Gewünscht ist eine Gesetzesänderung, sodass wir uns zunächst gefragt haben, warum nicht ein Gesetzesänderungsantrag hier gestellt wurde. Und wie die Diskussion gezeigt hat, wäre es auch sinnvoll gewesen, weil dann erst einmal präzise klar gewesen wäre, worum es konkret geht.

Der Antragsteller möchte eine, Zitat, „Präventivhaft gegen terroristische Straftaten“, Zitatende, einführen, für einen Antrag mit erheblichen Auswirkungen für die Bür-

ger unseres Landes ein reichlich oberflächlicher Antrag. Zunächst lasse ich es noch mal als Flüchtigkeitsfehler durchgehen, dass eben nicht „Straftaten“, höchstens „Straftäter“ vielleicht inhaftiert werden. Aber auch inhaltlich geht es vermutlich um eine Erweiterung des bestehenden Gewahrsams. Den Begriff „Präventivhaft“ kennt das Gesetz in Bayern nicht, sodass wir nur sozusagen – ich habe das ja schon bei den Vorrednern bemerkt – vermuten können, worum es eigentlich in dem Antrag überhaupt geht.

Der Antrag ist bemerkenswert begründet. Die Antragsteller wollen allen Ernstes einem Einwohner unseres Landes die Freiheit entziehen mit der Begründung, die Personaldecke der Sicherheitsbehörden sei zu dünn. Das ist haarsträubend und entschieden zurückzuweisen. Zu wenig Personal darf definitiv kein Grund sein, einen Menschen einzusperren.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Der Antrag ist auch unlogisch begründet. Es heißt darin, es bestehe, Zitat, „eine terroristische Bedrohungslage ungeahnten Ausmaßes“, Zitatende. Wenn man aber ein Gesetz aus einem anderen Bundesland zum Vorbild nimmt, sollte man es auch gründlich lesen. Der Begriff, Zitat, „drohende Gefahr“, Zitatende, im Polizeiaufgabengesetz Bayern findet Anwendung bei dem Zitat: „Angriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung“, Zitatende. Von einer Beschränkung auf eine terroristische Bedrohungslage ist nicht die Rede. Wer also den Gewahrsam wegen einer Terrorgefahr erweitern will, muss dies auch so sagen. Ansonsten kann Gewahrsam auch in allen möglichen anderen Gefährdungslagen angeordnet werden. Das heißt, auch andere Bürger oder Einwohner, andere als Terroristen könnten auf dieser Grundlage inhaftiert werden.

Entsprechend wurde etwa in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Hier wird derzeit beraten, ob ein anderer Begriff, und zwar der Begriff der, Zitat, „drohenden terroristischen Gefahr“, Zitatende, in das Polizeigesetz eingeführt wird. Eine derartige Präzisierung ist das Mindeste, was erforderlich wäre, wenn man das überhaupt einführen will. Noch mal: Eine terroristische Bedrohungslage darf nicht als Hebel für eine generelle Einschränkung der Freiheit der Bürger missbraucht werden.

Unsere Fraktion setzt sich für die Sicherheit unserer Bürger ein. Allein in dieser Plenarwoche haben wir eine ganze Reihe von Anträgen für mehr Sicherheit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eingebracht, aber wir setzen uns genauso für die Freiheit unserer Bürger ein, und genau darum geht es bei einer Erweiterung des polizeilichen Gewahrsams. Es geht um die Freiheit, die einem unschuldigen Menschen entzogen werden soll.

Die Polizei kann durchaus neue Handlungsmöglichkeiten wegen der terroristischen Bedrohungslage bekommen. Wir stehen dort grundsätzlich einer Diskussion offen gegenüber, aber dies darf nur erfolgen, soweit es unbedingt erforderlich ist. Die Terroranschläge dürfen nicht als Deckmantel für alle möglichen Freiheitsentziehungen von Bürgern dienen.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Vielen Dank.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE, und  
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete von Allwörden.

Ehe Frau von Allwörden mit ihrer Rede beginnt, gibt mir das Gelegenheit, Schülerinnen und Schüler der Neumühler Schule in Schwerin mit Gästen aus Finnland zu begrüßen. Herzlich willkommen!

Bitte schön, Frau von Allwörden.

**Ann Christin von Allwörden, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich bereits ankündigen, dass meine Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird. Zunächst einmal, weil das Ministerium gerade an einer Anpassung des SOG arbeitet. Wir haben es ja eigentlich alles auch schon gehört. Was wir also nicht benötigen, sind einzelne Herumbasteleien an einem so wichtigen Gesetz.

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!  
Sehr richtig! Genauso sehen wir das auch.)

Das hatten wir so bereits an anderer Stelle vor ein paar Monaten auch schon bereits so angesprochen. Und daran hat sich bis heute auch nichts geändert, Herr Kramer.

(Nikolaus Kramer, AfD:  
Genauso sehen wir das ja auch.)

Da muss man schon das große Ganze im Blick haben

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

und nicht an einzelnen Punkten herumdoktern, aber das machen Sie jetzt gerade mit diesem Antrag.

(Nikolaus Kramer, AfD: Eben nicht.)

Und dann komme ich auch schon ganz schnell zum nächsten Punkt: Liebe Kollegen von der AfD, Ihr Antrag zeigt mal wieder eines, nämlich, dass Sie reflexartig einzelne Worte aufnehmen und diese miteinander verbinden. Hört sich gut an, verkauft sich vielleicht auch gut. Das nehmen wir! Das scheint Ihr Motto zu sein. Ob es sinnvoll ist, ob es umsetzbar ist und ob es so gemeint war, wie es medial umgesetzt wurde, all diese Dinge interessieren Sie nicht.

Präventivhaft für Gefährder nach bayerischem Vorbild – so lässt sich Ihr Antrag in sechs Worten zusammenfassen. Wir gucken also nach Bayern. Dort wurde das Polizeigesetz geändert und der sogenannte Unterbindungsgewahrsam ausgeweitet. Wir stellen also erst mal fest, Präventivhaft ist nur ein anderes Wort für Unterbindungsgewahrsam. Den Unterbindungsgewahrsam gibt es in jedem Polizeigesetz der Länder, er ist eben nur unterschiedlich ausgestaltet. Also das Instrument der Präventivhaft gibt es bereits, auch übrigens in Mecklenburg-Vorpommern. Strittig ist vielmehr, wann es zur Anwendung kommen kann. Bayern hat dort eine neue Begriffskategorie eingeführt, die der drohenden Gefahr.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Frau Abgeordnete, entschuldigen Sie. Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Kramer?

**Ann Christin von Allwörden, CDU:** Hören Sie mir doch erst mal zu, und dann dürfen Sie am Ende fragen.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD –  
Zuruf von Patrick Dahleemann, SPD)

Und dieser Gefahrenbegriff in Verbindung mit der theoretischen Möglichkeit der unbegrenzten Freiheitsentziehung ohne Urteil hat dem bayerischen Polizeigesetz viel Kritik eingebracht. Insbesondere die Verfassungsmäßigkeit wurde da angesprochen, und unser Innenminister ist auch bereits darauf eingegangen.

Ganz aktuell befindet sich in Nordrhein-Westfalen eine Änderung des Polizeigesetzes im Landtagsverfahren. Auch dort wird über die Einführung der neuen Gefahrenbegriffe „drohende Gefahr“ und „drohende terroristische Gefahr“ gesprochen. Und auch, wenn viele Sachverständige dort die Einführung der neuen Gefahrenbegriffe begrüßen, so zeigt sich in den Stellungnahmen doch auch das verfassungsrechtliche Problem.

Ihr Antrag zeigt mir, dass Sie sich mit den Hintergründen der Kritik am bayerischen Polizeigesetz gar nicht befasst haben. Und noch mehr zeigt es mir, dass Sie sich mit dem Gesetzgebungsverfahren in Nordrhein-Westfalen nicht befasst haben. Mittlerweile gibt es vonseiten der Koalitionsfraktionen Änderungsanträge, die genau diese Begrifflichkeiten aus dem Gesetzesentwurf auch wieder herausnehmen. Sie sehen also, so einfach ist die Thematik dann doch nicht. Dies ist auch der Grund, warum der Gesetzesentwurf, der dem Landtag in Nordrhein-Westfalen im Februar 2018 übersandt und dann im April zur Ersten Lesung vorgelegt wurde, immer noch in den Ausschüssen oder im Ausschuss besprochen wird.

Und auch, wenn meine Fraktion dem Ansinnen von Bayern viel abgewinnen kann – ich habe mich dazu ja auch in der Presse deutlich geäußert –, so sind die verfassungsrechtlichen Bedenken nicht per se von der Hand zu weisen. Dem ist einfach so. Sollten wir uns also Hals über Kopf über diese Bedenken hinwegsetzen, oder sollten wir lieber das SOG am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausrichten? Es gab ja schon Entscheidungen zur Präventivhaft. Ich denke da an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeskriminalgesetz. Diese Vorgaben sollten wir erst mal ins Gesetz einarbeiten und uns nicht vorschnell über Bedenken hinwegsetzen.

Das wichtigste Ziel meiner Fraktion im Bereich der Polizei ist es, für die Anwender ein rechtssicheres SOG zu schaffen. Das sind wir unseren Polizisten im Land schuldig, die dieses Gesetz jeden Tag anwenden müssen. Nichts ist schlimmer, als wenn sich ein Polizist rechtskonform verhält und dann den Straftäter doch wieder auf freien Fuß setzen muss. Ich glaube, wir beide wissen, wovon wir da sprechen. Und das wäre noch schlimmer wegzustecken, wenn man weiß, dass der Gesetzgeber eventuell zu sorglos gehandelt hat und der entsprechende Paragraph dadurch ungültig ist.

Wir müssen das SOG also an dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichtes anpassen und wir müssen die Erfahrungen in Bayern mit ihrem Polizeigesetz abwarten. Wenn die Rechtsprechung zu der Entscheidung kommt, dass das bayerische Gesetz rechtssicher ist, dann sollten auch wir hier darüber nachdenken. Aber bis dahin werde ich die Bedenken im Sinne unserer Polizisten nicht einfach vom Tisch wischen.

Das SOG, so sagte ich es jetzt bereits drei-, vier- oder fünfmal, muss angepasst werden! Es muss aber eben so angepasst werden, dass es ein verlässliches Handwerkszeug für unsere Polizisten ist. Und aus diesen Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Die Frage hat sich offensichtlich erledigt? (Zustimmung)

Dann rufe ich auf als nächsten Redner den Abgeordneter Arppe, fraktionsloser Abgeordneter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er muss ja was machen für sein Geld. – Thomas Krüger, SPD: Na der kennt sich mit der Justiz ja auch aus.)

**Holger Arppe,** fraktionslos: Das ist richtig.

Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Vor dem Hintergrund des jüngsten Terrors ist dieser Antrag sicher von ehrenwerten Motiven geleitet.

(Thomas Krüger, SPD:  
Nee, das glaube ich nicht.)

Nichtsdestotrotz sehe ich ihn auch kritisch,

(Manfred Dachner, SPD: He!)

und zwar aus dem Grunde, weil man doch glauben könnte, hier wird sich mit der unzweifelhaft unschönen Situation hier in Deutschland auf diesem Gebiet ein Stück weit abgefunden. Ich finde, der Primat sollte vielmehr auf andere Dinge gelegt werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Primat! Das! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

zum Beispiel auf einen konsequenten Grenzschutz, gegebenenfalls der deutschen Staatsgrenzen, aber vor allen Dingen auch der EU-Außengrenzen, eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze, denn viele, wenn nicht sogar die meisten derjenigen, die in letzter Zeit als Terroristen oder Gefährder auffällig geworden sind, die waren ja schon polizeibekannt, hätten mithin also gar nicht frei rumlaufen dürfen vor der Hand.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze, eine konsequente Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten oder Gefährdern ist genauso wichtig.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, ja, Herr Arppe.)

Auch da hapert es doch gewaltig,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wenn wir sehen, welche Mühe es macht, hier die entsprechenden Regelungen in die Tat umzusetzen.

Und dann nicht zuletzt sollten auch die Brutstätten des islamistischen Terrors konsequenter ausgetrocknet werden, als da sind radikale Moscheegemeinden,

(Thomas Krüger, SPD:  
Wie trocknet man das aus?)

in denen ja der Ungeist gezüchtet wird,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

der sich jetzt gerade wieder erst auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt ausgelebt hat oder vor zwei Jahren auf dem Rudolf-Breitscheid-Platz in Berlin. Da muss konsequenter zugegriffen werden. Und wenn das alles getan wird, nämlich konsequenter Grenzschutz, konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze, konsequente Abschiebung und eine Überwachung radikaler islamischer Gemeinden und gegebenenfalls auch deren Verbot, dann, denke ich, bräuhete es auch keine Präventivhaft. – Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Förster.

**Horst Förster,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei unserem Antrag zur Präventivhaft geht es natürlich nicht, wie der „Nordkurier“ meinte ankündigen zu müssen, um „Knast auf Verdacht“ oder laut einem Sprecher des Innenministeriums darum, künftig alle Menschen, die potentielle Straftäter werden könnten, in Beugehaft nehmen zu können. Worum geht es in Wirklichkeit? Es geht um die Sicherheit der Bürger und Maßnahmen der Gefahrenabwehr und dabei natürlich auch um deren Angemessenheit. Darüber kann und sollte man sachlich und unaufgeregt diskutieren können.

In seinem Urteil zum Bundeskriminalamtsgesetz führt das Bundesverfassungsgericht aus, Zitat anfang: Der Gesetzgeber hat „einen wirksamen Schutz der Grundrechte und Rechtsgüter der Bürger zu sichern. Für die verfassungsrechtliche Prüfung der Angemessenheit ist zu berücksichtigen, dass die verfassungsmäßige Ordnung, der Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder sowie Leib, Leben und Freiheit der Person Schutzgüter von hohem verfassungsrechtlichem Gewicht sind. Dementsprechend hat das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben, dass die Sicherheit des Staates als verfasster Friedens- und Ordnungsmacht und die von ihm – unter Achtung von Würde und Eigenwert des Einzelnen – zu gewährleistende Sicherheit der Bevölkerung Verfassungswerte sind, die mit anderen hochwertigen Verfassungsgütern im gleichen Rang stehen. Es hat den Staat deshalb für verpflichtet erachtet, das Leben, die körperliche Unversehrtheit und die Freiheit des Einzelnen zu schützen, das heißt vor allem, auch vor rechtswidrigen Eingriffen von Seiten anderer zu bewahren“, Zitatende.

Das sollte man zunächst einmal verinnerlichen. Die Sicherheit der Bürger hat auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht einen ganz hohen Stellenwert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Für Maßnahmen der Gefahrenabwehr kommt es auf das Gewicht der zu schützenden Rechtsgüter an. Im bayerischen Polizeiaufgabengesetz, auf das wir uns beziehen, besteht nach Paragraph 11 PAG eine Eingriffsbefugnis bereits bei drohender Gefahr nur unter besonderen Voraussetzungen, nämlich nur dann, wenn in absehbarer Zeit Eingriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung zu erwarten sind. Außerdem ist der Anwen-

dungsbereich des Gewahrsams nach Paragraph 17 PAG auf einen Katalog bedeutender Rechtsgüter beschränkt. Als solche gelten: Bestand oder Sicherheit des Bundes oder eines Landes, Leben, Gesundheit oder Freiheit, sexuelle Selbstbestimmung, erhebliche Eigentumspositionen oder Sachen, deren Erhalt in besonderem öffentlichem Interesse liegt.

Zudem steht das Ganze unter Richtervorbehalt. Der Richter entscheidet auch über die Dauer des Gewahrsams. Die Entfristung des Gewahrsams ist also keineswegs mit einem dauerhaften Freiheitsentzug gleichzusetzen. Das Schlagwort von einer Unendlichkeitshaft ist eine billige Polemik. Wenn im Einzelfall der Schutz eines Rechtsgutes überwiegt und der Schaden nicht anders abgewendet werden kann, dann soll der Schutz eben nicht durch reinen Zeitablauf enden.

Neu ist, dass die Polizei nicht erst bei Vorliegen einer konkreten Gefahr, sondern bereits bei einer drohenden Gefahr eingreifen darf. Die konkrete Gefahr erfordert eine Sachlage, bei der sich die Rechtsgutverletzung ohne Eingreifen des Staates mit hinreichender Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit verwirklichen würde. Bei der drohenden Gefahr wird dieser Zeitpunkt vorverlegt. Wir befinden uns damit gewissermaßen im Vorfeld einer konkreten Gefahr.

Allerdings müssen auch hier nach dem bayerischen Modell über die bereits erwähnte Gefahr für bedeutende Rechtsgüter weitere Voraussetzungen erfüllt sein. Es müssen im Einzelfall das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründen oder Vorbereitungshandlungen für sich oder zusammen mit weiteren bestimmten Tatsachen den Schluss auf ein seiner Art nach konkretisiertes Geschehen zulassen, wonach in absehbarer Zeit Eingriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung zu erwarten sind. Das soll dann also die drohende Gefahr – so definiert – sein.

Wenn der Innenminister jetzt davon sprach, die Gedanken sind frei, und damit also wohl meint, wir würden dafürsprechen, auf eine bloße Gesinnung hinaus jemanden einsperren zu wollen, dann ist das natürlich völlig absurd. Wir stehen wie keine andere Gruppierung für Meinungs- und Gedankenfreiheit

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und wir sehen in unserem Land diese von anderer Seite bedroht!

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD,  
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das ist also, was in Bayern Gesetz geworden ist, bei verständiger Würdigung alles andere als eine Generalklausel für ein beliebiges polizeiliches Einschreiten.

(Manfred Dachner, SPD:  
Genau das wollen Sie, genau das.)

Herr Dachner!

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Zudem hat das Bundesverfassungsgericht in seiner bereits zitierten Entscheidung die Tür für den neuen Gefahrenbegriff geöffnet. Hierauf hat der Fraktionsvorsitzende

der AfD in seiner Einbringungsrede bereits hingewiesen. Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Entscheidung ausdrücklich klargestellt, dass die Verfassung Eingriffstatbestände nicht nur zur Abwehr konkreter, unmittelbarer bevorstehender oder gegenwärtiger Gefahren, sondern eben auch für deren Vorfeld erlaubt.

Bei alledem geht es um die Abwägung widerstreitender Rechtsgüter, der Sicherheit des Landes und seiner Bürger und die Freiheit Einzelner. In diesem Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit sind strenge Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit zu stellen: auf der einen Seite der Schutz bedeutender Rechtsgüter, auf der anderen Seite der Freiheitsentzug durch Präventivhaft.

Es gibt bei derartigen Abwägungen, die eine Kernaufgabe rechtsstaatlichen Handelns ausmachen, keine messbare allein richtige Lösung. Man kann sich mit guten Gründen für einen starken handelnden Staat entscheiden, der entschlossen seine Bürger schützt. Man kann aber auch wegen der Schwere des frühzeitigen Eingriffs Bedenken haben. Den Abgesang auf den Rechtsstaat kann man aber nur angesichts des bayerischen Modells bei redlicher Bewertung nicht anstimmen, Herr Dachner, auch Sie nicht.

Ich halte den bayerischen Weg, dem sich übrigens auch andere Länder angeschlossen haben, für richtig, und zwar genau aus rechtsstaatlichen Gründen.

(Manfred Dachner, SPD: Sagen Sie mal! Sagen Sie mal zwei Länder!)

Dazu Folgendes: Das Wort „Rechtsstaat“ begleitet uns in den letzten Jahren im öffentlichen wie politischen Diskurs geradezu inflationär. Rechtsstaatliche Bedenken gibt es allemal und oft stehen sie einem vernünftigen Handeln im Wege, so jedenfalls der Eindruck vieler, sodass auch die Mehrheitsgesellschaft, bei der nach verlässlichen Umfragen inzwischen das Vertrauen in den Rechtsstaat brüchig geworden ist, nicht mehr so unbefangen, wie das in früheren Jahren war, zu diesem Rechtsstaat steht. Da geschehen Dinge oder sie unterbleiben, worüber der rechtstreue Bürger nur noch den Kopf schüttelt. Das ist eine lange Entwicklung, die sich durch die Migrationskrise dramatisch verschärft hat.

Der Rechtsstaat lässt hier Dinge zu, die schlechthin niemandem mehr zu vermitteln sind. Der islamistische Gefährder erhält eine Duldung, weil er nicht abgeschoben werden kann. Sogar der verurteilte IS-Kämpfer bleibt nach Verbüßung seiner Haft im Lande, weil ihm am Ende einer langen Prozesskette doch noch ein Abschiebungshindernis attestiert wird. Es braucht einen ganzen Stab von Polizisten, um einen Einzelgefährder zu überwachen, beziehungsweise fehlen dafür schon jetzt die Leute. Es ist schlichthin nicht möglich, sämtliche Gefährder rund um die Uhr zu überwachen. Und das hat nichts damit zu tun, dass hier billig auf Personalmangel zurückgegriffen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Manfred Dachner, SPD: Wie viele  
Gefährder haben wir denn?)

Wir haben so viele Gefährder, und Frankreich hat noch einen ganzen Haufen mehr. Es ist schlechthin nicht möglich, diese Gefährder, die an sich rund um die Uhr be-

wacht werden müssen, tatsächlich zu überwachen, so dass wir sie also rumlaufen lassen wie tickende Zeitbomben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nicht Tausende, sondern Hunderttausende Migranten sind ausreisepflichtig, bleiben aber im Land und erhalten eine Rundumversorgung.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Das sind alles Gefährder, oder was?!)

Recht und Realität fallen hier evident auseinander. Es bedarf schon eines fundamentalistischen Rechtsverständnisses, um das gut zu finden.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Der Staat schaut ohnmächtig zu und erweist sich damit als handlungsunfähig. Dies und genau dies zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat. Davon bin ich fest überzeugt. Dies ist nicht allein die Sichtweise meiner Partei und dies ist erst recht nicht das Ergebnis angeblicher Hetze gegen Migranten.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Es ist das Ergebnis einer Anwendung des gesunden Menschenverstandes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Rechtsstaat darf nicht nur keine Herrschaft des Unrechts zulassen, er darf es nicht einmal zulassen, dass der Eindruck entstehen kann, dass dies so ist. Ich halte es deshalb für zulässig und geboten, in Fällen islamistischer Gefährder und in vergleichbaren Fällen drohender Gefahr dieser unter sorgfältiger Abwägung der Umstände des Einzelfalls erforderlichenfalls auch mit den Mitteln der Präventivhaft zu begegnen. Wir wollen einen Rechtsstaat, der das Recht konsequent und notfalls auch mit Härte durchsetzt und somit die Sicherheit und Freiheit der rechtstreuen Bürger schützt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt noch einmal das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Ministerin Birgit Hesse: Oh, Leute!)

**Nikolaus Kramer, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Innenminister! Natürlich respektieren wir die Rechtslage. Genau mit diesem Antrag unterstreichen wir das doch, denn dieser Antrag soll ja die fehlende Möglichkeit für ein rechtsstaatliches Handeln erst schaffen, und eine Rechtsgüterabwägung hat bei jeder Maßnahme, bei jeder freiheitsbeschränkenden Maßnahme zu erfolgen. Ihr Beispiel der Fußfessel läuft absolut ins Leere, wird sie doch erst angewandt, nachdem etwas passiert ist. Wir sprechen hier von einer präventiven Maßnahme,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie sprechen von restriktiven Maßnahmen.

Und natürlich trüge die Präventionshaft auch zur Entlastung der Polizeibeamten doch bei. Ich erinnere an einen Artikel in der SVZ, in dem Herr Schumacher sich nämlich genau darüber beklagte, der Vorsitzende der GdP hier in M-V, wie viel Personal gebunden worden ist, nachdem die beiden Terrorverdächtigen in Güstrow wieder auf freien Fuß gelassen werden mussten.

Und, Herr Innenminister, Sie wissen doch selbst am besten genau, wie viel Gefährder wir hier im Land haben und wie viel Gefährder unter ständigem Polizeischutz stehen müssen.

Zu Herrn Manthei bleibt festzustellen: Sie sprachen die verschiedenen Gewahrsamsmöglichkeiten an, und weil es diese Möglichkeiten gibt, brauchen wir die ja in unserem Antrag nicht neu zu benennen.

Herr Ritter, im letzten Plenum hatten Sie vier Anträge eingebracht, die wir hier bereits mehrfach behandelten, und Sie begründeten dies mit der Wichtigkeit Ihrer Anträge, also der Wichtigkeit für Sie. Und genauso verhält es sich eben auch mit unseren Anträgen, mit unserer politischen Agenda.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ja, Sie hatten uns nur vorgeworfen,  
wir hätten nichts getan, was nicht stimmt.)

Weil uns das wichtig ist, bringen wir immer wieder die Anträge ein, bis Sie hier anfangen zu reagieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Dann halten  
Sie uns aber nicht vor, wir hätten  
zu dem Thema nichts getan.  
Das stimmte einfach nicht.)

Kollege Ritter, Sie vergleichen das mit Gesetzen aus Passagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben gesagt,  
wir hätten dazu nichts getan! Hallo!)

mit Gesetzespassagen der 30er-Jahre. Ich möchte nur daran erinnern, sozialer Wohnungsbau ist auch eine Erfindung aus der Zeit des Nationalsozialismus.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Wenn es danach geht, fahren Sie nur über Bundes- und Gemeindestraßen nach Hause und meiden Sie dann Autobahnen, Herr Ritter? Ich hoffe das sehr für Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Sie begreifen wirklich nichts, was? –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die Debatte hier hat auch gezeigt, dass es offensichtlich keine Streitpunkte zwischen CDU- und Linksfraktion gibt bezüglich der Terrorabwehr.

(Thomas Krüger, SPD:  
Das Niveau wird immer besser hier.)

Und, Herr Dachner, Ihr Beitrag, das war ja eine absolute Frechheit, das war ein untauglicher Versuch, Regierungshandeln auf die Opposition abzustellen, weil wir haben doch in unserem Antrag genau beschrieben, dass

wir uns explizit auf die bayerische Lösung beziehen. Sollten wir nach Ihrem Dafürhalten hier 300 Seiten Text in Form des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes einfügen?

Frau von Allwörden hat ebenso wie der Innenminister berichtet, dass man sich in einer Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes befindet, und genau darum bringen wir doch diesen Antrag hier ein, damit das Niederschlag findet und dann möglicherweise auch mal im Ausschuss diskutiert wird. Denn Kritik an diesem Gesetzgebungsverfahren ist berechtigt, genauso, wie Kritik an unserem Antrag berechtigt ist, aber dann lassen Sie uns doch über diese wohl berechtigten Kritikpunkte im Ausschuss sprechen.

Entgegen allen Ihren bisherigen Er widerungen gibt es sowohl aus der wissenschaftlichen als auch aus der praktischen Perspektive gute Gründe für eine Präventivhaft. Kollege Förster hat es schon angedeutet. Von der juristischen Sichtweise her möchte ich an dieser Stelle auf den Staatsrechtler Kyrill Schwarz noch mal verweisen. Dieser hob in seiner Stellungnahme an unseren Landtag hervor. Ich zitiere: „Dabei darf nicht geleugnet werden, dass der mit der tatsächlichen Eskalation der Bedrohungs Lage gestiegene Informationsbedarf der Sicherheitsbehörden dazu führt, dass sich Eingriffsbefugnisse immer weiter in das Vorfeld von Gefahren ausdehnen ...“ Es „ist zu berücksichtigen, dass zur Abwendung erheblicher Gefahren für Bund und Länder auch Maßnahmen, wie beispielweise eine Präventivhaft, möglich wären ... Der Gesetzgeber ist daran nicht gehindert ...“ Sie befinden sich doch jetzt in einem Gesetzgebungsverfahren.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass sich diese Einschätzung auch gerichtlich durchsetzen wird.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter!

**Nikolaus Kramer,** AfD: Der Staat darf nicht einfach nur zuschauen, wenn gesicherte Informationen über drohende Gefahren bestehen.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten da Cunha?

**Nikolaus Kramer,** AfD: Ich bin sehr gespannt,

(Torsten Renz, CDU: Heißt das Ja?)

also Ja.

**Philipp da Cunha,** SPD: Sehr geehrter Herr Kramer – vielen Dank, Frau Präsidentin –, ich habe da ein kleines Verständnisproblem. Fällt unter den Fall der Präventivhaft auch, dass jemand sich dahin gehend äußert, dass er politische Gegner an die Wand stellen möchte, um sie anschließend in eine Grube zu werfen und dann mit Löschkalk zu bedecken?

(Christoph Grimm, AfD:  
Wenn das ernsthaft ist?!)

**Nikolaus Kramer,** AfD: Also ich gehe davon aus, dass diese Frage nicht ernsthaft ist. Es geht uns hier um terro-

ristische Bedrohung – terroristische Bedrohung, egal ob sie nun terroristisch in Form von Glaubenterrorismus ist

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:  
Rechtsterroristische Bedrohungen  
sind also keine Bedrohungen?)

oder in Form von politischem Terrorismus. Dann ist das natürlich auch dahin gehend genau zu prüfen, ob wir hier eine drohende Gefahr im Bereich des Terrorismus haben, und wenn das bejaht werden könnte, würde ich Ihre Frage auch mit einem Ja beantworten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Patrick Dahlemann, SPD: Terroristen  
in den eigenen Reihen, von Ihnen.)

Der Staat darf also nicht einfach nur zuschauen, wenn gesicherte Informationen über drohende Gefahren bestehen. Das ist der akademische Punkt. Es gibt aber auch die Frage nach einer alltagstauglichen Praxis unserer Sicherheitsbehörden. Niemand kann in diesem Hohen Hause bestreiten, dass unsere Sicherheitsbehörden in den kommenden Jahren weiter personell sehr stark herausgefordert sein werden. Schon aufgrund der täglichen Aufgaben, die zur Kriminalitätsbekämpfung bewältigt werden, ist das der Fall. Wenn jetzt nun unerwartete Anschlagsszenarien real werden, kann sich die personelle Belastung sehr schnell kritisch zuspitzen. Wir haben es doch alle beim von mir schon angesprochen Güstrower Fall erlebt, Herr Innenminister, und gerade deshalb ist auch dieses Beispiel absolut heranzuziehen, denn nach der Freilassung der dortigen Gefährder war der Personalaufwand für die permanente Überwachung extrem hoch.

Werte Abgeordnete, sowohl die von mir genannte staatsrechtliche Expertise als auch die Realität unserer Beamten sollten Sie im Zuge Ihrer Entscheidung heute berücksichtigen. Machen Sie es sich nicht zu leicht! Tun Sie nicht so, als gäbe es diese Realitäten nicht! Die gesetzliche Einführung einer Präventivhaft kann im Zweifel unsere Behörden entscheidend entlasten.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Heinz Buschkowsky: „Tausende gewaltbereiter Terroristen in Europa dürfen sich unbehelligt ihre nächsten Opfer suchen? Meine Botschaft, schützt uns mit allen Mitteln vor denen, für die Töten ein Ehrendienst ist.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, geben Sie uns diese Mittel an die Hand!

(Horst Förster, AfD:  
Welche Partei ist Buschkowsky?)

Bitte?

(Horst Förster, AfD:  
Welche Partei ist Buschkowsky?)

SPD, Heinz Buschkowsky, ein guter Mann übrigens.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,  
Thomas Krüger, SPD, und  
Jochen Schulte, SPD)

Also nutzen Sie die Gelegenheit! Geben Sie uns ein Mittel an die Hand, um zu reagieren! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat noch mal ums Wort gebeten der Abgeordnete Dachner.

(Patrick Dahlemann, SPD: Jetzt erzähl ihm mal, wie das wirklich ist!)

**Manfred Dachner, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Also die AfD scheint doch sicherheitspolitisch wirklich ein Geisterfahrer zu sein. Das bewahrheitet sich in jedem Antrag,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja.)

das ist schon bedauerlich, und deshalb will ich nur ganz kurz noch mal auf die Dinge, die Sie hier gerade fälschlicherweise gesagt haben, eingehen und das nicht stehenlassen.

Sie sind ja der Auffassung, Herr Kramer, dass die Präventivhaft vor Begehung einer Straftat erfolgt und die Fußfessel erst danach. Wissen Sie, wenn Sie Herrn Professor Schwarz schon immer zitieren, dann müssen Sie auch alles lesen und richtig, aber nicht nur den einen Satz aus seiner ganzen Stellungnahme. Er sagt nämlich, mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung, also wegen mir die Fußfessel, geht es primär um die Sicherung der Gesellschaft vor potenziell gefährlichen Personen, die aber in der Regel bisher nicht strafrechtlich und gefahrenrechtlich in Erscheinung getreten sind. Sie behaupten hier genau das andere. Wissen Sie, ich glaube, Sie wissen wirklich nicht, wovon Sie reden.

Herr Förster meint, dass ja einige Länder dem bayerischen Vorbild der Endloshaft gefolgt sind. Nennen Sie mit ein einziges oder zwei Länder! Können Sie nicht, gibt es nicht.

(Horst Förster, AfD: Drohende Gefahr.)

Gibt es überhaupt gar nicht. Niemand ist dem bayerischen Vorbild bisher gefolgt. Das will ich dazusagen.

Und jetzt frage ich Sie noch einmal: Ist jemand, der in Präventivhaft genommen wurde, nach 32 Stunden oder 72 Stunden oder irgendwann nicht mehr Gefährder? Ist er nicht! Ist er dann plötzlich kein Straftäter mehr? Das ist doch totaler Schwachsinn! Dann frage ich Sie, wenn Sie hier behaupten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn Sie behaupten, dass die Polizei nicht in der Lage ist, die Gefährder unter Kontrolle zu nehmen, weil das so umfangreich ist, dann frage ich Sie, wie viel Gefährder haben wir denn im Land? Sagen Sie bitte, wie viel Gefährder wir haben und wie viel Polizisten da gebunden sind! Wissen Sie nicht, aber Sie behaupten das hier. Und so ist Ihre gesamte politische Arbeit. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mit nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2902. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2902 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, Ablehnung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV und Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich einen Hinweis übermitteln. Mir ist signalisiert worden, dass wir den für morgen vorgesehenen Tagesordnungspunkt 33 anstelle des heute zurückgezogenen Tagesordnungspunktes 22 beraten. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir werden so verfahren.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Verantwortung für das Mecklenburgische Staatstheater konsequent wahrnehmen, auf Drucksache 7/2865.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Verantwortung für das Mecklenburgische  
Staatstheater konsequent wahrnehmen  
– Drucksache 7/2865 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Kröger.

**Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitglieder des Staatstheaters! „Der Betriebsrat hat das Vertrauen in den Intendanten verloren“, „Spartenübergreifend ist Kritik zu hören“, „Donnerschlag am Mecklenburgischen Staatstheater“ – so hieß es. Ich würde sagen, wir haben ein Problem. Doch bevor ich weiterspreche, möchte ich etwas klarstellen, auch weil ich es in den letzten Tagen hier und da schon gehört habe.

Sie wissen, dass ich ein paar Jahre lang den Aufsichtsrat des Rostocker Volkstheaters leiten durfte.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das haben wir gehört. – Torsten Renz, CDU: Nein!)

Dort gab es häufiger Probleme. Und ich weiß, wie in der Politik mitunter über Künstlerinnen und Künstler gesprochen wird, die sich mutig und kämpferisch gegen Missstände des Hauses wenden: Na, wieder Stress am Haus, das kennen wir ja schon, ist ja immer so, das sind eben Künstlerinnen und Künstler, die sind immer ein bisschen drüber. Nein, der Streit ist eben nicht mit einer angeblich zur Emotionalität neigenden Arbeitnehmerschaft zu bagatellisieren, nein, wir sollten die Situation sehr ernst nehmen.

Auch Frau Ministerpräsidentin Schwesig sieht den Konflikt mit großer Sorge, so sagte sie es in einem Interview. Gestern griff sie in ihrer Rede den Ausruf auf „Theater ums Theater“. Ich fand den Spruch schon immer taktlos und deplatziert. Er beleidigt die Theater, da unwürdige Diskussionen über vermeintliche Reformen oder über Konflikte am Haus mit den Bühnen selbst beschrieben werden. „Theater ums Theater“ degradiert echte Konflikte zu Schauspielerei zu einer Inszenierung, und das sollten wir dringend vermeiden, denn inszeniert ist hier gar nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die Häuser im Land haben massive Einsparungen ertragen und viele Künstler/-innen verloren. Der neue Pakt der Landesregierung dynamisiert endlich die Zuschüsse. Der Abbau wurde gestoppt, ja, gestoppt, aber nicht korrigiert. Die Folgen des Verlustes sind überall zu spüren. Die aktuelle Situation am Staatstheater in Schwerin ist auch Ausdruck dieses Missstandes. Doch im Haus gehen die Probleme viel tiefer: fehlende Kommunikation, unverständliche Personalentscheidungen und das Nicht-besetzen wichtiger Stellen, die Marginalisierung des Spielplans, immer weniger Neuproduktionen.

Wie kann das sein, wenn das Sparen vorbei und finanzielle Sicherheit vorhanden ist? Künstler/-innen wollen spielen. Sie haben ein Recht darauf, doch fehlen Kapazitäten, vor allem beim Personal. Wer seine Fähigkeiten nicht nutzen kann, verliert sie, rostet ein. Eine Sportlerin, die nicht trainiert, die nicht zu Wettkämpfen darf, verliert ihre Kraft. Ein Moderator, der nicht gefordert ist, verliert seine Souveränität. Der Abbau hat die Vielfalt im Spielplan beschnitten. Vergangene Spielzeiten beweisen, dass mit mehr Personal eben auch mehr möglich ist. Ein Repertoiresystem, sehr geehrte Damen und Herren, bietet mehrere hauseigene Inszenierungen über Monate, ja, über Jahre hinweg. Sie werden eben im Repertoire behalten. Repertoiretheater ist einzigartig auf der Welt, ist Teil des immateriellen Weltkulturerbes.

Schwerin engagiert sich für die Aufnahme des Schweriner Residenzensembles in die UNESCO-Welterbeliste. Eine Kulturstadt mit Anspruch? Eine Landeshauptstadt mit Bildung? Die Klassiker auf der Bühne – Mozart, Goethe, Schiller – sind nicht nur für Schülerinnen und Schüler wichtig, doch das Repertoire des Staatstheaters ist in Gefahr. Und wenn ich aus dem Haus höre, das Repertoire sei in Bezug auf Schauspiel, Musiktheater und Ballett verloren – verloren! –, dann haben wir ein Problem. Und dieses Problem besteht auch, weil völlig unklar ist, wohin die Reise strukturell eigentlich gehen soll. Ein gemeinsam abgestimmtes künstlerisches Gesamtkonzept fehlt. Beispielsweise weiß niemand, welches Motto welche Sparte in zukünftigen Spielzeiten auszeichnen wird. Das Haus wird verwaltet, so lautet die Kritik der Künstlerinnen und Künstler, und ich kann sie nachvollziehen.

Liebe Frau Ministerin Hesse, unseren Antrag und somit die heutige Aussprache zu vertagen, war und ist nicht nachvollziehbar. Die Lage war schon vor einem Monat dringlich und doch haben Sie eben dieser Dringlichkeit nicht zugestimmt. Heute ist es also soweit, und in den letzten Wochen ist einiges passiert. Mein Kollege Henning Foerster wird dazu etwas sagen, denn er hat als Schweriner Stadtvertreter den Prozess von Beginn an begleitet und sich vor Ort eingebracht.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei den engagierten Schweriner Kommunalpolitiker/-innen bedanken, die von Beginn an beherztes Engagement gezeigt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Schauen wir wieder auf die Landesebene. Wie wurde reagiert? Frau Ministerin hat sich eingebracht und Ge-

sprache aufgenommen. Das begrüßen wir. Über die Ergebnisse wird sie nachher sicher informieren. Langfristige und kurzfristige Maßnahmen zur Vertrauensbildung seien notwendig, man habe sich auf einen Plan geeinigt. Die Zeit müsse nun zeigen, ob die in der Presse als Donnerschlag bezeichnete Eskalation am Haus etwas bewirkt, etwas verändert. Grundsätzlich kann man also sagen: Unmut hat sich breitgemacht, Stadt und Land haben reagiert, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Praxistest steht aus.

Das größte Problem scheint der Führungsstil zu sein, sicher manchmal auch eine Sache des Empfindens, doch unterschätzen darf man die zahlreichen spartenübergreifenden Beschwerden nicht. Ich weiß aus Erfahrung, wie verheerend die Folgen für ein Haus sein können. Im Zweifel entsteht ein Flurschaden, in dessen Folge Künstler/-innen das Haus verlassen oder gar nicht erst kommen. Regisseure bleiben fern, eine bundesweite Rufschädigung ist die Folge. Die Abwanderung von Mitarbeiterinnen gefährdet immer das Niveau eines Theaters.

Liebe Frau Ministerin, das Thema ist keineswegs vom Tisch. Im Anschluss an die Gesprächsrunden, die Sie miterlebt haben, müssen Sie überprüfen, was tatsächlich passiert. Was hat sich beispielsweise jetzt schon verändert? Die Presse ist das eine, aber wie sieht die Realität aus? Hat sich die Gesprächskultur wirklich verbessert oder ist es nicht so, dass der Abbau des Schauspiels sich fortsetzt, obwohl die Konsolidierung ja eigentlich beendet ist? Zugesagte Produktionen kommen nicht, keine der bereits getroffenen Entscheidungen, die kritisiert worden sind, wurden zurückgenommen, vorhandene Stellen werden nicht besetzt.

Gesprächspartner/-innen sagen, was sie sagen in einer Runde, aber am Ende kommt es darauf an, welche Taten Ihren Worten folgen. Sie sollten dringend im Blick behalten, wie sich die Situation am Haus entwickelt. Ich habe die Vermutung, dass das Vertrauen zerstört ist und sich die Zusammenarbeit nicht wieder auf konstruktive Füße stellen lässt. An dieser Stelle möchte ich etwas zur Mediation sagen, das Zauberwort „Mediation“. Alle lieben Mediation, das ist auch schön, aber Mediation ergibt nur dann einen Sinn, wenn auch beide Seiten einen Sinn erkennen und sich auf eine Mediation einlassen. Solche Formate kann man nicht verordnen.

Schauen Sie nun auf unseren Antragstext, können Sie eigentlich nur zustimmen. Sie haben begonnen, was wir beantragt haben, Sie haben gesehen, was wir gesehen haben. Es besteht enormer Handlungsbedarf. Es ist gut, dass Gespräche aufgenommen wurden, doch hier ist die Reise noch lange nicht zu Ende. Ich freue mich auf eine gemeinsame Beschlussfassung. Opposition und Regierung zusammen für ein Staatstheater – das wäre doch mal ein starkes Signal. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat zunächst ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte abweichen von meinem Redemanuskript, weil ich gerne auf das eingehen möchte, was meine Vorrednerin vorgetragen hat. Ich glaube, das sind wir dem Publikum, was ich ja nicht begrüßen darf, auch sehr schuldig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal auf den Antrag eingehen und ich stelle mir die Frage: Ist es richtig und gut, dass wir heute hier in diesem Rahmen über die Situation des Mecklenburgischen Staatstheaters sprechen, oder ist es nicht gut? Die Situation ist schwierig, und das nehmen wir als Gesellschafter, das nehmen wir als Landesregierung sehr ernst. Ist es aber deswegen gut, so etwas öffentlich in einem Landtag zu debattieren, wo ich nicht weiß,

(Horst Förster, AfD: Im Zweifel nicht.)

wo ich nicht weiß, ob alle wirklich tief greifende Kenntnisse haben, um das tatsächlich zu bewerten, wie die Situation ist? Ich möchte das auch begründen.

Ich habe mich in den ersten Gesprächen schwer damit getan, ein abschließendes Bild im Kopf zu haben, wie ist denn die Situation. Und ich finde, das ist nur richtig, denn, wenn man etwas beurteilt, muss man sich vorher ein umfassendes Bild machen, und das haben wir getan. Insofern sehe ich mich heute in der Lage, auch öffentlich etwas dazu zu sagen, und insofern kann ich für mich heute nur den Schluss ziehen, dass ich sage, es ist vielleicht doch ganz gut, dass wir heute darüber debattieren, wir einige Standpunkte klarmachen und auch einige Ergebnisse vortragen können.

Ich möchte beginnen mit etwas, was mir persönlich sehr wichtig ist. Das Land, die Landesregierung mit Manuela Schwesig an der Spitze steht zu der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und steht zu unserem Flaggschiff hier in Schwerin und Parchim. Das möchte ich ganz klar betonen. Deswegen haben wir uns als Landesregierung auch auf den Weg gemacht und den Theaterpakt beschlossen. Ich bin der Koalition sehr dankbar und auch denjenigen in der Opposition, die sich positiv geäußert haben, dass man diesen Theaterpakt begrüßt hat, weil es ein richtiger und wichtiger Schritt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Theater, an den Theatern in Mecklenburg-Vorpommern war, weil wir endlich dahin kommen werden, was immer wieder gefordert wurde: mehr Tariftreue. Das ist, glaube ich, das, was wir alle auch brauchen: verlässliche Partner. Dazu gehört auch eine vernünftige Bezahlung.

Jetzt zur Situation im Theater in Schwerin: Auch uns Gesellschaftern ist es nicht verborgen geblieben, dass die Situation extrem angespannt ist. Wir haben uns daraufhin – und dafür bin ich dem Aufsichtsrat sehr dankbar – sehr intensiv mit der Situation auseinandergesetzt. Der Aufsichtsrat hat etwas gemacht, was nicht üblich ist für einen Aufsichtsrat. Er hat eine sehr umfassende Anhörung gemacht, wo wirklich auch Stimmen gehört werden konnten. Wir als Gesellschafter sind sogar in die Aufsichtsratssitzung mit reingegangen – ich war bei der letzten Aufsichtsratssitzung mit dabei, und der Landrat aus Ludwigslust-Parchim war sogar bei beiden Sitzungen

mit dabei –, um zu hören, was dort im Aufsichtsrat besprochen wird. Ich fand das sehr konstruktiv, ich fand das richtig, ohne jetzt Details nennen zu dürfen, was im Aufsichtsrat besprochen wurde. Aber ich fand es absolut richtig und gut, dass der Aufsichtsrat sich dieser Aufgabe gestellt hat. Dafür gilt mein ausdrücklicher Dank, dass man sich diese Zeit genommen hat.

(Beifall Rainer Albrecht, SPD)

Ich möchte auch auf Folgendes eingehen, weil es sich bei Frau Kröger so anhörte, wir hätten irgendwelche Gespräche geführt. Das wird den Tatsachen nicht gerecht. Es ging nicht um Gespräche, sondern es waren die Gremien, die sich mit der Situation auseinandergesetzt haben. Das ist ein anderer Punkt, als dass wir uns mal eben so zusammengesetzt und gesprochen haben. Wir haben sehr ernsthaft diskutiert, wir haben sehr ernsthaft diskutiert und dann entsprechend einen Faden aufgenommen. Den möchte ich hier kurz skizzieren.

Ich möchte auch noch mal ganz deutlich sagen, dass wir als Gesellschafter sehr kurzfristig zweimal zusammengekommen sind, um die Situation umfassend zu beraten. Und wir haben auch mit den Intendanten sehr intensiv dazu gesprochen. Was letztendlich in diesen Gesprächen, in diesen Gremienbeteiligungen rausgekommen ist, möchte ich Ihnen ganz kurz skizzieren, damit Sie sehen, dass der Antrag eigentlich jetzt obsolet ist, weil wir schon weiter sind als das, was gefordert wurde.

In diesem Antrag wurde gefordert, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung als Hauptgesellschafter in Abstimmung mit den Teilgesellschaftern nachkommen soll, um sowohl mit der Leitung als auch mit den Arbeitnehmervertretungen das Gespräch zu suchen, um vorhandene Probleme auszuräumen. Wir haben mehr gemacht. Wir haben nicht nur das Gespräch gesucht in den Gremien, sondern wir haben einen festen Fahrplan verabredet,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Das habe ich nicht gesagt.)

auch unter Beteiligung des Betriebsratsvorsitzenden, wo ich auch sehr dankbar bin, dass er letztendlich gesagt hat, er versucht mit uns gemeinsam den Weg zu gehen. Das heißt, wir haben jetzt einen Fahrplan verabredet, der fünf Punkte beinhaltet.

Der erste Punkt – der war insbesondere dem Betriebsrat sehr wichtig – ist, dass man jetzt sehr kurzfristig den Generalintendanten und die Geschäftsführung beauftragen muss, zeitnah umsetzbare konkrete Maßnahmen zu benennen, die auch die Situation verbessern sollen. Da werden die Punkte, die Frau Kröger richtigerweise angesprochen hat, Gegenstand dieser Erörterung sein. Und wir haben verabredet, dass bereits erste Maßnahmen in der nächsten Woche beschlossen werden sollen. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ist – und das war etwas, was der Landeshauptstadt Schwerin, was dem Oberbürgermeister wichtig war und diesem Votum oder Vorschlag wir uns gerne angeschlossen haben –, wir möchten eine umfassende Mitarbeiterbefragung durchführen lassen, um noch mal ein umfassendes Bild zu bekommen, wie ist denn nun die Situation am Theater. Diese Mitarbeiterbefragung soll relativ zeitnah erfolgen, nämlich bereits im Januar und im

Februar. Wir werden uns dazu sehr zeitnah externe Unterstützung suchen, die dann hoffentlich von allen Seiten akzeptiert wird, um diese Mitarbeiterbefragung durchzuführen.

Und drittens. Es soll eine Führungskräfteentwicklung geben, auch mit externer Unterstützung, um zu schauen, wie kann man die Führungsebene insbesondere in Fragen der Kommunikation noch weiter stärken, denn – das sage ich an dieser Stelle auch sehr deutlich – ich persönlich halte nichts von einer Kommunikation über die Presse, von einer Kommunikation über Aushänge und von einer Kommunikation über Schreiben, die irgendwo im Briefkasten landen. Das ist eindeutig etwas, was verbessert werden muss. Das haben die Gesellschafter auch sehr deutlich formuliert, dass es wichtig ist. Das ist in jedem Unternehmen so, es ist in jeder Gesellschaft so. Es steht und fällt mit einer guten Kommunikation. Davon erhoffen wir uns, dass das auch in Zukunft einfach besser läuft.

(Beifall Jochen Schulte, SPD)

Und, meine Damen und Herren, was für uns das Wichtigste ist – daran werden wir alle gemeinsam arbeiten müssen, und das ist auch mein Appell in diese Runde, insofern ist es, glaube ich, gut, dass wir heute darüber doch noch mal debattieren können, ich habe mich jetzt selbst davon überzeugt in meiner Rede, dass ich es richtig finde –, ich glaube, es ist einfach total wichtig,

(Jochen Schulte, SPD:  
Die Rede ist halt gut, Birgit.)

und darauf möchte ich auch wirklich die Kernbotschaft reduzieren, dass wir eines erzielen müssen: Es muss wieder mehr Vertrauen herrschen am Theater, es muss eine Kultur der Wertschätzung herrschen und es muss eine Kultur der gegenseitigen Kommunikation wiedererweckt werden. Das sind aus meiner Sicht die Grundlagen, um wieder dahinzukommen, wo wir eigentlich hinwollen, nämlich, dass sich unser Theater, unser Mecklenburgisches Staatstheater wieder auf das konzentrieren kann, wofür dieses Theater steht, nämlich für die Freude am Theater.

Ich glaube, das ist das, was wir alle möchten, und das sollte unser gemeinsames Ziel sein. Dafür steht diese Landesregierung, dafür steht der Aufsichtsrat, dafür stehen die Gesellschafter. Und ich möchte abschließend einfach sagen, dass wir vier Gesellschafter uns in die Hand versprochen haben, gemeinsam mit dem Theater wieder dahinzukommen: Freude am Theater. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Frau Ministerin, ehe Sie das Pult verlassen, gestatten Sie eine Nachfrage ...

**Ministerin Birgit Hesse:** Gerne.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** ... der Abgeordneten?

**Ministerin Birgit Hesse:** Ja.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Bitte.

**Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:** Vielen Dank.

Frau Ministerin, Sie führten eben aus, dass Sie die Kommunikation über Briefe und Aushänge schwierig finden. Aber meinen Sie nicht auch, dass gerade ein Theater, auch blickend auf die Geschichte und die besondere Rolle von Theaterhäusern in der Menschheitsgeschichte, dass gerade ein Theater sich das Recht herausnehmen sollte, wenn es Probleme und Missstände gibt, diese auch offensiv anzugehen, sie öffentlich zu kommunizieren, vor allem in Bezug auf die Künstlerinnen und Künstler? Ist nicht gerade an einem Theater offene und transparente Kommunikation wichtig?

**Ministerin Birgit Hesse:** Also offene und transparente Kommunikation ist immer wichtig. Das, finde ich, schließt aber ein Stück weit auch Kommunikation über Aushänge aus. Aber was mir wichtig ist, ist, wenn es Probleme gibt, muss man natürlich Möglichkeiten suchen, um sich Gehör zu verschaffen. Wenn das nur über Aushänge geht, ist es so. Was ich gefordert habe, ist der Blick nach vorne, dass es eigentlich gar nicht dazu kommen muss, dass man über Aushänge kommuniziert, sondern dass es ein Klima gibt, in dem man das vermeiden kann und einfach Face to Face reden kann, weil ich glaube immer, dass das der bessere Weg ist, als über Aushänge zu kommunizieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:** Keine weiteren Fragen.

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kröger.

**Jörg Kröger, AfD:** Wertes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Werte Mäkelborger und Vorpommern! Das Schweriner Theater befindet sich unbestritten in einer kritischen Phase. Mit dem in finanzieller Sicht leicht nachgebesserten Theaterpakt, der eigentlich nur einem Inflationsausgleich entspricht, lässt sich die zuvor bereits in Gang gesetzte Abwärtsspirale von Personalabbau und den damit verbundenen Einbußen an Quantität und Qualität der Vorstellungen sowie den sich folgerichtig vermindernenden Zuschauerzahlen und Einnahmen nicht mehr stoppen.

Der neue Intendant wurde auch in diesem nachgebesserten Pakt nicht davon entbunden, den mit Amtsantritt ihm bereits aufgebürdeten Personalabbau zu stoppen. Im Gegenteil, der planmäßige Abbau hat als Randbedingung festen Bestand im Pakt. Und nebenbei: Keinen Chef lässt es kalt, wenn er Personal abbauen muss. Ich kann also verstehen, dass der Intendant da etwas einsilbig gegenüber der Belegschaft erscheint. Hier liegen im Grunde die Ursachen für die derzeitigen Querelen, über deren Auswirkungen wir mit dem vorliegenden Antrag befinden sollen.

Vor diesem Hintergrund macht sich die Belegschaft berechtigte Sorgen über die Zukunft – ihre eigene, die der Sparten, die des Hauses. Einige sehen für sich keine befriedigenden Perspektiven mehr vor Ort und suchen sich anderweitige Engagements. Ein spartenübergreifender Aderlass, ja, Erosionsprozess ist erkennbar. Ein Teil der verbliebenen Belegschaft hat diese Situation derart unbefriedigend empfunden, dass er das Problem an die Öffentlichkeit gebracht hat, aber zum Leidwesen vieler anderer Mitarbeiter, die die laufenden Verhandlungen dadurch gefährdet sehen.

Es gibt also durchaus Stimmen aus der Belegschaft, die der Meinung sind, dass es derzeit noch der falsche Weg ist, das Parlament einzuschalten, liebe Kollegen von der Linksfraktion. Das wurde in einem Gespräch dort im Hause, bei dem auch der Mitarbeiter von Ihrem Herrn Foerster anwesend war, sehr deutlich gesagt. Deshalb hatte ich auch Herrn Foerster bereits am Rande des letzten Plenums gebeten, diesen dort noch als Eilantrag vorgelegten Antrag zurückzuziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist nicht unsere Aufgabe, um jeden Preis Themen zu besetzen. Manchmal ist mit Zurückhaltung mehr zu gewinnen. Oder andersrum gesagt: „Gut gemeint“ kann auch das Gegenteil von „gut“ bewirken.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir Parlamentarier haben meiner Auffassung nach nicht das Recht, uns während laufender Verhandlungen politisch einzumischen und an den Verhandlungen vorbei womöglich Fakten zu schaffen aufgrund von Wissen vom Hörsagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie bereits festgestellt, ist der Verhandlungsreigen noch nicht abgeschlossen. Der Aufsichtsrat hat in der letzten Woche getagt und auf der einen Seite Maßnahmen zur Befriedung der Situation innerhalb des Hauses vorgeschlagen sowie auch Aufgaben für die Gesellschafterversammlung verabschiedet, was wir eben schon gehört haben, die am Dienstag tagte. Die Gesellschafterversammlung hat nun wiederum Maßnahmen mit einer Laufzeit bis weit in 2019 hinein eingeleitet, gerade auch im Hinblick auf die Verbesserung des Betriebsklimas.

Auch wurde kolportiert, dass die Theatervereine an der Zukunftsgestaltung des Staatstheaters mit beteiligt werden sollen. Darauf bin ich persönlich schon gespannt. Als langjähriges Mitglied des Schweriner Theatervereins habe ich mich hierzu kürzlich, also vor zehn Tagen, mit Herrn Dr. Jungrichter unterhalten, und ich kenne seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit. Erst nach Abschluss der immer noch laufenden Verhandlungen und den möglicherweise erzielten Korrekturen kann eine Bewertung hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit des Theaters im Kontext mit dem noch bestehenden Pakt erfolgen.

Meine Damen und Herren, zuallererst ist jedoch hier die Hausspitze gefordert, die Hausspitze des Theaters, ein Konzept vorzulegen, welcher künstlerische Anspruch für die Zukunft besteht und mit welcher personellen Ausstattung in den einzelnen Sparten und im Backstagebereich die Umsetzung unter Einbindung der Spielorte erreicht werden soll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und sie ist gut beraten, das unabhängig vom Korsett, das der Pakt hier finanziell und personell oktroyiert, zu tun. Dadurch entsteht der Handlungsdruck für die Landesregierung als Hauptgesellschafter. Dann kommt auch das Parlament ins Spiel, wenn es gilt, einen Maßstab für die Grundsatzfrage festzulegen, wie viel Theater wollen wir uns leisten, also wie viel Geld ist dafür im Haushalt erforderlich.

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Was ist denn das für eine Frage?)

Es geht in dieser Frage ums Leistenwollen, meine Damen und Herren, nicht ums Können, denn nur so viel Theater, wie auch tatsächlich gewollt ist, werden wir am Ende des Tages auch vorfinden.

Da der vorliegende Antrag aber über die Betrachtung der Symptome nicht hinausgeht oder, wie Kollege Ritter es sagen würde, „Schaum schlägt“, werden wir ihn ablehnen. Die Zukunft des Hauses ist uns wichtiger, als an der falschen Stelle mit einer wenig hilfreichen Sündenbockdiskussion in die laufenden Verhandlungen hineinzugrätchen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete von Allwörden.

**Ann Christin von Allwörden, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Juni standen wir hier noch im Landtag und haben uns über den Theaterpakt gefreut und über die gesicherte Zukunft der Theater in unserem Land. Keine sechs Monate später reden wir wieder über das Theater. Diesmal reden wir nicht über das Ob, heute reden wir über das Wie. Es geht nicht darum, ob wir uns Theater leisten, es geht darum, wie unsere Theater aussehen sollen.

Ins Rollen gebracht hat das Thema die Belegschaft des Mecklenburgischen Staatstheaters selbst. Es geht um Kürzungen, es geht ums Betriebsklima, es geht um das Programm, um den künstlerischen Anspruch. Das Land ist Hauptgesellschafter des Mecklenburgischen Staatstheaters – 74,9 Prozent –, und damit gehen uns als Landtag Probleme und Beschwerden der Mitarbeiter grundsätzlich etwas an.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Sehr richtig, Frau Kollegin!)

Meine Fraktion fragt sich aber, ob das Plenum nun unbedingt der richtige Ort ist, um zunächst darüber zu sprechen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Was ist es denn dann? –  
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Was ist es denn sonst?)

Immerhin geht es um Betriebsinterna wie Mitarbeiterverträge. Ist eine öffentliche Debatte im Plenum darüber der richtige Ort? Wir hatten intern angeregt, das Thema im Ausschuss zu besprechen. Unser Koalitionspartner wollte wohl erst die Gespräche abwarten, und so sprechen wir nun doch hier im Plenum über die Problematik. Meine Fraktion hätte ja lieber mit den Beteiligten gesprochen, anstatt nur über sie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Das haben wir auch getan. –  
Zuruf aus dem Plenum: Sehr richtig!)

Grundsätzlich findet meine Fraktion es sehr schade, dass nach dem Ende der jahrelangen Fusionsstreitigkeiten

das Mecklenburgische Staatstheater immer noch nicht durchstarten kann. Natürlich hat ein künstlerisches Ensemble einen anderen Anspruch als der Kaufmann, der auch die Finanzen und die Wirtschaftlichkeit im Blick haben muss. Als Eigentümer des Mecklenburgischen Staatstheaters und mit der Verantwortung für die Steuergelder, die nämlich in das Theater fließen, haben wir kein Interesse an experimentellen, künstlerisch herausfordernden, aber unrentablen Stücken, sondern es muss auch immer der wirtschaftliche Faktor betrachtet werden. Das ist eben der Nachteil, wenn sich das Land finanziell einbringt. Dann sind die Geschäftsführer und die einzelnen Theaterabteilungen künstlerisch vielleicht nicht mehr so frei, wie es in freier Trägerschaft wäre. Wir können es uns aber nicht leisten, dass hier Steuergelder verschwendet werden, um es mal unliebsam zu sagen.

Auf der anderen Seite haben wir als Hauptgesellschafter Erwartungen an den Anspruch eines Staatstheaters. Es handelt sich hier nicht um irgendeine Kleinkunstabühne. Unser Staatstheater soll niveauvolle Kunst und Kultur anbieten. Es soll aber auch verschiedenste Geschmäcker bedienen, es soll neue Theaterinteressierte werben und bereits Theaterbegeisterte immer wieder neu überraschen. Absolut kontraproduktiv für all diese Ansprüche sind da ungelöste Streitigkeiten. Es ist deshalb wichtig, dass den Gesprächen jetzt auch Taten folgen und dass innerhalb des Theaters und der Belegschaft kommuniziert wird, dass es nur gemeinsam und unter Betrachtung aller Aspekte funktioniert.

Experimente, teure Produktionen, viele Neuaufführungen – das ist doch alles erst dann möglich, wenn der finanzielle Background stimmt. Deshalb kann ich die Intention hinter den Einsparvorgaben grundsätzlich erst mal nachvollziehen. Ich kann aber auch das künstlerische Ensemble verstehen, was die Ansprüche an das Niveau eines Staatstheaters und den Glanz der Vergangenheit umgesetzt sehen will. Kunst und Wirtschaftlichkeit sind manchmal schwer unter einen Hut zu bekommen. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafter haben Lösungsschritte vorgegeben, die erst einmal umgesetzt werden müssen. Jetzt muss geschaut werden, wie man das zusammen – alle gemeinsam vor Ort – hinkommt.

Meine Fraktion erwartet, dass alle Beteiligten zusammenarbeiten. Ziel ist ein abwechslungsreiches, spannendes und finanziell kalkulierbares Theaterrepertoire. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Brade.

**Christian Brade, SPD:** Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Mitglieder des Staatstheaters! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

(Vincent Kokert, CDU:  
Lieber Herr Brade! – Heiterkeit  
bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Wer ein Theater füllen will, bedient sich der Dramaturgie, um es zu leeren, genügt Ideologie. Und ich glaube, genau das ist der Kern des Antrages der LINKEN.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich bin vom Kreistag Ludwigslust-Parchim in den Aufsichtsrat entsandt, das heißt, ich war aktiv bei den Aufsichtsratssitzungen beteiligt, weiß also genau, was besprochen und was beschlossen worden ist.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich weiß, was die Schauspieler bewegt, das wurde mir in der fünfstündigen Sitzung bei der Anhörung der zwölf Mitglieder des Staatstheaters klar. Was ich hier heute noch mal besonders lobend erwähnen möchte, auch unsere Ministerin Birgit Hesse war bei einer der Sitzungen dabei und hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt.

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Das muss man nicht lobend erwähnen,  
das ist ihr Job, da zu sein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Foerster! Ich weiß, welche großartige Arbeit in den Häusern in Parchim und in Schwerin geleistet wird, und ich sage Danke für die vielen großartigen Stunden, die ich als Zuschauer im Theater verbringen durfte. Mir wurde in der Aufsichtsratssitzung deutlich, welche Gefühle sie gerade durchleben und welche Erwartungen sie an ihr Theater und auch an uns Politiker haben. Das Mecklenburgische Staatstheater zusammen mit dem jungen Staatstheater Parchim befindet sich gerade im größten Umbruch seiner Geschichte.

Wir haben die finanziellen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten neu geordnet. Wir haben den Theaterpakt beschlossen, das heißt, wir haben das Theater finanziell auf sichere Beine gestellt. Wir bauen in Parchim die alte Eldemühle zur Kulturmühle mit Theater und Museum aus, in der dann endlich das junge Staatstheater und die Reuterbühne eine neue Wirkstätte finden. Der neue Intendant bringt neue künstlerische Ideen auf die Bühne. Dass das nicht immer auf Gegenliebe bei den direkt Beteiligten trifft, das ist klar, dass neue künstlerische Eindrücke auf das Publikum wirken, ist auch klar, und dass Kunst und Künstler von Emotionen auf und hinter der Bühne leben und davon geprägt sind, dürfte jedem, der schon einmal im Theater gewesen ist, klar sein.

Kurzum, wer so ein Theater leitet, der braucht viele Fähigkeiten: künstlerischen Spürsinn, das richtige Händchen im Umgang mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich kaufmännischen Sachverstand. Wenn diese Dinge zusammenkommen und das Publikum vom Inhalt begeistert ist, dann steigen nicht nur die Besucherzahlen, dann strahlt unser Staatstheater weit über die Landesgrenzen hinaus. Um das umzusetzen, braucht man Mut, aber auch die Rückendeckung aller Beteiligten, gerade auch die Rückendeckung der Gesellschafter und die Rückendeckung der Politik, und es braucht das Vertrauen der Politik in die gewählten Gremien der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrats.

Ich persönlich finde es äußerst unverantwortlich, in dieser wirklich angespannten Situation politisches Kapital herauszuschlagen, so, wie es hier mit dem Antrag der LINKEN gemacht wird.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Mensch, eh! Hör auf!  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
Boa eh! Hör auf!)

Das, Frau Kröger, trägt überhaupt nicht zur Entspannung der Situation bei,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Ja, euer Handeln ja auch nicht.)

das heizt an, und ich finde das äußerst populistisch.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Ja, aber verschleiern löst  
die Probleme auch nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter, einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster?

**Christian Brade,** SPD: Gern.

**Henning Foerster,** DIE LINKE: Herr Kollege Brade, ist Ihnen bekannt, dass sich die Künstlerinnen und Künstler des Mecklenburgischen Staatstheaters aufgrund der Situation ja gerade an die Politik mit der Bitte um Hilfe und um Unterstützung gewandt haben?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Nein, das hat er nicht mitgekriegt. –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Christian Brade,** SPD: Natürlich ist mir das bekannt. Ich bin Mitglied des Aufsichtsrats und die Dinge, die im Theater abgehen, soweit ich das einschätzen kann, sind bekannt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Ja, warum erzählen Sie so was? –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

**Christian Brade,** SPD: Solange das kein Dialog wird, ja.

**Henning Foerster,** DIE LINKE: Können Sie mir vor diesem Hintergrund erklären, wie Sie zu dem Schluss kommen können, dass es sich dann um reinen Populismus handelt angesichts dieses Hilferufes, das Thema sowohl auf der kommunalen Ebene im Stadtparlament als auch hier im Landesparlament zu thematisieren?

**Christian Brade,** SPD: Also ich finde es schon recht populistisch, wenn gerade Sie, Herr Foerster, als Schweriner wissen, dass sich der Aufsichtsrat in zwei Sitzungen à fünf Stunden ehrenamtlich intensiv mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch mit dem Intendanten auseinandergesetzt hat. Ich glaube, genau da ist der Ort, sich mit diesen Themen intensiv zu beschäftigen, weil dort die Menschen sitzen, die, glaube ich, den größten Sachverstand haben. Das hier im Parlament auszubreiten und teilweise Halbwissen und Emotionen zu schüren und zu streuen, das finde ich populistisch, das finde ich unverantwortlich und ich glaube nach wie vor, das trägt nicht zur Besserung der Situation bei.

(Torsten Renz, CDU: Warum gab es jetzt keinen Applaus?)

Ich möchte jetzt weitermachen. Ich weiß jetzt gar nicht genau, wo ich stehengeblieben bin, aber ich habe eine Bitte: Lassen Sie die Gremien arbeiten und die in den Gremien erarbeiteten Schritte wirken! Die wiederhole ich gerne noch mal, nämlich die Schritte, die in der Gesellschafterversammlung auf Empfehlung des Aufsichtsrats beschlossen worden sind:

Die Theaterleitung soll kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation benennen.

Zweitens. In Abstimmung mit dem Betriebsrat soll eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt werden. Ich habe gelesen, die Stadt Schwerin hat mit solchen Befragungen schon großen Erfolg gehabt. Beim Nahverkehr zum Beispiel erzählte Rico Badenschier, dass das wirklich erfolgreich gewesen ist.

Drittens. Das Führungsteam soll sich mit externer Moderation weiterentwickeln, und eine enge Zusammenarbeit mit den Theaterfördervereinen in Parchim „Spot an!“ und in Schwerin soll zur Unterstützung des Gesamtprozesses herangezogen werden.

Und, Frau Kröger, ich finde, es ist ein kleiner, aber wichtiger Unterschied, und ich finde es ganz wichtig, das noch mal zu erwähnen. Der Unterschied zwischen einer Mediation und einer Supervision sollte noch mal herausgestellt werden. Ich kenne Mediationen aus verschiedenen Gerichtsprozessen, da sind beide Seiten gegeneinander und man versucht irgendwie, eine Lösung der Trennung so schön wie möglich hinzukriegen. Ich glaube, das wäre hier der falsche Ansatz. Ich plädiere eher für eine Supervision, wo für beide Seiten ein Ziel klar ist, das zu erreichen ist, und nicht vorher schon auf eine Trennung gepocht wird. Ich denke, wir sollten dem Theater und wir sollten auch unserem Publikum die Chance geben, die neue Situation mal wirken zu lassen. Und wenn wir ein bisschen Geduld haben, hoffe ich – und ich erwarte das –, dass das Ganze dann auch zu einem Erfolg führt und, wie vorhin schon gesagt, dass das Staatstheater positiv über die Landesgrenzen hinauswirkt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Foerster.

Bis sich Herr Foerster am Pult hingestellt hat und seine Rede beginnt, gibt mir das Gelegenheit, eine neue Besuchergruppe zu begrüßen. Das sind ehrenamtliche Patientenhelferinnen und -helfer der Universitätsmedizin in Greifswald. Herzlich willkommen!

Bitte, Herr Foerster.

**Henning Foerster,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Landtagsabgeordneter und Stadtvertreter aus Schwerin weiß ich natürlich um den hohen Stellenwert des Mecklenburgischen Staatstheaters in der Stadtgesellschaft, denn man könnte sagen, wenn an unserem Staatstheater jemand niest, hat die Stadt Schnupfen oder, anders ausgedrückt, läuft etwas schief, bewegt das viele Menschen, und das übrigens völlig unabhängig davon, ob sie selbst regelmäßige Theatergänger sind oder ob sie auftauchende Probleme nur durch die Berichterstattung in den Medien mitbekommen haben. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass eine der

größten Demonstrationen der Nachwendezeit just in dem Moment auf dem Schweriner Marktplatz stattfand, als in der Stadtvertretung der vom Land verordnete Sparkurs und die Streichung von 80 Stellen zur Diskussion standen.

Was Theater im Allgemeinen bedeutet, hat Benno Schirrmeister von der Berliner „taz“ Anfang des Jahres in seiner Kolumne zur Dienstanweisung „unabgesprochene politische Meinungsäußerungen“ sehr treffend beschrieben: „Theater ist nicht eine, sondern die bürgerliche Kunstform: Es lebt von Demokratie und belebt sie. Hier hat die Bevölkerung seit dem 18. Jahrhundert gelernt, wie man sich über aktuelle Vorfälle austauscht, wie man sich eine Meinung bildet, und – wie man gegen Zensoren Gedankenfreiheit fordert.“

Und weil das so ist, war die Empörung über den Maulkorberlass des Intendanten zu Jahresbeginn schon so groß. Das war übrigens, Frau Ministerin, der erste Aushang und der Anfang des ganzen Dilemmas. Das an die Künstlerinnen und Künstler gerichtete Verbot politischer Meinungsäußerungen brachte nämlich unser Haus bundesweit negativ in die Schlagzeilen. Und bereits in der damaligen Debatte in der Stadtvertretung habe ich deutlich gemacht, dass schon etwas mehr im Argen liegen muss, wenn künstlerische Freiheit mit arbeitsrechtlichen Drohgebärden beantwortet wird.

Dazu kam, dass der Intendant offenbar in völliger Unkenntnis der Geschichte des Hauses handelte. Benno Schirrmeister hat auch darauf hingewiesen, indem er das Theater als den mit Abstand wichtigsten Ort demokratischer Opposition in der DDR bezeichnete. Er verwies auf Intendant Christoph Schroths SED-kritische „Faust“-Inszenierung von 1979, die den Eisernen Vorhang skandalisierte und die die meist besuchte Theateraufführung der DDR war und somit deutsche Bühnen- und Politikgeschichte geschrieben hat.

Der Maulkorberlass als Dienstanweisung, die eine ganze Belegschaft unter Generalverdacht stellte, wurde schlussendlich kassiert. Zu groß war der öffentliche und auch der politische Druck auf den Intendanten. Viel wichtiger als das schlichte Kassieren dieser unsäglichen Dienstanweisung wäre jedoch schon damals das Einleiten eines offenen Dialoges zwischen der Hausspitze und den Beschäftigten gewesen. Zwar fanden Betriebsversammlungen statt, wirklich aufgearbeitet wurden die Probleme aber offenbar nicht, und so ereilte eben die Politik im Herbst dieses Jahres erneut ein Hilferuf aus der Belegschaft.

Vertreterinnen und Vertreter – und das wissen Sie faktisch – aller Gewerke beklagten darin das schwer gestörte Verhältnis zur Leitung im Allgemeinen und zum Intendanten im Speziellen. Das Klima habe sich spätestens mit der Nichtverlängerung der Verträge des Chordirektors Joseph Feigl und des Ballettensemblesprechers Dan Datcu extrem verschlechtert. In einem der Aushänge war gar von einem Klima der Angst die Rede, das Kolleginnen und Kollegen selbst von der Formulierung fachlicher Nachfragen abhalte. Vieles klang so ein bisschen nach dem Prinzip Champignon: Wer zuerst den Kopf rausstreckt, wird abrasiert.

Die Stadtvertretung hat sich sehr zeitnah mit dem Thema befasst, und in Schwerin – das möchte ich ausdrücklich festhalten – gab es anders als hier im Landtag auch kein

politisches Ränkespiel, sondern den Wunsch und die klare Erwartungshaltung, dass der gestörten Kommunikation zeitnah abgeholfen werden muss. Folgerichtig wurde der Oberbürgermeister auch beauftragt, die Gespräche mit allen Beteiligten zu suchen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Diesen Auftrag hat er nach meiner Einschätzung durchaus ernst genommen. Zumindest lassen die neuerlichen Verlautbarungen aus Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung einen Entwicklungsprozess erkennen.

Nachdem sich der Aufsichtsratsvorsitzende zunächst mit sinngemäßen Aussagen wie „Am Schweriner Staatstheater müsse man sich nun endlich auch mal ein Stück bewegen“ aufs Glatteis begab, verkündete er im Ergebnis der Anhörung im Aufsichtsrat nunmehr mir gut bekannte, vernünftige und zumindest lösungsorientierte Vorschläge. Um die Kritik aus der Belegschaft genauer verifizieren zu können und den Leuten gleichzeitig die Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu nehmen, ist die Durchführung einer anonymen Mitarbeiterbefragung sicher ein probates Mittel.

Die Führungskräfte auf künftige Gespräche mit der Belegschaft durch ein entsprechendes Coaching vorzubereiten, Frau Ministerin, kann helfen, allerdings nur dann, wenn dies mit der Bereitschaft einhergeht, sich auf deren Argumente einzulassen. Aus meiner Sicht sollte man auch das Publikum befragen, denn nicht zuletzt der hier schon angesprochene Förderverein der Schweriner Theaterfreunde bestätigte die vielfach anzutreffende Kritik an der künstlerischen Qualität der Aufführungen

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und forderte in Anlehnung an Herrn Ministerpräsidenten a. D. Erwin Sellering folgerichtig wieder mehr Glanz in unserem Theater.

Schlussendlich sollte man insbesondere auf der Landesseite auch einmal bedenken, was am 24.11. in einer Kolumne der SVZ zu lesen war. Das möchte ich gerne zitieren: „Ein Theater ist nicht in erster Linie ein Wirtschaftsbetrieb, der mit Chefetagen-Routine zu“ lenken „ist ... Im Vergleich zu manch anderen Zeitgenossen sind Theaterleute seltsam, sie beschweren sich nicht über zu viel Arbeit, sondern über zu wenig. Schauspieler wollen spielen ... Tänzer haben ihren“ Job „nicht ergriffen, um unterfordert dekoratives Beiwerk in Operetten und Musicals zu bieten. Chorsängern ist ... ein häufiger Wechsel ihres Leiters nicht förderlich. Wenn Orchesterdirektoren wie die Tauben ein- und ausfliegen, kann das einer Kapelle kaum Spaß machen. Und vor allem sind Künstler Freigeister, Kritik gehört zu ihrem Beruf. ... Mit ihnen muss diskutiert, sie sollten nicht administriert werden.“ Besser kann man es, glaube ich, kaum ausdrücken.

Abschließend sei gesagt, dass ich es durchaus ernst gemeint habe, als ich jüngst im Lokalfernsehen „TV Schwerin“ sagte, man müsse dem eingeleiteten Prozess jetzt eine Chance geben. Genauso ernst war jedoch gemeint, dass sich, meiner Meinung nach, Intendant Lars Tietje nicht mehr viele derartige Vorfälle erlauben darf. Ansonsten passiert das, was man vom Profifußball kennt, denn, wenn eine Mannschaft als Gesamtgefüge nicht funktioniert, kann man ja schlecht alle Spieler entlassen, dann muss der Trainer gehen und ein neuer wird versuchen, den Karren aus dem sprichwörtlichen Dreck zu ziehen.

(Thomas Krüger, SPD:  
Aber ist der Weg denn nicht richtig,  
den wir eingeschlagen haben?)

Folglich geht es für alle wieder bei null los, Herr Krüger. Auch im Theater wird man schlecht alle Beschäftigten entlassen können.

(Thomas Krüger, SPD:  
Das will doch auch keiner.)

Man hat aber schon bald die Frage der Wiederbestellung zu entscheiden.

(Thomas Krüger, SPD:  
Das will doch kein Mensch.)

Und da, Herr Krüger, liegt die entscheidende Verantwortung zuallererst beim Land als dem größten Gesellschafter.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Thomas Krüger, SPD: Die Frage ist doch,  
wer die Verantwortung wahrnimmt.  
Wir haben es doch dargestellt. –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Und dann, Frau Ministerin Hesse, muss ich doch noch eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen machen. Dass Sie sich hier so selbstbewusst hinstellen können und davon reden können, dass man unseren Antrag jetzt ja nicht mehr brauchen würde, weil Sie, wie so oft, schon unterwegs seien und alles regeln würden, kann ich ehrlich gesagt nicht so richtig nachvollziehen,

(Thomas Krüger, SPD:  
Da müssen Lösungen  
geschaffen werden.)

denn in dem gesamten Prozess seit Bekanntwerden der Probleme glich Ihr Auftritt doch, ehrlich gesagt, eher einem U-Boot auf Schleichfahrt. Und wenn Sie es doch mal auf Seerohrtiefe geschafft haben, dann kam auch meistens nur Unkonkretes, nur heiße Luft, zum Beispiel, die Lage ist ernst, wir müssen mal reden, wir müssen mal sehen.

(Zurufe von Christian Brade, SPD,  
und Thomas Krüger, SPD)

Ja, ja, da komme ich zu, Herr Krüger.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Sprich einfach weiter!)

Die konkreten abrechenbaren Maßnahmen, die jetzt auch in der Presse zu lesen waren – im Anschluss an eine übrigens zehn Minuten dauernde Gesellschafterversammlung –, sind doch alles Dinge, die letztendlich vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin eingespeist worden sind.

(Christian Brade, SPD:  
Sie hören nicht zu!)

Ob Sie an die anonyme Mitarbeiterbefragung denken beispielsweise ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Krüger, die Frau Ministerin gehört an die Spitze der Bewegung. Sie muss diesen Prozess jetzt von der Spitze her moderieren,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

damit am Ende auch eine vernünftige Lösung rauskommt. Darum geht es.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und da kann sie eben nicht abtauchen, da gehört sie auf die Brücke, um beim Bild des U-Bootes zu bleiben.

(Thomas Krüger, SPD:  
Sie wissen schon, ob die  
Verständigung zwischen den  
beiden stattgefunden hat, ja?!  
Das können Sie sagen, ja?! –  
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Also ich habe eines deutlich gemacht und das will ich zum Schluss auch noch mal unterstreichen:

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Frau Hesse ist jetzt gefragt in dem Gesamtprozess, damit am Ende etwas Vernünftiges dabei herauskommt.

(Thomas Krüger, SPD: Das kann man  
nicht politisieren, die Probleme  
müssen gelöst werden.)

Sie kann sich auch nicht vor der Entscheidung drücken, denn wenn es wieder so ist, dass über Monate nichts Vernünftiges dabei herauskommt, ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Foerster!

**Henning Foerster,** DIE LINKE: ... gilt es, auch über Personalentscheidungen nachzudenken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Es hat noch mal ums Wort gebeten die Ministerin.

Frau Hesse, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nicht gerne auf das Bild eines U-Boot-Fahrers oder einer U-Boot-Fahrerin eingehen oder darauf, ob man nun auf der Brücke steht oder sich im U-Boot befindet, weil ich finde, das ist dieser Debatte überhaupt nicht dienlich, Herr Foerster.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Mal ganz ehrlich, ich fand Teile Ihrer Rede richtig gut, da hätte ich gedacht, meine Güte, daran kann ich anknüpfen und kann vielleicht noch mal auf das Wesentliche zurückkommen, was mir auch wichtig ist in dieser Debatte, aber der letzte Part war einfach ein übles Nachtreten. Ich weiß nicht, das haben Sie nicht nötig.

(Thomas Krüger, SPD:  
Das sehe ich auch so.)

Insofern möchte ich gerne noch mal für Folgendes die Gelegenheit nutzen, ich habe diese Debatte jetzt sehr intensiv verfolgt, und ich glaube, eins muss man nüchtern feststellen: Ich glaube, wenn ich da oben als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter des Theaters sitzen würde, fände ich die Debatte nicht zufriedenstellend. Es waren einige Punkte, die ich gerne klarstellen möchte. Hier ist vieles vermengt worden.

Es gab die Theaterreform und es gab den Theaterpakt. Die Theaterreform war vor dem Theaterpakt, und die Theaterreform war ein Einschnitt in die Theaterlandschaft – das muss man auch so deutlich sagen –, den wir damals gemeinsam beschlossen haben.

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Den Sie beschlossen haben.)

Diese Theaterreform hat den Beschäftigten an den Theatern einiges abverlangt. Das ist meines Erachtens aber nicht der entscheidende Punkt, warum die Situation jetzt am Theater Schwerin so ist, wie sie ist, denn die Konsolidierungsschritte, die damals gefordert und vereinbart waren, haben die Beschäftigten des Theaters weitestgehend mitgetragen. Ich finde – und dafür möchte diese Debatte einfach auch noch mal nutzen –, dafür gebührt den Beschäftigten am Theater unser größter Respekt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Das ist auch das, was ich in vielen Gesprächen mitbekommen habe, dass das nicht der Punkt ist. Man hat gesagt, gewisse Konsolidierungsschritte sind notwendig, das tragen wir auch mit, aber auf die Art und Weise, wie etwas umgesetzt wird, kommt es eben an. Und da scheint es etwas im Argen gewesen zu sein – deswegen auch der Unmut. Der Theaterpakt hat damit gar nichts zu tun. Der Theaterpakt ist eine finanzielle Besserstellung der Theater im Land, und das ist etwas, was man ausdrücklich begrüßen sollte. Es war auch die Mehrheit hier in diesem Hause, die es begrüßte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, Herr Foerster, ich finde es – ich würde jetzt gern nochmal auf den Inhalt zurückkommen –, ich finde es vermessen, wenn Sie sich anmaßen zu beurteilen, was welcher Gesellschafter wie in die Gesellschaft einbringt, mit welcher Leistung oder nicht. Wie wollen Sie beurteilen, wie viele Stunden wir zusammengesessen haben, wie lange eine Gesellschafterversammlung ging? Die ging nämlich nicht nur zehn Minuten. Wie oft wir zusammengesessen haben und gesprochen haben, wie wollen Sie das beurteilen?

(Torsten Renz, CDU: Wie können Sie  
so was behaupten Herr Foerster?)

Wieso behaupten Sie so was?

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Insofern möchte ich abschließend sagen – das ist mir persönlich wichtig –, ich habe mich selbstverständlich in diesen Prozess eingebunden und eingebracht. Das ist für

mich auch ein Selbstverständnis. Es ist mir völlig wurst, ob ich Hauptgesellschafterin bin oder nicht, oder das Land, sondern es ist die Verantwortung, die wir haben für unser Theater, dass wir gemeinsam dazu stehen und auch gemeinsam einen Weg entwickeln. Mir das abzusprechen, ist, finde ich, schon ein starkes Stück.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich möchte auf das zurückkommen, was jetzt das ist, was passiert. Es wird kurzfristige Maßnahmen geben, da werden Punkte aufgenommen, die gefordert sind, wie beispielsweise mit einigen Personalien umzugehen ist. Das wird in der nächsten Woche passieren, dazu wird es Gespräche geben und mein Haus, in persona von Herrn Emmerlich, wird das mit moderieren.

Zweitens. Es wird die Mitarbeiterbefragung geben. Sie jetzt hinzustellen, dass das nur die Idee des Oberbürgermeisters war und deswegen alle anderen nichts dazu beigetragen haben, ist vermessen, weil das ein Gemeinschaftspapier der Gesellschafter ist, wozu wir stehen. Da standen alle vier Gesellschafter. Ich möchte sie nennen: neben meiner Person Herr Sternberg, Rico Badenschier und auch Herr Flörke aus Parchim. Insofern möchte ich das auch noch mal ganz deutlich betonen. Zwischen uns Gesellschafter passt auch kein Blatt.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Drittens. Es wird diese Führungskräfteentwicklung geben. Das ist keine Mediation, sondern es ist eine Entwicklung, es ist ein Coaching, was durchgeführt werden muss.

Viertens. Externe Begleitung.

Fünftens – das hatte ich vergessen, insofern noch mal danke für den Hinweis –: Selbstverständlich werden wir die Theaterfreunde mit einbeziehen, sowohl in Schwerin als auch in Parchim, weil das für uns ganz wichtige Partner sind auf dem Weg.

Das ist mein Appell zum Schluss. Lassen Sie uns jetzt weniger reden! Ich möchte, dass wir gemeinsam diesen Weg für mehr Vertrauen, für mehr Wertschätzung, für mehr Respekt gehen. Dazu lade ich alle ein. Wir haben einen Fahrplan entwickelt. Jetzt sollten wir diesen auch abarbeiten, und ich lade jeden ein, sich an diesem Weg zu beteiligen, denn nur gemeinsam geht es über gute Kommunikation. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Da die Ministerin in ihrem ersten Redebeitrag ihre angemeldete Redezeit ausgeschöpft hatte, steht jetzt für die fünf Minuten, die sie hatte, noch einmal allen Fraktionen ein Viertel der Redezeit zur Verfügung.

Aber es hat sich noch für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet der Abgeordnete Ehlers.

**Sebastian Ehlers, CDU:** Frau Präsidentin! Dass es beim Thema „Theater und Kultur“ um Emotionen geht und diese hier auch hochschlagen, ist, glaube ich, verständlich. Trotzdem sollten wir bei der Sache bleiben. Bei einem Punkt, auch wenn ich vielleicht nicht jeden Satz unterschreiben kann von meinem Kollegen Foerster und

von der Kollegin Kröger, bei einem Punkt muss ich natürlich recht geben: Die Gesellschafterversammlung – ich habe selbst noch mal ins Protokoll geschaut, was uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung gestellt wurde – hat wirklich nur zehn Minuten gedauert. Werte Kollegen der Opposition, da waren Sie also ganz klar im Recht an der Stelle.

(Christian Brade, SPD: Der Aufsichtsrat hat zweimal fünf Stunden getagt zu diesem Thema, Herr Ehlers.)

Ich glaube, wir müssen ein bisschen ...

Ich rede von der Gesellschafterversammlung, Kollege Brade. Sie müssen auch zuhören. Ich habe ja gesagt, wir sollten versuchen, das etwas sachlicher zu betrachten. Ich weiß nicht, woher jetzt diese Emotionen kommen.

Ich glaube, wir müssen versuchen, etwas zu differenzieren, denn die Kritikpunkte gehen ja in zwei Bereiche: einmal ist es das Inhaltliche, die Ausgestaltung, und einmal das Zwischenmenschliche. In die Frage des Inhaltlichen – das habe ich auch in der Stadtvertretung gesagt – würde ich mich an der Stelle gar nicht einmischen wollen. Was wie oft und was bei den Schlossfestspielen gespielt wird, da gibt es genug Experten, die das bewerten sollen. Das hat sicherlich auch was mit den finanziellen Rahmenbedingungen zu tun, mit der Theaterreform, über die wir heute aber an der Stelle nicht reden.

Der Hauptkritikpunkt, weswegen wir täglich angesprochen werden, fast täglich Mails erhalten und Gesprächsbitten in unserer Mitarbeiterschaft, ist ja in erster Linie das Zwischenmenschliche.

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

Die Geschichten, die man da hört, sind nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig. Ich habe es angedeutet in der Stadtvertretung, wenn eine Mitarbeiterin entlassen wird, die gerade eine Krebsdiagnose bekommen hat, dann sind das für mich Punkte, die auf den Tisch gehören und die auch besprochen werden müssen, in welchem Gremium auch immer.

Diese Verantwortung und diese Sorge um das Mecklenburgische Staatstheater hat uns ja nicht nur auf kommunaler Ebene umgetrieben, werter Kollege Brade, da war auch die SPD mit dabei. Also da könnte man genauso den Vorwurf machen, auch an die Kollegen der SPD vor Ort, dass hier versucht wird, politisches Kapital herauszuschlagen, so, wie Sie es gerade mit den LINKEN hier gemacht haben.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Diese Sorge eint uns auf kommunaler Ebene und sollte uns auch hier einen, wo der Mehrheitsgesellschafter sitzt.

Das Mecklenburgische Staatstheater ist für Schwerin das kulturelle Flaggschiff, und – jetzt muss die Kollegin Kröger mal weghören – ich glaube, die Identifikation ist hier in Schwerin auch um ein Deutliches höher als in Rostock. Das ist einfach so gewachsen.

(Christian Brade, SPD: Jawohl!)

Rostock hat eine Universität, einen Hafen, vieles andere, aber hier ist doch das Theater wirklich der Leuchtturm. Das haben auch die Diskussionen über Kürzungen gezeigt, als wir große Demonstrationen hatten. Das bekommt in Schwerin sonst kein anderer Verein, keine andere Institution hin, so viele Menschen zu bewegen, wie das Theater. Deswegen war die Hoffnung, dass durch den Theaterpakt und die Ankündigung des Landes, hier als Hauptgesellschafter die Verantwortung zu übernehmen, etwas Ruhe einkehrt. Und deswegen waren wir alle natürlich etwas überrascht ob der Meldungen der letzten Wochen und Monate.

Wir als CDU-Fraktion bemühen uns seit Jahren um einen engen Dialog – ob es mit Marc Reinhardt war, der viele Jahre für uns den Bereich gemacht hat, oder jetzt mit der Kollegin von Allwörden. Wir haben uns ja vor Kurzem mit dem Betriebsrat intensiv ausgetauscht. Die Sorge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch im Zusammenhang mit dem Theaterpakt, war schon, dass sie künftig kein Gehör mehr finden, auch auf politischer Ebene. Und es gab in Schwerin immer sehr engagierte Mitstreiter im Aufsichtsrat. Mit dabei war unsere heutige Ministerpräsidentin Frau Schwesig und viele andere. Auch wenn man sich in der Sache vielleicht nicht einig war, aber wenn es um das Theater ging, haben alle zusammengehalten und waren immer Ansprechpartner für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Diese Sorge, dass man künftig schwieriger rankommt an den Aufsichtsrat – so sage ich mal –, die ist, glaube ich, nicht ganz unberechtigt. Wenn ich mir das Zitat durchlese – es ist in Anführungsstrichen, deswegen gehe ich mal davon aus, dass es so gesagt wurde, dass der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Schmutzler, in der SVZ vom 12.11. sagt: „Die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert. Das Theater ist aber Veränderungen nicht gewohnt“, Zitatende –,

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Ja, das ist eine Lachnummer, ist das.)

dann ist das doch ein Schlag ins Gesicht aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Also, kein kommunales Unternehmen in Schwerin hat in den letzten rund 30 Jahren so viele Veränderungen durchgemacht, so viel Stellenabbau wie das Mecklenburgische Staatstheater.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der CDU und DIE LINKE –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Jawohl!)

Sich jetzt als Aufsichtsratsvorsitzender hinzustellen und zu sagen, das Theater ist keine Veränderungen gewohnt – das impliziert ja, die sollen sich mal nicht so anstellen, das ist schon alles auf dem richtigen Weg –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

dann ist das, finde ich, sehr, sehr schwierig. Hier haben wir natürlich als Mehrheitsgesellschafter auch eine Verantwortung. Und wenn man sich mit den Mitarbeitern unterhält, dann ist die Meinung zu der gesamten Situation sehr eindeutig. Deswegen bin ich sehr auf die Mitarbeiterbefragung gespannt. Ich habe aus den persönlichen Gesprächen – und die führte ich nicht nur mit ein, zwei, drei, vier oder fünf Quellen, sondern mit meh-

renen – eine klare Positionierung, die so ist wie auch die öffentliche Meinung, wie sie in den Aushängen kundgetan wird. Deswegen, glaube ich, wäre es gut gewesen, das Thema in den Ausschüssen zu besprechen.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Das war nicht gewollt vom Koalitionspartner, deswegen werden wir den Antrag heute ablehnen müssen, weil wir ja hier gemeinschaftlich abstimmen. Ich bin gespannt, wie sich die Punkte aus den Gesellschafterversammlungen umsetzen lassen, welche Rolle der Förderverein dort spielen soll. Das wird mein geschätzter Freund, Dr. Jungrichter, dann sicherlich auch noch mal an anderer Stelle sagen. An der Stelle finde ich es sehr gut, wenn der Förderverein, der ja auch hier einen breiten Rückhalt hat, mit eingebunden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es dem Intendanten auch in einer anderen Runde gesagt: Weihnachten ist eine Zeit, in der manchmal Wunder geschehen. Mir allerdings – da bin ganz offen und ehrlich – fehlt momentan in der aktuellen Situation etwas die Fantasie, wie man das Thema wieder geheilt bekommt, denn die Bäume, die dort beklettert sind, sind relativ hoch, und dann ist es schwierig, wieder runterzukommen. Deswegen habe ich die Hoffnung, dass wir hier wieder in ruhigeres Fahrwasser kommen, weil diese Diskussionen in den letzten Wochen natürlich dem Theater insgesamt schaden.

Gleichwohl gehören, wie ich finde, die Probleme, wenn Politik direkt angesprochen wird, auf den Tisch

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Das ist der Punkt.)

und dann erwarten, glaube ich, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass wir uns als Gesellschafter auf kommunaler Ebene, auch auf Landesebene darum kümmern. Wie gesagt, Beratungen im Ausschuss mit beiden Seiten wären, glaube ich, sinnvoll gewesen. Das ist nicht möglich, deswegen müssen wir Ihren Antrag heute ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Dann machen  
wir es im Rahmen der Selbstbefassung.)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal ums Wort gebeten die Abgeordnete Frau Kröger.

**Eva-Maria Kröger,** DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Erst mal vielen Dank, Herr Kollege Ehlers. Ich glaube, wir können vieles unterschreiben von dem, was Sie eben zur Debatte beigetragen haben. Man könnte jetzt noch auf ganz viele Punkte eingehen, aber etwas stört mich doch sehr: Lassen Sie die Gremien arbeiten, Öffentlichkeit schadet dem Prozess, wieso reden wir im Landtag darüber –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

das finde ich schon interessant. Seit wann haben Sie oder wir alle denn eigentlich ein Problem mit Transparenz und Öffentlichkeit, wenn es um die Theater geht,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

was an sich schon eine wirklich widersprüchliche Frage ist, ein Problem mit Öffentlichkeit zu haben, wenn es um Theater geht? Allein das ist schon widersprüchlich, weil Theater sind öffentlich und öffentliche Räume und leben im Übrigen auch davon.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Geschlossene  
Veranstaltung, das ist mein Tipp.)

Als die Theater im Land konsolidiert werden sollten, hat das doch auch keinen interessiert. Da wurde jeder Cent an den Häusern dreimal umgedreht, es wurde ganz öffentlich darüber geredet, wie viel jede einzelne Musikerin und wie viel jeder einzelne Musiker kostet oder Schauspieler oder wie viel Produktion kostet.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Da hat das auch keinen Menschen interessiert, das Thema Öffentlichkeit. Da war es nämlich politisch gewollt, mal zu zeigen, wie teuer Theaterhäuser sind, und das alles schön in der Öffentlichkeit breitzulatschen. Und jetzt ist es plötzlich ein Problem? Da widersprechen Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ja, sehr geehrte Frau Ministerin, es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie dankenswerterweise mehrfach erwähnt haben in Ihrer Rede, aber es sind genau die, die auch auf uns zugekommen sind, die auf die Politik zugekommen sind. Dann ist es doch unsere Aufgabe, als Vertreterinnen und Vertreter, als Sprachrohr auch hier im Plenum darüber zu reden, wo die Probleme sind und wie wir damit umgehen können. Denn, wenn sie kein Gehör mehr finden, lieber Herr Ehlers, so sagten Sie es, wenn sie kein Gehör mehr finden, dann ist es besonders schlimm. Da möchte ich mit einem Zitat enden, das sich vielleicht die Mitglieder der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen noch mal auf der Zunge zergehen lassen: „Sage niemals an der Theaterkasse, dass du nicht gut hörst,“

(Heiterkeit auf der Regierungsbank)

„denn dann bekommst du einen Platz zugewiesen, wo du auch nichts siehst.“ – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Kröger.

**Jörg Kröger,** AfD: Vielen Dank.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wertes Präsidium! Leiwie Gäste! Es ist hier viel geredet worden, vor allen Dingen aber möchte ich noch mal eins sagen:

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Man versucht immer, das Theater mit einem Känguru zu vergleichen, das mit einem leeren Beutel die größten Sprünge machen muss. Das funktioniert nicht. Ge-

rade die Regierungsfractionen, denke ich mal, sind gefordert. Wir haben hier viel über Symptome geredet, aber die Ursache ist, eigentlich ist zu wenig Geld im Topf.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein.)

Dem muss am Ende des Tages Abhilfe geschaffen werden, dem Umstand. Darauf müssen wir hinarbeiten, wenn wir dem Theater wieder zu altem Glanz verhelfen wollen, wie es auch der Chef des Schweriner Theatervereins gesagt hat. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Aber, wie gesagt, das Theater selbst ist da zunächst auch gefordert. Die Hausspitze muss sagen, was sie künstlerisch will, und dann müssen wir am Ende des Tages gucken, was es kostet.

Dann sind wir wieder bei dem Thema, das ich schon andeutete: Wir haben nur so viel Theater, wie wir wollen und wie wir uns leisten wollen.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ich denke, wenn wir jetzt dahin kommen, dass in dem Haus wieder miteinander gesprochen wird, dass auch wieder an dem künstlerischen Konzept gearbeitet wird, dann haben wir sehr, sehr viel erreicht, aber ich weiß noch nicht, ob wir das jetzt schon geschafft haben. In diesem Sinne möchte ich noch mal appellieren, dass das Thema jeder für sich mit nach Hause nimmt.

Und, Herr Brade, das, was Sie geäußert haben, das war am wenigsten hilfreich von allem, was wir hier heute gehört haben.

(Christian Brade, SPD:  
War mir klar, dass Sie das sagen.)

Das muss ich mal zu meinem tiefsten Bedauern feststellen. Gerade Sie in der Regierungsverantwortung – da hätte ich ein bisschen mehr erwartet. Gerade auch das Ressort des Bildungs- und Kultusministeriums, das der SPD gehört – da, denke ich mal, war das kein hilfreicher Beitrag. Da fand ich Herrn Ehlers schon besser, aber die letzte Konsequenz, dass Geld hier im Land in die Hand genommen werden muss, um den Umständen abhelfen zu können, fehlte auch hier.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also wir sind auf der Ebene der Symptome, wir müssen in die Ursachen rein, sonst wird das nichts. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2865. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2865 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ablehnung der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, Freie Wähler/BMV und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Meine Damen und Herren, auf Drucksache 7/2990 liegt Ihnen ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Freie Wähler/BMV zum Thema „Erdgaspipeline Nord Stream II“ vor. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 21 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Sicherungssysteme für Landwirtschaftsunternehmen zum Ausgleich von Witterungs-, Seuchen- und Marktrisiken unterstützen, auf Drucksache 7/2912.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD  
Sicherungssysteme für Landwirtschaftsunternehmen zum Ausgleich von Witterungs-, Seuchen- und Marktrisiken unterstützen  
– Drucksache 7/2912 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kliewe.

**Holger Kliewe, CDU:** Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Die Landwirtschaft besitzt als Produktionszweig unter freiem Himmel ein gewisses Berufsrisiko. Landwirtschaftsbetriebe sind wirtschaftende Unternehmen und der Umgang mit produktions- und marktbedingten Risiken ist eine der wichtigsten Aufgaben eines landwirtschaftlichen Unternehmers. Daher sind Absicherungen gegen klima-, seuchen- und marktbedingte Risiken von enormer Wichtigkeit. Auch mir, selbst Landwirt, wurde in diesem Jahr deutlich, wie wichtig ein umfassendes Risikomanagement zur Krisenvorsorge ist.

Meine Fraktion ist seit Langem der Auffassung, dass wir wirtschaftliche Lösungen zur Absicherung von diesen Risiken brauchen. AfD und DIE LINKE haben jüngst die Einführung einer steuerfreien Risikorücklage für Landwirte gefordert. Dies, meine Damen und Herren, ist aber nur ein Instrument, welches der Bundesrat bereits im Juni 2016 empfohlen hat. Damals hieß es, dass die Stärkung des betrieblichen Risikomanagements durch eine steuerlich begünstigte Risikoausgleichsrücklage einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Agrarbetriebe leisten kann. Dies hat die Bundesregierung leider bis heute abgelehnt.

In der Forstwirtschaft gibt es die Risikoausgleichsrücklage bereits seit 1969. Sie wird aber mangels Attraktivität kaum genutzt. AgrarökonomInnen sehen das Problem darin, dass es als ein rein steuerliches Instrument ausgestaltet werden soll. Auch aus diesem Grund haben wir seinerzeit die Anträge der Opposition abgelehnt. Schon damals habe ich unsere heutige Initiative angekündigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Ziel sind wir uns weitestgehend einig. Wir sind der Auffassung, dass den Landwirten mehrere Instrumente zur Absicherung gegen Risiken durch Wetterextreme an die Hand gege-

ben werden müssen. Die Landwirte müssen Zugriff auf andere Möglichkeiten haben, um so Vorsorge betreiben zu können. Dazu gehören beispielsweise eine Mehrgefahrenversicherung und eine niedrigere Versicherungssteuer, damit sich mehr Landwirte gegen Klimaschäden und andere Gefahren versichern können.

(Zuruf von Sandro Hersel, AfD)

Eine Unterstützung des Bundes für die Einführung einer Mehrgefahrenversicherung ist notwendig. Dabei sollte es sich um eine kombinierte Versicherung für die Landwirte, die bei witterungsbedingten Ertragsausfällen greift, handeln. In Deutschland gibt es derzeit nur Versicherungsschutz gegen Hagel, Sturm und Starkregen. Bei Dürre und Frost treten aber großflächige Schäden auf, deshalb müssten Versicherer hohe Prämien verlangen. In vielen Staaten wird das Problem gelöst, indem der Staat einen Teil der Kosten übernimmt, teilweise mit finanzieller Unterstützung der EU.

Derzeit schließen nur wenige Landwirte eine Versicherung ab. Vielen ist die Prämie zu teuer. So sind in Deutschland weniger als 0,1 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche gegen Trockenheit versichert. In anderen EU-Ländern profitieren Landwirte von hohen Versicherungssubventionen. Dort werden die Prämien aus nationalen und EU-Mitteln in Höhe von 50 bis teilweise sogar 70 Prozent gefördert. Dies muss in Zukunft für deutsche Landwirte auch möglich sein, um gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa zu haben.

Aus diesem Grund hat sich die EU-Kommission in den laufenden Beratungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik für den Ausbau einer staatlich geförderten Versicherungslösung ausgesprochen. Diese Vorschläge können wir seitens der CDU-Fraktion nur ausdrücklich unterstützen. So spricht sich schon heute die Mehrheit der Bundesländer für einen moderaten Einstieg in die Förderung aus. Nur damit können Versicherungsangebote zu wirtschaftlich tragfähigen Kosten zum Tragen kommen.

Aktuell haben die Agrarminister den Bund aufgefordert, eine Studie zu erarbeiten, welche die unterschiedlichen Varianten der Versicherungslösungen mit und ohne staatliche Bezuschussung untersuchen soll. Gerade hinsichtlich der Versicherungsprämie gilt es, unterschiedliche Modelle zu analysieren. Inwieweit könnte ein Selbstbehalt die Prämienansprüche verringern? Wie hoch müssen Selbstbehalte sein, damit der Landwirt nicht den Anreiz zur Schadensbegrenzung verliert?

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Oder wie hoch müssen Selbstbehalte sein, damit sich die Anzahl der Versicherungsfälle und somit die Schadensregulierungskosten im Rahmen bewegen? Derzeit schlagen Ökonomen anstelle der hektarbezogenen Versicherung eine Versicherungssumme für die gesamte Marktfläche des Betriebes vor. Ziel ist hierbei, lediglich einen Schadensausgleich ab einem gesamtbetrieblichen Schaden von über 15 bis teilweise 20 Prozent zu regulieren. Nur so kann eine Mehrgefahrenversicherung sowohl für den Anbieter als auch für den Versicherungsnehmer und für den Staat ein tragfähiges Instrument darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mehrgefahrenversicherung würde derzeit der Versicherungssteuer unterliegen. Um die Belastungen für den Versiche-

rungsnehmer zu senken, sollte darauf verzichtet werden. Im Interesse der Landwirtschaftsunternehmen, der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land fordere ich Sie auf, unseren Antrag zu unterstützen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich kann Widerspruch weder sehen noch hören, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten in Vertretung für den Minister für Landwirtschaft und Umwelt der Finanzminister. Herr Brodkorb, Sie haben das Wort.

**Minister Mathias Brodkorb:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch dies ist ein ausgesprochen wichtiges und interessantes Thema.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich nehme an, Frau Oldenburg, auch Ihnen liegt die Landwirtschaft am Herzen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ganz doll.)

und die Grundlage unseres Lebens. Wir haben in diesem Jahr mit der Dürre

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

alle augenscheinlich zur Kenntnis nehmen können, was so etwas für Folgen haben kann. Ich darf noch mal betonen, ich habe das jedenfalls so interpretiert, dass die Beschlüsse, die gefasst wurden, um auch als Mecklenburg-Vorpommern sich an der Dürreilfe zu beteiligen, aus tiefster Überzeugung deshalb erfolgt sind, weil genau für solche Situationen der Staat mal erfunden wurde. Das ist eine Solidargemeinschaft, die hilft, wenn Einzelne in besondere Lagen geraten, und das ist mit der Dürre in diesem Jahr ohne Zweifel der Fall gewesen.

Allein, mein Kollege Backhaus hat mir aufgetragen, darauf hinzuweisen, Herr Kliewe, dass Landwirte Unternehmer sind wie andere Unternehmer auch und die Risiken, denen sie unterliegen, zunächst mal privat selber zu tragen haben, wie das bei anderen Unternehmerinnen und Unternehmern auch der Fall ist.

(allgemeine Unruhe)

In Ihrer Rede, so habe ich das ein bisschen interpretiert, ging das ein wenig in Aspekten in eine andere Richtung, und das sieht der Landwirtschaftsminister zunächst mal grundsätzlich so, wie ich das gesagt habe. Das ist die Idee der sozialen Marktwirtschaft, dass man auch Verantwortung für sein Unternehmen trägt.

Trotzdem ist es unzweifelhaft richtig, was Sie sagen, dass wir in Deutschland im Moment die Situation haben, dass sich die Landwirte für bestimmte Schadensfälle nicht versichern können, und das Problem haben Sie auch sehr plastisch beschrieben. Ich würde es auch noch mal gerne zuspitzen, worin das Problem besteht. Ein Landwirt kann sich so was nur leisten, wenn die Prämien auch betriebswirtschaftlich realistisch abbildbar sind.

Jetzt haben wir das Problem, dass Dürre oder Frost eben Flächenschäden sind, das sind nicht einzelne Ereignisse wie Hagel, sondern das kann sich über große Flächen erstrecken, und jede Versicherung, die eine Police oder ein entsprechendes System aufsetzt und überschaubare Prämien verlangt von den Landwirten, geht ein enormes Risiko ein. Das ist nämlich schlichtweg das Problem: Wenn nicht genug Rückstellungen aufgebaut wurden, bis das erste Mal ein größerer Schadensfall eintritt, dann hat die Versicherung ein ganz großes Problem. Das ist in der Wirklichkeit sozusagen die Hürde, die übersprungen werden muss. Man könnte das auch überspringen dadurch, dass die Landwirte, wie Sie sagten, eben sehr hohe Prämien zahlen, aber das ist ausgeschlossen, das wird nicht funktionieren, deswegen kommt das System ja nicht in Gang.

Und deswegen hätte ich, Herr Kliewe, ergänzend zu den Vorschlägen, die hier schon stehen, auch den Hinweis jetzt mal als Finanzminister zu geben – ich springe jetzt mal in die andere Rolle rein –, dass zwischen diesen Optionen, die hier bestehen, natürlich noch eine andere besteht, nämlich dass der Staat darüber nachdenkt, dem Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft folgend lediglich Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und nicht Subventionierungen zu machen von privaten Aufwendungen von Landwirtschaftsbetrieben. Das könnte darin bestehen, dass der Staat sich entschließt, Versicherungsunternehmen anzubieten, in Bürgschaft zu gehen, eine Bürgschaft zu gewähren, nämlich für den Fall, dass, solange noch keine richtigen ausreichenden Rückstellungen aufgebaut sind in einer Versicherung für ein bestimmtes Modell, dass in dem Fall, wenn der Schadensfall eintritt, eben das Unternehmen darauf nicht sitzen bleibt, sondern das die Allgemeinheit trägt oder jedenfalls zu einem angemessenen Anteil.

(Sandro Hersel, AfD:  
Es gibt doch Rückversicherer.)

Bitte?

(Sandro Hersel, AfD:  
Es gibt doch Rückversicherer.)

Zu einem angemessenen Anteil. Auch da ist es doch so, schauen Sie, wenn Sie das privat organisieren, müssen Sie trotzdem irgendwo die Prämien wiederum bezahlen. Es gibt ja wohl kein Privatunternehmen, das sagt, okay, also der Versicherungskonzern, der verlangt jetzt natürlich nicht viel Geld dafür oder verlangt viel Geld, aber der Rückversicherer, der macht es ganz billig. Der arbeitet ja auf denselben ökonomischen Grundlagen.

Also Sie brauchen am Ende – ich glaube, Herr Kliewe, da sind wir uns einig – irgendeine Form des Engagements der öffentlichen Hand. Das ist in anderen Ländern auch der Fall. Und so ein Bürgschaftssystem wäre eigentlich ein ganz elegantes Modell, dann könnte eine Versicherung in der Lage sein, so etwas aufzusetzen zu vertretbaren Preisen. Wenn der Schadensfall eintreten sollte, haftet die öffentliche Hand in einem gewissen Umfang, das rege ich an noch mit zu prüfen. Wenn wir Glück haben, kann ein solches System sogar ohne öffentliche Zuschüsse auskommen, weil einfach das Risiko anders verteilt wird und auf die Art und Weise unsere Landwirtinnen und Landwirte in die Lage versetzt werden, eben so etwas auch tragen zu können, zusammen mit der Versicherungswirtschaft.

Jetzt könnte man sagen, na ja, aber in dem Fall kann es passieren, dass dann eben, wenn ein Schaden eintritt, die Öffentlichkeit haftet und Geld verliert. Da würde ich aber nur sagen, wir müssen uns entscheiden, was wir wollen. Wenn wir keine Systeme aufbauen, dann werden wir immer wieder Situationen haben wie in diesem Jahr, dann werden wir als öffentliche Hand auch helfen müssen, um den Untergang von Unternehmen zu verhindern. Und wenn wir sowieso Geld ausgeben müssen, jedenfalls ab und zu, wenn ein Schadensfall eintritt, dann, finde ich, kann der Staat auch darüber nachdenken, eine etwas größere Lösung zu unterstützen, die dem Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft auch noch etwas nähertritt als Steuerermäßigungen oder andere Dinge. Auch das sind sicherlich Modelle, die man diskutieren kann, aber wie gesagt, ich schlage vor, dieses andere Modell auch noch mit in die Prüfung aufzunehmen.

Es ist ansonsten ein äußerst guter Antrag und ich darf im Namen von Herrn Backhaus empfehlen, ihn aus tiefster Überzeugung anzunehmen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Hersel.

**Sandro Hersel, AfD:** Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste und Zuschauer! Da ich aus gesundheitlichen Gründen noch etwas angeschlagen bin, werde ich mich heute sitzungsökonomisch etwas kurzhalten und mich auf das Wesentliche beschränken.

Im Grunde liegen hier heute zwei Maßnahmen vor, die versuchen, über unterschiedliche Lösungen eine Mehrgefahrenabsicherung für Landwirte herbeizuführen. Herr Brodkorb hat eben noch eine dritte Möglichkeit mit ins Spiel gebracht, die können wir aber jetzt erst mal außer Acht lassen, sie ist ja im Wesentlichen eine Mischform aus beidem.

Zum einen wird die Anregung eines solidarischen Ausgleichsfonds vorgeschlagen. Diese Idee begrüßen wir ausdrücklich, natürlich unter den Voraussetzungen, dass sie auf Freiwilligkeit basiert und – hier kommt dann unsere Kritik – ohne Steuerzuschuss auskommt. Vor auf den Tag genau – ich habe extra noch mal nachgeschaut –, vor auf den Tag genau drei Monaten diskutierten wir hier unseren Vorschlag zur Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage für Landwirte. Der Kollege Gundlack zählte damals eine Latte von steuerbegünstigten Maßnahmen auf und rechnete vor, dass bei einem Gesamtvolumen von 12,4 Milliarden Euro für alle was dabei ist, das der Risikovorsorge dienen kann. Warum Sie nun einen Schadensausgleichsfonds mit staatlicher Beteiligung anregen, erschließt sich meiner Fraktion deshalb nicht.

Der zweite Vorschlag lautet nun, Versicherungsunternehmen von der Versicherungssteuer zu befreien. Das ist nicht wirklich innovativ und ich vermute – und Herr Kliewe hat es schon bestätigt –, dass dieser Vorschlag eher aus der Feder der CDU stammt, denn schon heute gibt es eine Mehrgefahrenabsicherung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Insbesondere die Schäden, die durch Hagel, Sturm, Starkfrost, Starkregen und Überschwemmungen im Agrarbereich versichert werden, sind nahezu steuerfrei. Ihr Ziel, auch hier noch die anhaltende Trockenheit mit in den Katalog aufzunehmen, ist ehrbar, aber schwierig. Während Hagel, Sturm, Frost und Regen eher punktuell auftreten, ist Dürre ein Flächenphänomen. Versicherer sprechen in diesem Zusammenhang von einem Kumulrisiko. Vereinfacht gesagt, tritt der Schadensfall, also eine Dürre, ein, so trifft sie alle gleichermaßen. Stellen Sie sich vor, Sie tragen einen Krug voll Wasser vor sich her. Der Krug ist der Versicherer und das Wasser sind die Prämien der Versicherten. Straucheln Sie und schwäpfern dabei etwas Wasser aus dem Krug, können Sie dies problemlos am Wasserhahn nachfüllen. Fällt der Krug hingegen zu Boden und zerbricht, ist nicht nur das Wasser futsch, sondern auch der Krug.

Versicherungsleistungen mit einem Kumulrisiko, wie beispielsweise der Dürre, überhaupt anzubieten, ist daher unattraktiv oder nur gegen sehr hohe Prämien realisierbar. Experten gehen hier von bis zu 10 Prozent der Versicherungssumme aus. Das kann sich auch jeder selbst vor Augen führen. Nehmen wir an, Sie besitzen ein Kraftfahrzeug im Wert von 20.000 Euro, und diesen Wert wollen Sie mit einer Mehrgefahrenversicherung versichern.

(Beate Schlupp, CDU: Das ist überhaupt nicht vergleichbar.)

Dafür zahlen Sie dann jährlich 10 Prozent, also 2.000 Euro,

(Beate Schlupp, CDU: So soll das auch nicht funktionieren.)

plus aktuell 19 Prozent Versicherungssteuer. Summa summarum zahlen Sie dann also etwa 2.400 Euro für den Fall,

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

dass die weltweiten Ölvorkommen plötzlich versiegen und eh keiner mehr fahren kann. Ob diese 400 Euro Steuergeschenk aus diesem Beispiel also wirkungsvoll sind, sofern sie denn überhaupt eins zu eins an den Kunden weitergegeben werden, bezweifelt meine Fraktion ebenfalls.

(Beate Schlupp, CDU: So soll das doch gar nicht funktionieren.)

Kurzum, Schröpfung der Steuerzahler und Günstlingswirtschaft für Versicherungskonzerne machen wir nicht mit.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Holger Kliewe, CDU: Er hat das Problem nicht verstanden.)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Aßmann.

**Elisabeth Aßmann,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Problem ist uns allen bekannt, worum es geht, dass

es nämlich darum geht, einfach unsere Landwirtschaftsbetriebe in Krisenfällen auf solidere Füße zu stellen. Wir haben dieses Thema hier mehrfach diskutiert. Wir haben auch in vergangenen Redebeiträgen als Fraktion klargemacht, dass wir uns ganz klar einsetzen für ein solidarisches System, weil Risikovorsorge ist und bleibt einfach in erster Linie unternehmerische Aufgabe. Dem widerspricht auch dieser Antrag nicht, sonst wäre er ja auch nicht durch die Koalitionsfraktionen eingebracht worden.

Wenn man sich mit der Thematik auseinandersetzt, Herr Hersel, dann sollte man sich ein Stück weit tiefer einarbeiten. Dann versteht man auch, worum es geht. Nun war ich gerade draußen, als unser Brodi/Backi-Finanz- und Landwirtschaftsminister heute gesprochen hat,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

aber ich gehe davon aus, dass er klargestellt hat, dass, wenn man die Versicherungssteuer bei der Mehrgefahrenversicherung begünstigen würde, wir jetzt nicht in das volkswirtschaftliche Chaos abdriften würden. Ich denke, das ungefähr wird der Tenor gewesen sein. Von daher gehe ich davon aus, dass dieser Antrag so solide aufgestellt ist, dass Sie dem auch problemlos, selbst wenn Sie nicht bereit sind, sich damit weiter auseinanderzusetzen, zustimmen können und dass wir dann gestärkt mit Rückenwind unseren Minister oder unsere beiden Minister nach Berlin schicken können und sagen können, bitte, liebe Bundesebene, sei doch bereit, auch noch mal zu prüfen, wie können wir weitere Instrumente der Risikovorsorge als Nationalstaat etablieren. Nichts anderes wollen wir. Ich denke, das ist sehr ehrbar, und deswegen sage ich, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Weiß.

**Dr. Wolfgang Weiß,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin kein Freund von Spekulationen, aber wie fast alle Mathematiker bin ich durchaus ein Freund von Science-Fiction und gefühlt bin ich bereits auf der Enterprise geboren worden.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD – Heiterkeit bei Maika Friemann-Jennert, CDU)

Deswegen ist es für mich auch ein Leichtes, Sie einfach mal einzuladen zu einer kleinen Zeitreise,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

zu einer kleinen Zeitreise, sagen wir mal, so 25 Jahre zurück. Stellen Sie sich mal vor, genau dieser Antrag wäre vor 25 Jahren vom damaligen agrarpolitischen Sprecher der Linken Liste/PDS, wie sie damals hieß, von Johann Scheringer, eingebracht worden. Ich glaube, manch einer in diesem Landtag damals – ich denke beispielsweise an die FDP-Fraktion – hätte gesagt, die haben den Rums nicht gehört, als die Mauer umgefallen ist. Manch einer, vielleicht die CDU-Fraktion, hätte sich halb totgelacht – so, wie ich meinen damaligen Freund und Kollegen Alfred Gomolka kenne, durchaus wahrscheinlich. Aber so ist das eben: Wenn zwei das Gleiche tun, dann ist das noch lange nicht dasselbe.

Heute stellt sich doch eher die Frage, wie solch eine multiple Risikovorsorge in einer kapitalistischen Marktwirtschaft und in einem Versicherungssystem funktionieren soll und ob so etwas für einen normalen landwirtschaftlichen Familienbetrieb oder für eine genossenschaftlich organisierte landwirtschaftliche Betriebseinrichtung bezahlbar wäre. Nun, bei genauer Betrachtung des Antragstextes war uns schnell klar, dass es neben einem Versicherungssystem nach dem Willen der Koalition einen solidarischen Fonds mit finanzieller Beteiligung des Staates geben soll. Das wäre also neben der bereits solidarisch organisierten Tierseuchenkasse ein drittes Element einer Risikovorsorge für landwirtschaftliche Unternehmen, zwei davon staatlich unterstützt. Solidarische Fonds, ein typisches SPD-Thema, lange in den Programmen vorhanden und genau genommen fast wortgleich mit den programmatischen Positionen der LINKEN. Das hat nichts mit Staatssozialismus zu tun,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

und ich denke, so haben wir den Minister auch verstehen dürfen, es handelt sich um ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und eben nicht zur freien Marktwirtschaft.

Man könnte sich jetzt also hinstellen und fragen: Was hat das noch mit Marktwirtschaft zu tun, wenn man außer Acht lässt, dass die Landwirtschaft in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie frei gewesen ist von dirigistischen Eingriffen und Vorschriften, die letztlich, sagen wir ruhig, oftmals im Widerspruch zu verschiedenen anderen Systemen in dieser Gesellschaft stehen würden? Genau da haben wir nämlich ein Problem. Wenn diese Vorschläge greifen, können nämlich auch beliebig andere Wirtschaftszweige, die ebenfalls Mehrfachrisiken ausgesetzt sind, ähnliche Sicherungssysteme für sich einfordern. Ich erinnere an dieser Stelle an Forderungen, und, Herr Glawe, Sie werden mir zustimmen, bei der Tourismuswirtschaft ist das genauso, dass dort erhebliche Risiken existieren, die eben auch beispielsweise vom Wetter abhängig sind und manchmal nicht nur vom Wetter.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

Da reicht ja manchmal ein außenpolitischer Wind und schon verändern sich Tourismusströme. Die Tourismuswirtschaft in unserem Land ist davon überhaupt nicht ursächlich betroffen, aber in der Wirkung.

Ich will das nicht weiter ausführen. Wichtiger ist – und da lege ich hier zum wiederholten Mal ein klares Bekenntnis meiner Fraktion zur Landwirtschaft in diesem Land ab –, dass die Landwirtschaft eben kein Wirtschaftszweig wie jeder andere ist. Sie versorgt unsere Menschen mit gesunden und wertvollen Lebensmitteln. Sie hat gerade in Mecklenburg-Vorpommern große Aufgaben beim Schutz unserer natürlichen Ressourcen Luft, Boden, Wasser, Biodiversität, dem Erhalt unserer Kulturlandschaft, unserer Gesundheit, der Insekten. Sie leistet nach wie vor einen bedeutenden Teil unseres Bruttosozialproduktes, sie ist Grundlage für ganze Veredlungsketten und nicht zuletzt ist die Landwirtschaft für uns das Rückgrat für einen lebenswerten ländlichen Raum, kurz und gut, wie es in der Programmatik der Landesregierung heißt, für ein Land zum Leben. Ich hoffe, ich war jetzt nicht zu pathetisch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, es ging gerade so.)

Dazu kommt, dass die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Wirtschaftssektor von Klima, Witterung, Wetter abhängig ist, aber eben auch insbesondere von extremen Wetterlagen, die in kürzester Zeit durch die Zerstörung landwirtschaftlicher Kulturpflanzen und die Verursachung von Ernteausfällen erhebliche und langanhaltende Schäden bewirken können. Leider mussten wir uns mit diesem Thema ja in diesem Jahr mehrfach ausführlich befassen. Seit vielen Jahren wird daher über unterschiedliche Risiko- und Krisenmanagementinstrumente zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen derartiger Extremwetterlagen nachgedacht und diskutiert. Viele Vorschläge lagen und liegen auf dem Tisch und es wird höchste Zeit, dass sich auf diesem Gebiet endlich etwas bewegt.

Aus diesem Grund wird meine Fraktion dem vorliegenden Antrag auch zustimmen. Wir verbinden damit eine Hoffnung, nämlich die Hoffnung, dass sich wirklich und tatsächlich etwas im Sinne der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern bewegt. Wir bedauern aber gleichzeitig, dass der Vorschlag der LINKEN zur Einführung der steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, der hier seit sehr vielen Jahren diskutiert wird, offensichtlich nicht mehr als Möglichkeit so angesehen werden kann, dass er hier vielleicht in diesem Antrag auch noch als Punkt 4 aufgenommen werden könnte. Ich will nicht nachtreten. Wir haben das lange diskutiert. Etwas anderes ist aber, dass Betriebe, die über kein wirtschaftlich tragfähiges Konzept verfügen, aus unserer Sicht sowieso weder Rücklagen bilden können noch Versicherungsbeiträge leisten oder gar hohe Zwangsbeteiligungen zur Fondslösung zahlen dürften.

Und das, Kollege Kliewe, das gilt auch für diesen Antrag, genauso, wie Sie es als Begründung erwähnt haben bei unserem Antrag vor drei Monaten. Eine staatliche Beteiligung zu einer Risikovorsorge erscheint uns aber in jedem Falle als notwendig, sei es in Form von steuerfreien Rücklagen, die sowieso nach einiger Zeit wieder aufgelöst werden müssten, wenn kein Schaden auszugleichen ist und dem Staat somit nicht wirklich Einnahmen entgehen, oder sei es als Zuschüsse für Risikofonds oder in Form von steuervergünstigten Versicherungen. Die Agrarministerkonferenz widmete sich mehrfach diesem Instrument einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, aber es war insbesondere das Scheitern zu bemerken am Unwillen des Bundesfinanzministers. Nun, noch mal, wir wollen nicht nachtreten, aber noch mal darauf hinweisen, dass insbesondere gerade aus dem Kreis der Bauernverbände, des Deutschen Bauernverbandes, an dieser Stelle mit Nachdruck genau dieses Instrument eingefordert wird.

Ich möchte noch mal zum Anfang zurück. Meine Damen und Herren, die Zeitreise brachte uns in das Jahr 1992. Es liegt hier ein Antrag vor, der unserem damals theoretischen Antrag durchaus entsprochen hätte. Deswegen sage ich jetzt mit der Stimme des Jahres 1992: Der vorliegende Antrag ist unser Antrag, stimmen Sie ihm doch einfach zu! – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
und Egbert Liskow, CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

**Ralf Borschke**, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Ich stelle fest, im Grunde sind sich fast alle einig. Und auch wir begrüßen diesen Antrag und werden ihm zustimmen. Aber er ist für uns nur ein erster wichtiger Schritt. Landwirte dürfen in Krisenzeiten wie in diesem Sommer nicht als Bittsteller behandelt werden, wenn sie auf staatliche Hilfen angewiesen sind, denn Landwirt zu werden, heißt, einen Risikoberuf zu wählen.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist jeder Beruf.)

Wie auch die Fischer sind Landwirte in einer besonderen Weise abhängig von der Natur. Das heißt, ihr Einkommen liegt nicht ganz allein in ihrer Hand. Und von keinem anderen Berufszweig wird die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben und Leistungen so wie von den Landwirten verlangt. Da ist es nur gerecht, wenn es für eine Mehrgefahrenabsicherung eine Freistellung von der Versicherungssteuer gibt. In vielen Staaten wird das ja schon so gehandhabt.

Auch die Einführung eines solidarischen Fonds mit finanzieller Beteiligung des Staates können wir begrüßen. Schließlich schaffen die Bauern ja die Ernährungsgrundlage für die gesamte Bevölkerung und somit für das Wohlergehen des Landes. Deshalb sind wir aber auch nach wie vor für die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kliewe.

**Holger Kliewe**, CDU: Sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Werte Gäste!

(Andreas Butzki, SPD: Haben wir auch noch Gästinnen da?)

Ich hoffe, wir haben die Gäste nicht mit unserem Antrag vergault.

(Jochen Schulte, SPD: Na?!)

Ja, ich freue mich doch im Nachgang, dass wir diesen Antrag gemeinsam mit unserem Koalitionspartner hier auf den Weg gebracht haben. Die Aussprache hat doch gezeigt, dass dieses Thema sehr wichtig ist, und es gibt sicherlich unterschiedliche Herangehensweisen.

Eins ist natürlich Fakt, der Landwirt – wir haben es in diesem Jahr gemerkt aufgrund der doch extremen Dürre, es wurde hier auch schon gesagt –, der Landwirt möchte nicht als Bittsteller der Gesellschaft hier behandelt werden und er möchte einfach auch in der Lage sein, für sein Risiko eigene Vorsorge zu treffen. Hier wirklich Vorsorge zu treffen, darauf zielt dieser Antrag ab. Dass natürlich Unterstützung gewährt werden muss, das habe ich vorhin dargestellt, weil es in vielen europäischen Ländern so gehandhabt wird und wir auch möchten, dass die Landwirte in Deutschland hier keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Landwirten haben.

Und, Herr Brodkorb, Sie haben es hier eingebracht ...

Wo ist er? Nicht da? Gut.

... mit der eventuellen Bürgschaft für einen Versicherungsfonds, für eine Versicherung. Das ist sicherlich ein Thema, worüber man auch noch mal reden kann. Aber wichtig ist, dass wir hier eine Risikovorsorge auf den Weg bringen, die auch erst eingreift, wenn ein gewisser Schaden, ein gewisser Mindestschaden entstanden ist, denn jeder trägt natürlich durch sein wirtschaftliches Handeln ein gewisses eigenes Risiko. Das ist bei jedem Unternehmen so. Wenn wir eine hundertprozentige Gefahrenabsicherung haben wollten, dann würden andere Branchen, die ebenso den Marktschwankungen unterliegen, natürlich auch sofort aufs Trapez kommen, gerade bei Umweltschäden oder bei Witterungsschäden wie in diesem Jahr mit der Dürre. Aber wir haben auch schon mal andere Sachen gehabt, viel zu viel Wasser und auch Frost haben eben dazu geführt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Irgendwas ist immer.)

dass in der Landwirtschaft großflächige Schäden entstanden sind.

Vielleicht noch mal ein Wort zur AfD. Herr Hersel, Sie haben, glaube ich, hier gezeigt, dass Sie nicht hinter den Landwirten stehen.

(Sandro Hersel, AfD: Das ist Quatsch.)

Ich hoffe, ich hoffe, dass der eine oder andere Ihr Statement hier über den Livestream mitverfolgt, damit die Landwirte dann auch wahrnehmen können, dass die AfD vielleicht doch nicht so ihr Partner ist.

Ansonsten freue ich mich über die allgemeine Zustimmung der LINKEN, Herr Dr. Weiß, auch wenn Sie das eine oder andere Haar in der Suppe gesehen haben, aber vom Grundsatz her glaube ich – ja, nicht Ihre, die da schon jetzt etwas weichen mussten,

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Na, na, na, na, na! – Heiterkeit bei  
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

waren in der Suppe, sondern Ihre Argumente. Und ich glaube, Sie wissen oder Sie haben zumindest auch den politischen Sachverstand, worum es hier geht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Wir entscheiden immer nach Inhalt.)

Ich freue mich auch, dass Sie unseren Antrag unterstützen wollen, so wie auch unser Koalitionspartner. Ich bedanke mich hier für die Aussprache und werbe jetzt noch mal für die Unterstützung unseres gemeinsamen Antrages. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2912. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2912 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Freie Wähler

ler/BMV, bei Gegenstimmen der Fraktion der AfD und drei Stimmenthaltungen der Fraktion der AfD und einer Gegenstimme des fraktionslosen Abgeordneten zugestimmt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Privatschulen zur Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses anhalten, Drucksache 7/2901.

**Antrag der Fraktion der AfD  
Privatschulen zur Einhaltung des  
Beutelsbacher Konsenses anhalten  
– Drucksache 7/2901 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

**Christoph Grimm**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Warum haben wir diesen Antrag gestellt?

(Ministerin Birgit Hesse  
und Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das frage ich mich auch.)

Das hat zunächst ...

Ja, das ist ja wirklich sehr intelligent, was Sie da gleich zu Anfang vorzubringen haben, Herr Ritter.

Das hat zunächst zwei Gründe: Erstens, wir sind unzufrieden mit den Verhältnissen an den Schulen unseres Landes,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was?!)

und zweitens, wir meinen, die gegenwärtige rechtliche Situation an den Schulen unseres Bundeslandes bietet keine ausreichende Gewähr dafür,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das scheint Ihre Fraktion ja  
nicht sonderlich zu interessieren.)

dass sowohl an staatlichen wie auch an privaten Schulen politische Neutralität praktiziert wird, sodass die Ministerin hier aufgerufen ist, aktiv einzugreifen.

(Susann Wippermann, SPD:  
Da bin ich ja mal gespannt. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Eingreifen?!)

Zu Ziffer 1. Also warum sind wir unzufrieden mit den Situationen hier im Land?

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ich denke, es soll neutral zugehen.  
Warum soll die Ministerin da eingreifen?)

Wie ist denn die tatsächliche Situation an den Schulen unseres Landes?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Nun, ich will Ihnen einige Beispiele dafür bringen, dass hier doch sehr fleißig indoktriniert wird.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Erstes Beispiel: Die Aufführung des Filmes „Wildes Herz“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie ihn schon mal gesehen, den Film?)

über die linksextreme Punkband „Feine Sahne Fischfilet“,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie sich den schon mal angeguckt?)

er wurde im Rahmen der diesjährigen SchulKinoWoche aufgeführt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie sich den schon mal angeguckt, Herr Grimm?)

Da gibt es mehrere Orte,

(Susann Wippermann, SPD:  
Wie wurde er denn diskutiert?)

in Greifswald, Ludwigslust, Schwerin, Rostock und so weiter, also im Prinzip landesweit.

(Marc Reinhardt, CDU: Am besten nur Filme, wo AfD-Abgeordnete spielen.)

Während der diesjährigen SchulKinoWoche

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Was ist denn da falsch an dem Film? Sagen Sie mir das mal!)

vom 5. November bis zum 9. November stand dieser dokumentarische Film insgesamt acht Mal auf dem Spielplan.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein!)

Hier wird also ganz klar versucht, Linksextremismus in unserem Bundesland salonfähig zu machen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –  
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Nicht umsonst wurde nämlich

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Haben Sie den Film geguckt?  
Haben Sie sich den angesehen?)

die linksextreme Band von 2011 bis 2014

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Förster, haben Sie sich den Film angesehen? –  
Zuruf von Horst Förster, AfD)

im Verfassungsschutzbericht erwähnt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ob Sie sich den Film angesehen haben?!)

In ihren Texten ruft die Band zu Gewalt gegen Polizisten auf

(Karen Larisch, DIE LINKE:  
Das stimmt überhaupt nicht.)

und bezeichnet unser Deutschland

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Also Sie haben den Film nicht  
gesehen, das steht schon mal fest.)

in einer Liedzeile als –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich kann  
Ihnen den gern ausleihen.)

ich bitte, mir das zu verzeihen, ich zitiere ja nur – „Schei-  
ße und Dreck“.

Nächstes Beispiel: Es gibt ein Netzwerk der Schulen, das  
nennt sich „Schule ohne Rassismus“.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Sehr gutes Netzwerk.)

Übrigens, von 81 freien Schulen in unserem Land gehö-  
ren 7 dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht  
nur die freien Schulen. Auch die  
Reuterstädter Gesamtschule gehört dazu.)

Zu diesem Netzwerk ist zu sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sollten  
Sie vielleicht mal hinkommen. –  
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

dass dort gegenwärtig eine Plakataktion läuft. Ich darf  
hier nichts hochhalten, das wissen Sie.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich beschreibe Ihnen mal das Plakat. Man sieht auf blau-  
em Untergrund eine rote Haifischflosse

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

und die Farben sind angelehnt an unser Parteilogo. Die-  
ses Rot entspricht dem Rot

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Aber so ein bisschen Verfolgungs-  
wahn haben Sie auch schon.)

von dem Pfeil der AfD,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und das Blau ist ja bekannt, dieses Hellblau. Darunter  
steht dann der Satz „Rassismus erkennen“.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Na, wer sich den Schuh anzieht!)

Eine Schule, die Don-Bosco-Schule in Rostock, berichtet  
über einen Workshop mit den Sätzen: „Insbesondere mit  
zunehmenden fremdenfeindlichen Demonstrationen und  
Äußerungen in unserer Gesellschaft wurde der Blick für  
ein buntes und tolerantes Miteinander bei den Schülern  
geschärft.“

(Jochen Schulte, SPD: Das ist doch schön.)

An der Freien Schule in Güstrow fungiert als Schulpate  
ebenfalls

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Haben Sie was dagegen?)

die bewusste Band „Feine Sahne Fischfilet“.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auf deren Homepage, also jetzt von der Freien Schule in  
Güstrow, heißt es: „Die Band ‚Feine Sahne Fischfilet‘  
unterstützt uns nun dabei, dass wir weiterhin an demo-  
kratischen und antirassistischen Projekten arbeiten kön-  
nen.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehen Sie!)

„Wir freuen uns wahnsinnig auf die Zusammenarbeit.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gute Truppe! –  
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Storch Heinar ist übrigens ein Symbol, was Sie vielleicht  
kennen, das eindeutig Bezug hat zu einer politischen  
Partei, nämlich der SPD. Es ist also eine Kreation,

(Zurufe von Susann Wippermann, SPD,  
und Karen Larisch, DIE LINKE)

glaube ich, der Jusos. Storch Heinar ist regelmäßig un-  
terwegs an den Schulen unseres Landes,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,  
und Horst Förster, AfD)

so an der Ostseeschule Ückeritz im November 2013,  
Ostsee-Schule Wismar Dezember 2013, Europaschule  
Rövershagen 2014 im Mai,

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

29.11.2014 Regionale Schule Crivitz. Ich kann das weiter  
fortführen,

(Susann Wippermann, SPD:  
Das sind staatliche Schulen.)

will mich aber etwas kürzer halten.

Sie selber haben ja fleißig mitprotestiert, als irgendwo  
mal Gummibärchen in AfD-Verpackung aufgetaucht sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Na, weil die nicht rot und  
nicht blau waren, deswegen.)

Ich kann dazu nur sagen, das war sicherlich korrekt, dass  
Sie sich daran gestoßen haben. So etwas gehört nicht an  
Schulen, Kitas oder sonst wohin.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Weil es ungesund ist.)

Aber dann bleiben Sie bitte auch fair und verscheuchen  
Sie den Storch Heinar aus unseren Schulen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Warum das eigentlich? –  
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Es gibt zu dem, was ich eben vorgetragen habe,

(Philipp da Cunha, SPD:  
Mögen Sie keine Störche?)

noch die beiden Sachverhalte aus dem Frühjahr dieses Jahres, die ich bereits angesprochen habe. Frau Hesse wird sich erinnern. Da sind einmal die Schulbesuche, die sie während des Wahlkampfes um das Bürgermeisteramt von Wismar gemeinsam mit dem amtierenden Bürgermeister Herrn Beyer vorgenommen hatte. Das waren damals zwei öffentlich-rechtliche Schulen. Und es gibt dann den Sachverhalt, der für mich hier eigentlich der Auslöser ist,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Wenigstens eine Frau mit Geschmack.)

dass dieser Antrag gestellt wird, nämlich an der Freien Schule von Güstrow die Eröffnung einer Ausstellung, die sich kritisch ausschließend mit einer einzigen Partei, nämlich der AfD, befasst hat. Seinerzeit stand Frau Larisch da auf der Bühne

(Karen Larisch, DIE LINKE:  
Ich habe gegessen.)

und hat

(Karen Larisch, DIE LINKE:  
Ich habe gegessen.)

an einer Podiumsdiskussion teilgenommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Und hat ein Lied von „Feine Sahne“  
gesungen bestimmt, oder?)

natürlich nur mit ihresgleichen und Gleichgesinnten.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Na klar!)

Mir selbst wurde, obwohl ich anwesend war und auch darum gebeten hatte, die Teilnahme an der Podiumsdiskussion nicht erlaubt.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Selbst  
verlangt und gedroht haben Sie.)

Frau Larisch,

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

vielleicht mal ein Wort an Sie. Sie treten hier immer sehr forsch und engagiert

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Anders als Sie, Herr Grimm.)

als Kämpferin gegen die AfD auf,

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

aber mit der Veranstaltung an der Freien Schule in Güstrow haben Sie sich selbst wirklich keinen Gefallen gemacht,

(Karen Larisch, DIE LINKE: Finde ich schon.)

denn diese Veranstaltung hat gezeigt, was Sie wirklich sind, was Sie wirklich sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Na, was ist sie denn?)

Sie sind eine Parlamentarierin, deren demokratische Gesinnung deshalb für mich im Zweifel steht, weil Sie politische Indoktrination an Schulen nicht nur tolerieren, sondern sie auch noch selbst aktiv inszenieren.

(Beifall Horst Förster, AfD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Eine gute  
Abgeordnete. Meine Kollegin ist  
eine gute Abgeordnete.)

Ich möchte noch etwas erläutern,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Da fehlt Ihnen noch ein Stück dazu.)

was die Diffamierung einer bestimmten Meinung und einer bestimmten Partei in unseren Schulen darstellt. Wenn nämlich vom Wort „Rassismus“ Gebrauch gemacht wird, ist das vollkommen unberechtigt, weil Rassismus immer die Überhöhung der eigenen Rasse gegenüber anderen bedeutet. Und das finden Sie weder im Programm der Alternative für Deutschland noch in irgendwelchen Wortmeldungen hier bei uns in diesem Haus.

(Susann Wippermann, SPD:  
Na, na, na, na, na!)

Das Wort „Populismus“ wird auch

(Zurufe von Philipp da Cunha, SPD,  
und Susann Wippermann, SPD)

vollkommen zu Unrecht missbraucht und ist eine ständige Diffamierung, die auch die Presse mitmacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lügenpresse.)

Da heißt es also „die populistische Alternative für Deutschland“. Ich will Ihnen mal sagen, Populismus bedeutet doch nichts anderes, als dass man für den billigen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein, wir  
sagen „Rechtspopulismus“, Herr Grimm.)

schnellen Beifall die Dinge vereinfacht. Und genau das tun wir ja nicht. Wir machen uns ja die Mühe, den Bürgern zu erklären, was zum Beispiel TARGET2 ist oder was der ESM bedeutet. Wir machen uns die Mühe, den Bürgern zu erklären, was der Migrationspakt bedeutet.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE –  
Torsten Renz, CDU: Sie?!)

Sie unterschlagen das

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie?! Sie?!)

und kehren das unter den Teppich.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und Torsten Renz, CDU)

Das ist nämlich die Wahrheit. So ist das, ja.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Und deshalb, deshalb ist das natürlich

(Glocke der Vizepräsidentin)

diskriminierend.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gucken Sie sich mal an, was Ihre Bundestagsfraktion dazu gemacht hat, zum Migrationspakt.)

Nach diesen Beispielen möchte ich ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment, Herr Grimm!

Ich wiederhole ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wiederhole meinen Hinweis von gestern: Wenn die Glocke erklingt, heißt das, dass jetzt erst mal Ruhe ist. Ich werde versuchen, den Redner weiter zu ...

(Der Abgeordnete Christoph Grimm wendet sich an das Präsidium.)

Wir ziehen das dann ab, keine Sorge.

(Schriftführer Christian Brade: Wir haben das schon im Blick. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

So, jetzt diskutieren wir hier nicht weiter. Ich versuche gerade zu erläutern, dass, wenn die Glocke läutet und ich auch noch unterbreche, ich das Wort habe für meine Hinweise. Bitte beachten Sie also, wenn die Glocke läutet, ist Ruhe, dann muss ich nicht zwangsläufig den Redner unterbrechen, und das würde uns, glaube ich, allen im Debattenverlauf guttun. Ich muss es jetzt hier tun, aber ich bitte darauf zu achten, dass das in der Folge nicht mehr notwendig ist.

Und die jetzt verbrauchte, von mir verbrauchte Redezeit werden wir Ihnen natürlich großzügig dazuschlagen. Bitte schön, Herr Grimm.

**Christoph Grimm, AfD:** Ja, da bin ich beruhigt. Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Torsten Renz, CDU: Das war eine Kommentierung, Herr Grimm. Die steht Ihnen nicht zu.)

Kommen wir zur Rechtslage,

(Torsten Renz, CDU: Sie kennen wohl nicht die Geschäftsordnung.)

wie sie sich hier in unserem Lande darstellt. Sie wissen ja, Schulrecht ist Landesrecht, und deshalb ist in Nuancen und Facetten alles unterschiedlich, je nach Bundesland. Hier in unserem Bundesland gilt der Paragraph 4 des Landesschulgesetzes. Danach hat die Schule unter anderem die Freiheit des Gewissens, die Offenheit, Toleranz gegenüber unterschiedlichen kulturellen, religiösen,

weltanschaulichen und politischen Wertvorstellungen, Empfindungen und Überzeugungen zu wahren. So weit also das Gesetz.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weltoffenheit und Toleranz, da sind Sie doch dagegen!)

Hinzu kommen Erlasse des Ministeriums, die wir hier haben, und zwar vom 1. September 1997 in Gestalt einer veränderten Fassung vom 18. April 2001. Ich zitiere daraus, also ein Erlass der Frau Ministerin beziehungsweise ihrer Vorgänger, Ziffer 2.2.: „Die Schule ist zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Die Lehrkraft hat somit darauf zu achten, daß die Sachverhalte im Unterricht insgesamt ausgewogen dargestellt werden.“ Wir meinen, als rechtliche Grundlage müsste das ausreichen – wenn es denn Beachtung finden würde. Ich erinnere an Wismar.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Kommen wir zur Rechtslage bei privaten Schulen. Wie eine Kleine Anfrage von mir ergeben hat, ist die Bedeutung der privaten Schulen in diesem Lande deutlich gestiegen zunächst. Es gab 1995 noch 2.500 Privatschüler, heute haben wir 21.000, und es sind auch die Schulen sehr stark angewachsen, heute gibt es insgesamt 81. Angesichts dieser stark gewachsenen Bedeutung der Privatschulen ist es nicht akzeptabel, wenn sich diese Schulen Freiräume nehmen,

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

um zu indoktrinieren.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Im Grundsatz ist es so, dass private ...

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Nee, das kann doch nicht sein.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** 11 Minuten 19 Sekunden. 10 Minuten Einbringung haben Sie. Ich denke mal, eine und eine viertel Minute ist, glaube ich, großzügig genug für die Unterbrechung, die wir hier hatten.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr großzügig. – Zuruf von Torsten Renz, CDU – Tilo Gundlack, SPD: Weil Weihnachten ist. – Torsten Renz, CDU: Das war persönlich, das nehme ich zurück, Entschuldigung. – Peter Ritter, DIE LINKE: Dann muss er mal aus der Hüfte kommen.)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Hesse.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine spontane Äußerung, die der Kollege Ritter bestätigt hat, würde ich gerne noch mal wiederholen, und sie hat sich auch nicht geändert, nachdem ich die Einbringung gehört habe. Ich muss

ganz ehrlich sagen, ich habe nicht verstanden, warum Sie diesen Antrag jetzt hier gestellt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das weiß er selber nicht.)

Und ich möchte auch einfach gar nicht mehr so viel dazu sagen, weil das, was Sie in Ihrer Begründung vorgetragen haben,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

haben Sie bereits in einer der vorherigen Sitzungen vorgetragen. Offensichtlich haben Sie einfach ein Problem damit, dass unsere Schulen frei denken dürfen und sich auch ihre Meinung bilden dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Dass – um gleich vorzubeugen –, wie Sie es genannt haben, jetzt irgendwie die Privatschulen auf anderen Pfaden sind, hat nichts damit zu tun, das möchte ich an dieser Stelle auch ganz deutlich betonen, dass unsere Schulen, und damit meine ich nicht nur die staatlichen Schulen, sondern auch die Schulen in freier Trägerschaft, sehr wohl an das Neutralitätsgebot gebunden sind und das auch schulgesetzlich verankert ist und justiert in dem von Ihnen ja gerne zitierten Beutelsbacher Konsens. Und ich kann Ihnen immer wieder auch deutlich machen, dass wir auf dieses Neutralitätsgebot dringend hinweisen und das von unseren Schulen eben auch Berücksichtigung findet. Das trifft nicht nur für die Schulen in staatlicher Trägerschaft, sondern auch in freier Trägerschaft zu, weil nämlich das entsprechend bei den Genehmigungen so fixiert wird, dass die Schulen in freier Trägerschaft auch an das gebunden sind, was an Schulen in staatlicher Trägerschaft dann auch tatsächlich gilt.

Und, sehr geehrter Herr Grimm, das, was Sie vorgetragen haben, hört sich für mich so an, als ob Sie nicht klar kommen mit der Rolle, die Sie in den Schulen irgendwie spielen oder nicht spielen können. Ich glaube, dass Sie einfach Schwierigkeiten damit haben, dass die Schulen sich auch kontrovers mit einer AfD auseinandersetzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Ganz ehrlich,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:  
Und das ist auch gut so.)

ganz ehrlich, ich stehe dafür, und ich habe es – in der Junisitzung, glaube ich, war es – auch ganz deutlich gesagt, ich stehe dazu, dass unsere Schulen sich auch kritisch mit gewissen Dingen auseinandersetzen dürfen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

weil das gehört für mich dazu, wenn man wirklich über politische Bildung spricht, aber ich weiß, dass Sie und ich da völlig andere Auffassungen haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist auch gut so.)

Also langer Rede kurzer Sinn, ich möchte es hier wirklich nicht ausdehnen, weil ich Ihren Antrag für obsolet

halte. Ich kann Ihnen zusagen, das Neutralitätsgebot, der Beutelsbacher Konsens an unseren Schulen – an allen unseren Schulen! – findet Beachtung. Sie sollten vielleicht einfach mal darüber nachdenken, ob der Weg, den Sie wählen, der richtige ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und Marc Reinhardt, CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

(Marc Reinhardt, CDU:  
Da setze ich mich wieder hin. –  
Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

**Karen Larisch, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie erkläre ich es meinem Kinde? Diese Frage ist leichter zu beantworten als: Wie erkläre ich der AfD den Unterschied zwischen Demokratie und Neutralität? Demokratie bedeutet, dass wir aushalten müssen, dass Sie hier im Parlament sitzen.

(allgemeine Unruhe)

Demokratie bedeutet auch, dass Sie hier Dinge behaupten dürfen, die nicht stimmen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das hat  
ja nur DIE LINKE heute gemacht.)

Demokratie bedeutet nicht, dass wir Ihre falschen Behauptungen unwidersprochen lassen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Bei Lügen und Hetze gegen Menschen können wir nicht neutral sein.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

Neutralität in einer Demokratie bedeutet, dass es den Menschen im Land möglich sein muss, bei allen Themen einige Meinungen und mehrere Meinungen zu hören und dann zu entscheiden, was sie selbst für richtig halten. Neutralität bedeutet aber nicht, dass die Menschen verpflichtet sind, sich alle Meinungen immer anhören zu müssen. Demokratie bedeutet, dass Sie, werte AfD, aushalten müssen, dass Menschen Ihnen widersprechen.

Und genau mit diesem Widerspruch können Sie nicht umgehen. Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Betriebe – Sie halten alle immer für „links/grün-versifft“. Selbst die CDU ist ja für Sie links, neulich gerade gelesen, dass Sie Frau Kramp-Karrenbauer für linksextrem halten.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

In Ihrem Wahn, dass Demokratie und Neutralität bedeutet, alle müssten Ihnen zuhören, können Sie ja nicht mal zwischen Schauspielcharakteren und echten Personen unterscheiden.

(allgemeine Unruhe)

In Ihrem Anliegen, die Herrschaft über dieses Land zu übernehmen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

gehen Sie sogar so weit, dass Sie Staatsflaggen zerschneiden und diagonal wieder zusammennähen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: So einen Blödsinn habe ich aber auch schon lange nicht mehr gehört.)

Sie glauben, dass ein Werbefoto einer Krankenkasse Jugendliche beeinflusst. Sie kreieren Weihnachtskalender zum Schutze der ach so diskriminierten weißen Männer und Sie wissen nicht mal, was damit gemeint ist. Sie kippen Cola auf die Straße. Wann bitte zertreten Sie jetzt die Rügenwalder Teewurst und leeren noch mal die Nutellagläser? Sie schließen Journalisten von Ihren Veranstaltungen aus und Sie errichten Petzportale gegen Lehrkräfte.

Wir glauben ganz einfach, Sie haben Angst.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Sie haben Angst vor Frauen, Sie haben Angst vor der LSBTI-Community, Sie haben Angst vor Flüchtlingen und MigrantInnen

(Stephan J. Reuken, AfD: Das ist ein Witz!)

und Sie haben Angst vor Lehrkräften. Und jetzt haben Sie auch noch Angst vor Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche sind aber klüger, als Sie denken. Diese können nämlich ganz alleine entscheiden, mit wem sie reden wollen. Und Kinder und Jugendliche sind nie neutral.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir haben Angst vor Dummheit, vor allem, wenn sie am Rednerpult steht!)

Das ist es, was Schule leistet, staatlich oder privat: Kinder und Jugendliche zu selbst denkenden und eigenverantwortlichen Menschen werden zu lassen. Und genau deshalb gibt es das Neutralitätsgebot an Schulen und in der Kinder- und Jugendarbeit. Ausgewogenheit ist zwingend notwendig und auch vorgeschrieben.

Ich frage mich trotzdem, wie ausgerechnet Sie darauf kommen, dieses ständig zu fordern. Ihr Fraktionsvorsitzender heißt Nikolaus. Am Nikolaustag hat er Geburtstag und da war er auch in Vorpommern unterwegs. Kitakindern hat er etwas geschenkt. Haben Sie die anderen Fraktionen im Übrigen angerufen, ob wir jetzt auch vor diesen Kitakindern stehen? Finden Sie das neutral?

(Stephan J. Reuken, AfD: War er in den Kitas? – Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Ja?

Hat einer von uns rumgeheult,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Sie erzählen hier Unfug, Frau Larisch!)

dass Sie das Neutralitätsgebot nicht einhalten?

Schüler/-innen kommen im Übrigen im Rahmen des Unterrichtes auch hier in den Landtag. Das Neutralitäts-

gebot wird hier wie folgt eingehalten: Es kommt ein Abgeordneter aus den Regierungsfractionen und ein Abgeordneter aus den Oppositionsfractionen. Nach Ihrer Lesart der Neutralität müsste es dann ja immer heißen, es kommt immer jemand aus der Linksfraction, immer jemand aus der BMV-Fraction, immer jemand aus der AfD-Fraction und dann einer von den beiden. Wissen Sie, dann heißt es, drei gegen eins. Das ist nicht neutral, das ist ungerecht.

(Jochen Schulte, SPD: Was heißt jetzt eigentlich „einer von den beiden“?)

Schulen in privater Trägerschaft haben im Übrigen häufig besondere Lernkonzepte und besondere Ausrichtungen. Dazu zählen Montessori-Schulen, Waldorfschulen, die ecolea ist sehr bekannt, evangelische Schulen und auch Werkstattschulen. Eltern wählen diese Schulen übrigens, weil sie ihr Leben genauso gestalten, wie die Konzepte dieser Schulen sind. Und auch das ist Demokratie, dass Eltern sich entscheiden können, auf welche Schule sie ihr Kind schicken.

Das Neutralitätsgebot verlangt, dass allen Schülerinnen und Schülern alle Infos zugänglich sind. Das heißt nicht, dass in allen Sozialkundeunterrichtsstunden oder am Nachmittag in Projekten alle Informationen auf einmal zugänglich sein müssen. Es kann auch sein, dass Montag die Linkspartei eingeladen ist, Dienstag die SPD eingeladen ist, Mittwoch die CDU eingeladen ist, Donnerstag die BMV eingeladen wird und Freitag die AfD eingeladen wird.

(allgemeine Unruhe –  
Susann Wippermann, SPD:  
Nein, geht nicht.)

Es kann auch sein, dass im Januar zu Rechtsextremismus berichtet wird und im Dezember zu Linksextremismus. Es muss nur innerhalb eines Schuljahres ein ausgewogenes Angebot herrschen.

Neutralitätsgebot heißt auch, dass eine Lehrkraft durchaus politisch engagiert sein darf. Sie darf sogar Kommunalvertreterin oder Kommunalvertreter sein. Das heißt aber, sie darf niemals ihre eigene politische Meinung an die Schülerinnen und Schüler weitergeben. Das habe ich auch noch niemals von einer Lehrerin oder einem Lehrer erlebt.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Noch nie, habe ich nicht gehört, außer von Ihrem Geschichtslehrer Herrn Höcke.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und jetzt frage ich Sie:

(Dirk Lerche, AfD: Hatten Sie keinen Staatsbürgerkundeunterricht?)

Was halten Sie denn im Neutralitätsgebot zum Beispiel davon, dass die Bundeswehr in Schulen geht und darum wirbt, dass Kinder und Jugendliche in die Armee gehen?

Nun kommen wir einmal – Sie haben das sehr schön erwähnt – zum Film „Wildes Herz“. Wer ihn nicht gesehen hat, sollte überhaupt nicht darüber reden. Und, Herr

Professor Weber, vielleicht sollten Sie sich den Film angucken,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Mit Garantie nicht.)

was denn „Jugendsünde“ heißt, wenn man Menschen als extrem bezeichnet, denn der Mitarbeiter, den Sie eingestellt haben, der hat noch ein laufendes Verfahren, weil er einen Menschen so sehr verletzt hat, dass der dauerhaft geschädigt ist. Das finden Sie eine Jugendsünde? Das finden Sie normal? Und einen jungen Menschen, der mehr für,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist eine Lüge.)

der mehr für die,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Es gibt kein laufendes Verfahren mehr.)

der mehr für die ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das Verfahren ist seit drei Jahren abgeschlossen.)

Und das Zivilverfahren? Und das Zivilverfahren?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sie sollten sich mal informieren.)

Jawohl, gut.

(Zurufe von Ralf Mucha, SPD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Schulen ohne Rassismus werben tatsächlich mit dem Slogan „Wir sind nicht neutral“, denn Menschenrechte einzuhalten, da kann man nicht neutral sein. Menschenrechte sind universell und sie gelten für jeden und für alle.

Und Storch Heinar

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

macht wundervolle Musik und die Schülerinnen und Schüler freuen sich.

So, und da Sie mich jetzt persönlich angesprochen haben, Herr Grimm, muss ich das tun, auch wenn ich das eigentlich nicht wollte, die Freie Schule Güstrow noch einmal erwähnen. Die Freie Schule Güstrow hat sich tatsächlich auch mit dem Linksextremismus beschäftigt.

(Dirk Lerche, AfD: Muss man sie deswegen einladen?)

Es gab tatsächlich Ausstellungen und auch Broschüren zur RAF, es gab Ausstellungen und auch Broschüren zur SED, es gab Ausstellungen und Broschüren zu allen möglichen geschichtlichen Erwägungen, die es dort gibt. Nur das hat Sie nicht so aufgeregt, weil das haben Sie gar nicht mitgekriegt.

Außerdem – und das sage ich Ihnen jetzt ganz klar, damit Sie auch wissen, warum Sie wahrscheinlich nicht eingeladen wurden –, im Nachgang, am 10.11. dieses Jahres, hat die AfD Güstrow eine Demonstration ange-

meldet, und zwar an dem Tag, an dem in Güstrow die Synagoge brannte, an dem der Friedhof niedergebrannt wurde und an dem am 10.11.1942 die letzten Jüdinnen und Juden vom Bahnhof abtransportiert wurden. An diesem Tag haben sie dort demonstriert mit Sprüchen wie „Antisemitismus kann man nicht verbieten“. Vielleicht sollten Sie sich ganz einfach mal überlegen, warum Sie nicht eingeladen werden! Und zu dieser Veranstaltung waren Sie,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Mit Sicherheit war das niemals ein Slogan auf einer Demonstration der AfD.)

zu dieser,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das sind Aneinanderreihungen von unverschämten Lügen.)

zu dieser,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD – Glocke der Vizepräsidentin)

zu dieser Veranstaltung in der Freien Schule, Herr Grimm, waren Sie im Übrigen. Und wissen Sie, was Ihr Trauma ist, wissen Sie, was Sie gesagt haben, warum Sie sich undemokratisch behandelt fühlen? Weil ich Sie nicht im Fahrstuhl grüße. Das haben Sie gesagt. Sie haben gesagt: Ja, und die schließt mich aus, die grüßt mich nicht im Fahrstuhl. Nun passen Sie mal auf: Wir sind beide gleich alt,

(Stephan J. Reuken, AfD: Einfach nur schlechtes Benehmen.)

Sie sind größer, ich bin kleiner, Sie sind ein Mann, ich bin eine Frau, Sie sind langsam, ich bin schnell, Sie sind leise, ich bin laut. Wer grüßt wen zuerst? Ich habe Knigge gelernt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

So sieht es nämlich aus. Das ist Ihr Trauma.

(Dirk Lerche, AfD: Das müssen wir vom Gleichstellungsbeauftragten mal klären lassen.)

Der Einzige, der auf dieser Veranstaltung gegen Recht und Gesetz verstoßen hat, waren Sie und Ihr mitgebrachter Mitarbeiter, ich glaube, Herr Pasternack. Sie haben die Kinder fotografiert, Sie haben fotografiert in dieser Schule, ohne die Eltern der Schülerinnen und Schüler zu fragen, ohne die Lehrkräfte zu fragen. Sie mussten aufgefordert werden und darauf hingewiesen werden, dass man Kinder nicht fotografiert.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Und die Fotos, die Sie hinterher ins Internet gestellt haben, hatten auch eine Folge. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Ralph Weber, AfD: Wie viele Lügen darf man eigentlich in einer Rede verbreiten?)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Professor Dr. Weber, Ihre Bemerkung „Wir haben Angst vor Dummheit, vor allem, wenn sie am Rednerpult steht“ beziehe ich im Kontext der Debatte auf die Abgeordnete Frau Larisch und erteile Ihnen deshalb wegen persönlicher Beleidigung der Abgeordneten einen Ordnungsruf.

Und was Ihre Zwischenrufe in puncto Lügen angeht, da besteht die Möglichkeit, nach Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung das Ganze zurückzuweisen und klarzustellen. Aber ich bitte doch dann, davon abzusehen, das immer hier in den Kontext von Ordnungsmaßnahmen des Präsidiums zu stellen, und rufe jetzt auf

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

für die Fraktion der CDU ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –  
allgemeine Unruhe)

Es ist sehr schön, dass ich so viel Schützenhilfe hier aus dem Plenum bekomme, aber ich habe meine Entscheidung adäquat begründet und wenn irgendjemand Zweifel an meiner Entscheidung hat, dann stehen die üblichen Rechtsmittel zur Verfügung. Von daher habe ich keine Angst, meine Entscheidung jederzeit überall zu verteidigen.

Und jetzt rufe ich auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Reinhardt.

**Marc Reinhardt,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist es mit der AfD-Fraktion wieder so ein bisschen wie bei Hase und Igel: „Ick bün all hier“. Beide Punkte, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, sind seit Langem Bestandteil der Rechtslage und auch Bestandteil des Schulgesetzes bei uns im Land. Insofern liegt ja der Verdacht nahe, es geht Ihnen gar nicht so sehr um das, was Sie in den Antrag geschrieben haben, sondern wahrscheinlich wieder mehr darum, in eine gewisse Opferrolle zu geraten und zu sagen, im Land sind alle so furchtbar böse gegen uns.

Sie haben es ja, Herr Grimm, selber gesagt, Paragraph 4 Absatz 1 enthält bei uns im Land das Toleranzgebot. Dieses verbietet eine politische, ideologische und weltanschauliche Beeinflussung von Schülern. Dies gilt unter anderem – weil es ja das Schulgesetz ist und auch in den Genehmigungen für Ersatzschulen oder für Schulen in freier Trägerschaft besonders darauf hingewiesen wird – natürlich auch für, Sie nennen es hier Privatschulen, Privatschulen haben wir nicht so viele, bei uns sind das ja Schulen in freier Trägerschaft.

(Christoph Grimm, AfD: 81.)

Es gibt sicherlich auch die eine oder andere Privatschule, aber darauf wollte ich Sie nur mal hinweisen, wenn Sie Ihren Antrag schreiben.

Und dann ist das ja in der Tat so, dass das natürlich nicht bedeutet, dass man an der Schule nicht diskutieren darf. Sie haben über den Beutelsbacher Konsens gesprochen. Da gilt ja das Indoktrinationsverbot und auch das Überwältigungsverbot. Also man darf Schülerinnen und Schülern in den Schulen nicht eine Meinung aufzwingen. Was das aber nicht heißt, ist, dass man nicht diskutieren darf an Schulen. Das ist ausdrücklich gewollt, die Pflicht zur

Aufklärung, auch zur Diskussion zwischen Schülern und Lehrern und natürlich ebenso zwischen den Schülern.

Das ist ein wichtiger Unterschied, den wir haben. Einmal ist es ja, sage ich mal, die Werbung für politische Dinge, für eine politische Partei, und auf der anderen Seite sind das politische Informationen. Und das ist natürlich dann ganz klar, wie immer man dazu steht, gefällt einem das eine Mittel besser oder stärker. Ich bin nun auch kein großer Fan der Band „Feine Sahne Fischfilet“, andere sind es ja augenscheinlich. Dafür ist der CDU-Fraktion umso wichtiger, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen sind

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehen Sie!)

und dort quasi mit den SchülerInnen diskutieren. Auch da ist man ja dann von anderer Seite vielleicht etwas eingeschränkt. Sie sehen also, ich glaube, das ist im Schulgesetz – die Ministerin hat ja auch darüber gesprochen –, das ist sehr gut geregelt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Vielfalt statt Einfalt.)

Es wird an den Schulen auch gelebt. Das heißt nicht, dass es an der einen oder anderen Stelle – überall sind Menschen in Verantwortung – auch mal zur Überschreitung einer Grenze kommen kann. Aber deshalb muss man nicht gleich das Gesetz ändern, da gibt es dann andere Möglichkeiten. Wir glauben also, das ist ausreichend geregelt, es wird auch ausreichend darauf hingewirkt. Wir wünschen uns eine lebendige Debatte an unseren Schulen und wollen, dass unsere Schülerinnen und Schüler mündige Staatsbürger werden. Deshalb, glaube ich, ist das so in Ordnung.

Ihr Antrag ist aus meiner Sicht nicht nur schlecht gemacht, er ist auch vollkommen überflüssig, und deshalb werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

**Holger Arppe,** fraktionslos: Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete!

Ganz kurz zu Ihnen, Frau Larisch: Was da am 9. November in Güstrow demonstriert hat, war mitnichten die AfD, sondern irgendein obskures Bürgerbündnis, und insofern war es völlig richtig, Sie der Äußerung von Unwahrheiten zu bezichtigen. Das jetzt nur am Rande, muss ich mal sagen, auch wenn ich nicht mehr der AfD angehöre.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

Dass das Bildungswesen mitnichten neutral ist, wurde ja zuletzt deutlich anhand der von der Amadeu Antonio Stiftung in die Welt gesetzten unsäglichen Broschüre „Ene, mene, muh – und rechts bist du“ oder so ähnlich. Inwiefern die Zusammenarbeit der Landesregierung mit diesem von einer ehemaligen Stasispitzelin geleiteten Stiftung hier auch in Mecklenburg-Vorpommern virulent ist, wird mir die Landesregierung sicherlich demnächst mitteilen in einer Beantwortung der von mir jüngst gestellten Kleinen Anfrage.

Man kann sich allerdings auch den KMK-Beschluss, den Kultusministerkonferenzbeschluss „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ vom 11. Oktober 2018 anschauen, der auch von der hiesigen Landesregierung mitgetragen wird, worin man ganz interessante Dinge liest, die einen tatsächlich daran zweifeln lassen, dass es an unseren Schulen noch neutral zugeht, wenn da zum Beispiel drinsteht, dass an den Schulen ja nicht nur die Funktionsweisen in einer Demokratie vermittelt werden sollen, sondern auch die richtige Haltung. Und was die richtige Haltung ist, das bestimmen natürlich diejenigen, die den Zeitgeist beherrschen, und der ist derzeit – noch, leider! – links-grün.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Versifft fehlt noch.)

Des Weiteren ist in diesem Beschluss

(Peter Ritter, DIE LINKE: Versifft fehlt noch.)

auch die Rede davon – und die Landesregierung hat mir das in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage auch gesagt –, dass das hier in Mecklenburg-Vorpommern durchaus auch umgesetzt werden könnte, dass in den Zeugnissen künftig ein Hinweis enthalten sein soll in Bezug auf das gesellschaftliche Engagement der Schülerinnen und Schüler. Da wird sicherlich nicht das gesellschaftliche Engagement in irgendwelchen patriotischen oder im Widerspruch zum Zeitgeist und zur Regierungsdoktrin stehenden Vereinen erwähnt werden, sondern alles das, was in irgendeiner Form die herrschende Meinung, die herrschende Politik unterstützt.

Im Übrigen hatten wir ja solche Hinweise in Zeugnissen auf das politische Engagement von Schülerinnen und Schülern zuletzt in der DDR. Und wer da, häufig verklausuliert, eine nicht ganz korrekte Bemerkung stehen hatte, der bekam dann auch Probleme auf seinem weiteren beruflichen Weg. Mir sind heute schon Fälle bekannt, wo Schülerinnen und Schüler Probleme haben bei der Bewerbung, weil sie eben nicht die herrschende politische Meinung unterstützt haben. Das sollten wir verhindern.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das konstruieren Sie jetzt aber wieder.)

Da ist dieser Antrag genau der richtige Weg. – Danke.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Wippermann.

**Susann Wippermann, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute haben wir mit Ihrem Antrag, liebe AfD-Fraktion, wieder mal einen tollen Beitrag aus der Reihe „Wie pflege ich meine Opferrolle“ auf der Tagesordnung. Beschäftigten Sie sich ja bereits im Frühjahr in einem ähnlich lautenden Antrag mit allen Schulen, versuchen Sie nun speziell anhand von Privatschulen zu erklären, dass Sie beziehungsweise Ihre Partei eine Sonderrolle bei den Lehrenden in der politischen Bildung einnehmen würden. Für diese Sonderrolle sorgen Sie aber, mit Verlaub, leider selbst mit Ihren zum Teil menschenverachtenden und diskriminierenden Positionen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich persönlich kann keine Unterschiede in politischen Gesprächen mit Schülern aus staatlichen Schulen und privaten Schulen erkennen. Ebenso, wenn ich – wie Sie wohl auch – Besuchergruppen hier im Landtag empfangen, sind die Fragen oder Äußerungen kritisch, unvoreingenommen und meist sehr aufschlussreich, aufschlussreich vor allem, weil in den Gesprächen sehr deutlich wird, dass die Schüler eine ausgezeichnete Vorbereitung im Umfeld des Besuches erfahren haben mussten, es also die Lehrer verstanden haben, vielschichtig und ohne Vorurteile die politische Willensbildung der Jugendlichen voranzutreiben. Ich denke – und da stimmen mir wahrscheinlich alle hier im Raum zu –, da werden in Besuchergruppen nicht nur wohlwollende Worte auf die Abgeordneten ausgeschüttet. Da wird durchaus Tacheles geredet, und – ich sage das hier ganz deutlich – das ist gut so.

Ich bin optimistisch, dass der Unterricht in unseren Schulen, in privaten oder auch staatlichen, unsere Jugend zu kritischen jungen Leuten bildet. Ebenso bin ich davon überzeugt – wie Herr Reinhardt, wie unsere Ministerin auch –, dass der Beutelsbacher Konsens in allen Schulen, in allen Schulen unseres Landes Anwendung findet. Da hilft es auch nicht, wenn Sie anhand des Ausnahmetatbestandes für Freie Schulen im Schulgesetz ein Schlupfloch konstruieren wollen. Die Ministerin Frau Hesse hat in ihren Ausführungen diese Anmaßung bereits als absurd abgetan.

Bleibt mir hier nur zu wünschen, dass in der nächsten Zeit uns nicht wieder ein Antrag von Ihnen zu diesem Thema erreicht, wie zum Beispiel der aus Baden-Württemberg, der linksideologische Einflüsse in Kitas unterbinden soll.

(Jochen Schulte, SPD:  
Baden-Württemberg? War das nicht da,  
wo der mit der Polizei rausgeführt wurde? –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Das war, wo der  
rausgeflogen ist, der AfD-Mann, ne?!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

**Christoph Grimm, AfD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr erstaunlich, wie hier die Emotionen wieder hochkochen, nur, weil wir die Einhaltung einer Selbstverständlichkeit fordern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Beutelsbacher Konsens und hier insbesondere das Kontroversitätsgebot ist eine Selbstverständlichkeit unter Pädagogen – Herr Butzki wird mir das bestätigen –,

(Susann Wippermann, SPD: Aber man  
muss doch nichts beantragen,  
was selbstverständlich ist!)

und zwar als Minimalkonsens. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich geeinigt hat. Also was, bitte, soll denn verbindlich sein, wenn nicht das?!

Und zu Frau Hesse kann ich nur wieder mal sagen, das wiederholt sich leider, das müssen wir vielleicht mal unter

uns ausdiskutieren, die Rechtslage ist nun mal so, dass über den freien Schulen sich scheinbar der blaue Himmel wölbt, da kommt ja nicht viel mehr als der Beutelsbacher Konsens. Also wozu soll man sich denn dann bekennen?! Der Beutelsbacher Konsens und das Kontroversitätsgebot bedeutet, angewandt auf die AfD, dass man auch darstellt, dass es die Meinung dieser Partei gibt und dass sie überhaupt da ist, immerhin mit 22 Prozent der Wähler hier in diesen Landtag gewählt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nichts machen wir lieber, als die Vorstellungen der AfD der Öffentlichkeit darzustellen.)

Also darüber kann man berichten, das kann man ernst nehmen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das kann man auch darstellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das machen wir den ganzen Tag.)

Und das genau tut die Freie Schule in Güstrow nicht,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sie macht nichts anderes als linke Kaderschule, Frau Larisch.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist es, was da abläuft.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Oi, joi, joi!)

Und den Unterschied zwischen Demokratie und Neutralität, den lasse ich mir von Ihnen nun wirklich nicht erklären.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sollten Sie aber! Das sollten Sie aber!)

Das ist völlig unmöglich. Was wir fordern, ist ja nicht Neutralität. Schule wird und kann nicht neutral sein, weil sie über die politische Diskussion zu berichten hat. Wenn sie das aber tut, dann soll sie das fair tun und dann soll sie kontroverse Vorgänge gefälligst auch kontrovers darstellen. Und daran fehlt es. Hier wird einseitig diffamiert. Ich habe Ihnen das dargestellt an den Begriffen „Populismus“ oder auch „Rassismus“. Das sind Vorwürfe, die nicht zutreffen, aber einseitig wird immer in diese Richtung argumentiert und indoktriniert.

Und wenn Sie sagen, die Freie Schule in Güstrow würde auch die Gegenseite darstellen: Ja, auf die Einladung dahin warte ich noch immer. Vielleicht kommt sie ja irgendwann.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Vielleicht möchten die Sie ja gar nicht einladen.)

Und dann noch ein Wort zu der Opferrolle. Ich wusste ja, dass das kommt. Ich wollte es noch antizipieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Sie sind ja ein Seher.)

die Zeit hat nicht gereicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hauke Haien.)

Aber dazu Folgendes, lieber Herr Reinhardt: Versetzen Sie sich mal in unsere Lage! Versuchen Sie das mal einen Moment!

(Thomas Krüger, SPD, und  
Jochen Schulte, SPD: Bitte nicht! Bitte nicht!)

Stellen Sie sich eine Schule vor, die eine Ausstellung ausschließlich über die CDU und über alles,

(Jochen Schulte, SPD:  
Davon träumt die CDU.)

was daran schlecht und negativ ist, einseitig darstellt.

(Torsten Renz, CDU: Solide  
Finanzpolitik, Arbeitsmarktpolitik.)

Dann werden Sie verstehen, was los ist.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, das werden auch Sie verstehen müssen. So sieht das nämlich aus.

Und was hier mit „menschenverachtenden Inhalten“ gemeint ist von Ihnen, Frau Wippermann, ich vermag das nicht nachzuvollziehen.

(Susann Wippermann, SPD: Dann  
gucken Sie mal in die Protokolle!)

Wenn Sie sagen, die Unterschiede zwischen einer privaten und einer öffentlichen Schule im Recht würden Ihnen nicht einleuchten, dann, bitte, machen Sie sich mal sachkundig! – Vielen Dank.

Wenn noch Zeit ist ...

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

**Jörg Kröger,** AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Abgeordnete! Liebe Gäste! Es geht mir noch mal darum, die Diskussion vielleicht ein bisschen wieder auf den Boden zurückzuholen

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist nach  
Herrn Grimm immer notwendig.)

und auf die Füße zu stellen.

(Torsten Renz, CDU: Sie teilen  
also unsere Auffassung?)

Nein, also auch gerade, was Frau Larisch da von sich gegeben hat, das war jenseits von Gut und Böse, muss ich mal sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Marc Reinhardt, CDU:  
Was Herr Grimm gesagt hat!)

Wir erleben ja gerade – das ist das, was Herr Arppe auch sagte –, wir erleben ja gerade, dass der Zeitgeist sozusagen den Neutralitätspunkt festlegt, auf dem wir uns bewegen. Das heißt, schwimmt er nach links, ist der Zeitgeist weiter links, schwimmt er nach rechts, ist er weiter rechts, der Neutralitätspunkt, über den wir reden. Wir wollen keinesfalls, dass nicht diskutiert wird an den Schulen, es soll, es muss kontrovers diskutiert werden. Wir fordern geradezu diese kontroverse Diskussion, weil wir sie für notwendig erachten, aber dann bitte schön auch zu „Feine Sahne Fischfilet“ und „Wildes Herz“, wo richtig eindeutig eine Nähe hergestellt wird

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Haben Sie den Film gesehen?)

zur linksextremen Szene.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben  
Sie den Film sich angeschaut?)

Es wird die Figur des Herrn Monchi,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben  
Sie sich den Film angeschaut?)

es wird die Figur des Herrn Monchi über einen Sympathieträgerschauspieler dargestellt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben  
Sie sich den Film angeschaut?)

und er wird definitiv ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen  
Sie doch mal Ja oder Nein! –  
Karen Larisch, DIE LINKE:  
Das ist doch kein Schauspieler!)

Ich habe ihn ...

(Karen Larisch, DIE LINKE: Das ist ein  
Dokumentarfilm, Sie haben ja keine Ahnung!)

Ich ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment! Herr Kröger, einen Moment!

Also es steht für alle hier noch Redezeit zur Verfügung. Und wie gesagt, meinen Hinweis brauche ich gar nicht auszusprechen.

(Der Abgeordnete Peter Ritter  
bittet um das Wort für eine Anfrage. –  
Dr. Ralph Weber, AfD: Nicht zulassen!  
Nicht zulassen!)

Herr Abgeordneter Kröger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ritter?

**Jörg Kröger, DIE LINKE:** Gerne.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Bitte schön, Herr Ritter.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** Herr Kröger, haben Sie den Film selbst sich angeschaut, Ja oder Nein?

**Jörg Kröger, AfD:** Ja.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** Na, dann ist es in Ordnung.

**Jörg Kröger, AfD:** Gut.

(Stephan J. Reuken, AfD:  
War wohl nichts.)

Gut.

(allgemeine Unruhe)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

**Jörg Kröger, AfD:** Ich dachte, das wäre an meinen Ausführungen ...

Entschuldigung!

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich bitte, jetzt doch nicht zu diskutieren. Die Redezeit läuft. Auch Herr Kröger, damit er keine Sorgen hat, kriegt noch 20 Sekunden für diese Unterbrechung.

Und jetzt können Sie fortfahren.

**Jörg Kröger, AfD:** Mir ging es auch gerade darum, dass auch in diesem Film das Kontroversitätsgebot beachtet werden muss, weil definitiv diese Band, deren Sympathieträger oder deren Figur ja hier in diesem Film in den Mittelpunkt gestellt wurde, der Monchi, eine Nähe zum Linksextremismus aufweist und die Staatsgewalt, insbesondere die Polizei verunglimpft, auch noch in ihren aktuellen Liedtexten,

(Karen Larisch, DIE LINKE: Hä?)

nicht nur denen, von denen sie sich möglicherweise inzwischen distanziert hatte. Denn auf der neuesten CD finden Sie immer noch die Textzeile „Die nächste Bullenwache ist nur einen Steinwurf entfernt“. Also es kann nicht sein, dass diese Menschen, um die es da geht, den Kindern nahegebracht werden. Ich halte das für eine äußerst ungelungene Geschichte mit diesem Film in dieser SchulKinoWoche,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

das muss ich ehrlich sagen. Und deswegen fordert das gerade zur Kontroversität heraus, denn wir haben alle schon erlebt, die hier im Osten großgeworden sind, was es heißt am Ende des Tages, wenn andere Meinungen sofort verunglimpft werden, reflexartig in eine Ecke,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)

in eine No-go-Area gedrückt werden. Das haben wir alles hinter uns.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das machen Sie doch gerade!)

Man ist sofort der Staatsfeind, man ist sofort der Rassist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Indem Sie  
„Feine Sahne“ permanent ablehnen,  
machen Sie das doch gerade.)

man ist sofort der Nazi, der Rechtsextremist. Und diese Diskussion,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sagen, „Feine Sahne“ geht gar nicht. Das machen Sie doch die ganze Zeit)

die brauchen wir wirklich auf der normalen Ebene nicht

(Peter Ritter, DIE LINKE: Tolerieren Sie doch einfach „Feine Sahne“ und dann ist es gut.)

und nicht auf einer politisch indoktrinierenden Ebene

(Karen Larisch, DIE LINKE: Meine Güte noch mal!)

in der Schule. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos – Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

**Horst Förster,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist doch wie immer ein Kampf um Begriffe. „Ausgewogenheit“, „kontrovers“ – alles unterschreiben wir und verstehen doch etwas anderes darunter. Nach meinem normalen Sprachverständnis und politischen Verständnis ist ein Sachverhalt, wo eine Schule eine Partnerschaft mit dieser Band hat, deren Texte ich kenne – den Film habe ich nicht gesehen –, eine Schule eine Partnerschaft damit begründet und die auch keinen Anlass gibt, irgendwie einzuschreiten oder da auf eine Ausgewogenheit hinzuwirken, dann kann man doch wirklich nicht verleugnen, dass hier ein Band gesponnen wird von einer Schule zu einer linksextremen Gruppe.

Und Frau Larisch nimmt natürlich bei Ihren Diskussionen auch sehr häufig die Menschenrechte in den Mund. Auch das ist gerade ein aktueller Fall, wo man sehen kann, wie unterschiedlich in unserer Republik über Menschenrechte diskutiert wird. Ich kann es mir nicht verkneifen, einige Tage ist es ja her, auf meinem Handy kam eine Nachricht vom Bundeskongress der Jusos, dass dort der Paragraph 218 abgeschafft worden sei. Ich habe daraufhin zu meiner Lebenspartnerin gesagt, guck mal hier, das ist doch sicherlich eine Falschmeldung, das kann doch nicht sein. Wir waren beide der Meinung, das ist das, was man heute Fake News nennt. Einige Zeit später musste ich feststellen, das ist wirklich so. Daraufhin habe ich mich informiert, bei YouTube einige Reden angehört und festgestellt, dass auf diesem Kongress eine Medizinstudentin sehr eindrucksvoll geschildert hat, was das heißt, wenn ich sozusagen rechtlich bis zum Eintritt der Austreibungswehen die Leibesfrucht töten kann, und was es bedeutet, auch dies hat sie geschildert, wenn ein Embryo fast ausgereift ist, wenn der abgetötet wird. Sie erhielt geringen Beifall.

Der Antrag, den Paragraphen 218 im Konsens mit 219 und drumherum, also aus diesem Geflecht rauszunehmen, komplett abzuschaffen ...

(Andreas Butzki, SPD: Was hat das jetzt mit dem Beutelsbacher Konsens zu tun?)

Ja, das hat damit was zu tun, wo das Kernproblem liegt, dass wir dieselben Begriffe unterschiedlich bewerten. Der Antrag wurde von einer der Hauptrednerinnen begründet mit den Menschenrechten für die Frau, die aber wesentlich höher zu werten seien als die anderen, die keine Rechte hätten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Kinderschutz kommt noch morgen.)

Nein, nein, das hat mich wirklich so berührt und eigentlich betroffen gemacht. Ich halte es nach wie vor für unfassbar, dass die Gruppierung einer demokratischen Partei solche Anträge stellt, die mit großem Applaus überwiegend angenommen und damit wirksam werden, und dass dann – das habe ich mir auch noch angesehen – Frau Barley als Justizministerin auf diesem Kongress auch noch gesprochen hat. Die hat für Europa geworben, viel Inhalt war da insgesamt nicht, aber sie hat sich auch mit keinem Satz davon distanziert. Wir hören ständig in Diskussionen über Verfassungsfeindlichkeit und alles Mögliche, wie wichtig es sei, auch wenn man selbst nichts Unheilvolles tut, sich von schlimmen Sachen zu distanzieren.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wenn Sie das wirklich ernst nehmen, diesen Antrag mitten in unserem Land, dass ein solcher Antrag gestellt wird, dann muss man sich doch Gedanken machen, auf welchem geistigen, moralischen Niveau

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meinen Sie jetzt Ihren Antrag oder welchen?)

diese Jugendorganisation angekommen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie reden jetzt zu Ihrem Antrag, oder wozu?)

Und wenn dann eine Justizministerin dieses Landes sich davon nicht einmal distanziert,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

medial auch das Ganze gar keinen Aufruhr erzeugt, es interessiert scheinbar keinen, dann kann ich nur sagen,

(Thomas Krüger, SPD: Was die Jugendorganisationen angeht, da sollten Sie ganz still sein.)

der Fakt ist der – und jetzt komme ich hierauf zurück –, der Fakt ist der,

(Thomas Krüger, SPD: Meine Güte!)

dass wir offensichtlich, und das ist das Schlimme, dieselben Begriffe benutzen, aber sehr unterschiedlich bewerten, verstehen und damit auch politisch hantieren, ebenso wie mit dem Begriff des Rassismus.

Ich weiß nicht, was Sie jetzt zwischenriefen, irgendwas, wenn irgendwo in meinem Umfeld, wo ich mit Verantwortung trage, jemand eine solche Äußerung täte und ich bin da strukturell mit verbunden, dann können Sie schon glauben, dass ich mich davon sehr deutlich distanzieren würde. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

**Torsten Renz, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja mehr oder weniger so eine Art Aufforderung gewesen, auch immer wieder mit Blick Richtung Güstrow und auf die Ausstellung, dass ich hierzu auch mal eine Positionierung abgeben soll. Und das mag vielleicht dem einen oder anderen nicht so passen, was ich jetzt sage, aber der Fakt ist, ich war auch schon sehr erstaunt, dass damals nur eine Politikerin eingeladen war zu dieser Ausstellung. Jedenfalls mich, auch als jetzt nicht unmittelbar örtlich zuständigen Abgeordneten, aber zumindest bin ich auch nicht so unbekannt, dass man in Güstrow über mich hinwegsehen musste, warum man mich da nicht eingeladen hat oder einen Vertreter der SPD, der aus diesem Wahlkreis kommt,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

das fand ich auch zumindest diskussionswürdig.

Am Ende hat es ja dazu geführt, dass Herr Grimm und Frau Larisch dort diskutiert haben, und es ging dann um eine einseitige Ausstellung zu einer Partei oder zu einer Fraktion. Da habe ich nichts dagegen, das muss ich ehrlich sagen. So eine Ausstellung kann man jederzeit machen, auch zur CDU. Und ich bin auch unmittelbar, nachdem dann die Podiumsdiskussion gelaufen war, dort gewesen, habe mir die Ausstellung angeschaut, habe mit den Leuten vor Ort gesprochen, habe dort auch meine Kritik zum Ausdruck gebracht, dass ich mir eine andere Vielfalt gewünscht hätte. Wenn man so eine Ausstellung wählt, dann aber auch mehrere Leute, die in diesen Diskussionsprozess eingreifen können.

Die Ausstellung an sich würde ich – als einer, der für sich in Anspruch nimmt, logisch zu denken – auch als didaktisch und methodisch sehr fragwürdig bezeichnen. Ich würde nie als Pädagoge eine Ausstellung mit einem Ergebnis beginnen oder einen Diskussionsprozess, wo ich das Ergebnis festlege, sondern ich würde immer Thesen in den Raum stellen und dann eine Diskussion – und das ist auch wichtig in unserer Demokratie –, eine Diskussion, eine offene Diskussion mit allen Argumenten zulassen. Sie können sehr wohl der Auffassung sein, gerade die Schüler an dieser Schule, mit denen ich gesprochen habe, die wären sehr wohl in der Lage gewesen oder sind sehr wohl in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden und eine Positionierung abzugeben.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:  
Das machen sie auch.)

Das, glaube ich, ist da aber, so, wie die Ausstellung angelegt war, auch wenn die Schule sozusagen die Ausstellung sich nur eingekauft hat, aus meiner Sicht nicht optimal gelaufen, weil das Ergebnis vorweggenommen wurde. Ich weiß nicht mehr ganz genau, wie die Formulierung war, so unter dem Motto, der Betrachter kommt rein, wird in die Diskussion geführt, das Ergebnis steht fest, dass die AfD keine demokratische Partei ist oder keine Alternative. Das war so ungefähr die Botschaft. Das ist das, was ich kritisieren würde.

Aber wenn ich den Diskussionsprozess offen und ehrlich führe, dann werden die meisten sicherlich auch zu der

Auffassung kommen, das, was nachher als Ergebnis rauskommt, das wird sich nicht so viel von dem unterscheiden, was diese Ausstellung möglicherweise vorgegeben hat, weil Sie können ja nun nicht ernsthaft wegdiskutieren, Herr Grimm oder auch Herr Förster, dass Sie Leute in Ihren Reihen haben wie Herrn Höcke, der ja mit unzähligen Zitaten immer wieder klar und deutlich macht, dass seine Position eben rechts außen einfach nun ist, wo ich mich persönlich immer gefragt habe, wie ist es möglich, dass so ein Mensch in Deutschland trotz aller Meinungsfreiheit und -vielfalt überhaupt als Geschichtslehrer arbeiten darf. Das ist für mich unverständlich und auch nicht nachvollziehbar. Und dann kommt ja immer wieder dazu, Sie distanzieren sich auch nicht von diesen Leuten und von ihren Aussagen.

(Rainer Albrecht, SPD: Sie marschieren sogar.)

Insofern können Sie davon ausgehen, dass bei so einer Ausstellung die politisch klar denkenden Menschen zu keinem anderen Ergebnis gekommen wären, als dem, was die Ausstellung möglicherweise vorgegeben hat. Diese Beispiele können wir in der politischen Diskussion tagtäglich fortführen – ob das Gauland ist, der sich zu einem deutschen Fußballnationalspieler äußert, der nicht sein Nachbar sein soll aufgrund seiner Hautfarbe, oder ob das ein Professor Weber ist, der das Thema Biodeutsche hochfährt und in seinen Diskussions- und Gedankenprozessen immer wieder nach draußen trägt, dass mindestens zwei Generationen väterlicher- und mütterlicherseits einen Nachweis erbringen müssen, dass sie alle deutsch sein müssen. Insofern glaube ich, wenn solche Beispiele – und Sie können sich das ja auch ganz kurz anschauen im Internet, da können Sie die Ausstellung sofort aufrufen –, die Beispiele an sich, die in den Diskussionsprozess zur Diskussion mit mehreren Akteuren gestellt werden sollen, die kriegen Sie ja nicht weg, und damit eigentlich dann auch nicht das Ergebnis.

Also insofern habe ich eher technische Anmerkungen, die mich da zu einer anderen Auffassung kommen lassen als politische Mitwettbewerber, zu denen Sie jetzt hier nicht zählen, aber inhaltlich kann ich da eben nur sagen, das Ergebnis, das haben Sie sich selbst zuzuschreiben, wenn Sie so agieren, wie Sie agieren, und wenn Sie sich eben nicht als Partei oder auch als Fraktion mit 100-prozentiger Eindeutigkeit sozusagen, auch wenn das jetzt doppeltgemoppelt war, von solchen Aussagen distanzieren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll. –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich begrüße auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus Stralsund und Ribnitz-Damgarten, herzlich willkommen, und rufe auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Schulte.

**Jochen Schulte, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte zu Beginn dieser Debatte eigentlich nicht vor, mich hier noch mal zu Wort zu melden, aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Herren von der AfD, eins muss man an dieser Stelle vielleicht mal klarmachen. Sie haben eben das Beispiel des Juso-Bundeskongresses in der Diskussion dort über den Paragraphen 218 angeführt, um damit zu begründen, dass man Begriffe, Begrifflich-

keiten, Worte unterschiedlich definieren könne. Nun teile ich nicht die Auffassung, die viele Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in meiner Fraktion zum Thema Schwangerschaftsabbruch führen, das muss ich aber auch nicht, weil die SPD hat eine breite Basis und unterschiedliche Meinungen. Aber einen qualitativen Unterschied gibt es und deswegen bin ich hier noch mal nach vorne gegangen, weil wir eben nicht über die Frage von politischen Unterschieden alleine in diesem Raum diskutieren und wir auch nicht alleine über die Frage von politischen Auffassungen im Zusammenhang aber mit der Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen diskutieren, sondern wir reden über die Frage des Vertretens der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an den Schulen.

Und, sehr geehrte Herren der AfD, da gibt es dann doch einen qualitativen Unterschied zu dem, was Sie hier immer wieder glauben machen wollen. Es geht der AfD nämlich in der öffentlichen Diskussion gar nicht um die Frage von Begrifflichkeiten. Es gibt natürlich unterschiedliche Definitionen zwischen der Linkspartei, der SPD und der CDU, aber das ist nicht der Punkt, um den es Ihnen geht. Sie benutzen gezielt Begriffe, die in der deutschen Gesellschaft, und zwar in einem breiten Konsens der deutschen Gesellschaft, mit ganz bestimmten Vorstellungen verbunden sind, mit antisemitischen Vorstellungen, mit rechtsextremistischen Vorstellungen, mit fremdenfeindlichen Vorstellungen.

(Thomas Krüger, SPD: Genauso ist es. –  
Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Jedes Mal, wenn Sie diese Begriffe benutzen und dann ein öffentlicher Diskurs stattfindet, dann fängt das gleiche Spiel von vorne an, das Sie immer machen. Dann heißt es auf einmal, nein, das haben wir so gar nicht gemeint. Ich erinnere nämlich nur an die Diskussion, die wir hier im Landtag zu dem Wort „Neger“ auch gehabt haben, wo dann auf einmal hinterher kam, ja, das haben wir doch aber gar nicht so gemeint. Natürlich haben Sie es so gemeint, und Sie versuchen immer wieder auch, die Öffentlichkeit mit diesen Begriffen zu provozieren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und das ist etwas, das ist etwas, was wir an jeder Stelle und überall deutlich machen werden, und das ist auch der Unterschied zu dem, was Sie gemacht haben.

Meine Damen und Herren, dann lassen Sie mich an dieser Stelle das auch noch mal deutlich machen: Ich bin kein Bildungspolitiker – und ich sage auch immer, das ist gut so –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber es ist Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, in den Schulen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu vertreten. Dazu sind sie entweder als Angestellte im öffentlichen Dienst oder als Beamtinnen und Beamte verpflichtet, und dazu sind sie auch verpflichtet, wenn sie dort Unterricht machen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das bedeutet am Ende des Tages auch, dass sie sich natürlich mit Extremismus, auch mit Rechtsextremismus, im Schulunterricht auseinandersetzen müssen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

weil sie den Schülerinnen und Schülern eben nicht nur, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Geschichtsunterricht für die Zeit von 1933 bis 1945 die Auswirkungen von Rechtsextremismus, Nationalsozialismus und Faschismus deutlich machen müssen, sondern sie natürlich auch im aktuellen politischen Geschehen immer wieder deutlich machen müssen, wo ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung und wo ist sie möglicherweise gefährdet. Das hat nichts mit einem politischen Diskurs zu tun, weil da geht es nicht um links oder rechts oder um Sozialdemokraten oder Konservative, da geht es um die freiheitlich-demokratische Grundordnung und diejenigen, die sie offen in diesem Staat bekämpfen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zurufe von Birgit Hesse, SPD, und  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

**Christoph Grimm, AfD:** Ja, viel Zeit ist nicht mehr, deshalb ganz kurz.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Na Gott sei Dank!)

Herr Renz, ich hätte nicht geglaubt, dass ich Ihnen noch ...

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Oh, Entschuldigung! Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Renz, ich hätte nicht gedacht, dass ich Ihnen noch mal dankbar bin. Wenigstens partiell haben Sie hier etwas ausgeführt, was zeigt, dass Sie didaktisch-technisch Probleme mit dieser Ausstellung haben. Ich finde, das ist richtig, was Sie da sagen.

(Torsten Renz, CDU: Nutzen  
Sie Ihre Redezeit mal anders!)

Also Sie sind,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Die ist eh schon so knapp.)

Sie sind offenbar Lehrer und haben auch mit der Demokratie keine Schwierigkeiten.

Wenn es hier um die Begrifflichkeiten geht, was Herr Schulte angesprochen hat, dann kann man nur sagen, man soll doch eine Partei bitte zunächst mal bewerten nach ihrem Parteiprogramm.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Und da gucken Sie bitte mal in unser Grundsatzprogramm, da können Sie alles nachlesen, und wenn Sie da was von Antisemitismus oder Menschenfeindlichkeit finden, dann können Sie es mir sagen,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

ich will mich gerne damit befassen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich will nur sagen, Parteien haben Einzelpersonen, die ihre Mitglieder sind und die sie repräsentieren,

(Torsten Renz, CDU:  
Die Fraktionsvorsitzende im  
Bundestag ist eine Einzelperson, ja?!)

und da hat die SPD genauso Probleme manchmal wie die CDU. Ich sage nur Bosbach, Edathy, Sarrazin, das sind alles Leute, die sich auch mal geäußert haben

(Marc Reinhardt, CDU:  
Die sind aber nicht alle in der CDU.)

und dabei vielleicht nicht den Ton der Mehrheit der Partei getroffen haben. Das ist etwas Normales, das gehört auch zur Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich möchte beantragen, ich möchte bitte noch beantragen, dass wir hier über die beiden Punkte einzeln abstimmen. – Vielen Dank.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Das nützt auch nichts.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

**Karen Larisch, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss hier dringend noch etwas klarstellen. Der Verein, der diese Ausstellung konzipiert hat, hat Räume genutzt, und zwar in dem Verein „Freie Schule Güstrow e. V.“ So viel dazu. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass es dort einen Unterschied gibt. Es gibt einen Verein, der heißt „Freie Schule Güstrow e. V.“, und es gibt eine Schule.

(Christoph Grimm, AfD: Das  
verändert die Sache natürlich enorm. –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

So, und, Herr Renz, es waren alle eingeladen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das ist aber toll. – Torsten Renz, CDU:  
Ich war niemals eingeladen.)

Es kam auch jemand aus der SPD, weil der, der eingeladen war, nicht konnte. Wir wurden über die Stadtvertretung eingeladen. Wenn diese Einladung bei Ihnen nicht angekommen ist, tut es mir leid.

(Torsten Renz, CDU:  
Das werde ich recherchieren.)

Genau, recherchieren Sie das, das habe ich Ihnen schon im Frühjahr gesagt. Ansonsten dürfen Sie natürlich diese Kritik anbringen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil das ist eine angemessene Kritik, die die CDU geäußert hat. Das ist eine neutrale Kritik.

(Stephan J. Reuken, AfD: Eine neutrale Kritik?)

Das, was Sie hier getan haben, ist, dass Sie nicht ordentlich recherchiert haben. Und ich würde Sie ganz gerne fragen:

(Stephan J. Reuken, AfD:  
Was ist eine neutrale Kritik?)

Was, sehr geehrte AfD-Fraktion, würden Sie nur tun, wenn es in diesem Bundesland eine Summerhill-Schule geben würde, an der jeden Morgen in Runden debattiert wird, demokratisch, was an dem Tag in Schulen geschieht,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das hätte ich sehr, sehr gerne gewusst, und wenn dann gesagt wird, nee, heute beschäftigen wir uns nicht mit der AfD, und dann sagt man Dienstag, nee, mit denen heute nicht, und Mittwoch auch. Das ist eine demokratische Schule, sehr beliebt in Großbritannien, sehr erfolgreich, bringt die größten Köpfe hervor. – Vielen Dank.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,  
und Horst Förster, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2901 punktweise abzustimmen.

Ich rufe auf Punkt 1 des Antrages der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2901. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 1 des Antrages der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2901 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf Punkt 2 des Antrages der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2901. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist Punkt 2 des Antrages der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2901 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, dass damit der Antrag als Ganzes abgelehnt ist.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Konsolidierungsvereinbarungen im Land weiterentwickeln, Drucksache 7/2899.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Konsolidierungsvereinbarungen  
im Land weiterentwickeln  
– Drucksache 7/2899 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

**Jeannine Rösler**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eifrige SPD-Mitglieder aus meinem Landkreis bemühen sich nun seit Monaten um die Umsetzung eines SPD-Landesparteitagsbeschlusses vom Mai 2018.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Hört, hört!)

Wir beobachten, dass sie dabei nicht so entscheidend vorankommen, und deshalb wollen wir sie unterstützen. Der Antragstext, der Ihnen vorliegt, orientiert sich eng an dem besagten Beschluss des SPD-Landesparteitages vom Mai dieses Jahres. Meine Fraktion und die Landes-SPD fordern danach die Landesregierung auf, die Konsolidierungsvereinbarungen zwischen Land und betroffenen Kommunen weiterzuentwickeln.

(Marc Reinhardt, CDU: Das machen wir.)

Was heißt jetzt „weiterentwickeln“? Wenn Kreise, Städte und Gemeinden, die eine solche Vereinbarung getroffen haben, mehr einnehmen als geplant, sollen sie nicht nur ihre Schulden zurückführen müssen, sondern auch investieren dürfen oder im Falle von Landkreisen die Kreisumlage senken dürfen. Die Konsolidierungsvereinbarungen sollen dahin gehend geändert werden oder meinetwegen auch dahin gehend weiterentwickelt werden.

Meine Damen und Herren, auf der Facebook-Seite der Greifswalder SPD heißt es dazu nach dem besagten Mai-Parteitag, Zitat: „Seit langem kämpft der SPD-Kreisverband Vorpommern-Greifswald gegen die ungerechte Konsolidierungsvereinbarung zwischen Land und Landkreis. Diese führt dazu das wichtige Zukunftsinvestitionen ausbleiben und unsere Städte und Gemeinden unter einer viel zu hohen Kreisumlage ächzen. Heute konnten wir einen ersten Erfolg in dieser Frage erringen. In dem durch unsere Landratskandidatin Monique Wölk vorgebrachten und im Anschluss verabschiedeten Beschluss spricht sich die SPD MV für eine Neufassung der Konsolidierungsvereinbarungen aus. In Zukunft könnte so ein Teil der Überschüsse auf Kreisebene in die Entlastung der Städte und Gemeinden fließen sowie Investitionen in Schulen und Strassen ermöglicht werden. Gleichzeitig bekennt sich die SPD MV zu einer weiteren Unterstützung des Landes bei der Entschuldung. Wir finden ein schöner Erfolg und ein Zeichen das ehrenamtliche Politik wirkt.“ Zitatende.

Die bösen Konsolidierungsvereinbarungen, die Investitionen und Kreisumlagen erschweren, waren das Lieblingsthema der Landratskandidatin der SPD im Landratswahlkampf in Vorpommern-Greifswald und es bleibt eines der Lieblingsthemen der SPD im Kreistag. Da die Umsetzung des Parteitagsbeschlusses auf Landesebene offenbar niemanden so richtig interessiert und die SPD-Landtagsfraktion bislang auch keine Initiative gezeigt hat, wollen wir Ihnen mit dem heutigen Antrag einen Schubs geben und Sie an Ihre eigenen Beschlüsse gern erinnern.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Oder Sie belehren uns heute eines Besseren und legen dar, dass die bestehenden Konsolidierungsvereinbarungen mittlerweile neue Spielräume für die betroffenen Kommunen eröffnen.

Meine Damen und Herren, wir haben vor allem eine Bitte: Lassen Sie Ihre eifrigen Parteikollegen an der Basis nicht

im Regen stehen! Unternehmen Sie endlich etwas in der Sache, denn die Kollegen nerven uns vor Ort mit diesem Ansinnen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

obwohl wir geduldig betonen, dass allein auf der kommunalen Ebene das Dilemma nicht zu lösen ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Dennoch stellten die SPD-Rebellen im Kreistag Vorpommern-Greifswald einen Antrag,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

in dem der Landrat, vormals die Landrätin, beauftragt wird, mit dem Innenministerium zeitnah zu verhandeln, um die Konsolidierungsvereinbarungen zum 1. Januar 2019 neu zu fassen, also dahin gehend, dass überplanmäßige Überschüsse im Landkreis nicht nur in die Konsolidierung fließen, sondern auch in wichtige Investitionen. Auf die Punkte dieses heroischen Antrags gehe ich gern auch noch mal in der Debatte ein. Ja, und dank der Linksfraktion im Kreistag gab es für den Antrag auch eine Mehrheit, gleichwohl uns schon vorher klar war, dass er in seiner Konsequenz eigentlich wirkungslos bleibt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das muss er aber nicht, wenn Sie, meine Damen und Herren, heute dem Anliegen der Landes-SPD zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Henning Foerster, DIE LINKE:  
Schauen wir mal!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Die haben gar keinen eigenen  
Inhalt, die zitieren nur die SPD.)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(Marc Reinhardt, CDU: Völker, hört  
die Signale, kann ich da nur sagen.)

Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste!

Es ist immer schade, Frau Rösler, wenn Sie die aktuellen Beschlusslagen des Kreistages nicht weiter mit ausführen. Was so die Beschlüsse einzelner Kreistagsfraktionen der jeweiligen Parteien sind, ist das eine, wir haben zum anderen die Gesamtsituation im Land zu berücksichtigen. Das tun wir.

„Konsolidierungsvereinbarungen im Land weiterentwickeln“, so lautet der Antrag, den Sie uns heute vorlegen. Darin soll der Landtag einerseits feststellen, dass „viele Kommunen im Land mit hohen Schuldenständen belastet“ sind – neue Erkenntnis! –, andererseits will er, dass Mehreinnahmen, die über die vereinbarten Ziele hinausgehen, investiert werden.

Zum Punkt 1 kann ich sagen: Wissen wir.

Zu Punkt 2 kann ich sagen: Machen wir schon.

(Marc Reinhardt, CDU: Jo.)

Dann könnte ich mich theoretisch wieder hinsetzen, aber dann heißt es wieder, das ist oberflächlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Zu Recht! Zu Recht!)

und deswegen möchte ich schon gerne auf die Fragen eingehen.

Ob der Landtag nun diesem Antrag zustimmt oder nicht, ist dementsprechend in der Frage wirklich egal, da die Landesregierung schon jetzt alles daransetzt, dass die Kommunen im Land finanziell gesunden können, oder wir denen helfen oder unter die Arme greifen, wo es besonders notwendig ist. Ein wichtiger Baustein – und das ist nie strittig gewesen, auch nicht im Innenausschuss – sind dabei die Konsolidierungsvereinbarungen, die wir beispielsweise mit den kreisfreien Städten Rostock und Schwerin, aber auch mit Neubrandenburg, mit Stralsund, mit Wismar, vor Kurzem mit der Stadt Eggesin abgeschlossen haben, mit den Landkreisen Vorpommern-Greifswald, mit Ludwigslust-Parchim, mit Vorpommern-Rügen und auch mit der Mecklenburgischen Seenplatte.

Bereits 2012 haben wir neben den Konsolidierungshilfen 100 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt, um Kommunen mit überdurchschnittlich großen strukturellen Haushaltsproblemen dabei zu helfen, ihre Defizite abzubauen. Alle kommunalen Körperschaften, die antragsberechtigt waren, haben eine solche Vereinbarung bekommen. Alle haben eine Vereinbarung bekommen, nicht alle sind eine Vereinbarung eingegangen. Auch das ist kommunale Selbstverwaltung, das muss man dazusagen. Vorausgesetzt, dass sie sich an ihre Verpflichtungen halten, werden sie bis Ende 2020 von diesen 100 Millionen Euro profitieren, ganz im Sinne, wie wir es vereinbart hatten, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe.

Diesen kommunalen Haushaltskonsolidierungsfonds haben wir nicht gebildet, weil wir damals nichts Besseres mit unserer Zeit zu tun wussten, sondern weil uns die Schuldenlast der Kommunen sehr wohl bewusst ist. Außerdem ist mit dem neuen FAG der Kommunale Entschuldungsfonds hinzugekommen, der noch einmal gut 70 Millionen Euro zur Verfügung stellt zur kommunalen Entschuldung. Mit der Hälfte davon haben wir den kommunalen Haushaltskonsolidierungsfonds aufgestockt, aus dem die Konsolidierungsvereinbarungen finanziert werden. Mit den anderen 35 Millionen Euro unterstützen wir den Defizitabbau in den Kommunen. Für 1 Euro Defizitabbau sozusagen aus eigener Erwirtschaftung gibt das Land 1 Euro dazu. Fast die gesamten 17,5 Millionen Euro, die hierfür in diesem Jahr zur Verfügung standen, wurden bereits an die Gemeinden verteilt, und das ist auch gut so.

Wir reden aber hier nicht nur über die Jahre 2018 und 2019, sondern – und das steht auch im angepassten FAG – die Gemeinden sollen ab 2020 dabei unterstützt werden, Kredite zurückzuführen, Schulden abzubauen. Dazu werden dauerhaft Mittel in den kommunalen Entschuldungsfonds einfließen. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind also schon längst dabei, Kommunen zielgerichtet und dauerhaft zu entschulden. Sie wollen als Opposition noch schnell auf den bereits vorhandenen Zug aufspringen und den Kümmerer geben. Das ist sicherlich nett, aber der Zug ist schon voll unterwegs und da müssen Sie sich beeilen, dass Sie noch einen Platz bekommen.

Der Schuldenabbau der Kommunen wird prioritär auf allen politischen Ebenen gefördert und selbstverständlich unterstützen wir die Kommunen bei diesem Prozess. Es gibt keinen Grund, warum der Landtag Ihrem Antrag folgen sollte und längst offene Türen einrennen soll.

Genauso sieht es mit der zweiten Ziffer Ihres Antrags aus. Hier wird gefordert, dass Mehreinnahmen, die über die in den Konsolidierungsvereinbarungen festgehaltenen Ziele hinausgehen, für Investitionen und zur Absenkung der Kreisumlage eingesetzt werden dürfen. Eine Weiterentwicklung der Konsolidierungsvereinbarungen, wie das hier behauptet wurde, wird das aber nicht, denn schon jetzt gilt, was über die Vereinbarung hinaus an Überschüssen entsteht, kann für notwendige Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen,

(Thomas Krüger, SPD: Das geht.)

an Kitas, Sporthallen, Sportplätzen, aber auch für Straßen und Ähnliches eingesetzt werden.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Es dürfen nicht nur die Teilziele nach den jeweiligen Konsolidierungsvereinbarungen in den Wind geschlagen werden, daran muss dann auch jeder sein Interesse haben. Aber es geht hier nicht nur um die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, selbst Investitionen dürfen durch hoch defizitäre Kommunen vorgenommen werden. Das regelt die Gemeindehaushaltsverordnung Doppik und das ist dann der Fall, wenn die entsprechenden Kreditaufnahmen für pflichtige Aufgaben notwendig sind oder aber der Wiederherstellung der finanziellen dauernden Leistungsfähigkeit zumindest nicht entgegensteht.

Auch in den Landkreisen – das ist mir besonders wichtig, weil das hier angesprochen wurde – dürfen die Überschüsse sehr wohl zur Absenkung der Kreisumlage verwendet werden.

(Marc Reinhardt, CDU: Das passiert ja auch.)

Ich sage ganz klar: Mein Haus wird es immer unterstützen, wenn sich dabei an die Teilziele der Konsolidierungsvereinbarungen gehalten wird. Das eine bedingt natürlich das andere, so, wie wir das beispielsweise mit Vorpommern-Greifswald gemacht haben, und zwar gemeinsam. Hier hatte der Landkreis uns bereits im Sommer wissen lassen, dass er den Kreisumlagehebesatz von derzeit noch 46,36 Prozent für 2019 leicht absenken will, was er auf der letzten Kreistagssitzung auch getan hat. Damit sollen die Kommunen entlastet werden. Das ist absolut in Ordnung. Hier werden aber auch keine Teilziele der Konsolidierungsvereinbarung verletzt und

deswegen ist der Handlungsspielraum für die Kommune vorhanden. Im Fall Mecklenburgische Seenplatte sah das etwas anders aus, weil hier das Teilziel 2018 um rund 7,7 Millionen Euro verfehlt wurde.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Also mussten die Vorgaben angepasst werden, um die ausgefallenen Beträge auszugleichen. Auch das ist durch den Kreistag erfolgt, und zwar in eigener Regie, ohne dass man jetzt gesagt hat, hier muss eingegriffen werden oder hier muss neu verhandelt werden.

Mit anderen Kommunen haben wir dies in den zurückliegenden Jahren schon sehr erfolgreich gemeinsam über die Bühne gebracht. Ich erinnere an Rostock mit der festen Vereinbarung, jährlich 10 Millionen einzubringen. Alles, was darüber an Einnahmen ist, darf zur freien Verfügung verwendet werden. Man ist so eher mit dem Abbau fertig gewesen, auch das ist gut. Insofern lassen die Konsolidierungsvereinbarungen genügend Spielräume zu, die ebenso Investitionen ermöglichen, solange dies nicht gegen geltendes Haushaltsrecht verstößt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in Zukunft werden weder die Landesregierung noch mein Haus die Kommunen mit ihren Problemen im Regen stehen lassen. Allen Beteiligten ist daran gelegen, die Kommunen zu entschulden und ihre Haushalte zu konsolidieren. Das muss aber immer ein gemeinsamer Weg sein. Es kann nicht ein einseitiger Weg sein, indem alles, was an zusätzlichen Finanzen kommt, immer nur in die Investition geht und kein Interesse für eine eigene Entschuldung besteht. Aber hier ist in den letzten Jahren gemeinsam unglaublich viel auf den Weg gekommen.

Die Landesregierung wird die notwendigen Investitionen in Schulen, in Kitas, Sporthallen und so weiter unterstützen und dem auch nicht entgegenstehen. Darüber hinaus liegt es aber in der Sache, dass Sinn und Zweck einer Konsolidierungsvereinbarung auch der Konsolidierungsprozess ist. Ansonsten stehen wir hier in 30 Jahren immer noch und führen die gleichen Debatten. Weder ich noch Sie, noch die Kommunen selbst werden daran ein Interesse haben. Wer die Entwicklung der letzten Jahre sieht, kann feststellen, dass im Weg der Entschuldung bei den Kommunen bereits viel erreicht worden ist. Aber wir haben noch viel gemeinsam zu tun.

Die Koalitionsfraktionen haben mir signalisiert, dass ab 2020 die notwendigen Mittel zum Abbau der Altschulden beim Wohnungsbau zur Verfügung stehen, sodass wir auch diese große Baustelle in den nächsten Jahren abräumen werden, Sie wissen, rund 350 Millionen Euro Altschulden allein in der Wohnungsbauwirtschaft aus den sogenannten DDR-Altschulden. Auch diese werden wir gemeinsam tilgen.

Insofern bin ich optimistisch, dass wir langfristig im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz und möglichen Spielräumen, die da zusätzlich für die Kommunen im Bereich der Investitionen entstehen, hier einen großen Schritt in Richtung schuldenfreie Kommunen und mehr Bewegungsfreiheit und Eigenständigkeit für die Kommunen erreichen werden. Dafür wünschen wir uns alles Gute.

Ich bedanke mich bei allen, die mit zu diesem Konsolidierungsprozess beitragen, der durchaus nicht einfach ist

und wo man nicht immer unmittelbar die Sympathie gewinnen kann, wenn man im Zweifelsfall sagt, was wir uns in diesem Jahr nicht leisten können, sondern vielleicht erst im nächsten. Aber gerade dafür sagen wir all denen, auch denen, die gerade im Ehrenamt in den Kommunen dafür da sind, die Haushalte mit zu verabschieden, herzlichen Dank. Ich bin optimistisch, dass wir das Ziel erreichen werden. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Jürgen Strohschein, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

**Dirk Lerche, AfD:** Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Werte Gäste!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Liebe Landsleute! Wie meine Kleine Anfrage vom 5. September 2017 ergab, bestanden zu diesem Zeitpunkt 18 Konsolidierungsvereinbarungen mit kreisfreien Städten, Landkreisen, großen kreisangehörigen Städten und kreisangehörigen Gemeinden. Jede dieser Konsolidierungsvereinbarung hatte andere Ursachen, eine andere Vorgeschichte. Fakt ist, in den letzten 20 Jahren wurden vom Bund durch die verschiedensten Gesetze den Kommunen zusätzliche Aufgaben mit den dazu anfallenden Kosten und Ausgaben aufgebürdet.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ob es die Ausgestaltung der Sozialgesetzbücher der Regierung Schröder war oder die Zusatzaufgaben, die die jetzige Kanzlerin den Kommunen mit ihrer Migrationswelle aufs Auge drückte, selbst kleine, durchaus wünschenswerte Gesetze

(Thomas Krüger, SPD:  
Das hat aber lange gedauert,  
bis Sie da angekommen sind.)

wie das Unterhaltungsvorschussgesetz sorgen in den Kommunen für Mehrausgaben.

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist aber nicht neu, die Unterhaltsvorschrift.)

Andere Ausgestaltung des Unterhaltungsvorschussgesetzes.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Diese müssen besser ausgeglichen werden, da stimme ich Ihnen zu. Aber auch Missmanagement, ausufernde Verwaltung, schlechte Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden bei sozialen Dienstleistungen unter anderem führten und führen weiter zu Verschuldungen. Wenn ich mir hier zum Beispiel den Doppelhaushalt der Stadt Schwerin ansehe, den ich als Stadtvertreter abgelehnt habe, sehe ich immer nur Stellenaufwuchs und kein Bemühen zur Einsparung in der Verwaltung.

(Thomas Krüger, SPD: Wer hat kein Bemühen zu Einsparungen in der Verwaltung?!)

Natürlich müssen zusätzliche Einnahmen zur Schuldenreduzierung eingesetzt werden. Wenn die Zinsen nur um

ein bis zwei Prozentpunkte wieder angehoben werden, dann ist eine Stadt wie Schwerin pleite und dann läuft gar nichts mehr.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ausnahmen für Kreditaufnahmen für Investitionen in Schulen, Kitas, Sporthallen und Plätze gibt es, nur, dass sich das Innenministerium das im Einzelnen anschaut, und das ist auch gut so. Der Minister hat gerade dazu ausgeführt.

Liebe LINKE, wenn Sie etwas für die kommunale Ebene tun wollen, fordern Sie vom Bund eine Anhebung der Zuweisungen aus der Einkommenssteuer von zum Beispiel zwei Prozent. Das spült den Kommunen in Deutschland zusätzlich 7 Milliarden Euro in die Kassen. Die Kommunen werden es Ihnen danken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

**Martina Tegtmeier, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Rösler, ich habe mich ein bisschen

(Marc Reinhardt, CDU: Gewundert.)

gewundert über Ihren Antrag zu diesem Zeitpunkt

(Marc Reinhardt, CDU: Ja. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und muss sagen, nach Ihrer Rede vorhin habe ich den Eindruck gewonnen, Sie wollen uns als SPD hier ein wenig vorführen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein!)

Aber ich glaube,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:  
Ein bisschen Wind in die Segel bringen!)

peinlich wird das in erster Linie für Sie selbst, denn das, was Herr Innenminister hier ausgeführt hat, kann ich nur bestätigen.

Sie sprachen die Anträge der SPD-Gremien hier ganz konkret an. In der Tat, es ist so, die Freundinnen und Freunde aus Vorpommern

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht  
Genossinnen und Genossen?!)

haben zum Landesparteitag einen entsprechenden Antrag eingebracht, der darauf abzielte,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:  
Es gibt Freunde und Genossen!)

dass Überschüsse, die über die Konsolidierungsvereinbarungen hinaus beim Kreis ankommen, ebenfalls für anderes, für Investitionen – eventuell Senkung der

Kreisumlage – eingesetzt werden können. Der Antrag wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen. Das war im Mai.

Im Juni hat die Kreistagsfraktion der SPD in Vorpommern-Greifswald diesen Antrag im Kreistag gestellt und er ist von, ich glaube, fast allen Fraktionen, nicht Vorpommern-Greifswald, na gut, dann war die Information ein bisschen enthusiastisch, aber mit guter Mehrheit dennoch beschlossen worden. Das war zu einem Zeitpunkt, als es offensichtlich noch nicht selbstverständlich war, dass das, was der Innenminister hier eben berichtete, umgesetzt werden konnte.

Noch mal einen kleinen Blick zurück: Die Konsolidierungsvereinbarungen im Land schließen wir schon seit mehreren Jahren ab. Bevor die ersten auf den Weg kamen, hat es nicht Wochen oder Monate, sondern teilweise sogar Jahre gedauert, bis das in Sack und Tüten war und man das Angebot, sage ich mal, auf kommunaler Ebene angenommen hat, weil damit immer eine hohe Selbstverpflichtung verbunden war. Das war ja mal der Hintergrund. Die sind sehr individuell entsprechend den Erfordernissen vor Ort ausgestaltet.

Nun zurück zu den Anträgen, die hier eine große Rolle spielen: Vor vier Wochen ungefähr habe ich mit Vertretern der SPD in Vorpommern-Greifswald gesprochen, das heißt, nein, das war umgekehrt, sie haben mit mir gesprochen und gesagt, die Entwicklung sieht jetzt in der Tat so aus, dass die Konsolidierungsvereinbarungen hier genauso ausgelegt werden, wie wir sie brauchen und wie es unserem Beschluss im Kreistag entspricht. Und dann kam dieser Antrag.

Ich habe gerade letzte Woche noch mal mit Vertretern gesprochen, ob sich jetzt irgendwas an der Situation in Vorpommern-Greifswald verändert hätte, dass wir annehmen müssten, es war nur mal so eine kleine Zwischenerscheinung und dass es nun doch nicht so wäre, wie gedacht. Nein, hat man gesagt, es ist tatsächlich nach wie vor so, dass die Vereinbarung gilt, dass die Mittel, die über die Konsolidierungsvereinbarungen hinaus erzielt werden, durchaus genau dafür eingesetzt werden können. Diese Flexibilität ist da, wie das der Forderung entsprach. Daher sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass wir zurzeit keine Initiative auf Landesebene ergreifen müssen, weil das zufriedenstellend, individuell angepasst und den tatsächlichen Einnahmen entsprechend vor Ort umgesetzt wird. Herr Minister, ich bedanke mich ganz herzlich dafür, dass diese Flexibilität vorhanden ist. Ich sehe zurzeit keinen Handlungsbedarf. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

**Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag der Linksfraktion oder, ich weiß nicht, vielleicht dann doch eher der SPD, greift auf jeden Fall ein wichtiges Thema auf.

Frau Tegtmeier, ich war eigentlich schon geneigt, dem Herrn Caffier zu glauben, dass das Thema gar nicht

mehr relevant ist, weil man es schon gelöst hat, aber jetzt haben Sie mich endgültig verwirrt. Ich weiß nun wirklich nicht mehr genau, was jetzt möglich ist und was nicht möglich ist.

(Marc Reinhardt, CDU: Alles! –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich komme noch mal auf den Antrag zurück. Der Antrag stellt ja einen ganz wesentlichen Punkt dar: Wenn Überschüsse vorhanden sind, das ist ja ein Luxusproblem, das hatten wir früher gar nicht. Es ist ein wunderbares Problem eigentlich, dass die Kommunen mittlerweile teilweise Überschüsse erzielen können, die nicht geplant waren und die über das hinausgehen, was man gedacht hat. Die Frage ist doch jetzt nur: Was macht man mit dem Geld? Steckt man das komplett in die Schuldentilgung oder darf man damit auch investieren?

Frau Rösler habe ich so verstanden, dass das komplett in die Schuldentilgung fließen muss. Herrn Caffier habe ich so verstanden, dass das so nicht stimmt, sondern dass man auch investieren darf. Frau Tegtmeier habe ich jetzt gar nicht so ganz verstanden. Das liegt vielleicht an mir, Entschuldigung.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Jedenfalls ist das Thema im Moment nicht ganz geklärt. Deswegen schlage ich vor, dass wir den Antrag überweisen in den Innenausschuss federführend und in den Finanzausschuss mitberatend, um definitiv zu klären, welche Möglichkeiten wir haben, um die 18, oder wie viel waren es, 28 Konsolidierungsvereinbarungen weiterzuentwickeln, denn es ist ja ein ganz ernsthaftes Ansinnen.

Was ich in dem Antrag allerdings nicht so ohne Weiteres gutheißen würde, wäre die ausdrückliche Ausnahmeregelung für Kreditaufnahmen für Investitionen. Das ist mir so noch ein bisschen zu allgemein formuliert. Deswegen, denke ich, wir müssten das ohnehin im Ausschuss beraten, denn das muss an bestimmte Bedingungen geknüpft sein. Doch so, wie es jetzt im Antrag steht, wäre es auch aus meiner Sicht noch nicht ausreichend.

Wenn die Mehrheit des Landtages der Idee nicht folgen kann, dann sollten wir es trotzdem in den beiden Ausschüssen besprechen, denn das ist einfach ein Ansinnen, was der Klarheit bedarf. Die Kommunen müssen wissen, was sie tun dürfen. Die Jahresabschlüsse stehen hoffentlich bald bevor. Wenn die Rückstände bei der Jahresabschlusserstellung mal aufgeholt werden, wird man bald wissen, wie das Jahr 2018 gelaufen ist und ob die dann zu erwartenden Überschüsse für die Schuldentilgung eingesetzt werden müssen oder ob auch Spielraum für zusätzliche Investitionen besteht. Es geht ja nicht nur um Instandhaltung, sondern um echte Investitionen.

(Egbert Liskow, CDU: Immer in  
Abstimmung mit dem Innenminister.)

Egbert, jetzt habe ich nicht verstanden.

(Egbert Liskow, CDU: Immer in  
Abstimmung mit dem Innenminister.)

Immer in Abstimmung mit dem Innenminister, ja. Vielleicht ist das der Knackpunkt, der unklar ist, dass man

zwar darf, aber nur mit dem Innenminister gemeinsam. Dann würde ich Frau Rösler so verstehen, dass sie da wahrscheinlich klare Regeln haben möchte und nicht immer nur in Abstimmung mit dem Minister. Das ist ja ein großer Unterschied.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Es gibt ja Regelungsvereinbarungen.)

Also wir haben Regelungs- und Diskussionsbedarf. Das zeigt sich ja jetzt hier auch wieder. Lassen Sie uns das einfach im Ausschuss klären, so oder so. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –  
Zuruf von Horst Förster, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Abgeordneter Herr Wildt, das hat mich jetzt ein bisschen enttäuscht, weil ich habe klar ausgeführt, die Regeln sind klar, die sind allen betroffenen Kommunen klar, es ist auch eindeutig geregelt. Sie müssen deswegen mit dem Innenministerium eine Rücksprache halten, weil wir die Konsolidierungsvereinbarungen gemeinsam abgeschlossen haben

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und weil wir dementsprechend auch Geld zur Verfügung stellen,

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

was das Land, was Sie zur Verfügung stellen. Und da, wie in allem, das wissen Sie als Unternehmer am besten, wo Gesetze abgeschlossen sind, ist das wie feste Regeln.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die kommen auf uns zu, wenn sie Überschüsse haben und diese anderweitig einsetzen wollen. Dementsprechend vereinbaren wir uns auch, dass das nicht in jedem Fall alles in die Rückführungskasse geführt wird, sondern dass es für die notwendigen Investitionen, die sie meist für die Unterhaltung brauchen, die sie schon im Vorfeld eingeplant haben, die dann auch dementsprechend durchgeführt werden können, verwendet werden kann. Wenn dann noch zusätzliche Überschüsse sind, sind die allerdings für die Rückführung der Kredite zusätzlich da.

Das hat in Rostock über 15 Jahre hervorragend geklappt. Rostock ist heute schuldenfrei. Ich wüsste überhaupt keinen Grund, warum ein funktionierendes System, was wir derzeit mit unterschiedlichen Kommunen haben, jetzt infrage gestellt wird. Die Kommunen sind jedenfalls nicht auf uns zugekommen – ich kann das jetzt nur für mich sagen, für die Mitarbeiter meines Hauses, die auch hier sind – und haben gesagt, wir wollen das anders haben. Nein, im Gegenteil. Gerade mit dem Landkreis Vorpommern Greifswald haben wir uns jetzt im Vorfeld schon vor dem Beschluss geeinigt, weil es natürlich nicht ganz

einfach ist, wenn Sie eine Kommune haben oder einen Landkreis, der einen relativ großen defizitären Haushalt hat, der sich aber anstrengt, dort runterzukommen, der aufgrund der Situation bessere Einnahmen hat, sagt, ich möchte das an die Gemeinden runtergeben, ich möchte die Umlage absenken. Da haben wir gesagt, könnt ihr. Ihr erreicht eure Teilziele trotzdem. Und genau das ist, glaube ich, der richtige Weg. Also insofern: klare Regeln zwischen dem Innenministerium und den betroffenen Kommunen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

**Marc Reinhardt, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch hier verhält es sich, Frau Rösler, wie mit dem Hasen und dem Igel: Wir sind all dor.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich glaube, es ist wie bei dem Antrag mit der AfD vorhin, beide Punkte, die Sie ansprechen – Sie haben das durch den Innenminister und auch durch Frau Tegmeier gehört – wurden und werden bereits umgesetzt. Ich will das wegen der Zeitersparnis jetzt nicht alles wiederholen, aber wir haben die unterschiedlichsten Formen. Ich will es nur mal an zwei Beispielen, den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte, deutlich machen. Dort verfahren wir in den letzten zwei Jahren so, der Innenminister hat es gesagt.

Im letzten Jahr haben wir noch etwas holprig, sage ich mal, im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die Kreisumlage um zwei Prozent gesenkt. Da sind wir auch zum Innenminister gefahren. Es sah so aus, als wenn wir die Konsolidierungsvereinbarungen nicht ganz einhalten. Gemeinschaftlich mit dem Kreistag hat man es geschafft, das einzuhalten. Dann war es möglich, diese Kreisumlage senkung zu machen.

Wir haben im letzten Jahr deutlich mehr Kredite aufgenommen, als es vorgesehen war. Hier konnte der Kreis ebenfalls mit dem Innenministerium reden, weil es für dringende notwendige Investitionen in Kreisstraßen und, und, und nötig war und man nachweisen konnte, macht man die Investition nicht, wird es am Ende deutlich teurer. Das ist vielleicht nicht ganz schön, wenn man so eine Konsolidierungsvereinbarung hat und man muss zur Aufsichtsbehörde fahren und mit denen verhandeln, aber es ist durchaus möglich und hat Erfolge erzielt.

Auch in diesem Jahr hat der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte – Herr Koplín war ja das letzte Mal dabei am Montag – den Haushalt beschlossen. Dort hat der Kreistag ebenfalls noch mal Änderungen vorgenommen. Wir haben, weil ein Überschuss ausgewiesen wurde – der lag jetzt zwar nur bei 80.000 –, noch mal 40.000 Euro davon in die Jugendhilfe gesteckt, um hier mehr auszugeben. Wir haben ebenso beschlossen, noch mal eine 2 Millionen höhere Kreditaufnahme zu tätigen, um 1,5 Millionen in den Kreisstraßenbau zu investieren und 500.000 Euro in die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehren. Auch diese 2 Millionen werden wir jetzt wieder mit dem Innenministerium verhandeln und da zu einem guten Ergebnis kommen.

An diesen beiden Beispielen sehen wir, dass das System aus meiner Sicht schon mehrere Jahre richtig gut funktioniert, wie wir Schritt für Schritt vorankommen. Dass wir noch lange nicht am Ziel sind, das will ich auch sagen. Gerade in den beiden Kreisen Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte wird das noch ein paar Jahre dauern. Aber ich glaube, der Instrumentenkasten ist gut so, wie er ist.

Wenn wir ab 2020 dazu kommen, uns ebenso der Problematik „Altschulden für den Wohnungsbau“ anzunehmen, und dort auch richtig entscheidend vorankommen, haben wir vielen Landkreisen und vielen Gemeinden und Städten hier bei uns im Land geholfen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg und den werden wir auch weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und  
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

**Jeannine Rösler, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn alles so wunderbar läuft und es eigentlich kein Problem gibt und, wie Herr Marc Reinhardt hier sagt, es auch schon seit zwei Jahren oder seit Längerem so gut läuft,

(Torsten Renz, CDU: Das zeigt,  
dass der Antrag überflüssig ist.)

dann frage ich mich allerdings, ob Ihr Koalitionspartner das nicht mitbekommen hat. Denn warum stellt man solche Anträge auf einem Parteitag, wenn eigentlich alles in Butter ist? Also da bin ich schon verwundert.

(Unruhe vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Thomas Krüger, SPD: Wenn man die Beschlüsse  
des Parteitages der LINKEN sich anguckt! –  
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:  
Das ist aber schade!)

Ja, da bin ich aber schon verwundert und ich habe eigentlich auch nichts anderes erwartet, als dass Sie hier sagen, der Antrag ist überflüssig und es gäbe gar keinen Handlungsbedarf, weil alles läuft.

Mir ist natürlich auch klar, dass der Genosse von Malottki Ihnen gegenüber angezeigt hat, dass der Parteitagsbeschluss längst umgesetzt sei, was damit begründet wird, dass die Kreisumlage jetzt gesenkt wurde, wenn auch nur minimal, und sage und schreibe 2 Millionen Euro zusätzlich für Investitionen möglich wären, die, wenn man allerdings ehrlich ist, ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Aber so interpretiert und bewertet eben jeder den Erfolg anders.

Ich glaube nicht, und das will ich hier auch so deutlich sagen, dass die Zugeständnisse des Innenministeriums auch nur annähernd etwas mit dem SPD-Parteitagsbeschluss zu tun haben und nicht wirklich der SPD zuzuschreiben sind. Aber darum geht es auch gar nicht

(Andreas Butzki, SPD: Na klar!)

und schon gar nicht allein um Vorpommern-Greifswald. Es geht allein darum, dass wir starke, handlungsfähige

Kommunen brauchen. Viele verfügen eben nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Nachhaltige Konsolidierung ist sicher unumgänglich, aber eben zumeist nicht aus eigener Kraft zu schaffen. Insofern brauchen wir Konsolidierungs- und vor allem auch Entschuldungsprogramme.

Nachhaltigen Erfolg erzielen wir jedoch nicht, wenn sich die Städte und Gemeinden dabei kaputtsparen und erforderliche Investitionen oder Unterhaltungsmaßnahmen unterlassen oder sie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Das verursacht am Ende deutlich höhere Kosten. Das wissen wir alle. Deshalb dürfen Konsolidierungsvereinbarungen auch keine Knebelverträge sein und Konsolidierungshilfen nicht auf Kosten der Zukunftsfähigkeit gehen. Wenn dies alles kein Problem mehr darstellt und neue Spielräume eingeräumt wurden und werden, dann frage ich mich aber auch, auf welcher rechtlichen Grundlage. Was hat sich seit Mai dieses Jahres wirklich geändert und wo ist dies nachzulesen?

Meine Damen und Herren, die Debatte heute erleichtert uns zumindest die Argumentation, wenn die SPD-Rebellen mit der nächsten Initiative um die Ecke kommen

(Thomas Krüger, SPD:  
Wir haben keine Rebellen. Mitglieder,  
Genossen, aber keine Rebellen!)

und von der Kommune etwas einfordern, was zunächst durch das Land zu verantworten und zu regeln ist.

Das Anliegen des vorliegenden Antrages will ich gerne noch mal mit den Worten Ihrer SPD-Kommunalpolitiker verdeutlichen,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,  
und Martina Tegtmeyer, SPD)

und das ist noch gar nicht so lange her. Der Antrag hat die Entlastung der Städte und Gemeinden und die Stärkung der sozialen und verkehrlichen Infrastruktur zum Ziel. Die Städte und Gemeinden befinden sich in einer desolaten finanziellen Lage. Die Bürgerinnen und Bürger spüren die schlechte Finanzlage in Form von Steuer- und Gebührenerhöhungen. Nicht wenige Gemeinden müssen sich verschulden, um überhaupt die Kreisumlage zahlen zu können. Daher ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen, um Entlastung zu bringen.

Die Konsolidierungsvereinbarungen sollen so geändert werden, dass über das festgelegte Konsolidierungsziel hinaus niemand zur Schuldentilgung gezwungen wird. Außerdem sollen über das Konsolidierungsziel hinausgehende Überschüsse für Investitionen verwendet werden dürfen und genutzt werden, um Städte und Gemeinden zu entlasten, sprich, Kreisumlage senken.

Wir brauchen aber auch ein stärkeres Engagement des Landes bei der Tilgung von Altschulden.

(Thomas Krüger, SPD: Genau deswegen  
haben wir die FAG-Reform gemacht.  
Genau das ist passiert! Deswegen  
haben wir gehandelt!)

Wie gesagt, das sind nicht meine Worte, aber ich teile sie weitgehend, ist es doch meine Fraktion, die die Interessen der Kommunen hier immer wieder zur Sprache bringt

und sie mit parlamentarischen Initiativen untersetzt. Das Anliegen der Landes-SPD ist es uns nach wie vor wert, dass wir hier darüber abstimmen,

(Thomas Krüger, SPD:  
Das ist sehr nett. Genau  
deswegen haben wir gehandelt.)

oder ich würde mich dem Vorschlag des Kollegen Wildt anschließen, dass wir beantragen, den Antrag zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

**Bernhard Wildt,** Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich bleibt es bei dem Antrag, den Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. Da können wir das gerne noch mal diskutieren.

Ich möchte mich ausdrücklich beim Herrn Innenminister bedanken. Er hat mir oder uns allen hier das noch mal sehr ausführlich und sehr gut nachvollziehbar erklärt. Es ist selbstverständlich logisch, dass in einer bestehenden Vereinbarung, wenn man denn davon abweichen will, der Vertragspartner, der mitunterzeichnet hat, auch seine Zustimmung dazu geben muss. Es kann nicht sein, dass die Kommunen mit zusätzlichen Überschüssen machen können, was sie wollen, ohne Rücksprache zu nehmen, während dann das Land in der Pflicht ist, um Altschulden abzudecken. Das wäre eine Unwucht, die so nicht möglich ist.

Also ich bleibe bei dem Vorschlag, dass wir das im Ausschuss noch mal diskutieren sollten. Aber mir ist nach der zweiten Äußerung vom Herrn Minister deutlich geworden, worum es bei der Angelegenheit geht. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2899 zur federführenden Beratung an den Innen- und Europaausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Hier sehe und höre ich keinen Widerspruch zum Antrag. Von daher werden wir so verfahren. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, AfD und Freie Wähler/BMV abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2899. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2899 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion Freie Wähler/BMV liegt Ihnen auf Drucksache 7/2990 ein Antrag zum Thema „Erdgaspipeline Nord Stream II“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Nummer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Herr Fraktionsvorsitzender Wildt, Sie haben das Wort.

**Bernhard Wildt**, Freie Wähler/BMV (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Präsident Trump der Vereinigten Staaten hat am Montag offiziell gefordert, dass das Projekt Nord Stream 2 gestoppt wird. Im Kongress werden verschiedene Sanktionsvorschläge schon als Gesetzesentwurf diskutiert, Sanktionsvorschläge, die sich gegen Unternehmen und Personen richten, die sich an diesem Projekt beteiligen, das heißt, unmittelbar hier auch auf deutscher Seite. Und in der CDU-Bundestagsfraktion wurde ein Positionspapier verabschiedet – CDU/CSU –, was diese Position bestärkt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Skandalös!)

Auch die CDU-Abgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern Herr Rehberg, Amthor, Strenz, Monstadt und Stein haben dieses Positionspapier mitunterzeichnet.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Unerhört!)

Aus diesem Grund, weil die CDU eine Regierungspartei ist, sowohl im Bund wie auch hier im Land, fordern wir auf, klarzustellen, dass das Land und die Landesregierung

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sehr richtig!)

eindeutig hinter diesem Projekt stehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Eilbedürftigkeit ist geboten, weil wir erstens wissen, dass die amerikanische Regierung nicht sehr viel Federlesens macht, wenn sie sich einmal zu etwas entschlossen hat, und zweitens, weil das Projekt in einem kritischen Bauabschnitt ist, das heißt, jetzt in den nächsten Tagen bis zur nächsten Plenarsitzung wird sich auch entscheiden, ob man das Projekt durchziehen kann oder eben noch tatsächlich unterbricht. – Danke.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Bitte schön, Herr Renz.

**Torsten Renz**, CDU (zur Geschäftsordnung): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich warne eindringlich davor, wenn ein Herr Trump sich äußert beziehungsweise wie auch immer über Twitter oder Ähnliches hier Meldungen in die Welt setzt, dass wir das sofort zum Anlass nehmen, dann Dringlichkeitsanträge allein schon aus diesem Grunde zu beschließen.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und auch eine Berichterstattung der OZ vor zwei Tagen, wenn fünf Bundestagsabgeordnete aufgezählt werden aus M-V,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Namhaft!)

ist möglicherweise noch nicht ausreichend, um einem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Möglicherweise.)

Wenn das der neue Arbeitsstil der BMV/Freie Wähler sein sollte,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:  
Stellen Sie doch Ihre Position dar!)

dann möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass Antragsschluss meines Erachtens am 28. November war, und am 27. November hat die CDU/CSU-Bundestagsgruppe diesen Beschluss gefasst. Es wäre also schon mal ausreichend Zeit gewesen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: 24 Stunden.)

sich inhaltlich damit zu befassen. Insofern kann ich das, was Sie hier so vortragen, nicht als Dringlichkeit erkennen.

Zum Zweiten. Wenn Sie die inhaltliche Position hier beschreiben, dann kann ich Sie beruhigen, dass es bei der Landesregierung keine andere Auffassung gibt. Insofern hat sich auch inhaltlich die Sache hier so gut wie erledigt.

Ich empfehle drittens, einen vernünftigen Antrag – nicht so einen Zweizeiler – für die nächste Landtagssitzung niederzuschreiben, weil wir sehr wohl der Auffassung sind, dass wir dann ausreichend Zeit haben, uns politisch darüber auszutauschen. Wir lehnen die Dringlichkeit ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Jochen Schulte, SPD: Sehr gut, Herr Kollege!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung um diesen Tagesordnungspunkt nicht zugestimmt worden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Tagesordnungspunkt 33** auf: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Integrierter Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/2846.

**Unterrichtung durch die Landesregierung  
Integrierter Landesverkehrsplan  
Mecklenburg-Vorpommern (ILVP M-V)  
– Drucksache 7/2846 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe

und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Endlich liegt er vor, der Integrierte Landesverkehrsplan. Er ist Mitte Juni im Kabinett beschlossen worden, kürzlich als Drucksache in die Parlamentsdatenbank eingestellt und liegt nun auch als Broschüre vor. Er muss selbstverständlich, zumindest nach unserer Auffassung, im Fachausschuss ausführlich diskutiert werden. Wir beantragen deshalb die Überweisung in den entsprechenden Ausschuss. Allerdings habe ich auch schon das Signal bekommen, dass es darüber zumindest in der Mehrheit Einvernehmen gibt.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, hat dieser Plan eine sehr lange Geschichte und er ist auch als ÖPNV-Landesverkehrsplan, also ÖPNV-Landesplan seit elf Jahren überfällig. Dabei regelt das ÖPNV-Gesetz Mecklenburg-Vorpommern, dass er aufzustellen, bei Bedarf zu überarbeiten und fortzuschreiben ist. Bis zum Anfang des Jahrtausends hatte,

(allgemeine Unruhe –  
Glocke der Vizepräsidentin)

bis zum Anfang des Jahrtausends hatte der Infrastrukturausbau klare Priorität. Inzwischen steht die Erhaltung der Infrastruktur im Fokus, vor allem aber die Sicherung der Mobilität in allen Landesteilen und für jedermann, und das nicht erst seit heute.

Jetzt liegt er also vor. Die breite Beteiligung und der Prozess der Planerarbeitung, das wird von uns nicht kritisiert, im Gegenteil, dies war und ist gewollt. Die Verzögerung hatte aber Auswirkungen. Damit hatten vor allem die kommunale Ebene und die Verkehrsunternehmen zu kämpfen. Seit September 2011 gilt die Kreisgebietsreform. Gerade in den Jahren, als kommunale Verkehrsunternehmen fusionierten und an die neuen Kreisstrukturen anzupassen waren, als neue Nahverkehrspläne der neuen Landkreise beziehungsweise regionale Nahverkehrspläne zu erarbeiten waren, fehlte die Grundlage des Landes als Orientierung. Vorgaben, wie sich der ÖPNV entwickeln soll oder über ein Netz landes- und regional bedeutsamer Linien auch im Busverkehr, gab es nicht.

Damit war jeder Landkreis, jede Region auf sich allein gestellt zu entscheiden, wie weiter mit dem ÖPNV. Die neuen Nahverkehrspläne der Landkreise und Regionen gelten für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich, an der Kreisgrenze ist Schluss. Es fehlt die Vernetzung des ÖPNV über Verwaltungsgrenzen hinweg mit einer Draufsicht aus der Landesperspektive. Ohne jegliche Landesvorgaben zur Qualität des Nahverkehrsangebotes entwickelt sich der ÖPNV in den Landkreisen sehr unterschiedlich. Ausschlaggebend ist auch die Kassenlage der Aufgabenträger. Es besteht nach wie vor Unsicherheit. Der ÖPNV ist nicht auskömmlich finanziert und nach wie vor stehen Entscheidungen über eine künftige und vor allem aufgabengerechte Finanzierung des ÖPNV aus.

Meine Damen und Herren, ich will schlaglichtartig auf einige Fakten und Eckpunkte aus dem ÖPNV-Landesplan eingehen.

Erstens, zum Schienenpersonenfernverkehr. Das Fernverkehrsangebot wurde seit der Bahnreform deutlich reduziert. Auch mit den Änderungen im neuen Fahrplan und der sogenannten Bahnoffensive 2030 wird sich die Situation im Fernverkehr auf der Schiene für Mecklenburg-Vorpommern nicht verbessern.

Zweitens, das öffentliche Eisenbahnstreckennetz. Insgesamt hat es eine Länge von 2.050 Kilometern, davon sind 75 Prozent eingleisig und 48 Prozent nicht elektrifiziert – was schon ein deutliches Problem zeigt.

Drittens. Deutliche Steigerungen der Verkehrsnachfrage im Fern- und Nahverkehr gibt es vor allem auf den elektrifizierten und weitgehend zweigleisig ausgebauten Hauptstrecken.

Viertens. Eine deutliche Steigerung der Nachfrage im Vergleich der Jahre 2015 zu 2010 gibt es auf den Abschnitten Ludwigslust–Parchim und Malchow–Waren, und das bei fehlendem Südbahnabschnitt Parchim–Malchow. Auch im Vergleich 2015 zu 2004 besteht auf beiden Strecken eine positive Nachfrage, ein Grund mehr – für uns zumindest – für eine durchgehende Südbahn.

Fünftens. Ein integrierter Taktfahrplan konnte nicht umgesetzt werden, im Gegenteil, die Bahn ist aus dem Takt geraten. Es fehlen auch infrastrukturelle Voraussetzungen. Darüber hinaus haben wir nach wie vor unflexible langfristige Verkehrsverträge im SPNV und auf Schülerbeförderung reduzierte Busangebote. Das Land will mit einem Gutachten klären, wie die Taktung verbessert werden kann. Ein Entwurf der Untersuchungsergebnisse liegt der Landesregierung vor. In 2019 wissen wir hoffentlich mehr.

Sechstens, SPNV-Finanzierung. Die Aussagen wurden gegenüber dem Entwurf aktualisiert.

(allgemeine Unruhe –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Seinerzeit wurde von deutlich weniger Regionalisierungsmitteln ausgegangen. Nunmehr stehen für 2016 bis 2031 fast 4,5 Milliarden Euro Bundesmittel bereit. Landesmittel, so weist es der Plan aus, stehen für diese Aufgaben nicht zur Verfügung. Bislang bedient sich das Land aus dem Topf der Regionalisierungsmittel, um die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr zu finanzieren, aktuell rund 22 Millionen Euro jährlich. Dafür sind Landesmittel einzusetzen. Wenn das Land meint, kein Geld für SPNV einzusetzen, müssen die Regionalisierungsmittel wenigstens vollständig dem SPNV zugutekommen.

Siebtens, Finanzierung des ÖPNV. Das Land unterstützte 2016 mit 89 Millionen Euro 13 verschiedene Quellen, und vier verschiedene Landesministerien verwalten das Geld. Nur die Hälfte ist Geld aus dem Landestopf, der Rest Bundes- und EU-Mittel.

Achtens. Im ÖPNV gibt es nur einen Verbundtarif im Verkehrsverbund Warnow, zwischen den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte kreiseinheitliche Tarife, die sind gegenseitig anerkannt. Laut ÖPNV-Landesplan wird die Landesregierung einen landesweiten SPNV-Tarif prüfen. Zumindest wurde aus dem „sollte“ nun ein „wird“, aber wann steht nicht drin. Ein Landestarif, der Bahn und Bus umfasst, wird wegen der Kosten abgehackt. Darüber wollen wir gerne

noch mal reden. Was zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Berlin/Brandenburg geht, muss auch in Mecklenburg-Vorpommern machbar sein.

Zu guter Letzt stelle ich fest: Wir meinen, die Bahn hat auch weiterhin keine Lobby bei der Landesregierung. Da heißt es, die Bahn kann ihre Kernkompetenz erst bei hohen Nutzerzahlen beziehungsweise über längere Strecken ausspielen. Das mag sein. Aber die Spirale „ein schlechtes Angebot hat eine schlechte Nutzung zur Folge“ wird überhaupt nicht betrachtet. Hinzu kommt, würden endlich Trassenpreise auch für den Personenverkehr auf der Schiene halbiert und die Deutsche Bahn ungeliebte Strecken nicht besonders teuer machen, wäre viel gewonnen.

(Jochen Schulte, SPD:  
Ja, das sagen Sie doch mal dem  
Vorstand der Deutschen Bahn!)

Und gäbe es überall mindestens einen Stundentakt und gute Anschlüsse, dann würde die Bahn gewinnen und auch – davon bin ich überzeugt – die Nutzerzahlen würden steigen.

Mein vorläufiges Fazit zum ÖPNV-Landesplan: Er enthält durchaus gute Ansätze und Maßnahmen, aber weder Vorgaben für die zeitliche Umsetzung noch für die notwendige Finanzierung werden benannt. Nur eins steht fest und ist verankert, der öffentliche Personenverkehr wird vom Land nicht mehr Mittel erhalten. Dann bleibt es dabei, dass der ÖPNV nicht auskömmlich finanziert ist. Darüber wollen wir auch noch mal reden.

Denn eins ist auch klar, das Angebot im öffentlichen Verkehr entspricht schon lange weder in Qualität noch in Quantität dem Bedarf. Wer nicht mit Scheuklappen durch das Land zieht, wird hören und wahrnehmen, dass die Sicherung der Mobilität zu einer der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren werden wird. Mit Aussagen wie „Wir haben kein Geld“ und „Dafür sind wir nicht zuständig“ kommen wir kein Stück weiter. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Um das Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

**Minister Christian Pegel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurzeit spreche ich noch auf Uhr der LINKEN, zumindest nach meinem Zeitplan. Sie müssten einmal gucken. Danke.

(Schriftführerin Maika Friemann-Jennert, CDU:  
Jetzt, Entschuldigung.)

Herzlichen Dank. Ich wollte bloß vermeiden, dass ich hinterher die Zeit von Frau Dr. Schwenke versprochen habe.

Meine Damen und Herren, zunächst würde ich gerne ein bisschen versuchen, für die bevorstehende Debatte, die ja nicht nur hier heute hoffentlich stattfindet, sondern von der ich auch im Übrigen eher empfehlen würde, sie in den Ausschüssen oder im Ausschuss zu führen – ich freue mich, wenn ein Infrastrukturthema Sie alle mit mir gemeinsam begeistert, mit uns gemeinsam, die im Aus-

schuss tätig sind, ich habe bloß Restsorge, dass es eben unterschiedliche fachliche Affinitäten gibt, weswegen eine vertiefte Diskussion vermutlich eher im Fachausschuss sinnvoller sein dürfte.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Ich will trotzdem gerne die Diskussion einläuten mit dem Hinweis, was so ein Plan nach unserer Einschätzung im Energieministerium und im Infrastrukturministerium kann und was nicht. Ich weiß, dass manche Pläne etwas sehr Heiliges sind. Ich glaube, dass Pläne und Karten leider oft auseinanderfallen und dass ein Plan, der im Schrank steht, noch lange nicht dazu führt, dass die Menschen auch genau das tun, was wir da reinschreiben, sondern manchmal sich Realitäten anders verhalten und Menschen anders reagieren, als wir es annehmen.

Ein Landesverkehrsplan kann eben nicht alles leisten. Er kann vor allen Dingen leisten eine Öffentlichkeits- und Verbandseinbeziehung, er kann ein ganzes Stück weit leisten, dass wir Signale setzen, dass wir ein Stück weit Schwerpunkte signalisieren. Was er nicht kann, ist, dass Menschen auf einmal sagen, weil ihr aufschreibt, dass ich Bahn oder Fahrrad fahren muss, tue ich das auch, sondern wir werden immer ein Stück weit mit einem Plan versuchen müssen, Menschen in ihren Affinitäten aufzugreifen und nicht umgekehrt zu glauben, wenn wir in einen Plan etwas reinschreiben, werden die Menschen es hinterher auch tun.

Gleichwohl, mit Signalen kann man, glaube ich, Veränderungsprozesse einleiten und im Übrigen mit Angeboten auch, wobei ich immer wieder lerne – gerade auch, wenn ADFC oder andere vortragen –, dass es eben nicht so ist, dass du in Größenordnungen Menschen vom Auto in die Bahn und auf das Fahrrad kriegst, sondern dass es offenbar Nutzergruppen gibt, die gewisse Verkehrsmittel bevorzugen oder bereit sind zu nutzen. Und dann erleben wir eher, dass es innerhalb dieser Nutzergruppe – ich sage mal die, die „Fahrrad, Bahn, zu Fuß“ als Komplex nutzen wollen oder nutzen mögen –, dass ich eher innerhalb dieser Gruppe auch Umverlagerungen erreiche.

Greifswald ist so ein deutliches Beispiel und wird immer mal gerne zitiert von den Beteiligten: unglaublich hohe Fahrradnutzerzahlen, auf einmal ist der Bus ganz, ganz schlecht. Und wenn ich auf die Gesamtaufteilung bundesweit schaue, ist die immer ähnlich. Es gibt eine hohe Affinität gewisser Gruppen zu Autos, zu Einzelfahrzeugen, und es gibt eben eine Gruppe, die andere Verbundsysteme nutzt. Aber innerhalb der Systeme wird dann ein bisschen miteinander konkurriert. Nicht zwingend gelingt es, in Größenordnungen umzuschichten. Das ist im Übrigen eine Herausforderung, die noch keiner richtig geknackt hat. Damit sind wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht alleine.

Ich würde ein bisschen davor warnen, allzu hohe Erwartungen, dass wir nur mit diesem Plan alleine die Welt verändern, hineinzulegen. Aber wir versuchen, wir versuchen Diskussionen zu beginnen, und wir versuchen an den Stellen, wo wir es als Land können, mit konkreten und verbindlichen Festlegungen uns selbst in die Pflicht zu nehmen. Aber, das wird ein ewiger Disput zwischen Frau Dr. Schwenke und mir hier bleiben, was wir mit dem Plan nicht können beziehungsweise nicht wollen – vielleicht sagt man, wir können das, ich glaube, der Plan

wäre dann der falsche Weg –, was wir zumindest als Landesregierung nicht wollen, ist, zu sagen, wir reden zwar immer alle von kommunaler Selbstverwaltungshoheit und auch DIE LINKE betont die zuweilen, aber immer dann, wenn wir als Land glauben, da müsste jetzt aber was anders sein in den Kreisen und Städten, und die sich frecherweise in demokratischen Mehrheitsentscheidungen in den Kreistagen, in ihrem originären Selbstverwaltungsbereich, anders entschieden haben, dann sagen wir, aber wenn ihr es falsch macht aus unserer Sicht, sagen wir euch, wie es geht. Ich glaube, dass wir uns ein Stück weit für Schritte entschieden haben, was wir in die kommunale Selbstverwaltungshoheit geben. Und genau das werden wir auch akzeptieren müssen, dass wir es nicht immer schaffen werden, dass die uns alle folgen.

Im Übrigen, wenn Sie sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten etwas zur eigenen Entscheidung geben, werden Sie auch immer mal wieder differenzierte Modelle erleben. Die erlauben sich frecherweise – das ist ausdrücklich ironisch gemeint eben –, die erlauben sich dann auch, angepasst an ihre jeweiligen Bedarfe, unterschiedliche Lösungen. Dann hat das zum Teil seinen Grund, weil ich eben Landkreise habe, die viel stärker touristisch geprägt sind. Da spielen dann möglicherweise auch andere Impulsgeber im öffentlichen Nahverkehr eine Rolle als bei Landkreisen, die deutlich weniger touristisch geprägt sind, beziehungsweise auch in den Landkreisen habe ich unterschiedliche Situationen.

Der Integrierte Landesverkehrsplan ist nach unserer Überzeugung das verkehrspolitische Konzept der Landesregierung und löst auch das alte – Sie haben zu Recht kritisiert, dass das alte relativ lebenserfahren zum Schluss gewesen ist – ganz bewusst ab. Was wir dort zu beantworten versuchen, sind Fragen der Mobilitätsstrategie, indem wir verkehrspolitische Leitlinien vorneweg gestellt haben im Kapitel E und indem wir Ziele für jeden einzelnen Verkehrsträger definieren. Die finden Sie im Kapitel G dann relativ detailliert.

Ich werbe im Übrigen dafür – das ist manchmal so der Vorwurf an den Plan, er sei sehr akademisch –, ich glaube das nicht. Ich bin überzeugt, dass er an vielen Stellen durchaus große praktische Bedeutung für Einzelverkehrsträger hat und haben wird. Wenn Sie ein Beispiel sehen wollen, gucken Sie gerne zur Mobilität im ländlichen Raum. Wir glauben, dass man sich darüber verständigen muss, und der Plan hat dafür im Übrigen Ansätze und Ideenimpulse mit auf den Weg gegeben, was der öffentliche Personennahverkehr im ländlichen Raum leisten kann.

Im Übrigen steht da auch ein Stück weit drin, was er nicht leisten kann. Ich weiß, dass es immer so die eierlegende Wollmilchsau sein soll. Wenn ich ganz viele zweistellige Millionenbeträge drauftäte, könnte er das vielleicht sogar. Wir glauben, dass wir diese zweistelligen, diese ganz vielen zweistelligen Millionenbeträge momentan nicht so ganz einfach in der Tasche haben. Ich glaube, dass man am Ende auch ein bisschen immer in einem Spagat sich bewegen muss zwischen Wünschen und dem, was wirklich geht. Riesige Wünsche in unserem Plan aufzuschreiben, von denen man genau weiß, ich kann sie mir gar nicht leisten, ist zwar nett und befriedigt alle im ersten Moment, aber draußen macht es relativ schnell ganz unzufrieden, weil wir dann überhaupt erst recht weit von dem abfallen, was wir aufgeschrieben haben. Wir

werden nach meiner Überzeugung auch mal ein Stück weit realistisch im Blick behalten müssen, was geht eigentlich.

Der Integrierte Landesverkehrsplan soll aber auch Fahrplan für die Akteure im Verkehrsbereich sein. Unser Zeithorizont, in dem er das sein soll, sind die nächsten fünf bis zehn Jahre. Deshalb enthält jedes Fachkapitel Handlungsfelder und auch ganz bewusst konkrete Maßnahmen. Wir glauben, dass an den Stellen, wo wir als Land selber entscheiden können, diese Maßnahmen auch relativ konkret gefasst sind.

Beispiel soll sein die von Frau Dr. Schwenke schon angesprochene Tabelle zum Schienenpersonennahverkehr, indem bis 2030 durchaus gezeigt wird, was wollen wir verändern, aber auch, was wollen wir belassen. Darüber kann man dann in der Tat fachlich an vielen Stellen streiten und diskutieren, aber wir haben versucht, genau da sehr konkret zu sagen, was wir uns vornehmen. Sehr konkret werden Sie dort finden die definierten Hauptstrecken mit den Zielangeboten und den Realisierungszeiträumen. Ich will aber auch gerne, weil Sie gesagt haben, wir hätten 4,5 Milliarden an Regionalisierungsmitteln bis 2031 – das sind jetzt bundesweite Zahlen, das gehört dann, glaube ich, zur Vollständigkeit auch dazu –, ergänzen, in diesem Bundesland verlieren wir in den nächsten 15 Jahren über 50 Millionen Euro, verglichen mit dem, was wir nach der alten Regelung hatten. Sie haben recht, es hätte schlimmer kommen können.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Viel schlimmer.)

Ja, es hätte auch viel schlimmer kommen können, das ist immer so. Es hätte auch besser kommen können. Es ist aber eben auch nicht so, dass wir jetzt im Geld schwimmen wie andere Bundesländer, die sagen, für uns gibt es insgesamt netto deutlich mehr. Dann kannst du natürlich offensiver auch neue Strecken aufmachen oder Angebote locker ausweiten, als wenn du sagst, wir haben ein Angebot, was wir wenigstens stabilisieren und erhalten wollen, und das müssen wir erreichen, obwohl wir auf 15 Jahre gerechnet über 50 Millionen Euro weniger in die Kasse bekommen werden.

Meine Damen und Herren, vielfach sind Erwartungen in Beteiligungsverfahren an uns herangetragen worden, dass der Integrierte Landesverkehrsplan schon für alles fertige Antworten gibt und man ihn jetzt nur noch aus dem Regal nehmen muss und umsetzt. Genau das haben wir an den Stellen nicht getan, wo wir eben nicht alleine Entscheidungsträger sind als Land, sondern wo wir intensive Abstimmungsprozesse mit anderen Akteuren – zum Beispiel Landkreisen und kreisfreien Städten, das können aber auch Busgesellschaften sein, die den ÖPNV anbieten –, wo wir eben genau diese Abstimmungsprozesse brauchen. Dort haben wir uns nicht angemäht zu sagen, ihr müsst jetzt alle Folgendes tun – das hätte im Übrigen nach meiner Überzeugung einen Riesenproteststurm gegen uns gebracht –, sondern wir bieten Lösungen an und wir glauben, dass zum einen die Beteiligten, die jetzt zuständig sind, mit diesem Ideen katalog selbst in Diskussionen im Kreistag gehen müssten, und umgekehrt, dass wir auch mit den Beteiligten noch mal in weitere Diskussionen gehen. Aber es ist nicht so, dass wir denen etwas vorwerfen und sagen, ihr müsst. Klammer auf: An manchen Stellen können wir es, noch mal deutlich formuliert, auch gar nicht, weil es

bewusst als originäre Selbstverwaltungsaufgabe runtergegeben worden ist und dann eben Landkreise auch zu Recht sagen, das ist unsere Aufgabe und wir entscheiden.

Meine Damen und Herren, die oftmals geforderten verbindlichen Festlegungen für Gemeinden, für Verkehrsunternehmen und so weiter scheitern dann regelmäßig an den entsprechenden Rechtsgrundlagen, weil es eben in andere Hand zur Entscheidung gegeben worden ist. Die einzige Ausnahme an dieser Stelle ist der ÖPNV-Landesplan, der in der Tat sich an die Landkreise und kreisfreien Städte wendet, der jetzt in den Integrierten Landesverkehrsplan wiederum integriert wurde. Es gibt also nur noch ein großes Papier, was als Mobilitätspapier hier im Lande gilt. Sie werden darin Dinge finden, die die Landkreise und kreisfreien Städte zu berücksichtigen haben.

Ich will aber auch für Folgendes werben. Sie haben das wiederholt schon angesprochen an diesem Pult. Es klingt immer so, als ob wir nach 2011 totale Plandiaspora gehabt hätten. Es gab natürlich weiterhin einen fortgeltenden Nahverkehrsplan. Ihre Replik kann ja sein zu sagen, aber den habt ihr mal gemacht, da gab es noch viel mehr Landkreise. Dann empfehle ich aber auch, zu sagen, dann schauen Sie bitte auch rein. Weil es eine originäre Selbstverwaltungsaufgabe ist, steht eben nicht drin, der Landkreis Müritz müsste Folgendes tun, das dürfen wir gar nicht, sondern es stehen Rahmenbedingungen drin, wie wir uns gewisse Qualitätskriterien vorstellen. Da ist es relativ wurst, ob Sie einen großen oder kleinen Landkreis haben, diese abstrakten Kriterien galten fort. Von daher glaube ich, ganz so plan- und ziellos, wie Sie es zuweilen befürchten, waren wir in der Zwischenphase nicht. Man kann diskutieren, ob die Ziele ein bisschen veraltet wirkten an mancher Stelle, weil dieser alte Nahverkehrsplan älter war, aber zu sagen, wir hatten nichts, das würde ich schon deutlich zurückweisen wollen.

Meine Damen und Herren, ich warne im Übrigen auch, immer dann, wenn man konkret wird an einer Stelle, wo Landkreise zuständig sind, werden die sich a) wehren, weil es ihre Zuständigkeit ist, und b), wenn Sie denen etwas vorschreiben, was Geld kostet, werden die sagen: Und wo ist das Geld? So etwas nennen wir in der Verfassung Konnexität und wir haben offen eingestanden auch vermieden, lauter konnexe Sachverhalte aufzuzuführen.

Warum nennen wir ihn „integriert“? Weil wir eben nicht so ein Nebeneinander von bisher drei, vier, fünf Papieren wollten, sondern genau das Miteinander der verschiedenen Verkehrsmittel, die Kooperation deutlich betonen wollen. Das werden Sie über die Kapitel auch finden. Das Denken in Mobilitätsketten, die Kombination von Verkehrsmitteln, die Ausgestaltung von Schnittstellen, all das ist dort aufgeführt.

Der integrierte Ansatz beruht auf drei Säulen.

Erstens: Infrastruktur, und zwar in den jeweiligen Verkehrsfeldern. Nutzerfreundliche Übergangspunkte haben uns vor allen Dingen bewegt, Pendlerparkplätze, Park-and-ride und so weiter, die wir mit EFRE-Mitteln auch seit vielen Jahren fördern, mal erfolgreicher, mal weniger, und zwar nicht bei der Frage erfolgreich, ob das Umsteigen gelingt, sondern ob auch die Landkreise und Kommunen unsere Angebote im EFRE-Bereich annehmen.

Zweite große Säule: Service. Integraler Taktfahrplan, gerade in der Überarbeitung – vielen Dank, ist schon angesprochen –, Abstimmung der Fahrpläne von Bahn und Bus, alles Punkte, die bewusst angesprochen sind. Das ist dann der zweite Schritt eines integrierten Taktfahrplans, der im Übrigen noch mal spannender wird, weil wir dann nämlich die Landkreise im Boot brauchen.

Dritte große Säule: Kommunikation, verkehrsträgerübergreifende Fahrplanauskünfte, Echtzeitauskünfte, Anschlusssicherung, auch alles Dinge, die in den nächsten Jahren noch Aufgaben beinhalten, und wir brauchen wieder Partner, weil nämlich die Busbetriebe dann auch technische Lösungen bei sich implementiert haben müssen, damit wir überhaupt Echtzeitdaten in ein landesweites Computersystem überführen können.

Der Integrierte Landesverkehrsplan ist im Übrigen das erste Landeskonzept dieser Art, das sich der Mobilität in den ländlichen Räumen in einem eigenen Kapitel verkehrsträgerübergreifend widmet. Danach werden Sie bundesweit einen Moment lang suchen müssen, aber wir sind natürlich als Bundesland auch prädestiniert, für den ländlichen Raum bewusst ein eigenes Kapitel zu gestalten.

Der Integrierte Landesverkehrsplan ist außerdem einer, der weniger mit Bauchgefühl einsteigt, sondern jedes Kapitel steigt ein mit Zahlen und Fakten. Wir wollten keine Politik aus dem Bauch heraus machen und wir wollten zum Zweiten nicht Wolkenkuckucksheime produzieren, sondern uns am Realen orientieren. Sie werden für jedes Kapitel einen Einstieg finden mit entsprechenden Daten, Zahlen und Fakten.

Das hat im Übrigen eine breite Anerkennung auch in der Verbandsanhörung gegeben. Es gab Erkenntnisse, die manche überrascht haben. Zum Beispiel ist die Selbstwahrnehmung bei uns, glaube ich, oft, wir seien ein reines Autofahrerland. Wenn Sie das mit bundesweiten Daten vergleichen, wird in M-V – in Führungszeichen – „nur“ die Hälfte der Wege mit dem Pkw zurückgelegt. Das liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Zweites, glaube ich, oft fehleingeschätztes Selbsturteil, das Land sei ein Land der Pendler, das stimmt in der Tat im großen westlichen Berritt, aber wenn Sie in große Teile des restlichen Landes schauen, ist die Pendeldistanz auch in Vorpommern im Durchschnitt nicht wesentlich weiter als in vergleichbaren westdeutschen Bundesländern.

Wir haben, das ist angeklungen, den Plan nicht allein im stillen Kämmerlein gemacht, sondern über durchaus einen längeren Zeitraum, auch zugegeben einen längeren Zeitraum, mit einer breiten Beteiligung und mit breiten Diskussionsprozessen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das ist gut.)

Es haben acht thematische Werkstattgespräche stattgefunden, es hat eine breite internetbasierte Beteiligung stattgefunden, über 800 Anregungen haben uns in dem Kontext erreicht. Das ist vor allen Dingen mit Betroffenen, mit verschiedenen im positiven Sinne lobbyierenden Gruppen gemeinsam erarbeitet worden. Wir haben also gerade versucht, früh die Beteiligten mit an den Tisch zu holen.

Die Anforderungen an die Verkehrspolitik bei uns im Land bedingen in Teilen Anpassungen, auch durch fortlaufend veränderte Rahmenbedingungen. Deshalb enthält der Integrierte Landesverkehrsplan an vielen Stellen keine Dogmen für die nächsten hundert Jahre, sondern ist ganz bewusst als lernendes, ständig atmendes Papier gestaltet.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das ist auch gut.)

Ich glaube, dass wir ihn immer wieder anpacken werden und es auch klug ist, da immer wieder weiterzuentwickeln,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

vor allen Dingen, weil sich auch Rahmenbedingungen um uns herum stetig verändern. Wir haben insbesondere für den ländlichen Raum nicht behauptet, dass wir das allheilbringende Patentrezept für alle hätten, sondern wir haben ganz bewusst gesagt, es braucht an vielen Stellen regional angepasste Lösungen.

Dieser Plan wird ein lernender Plan sein. Die Diskussion dazu beginnt heute. Ich danke Ihnen, dass Sie es auf die Tagesordnung gesetzt haben, freue mich gleichwohl vor allen Dingen auf die Energieausschusssitzungen dazu, weil ich überzeugt bin, dass wir da auch mit größerer Begeisterung in der großen Gruppe diskutieren können. Jetzt danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit, wünsche erfolgreiche Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Reuken.

**Stephan J. Reuken,** AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich kann dem Minister zustimmen, die Diskussion gehört in den Ausschuss. Nichtsdestotrotz ist der Antrag der LINKEN hier durchaus schon mal hilfreich, denn der Minister hatte die Gelegenheit, mal einen Vorabbericht zu geben.

Was allerdings bemerkenswert ist an diesem Integrierten Landesverkehrsplan, ist der vorangegangene Prozess, den die Landesregierung hier ganz bewusst mit ausführlichen Diskussionsrunden und Gesprächen mit den Beteiligten durchgeführt hat. Die Werkstattgespräche haben scheinbar eine gute Vorarbeit geleistet und die Ergebnisse der Diskussionsrunden dienen als Grundlage für die weitere Erarbeitung des Planes. Praktische Beispiele und ausgesuchte Modellprojekte wurden herangezogen, um die Grundlage für die zukünftige Verkehrspolitik des Landes zu entwickeln. So soll es möglich sein, die unterschiedlichen Themen und Ansätze miteinander zu verknüpfen.

Darüber hinaus wurde der Versuch gemacht, die für unser Land spezifischen Problemstellungen herausgelöst und somit gesondert zu betrachten. So wurden eigens für die ländlichen Räume Lösungsansätze aufgezeigt, die sich regional anpassen lassen. Der Minister hat darauf hingewiesen. Die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsmittel miteinander und die hohe Priorität der Schnittstellen und flexiblen Übergänge sind zentraler Bestandteil dieses Konzeptes. Es steht

uns eine große Herausforderung bevor, dieses Strategiepapier dann tatsächlich auch in die Praxis umzusetzen.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein dünn besiedeltes Flächenland und die demografische Entwicklung trifft uns besonders. Rückläufige Finanzen kann auch ein solches Papier nicht aufhalten. Dennoch kann es ein Fahrplan sein, der uns zukünftig oder wenigstens, wie gesagt, die nächsten fünf bis zehn Jahre in der Verkehrspolitik begleitet und auch den Gemeinden und Kommunen – im Rahmen ihrer Selbstverwaltung selbstverständlich – als Wegweiser dienen kann.

Wir wünschen uns und natürlich auch der Landesregierung, dass die Kombination und Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger wie Bahn, Bus, Taxi, Fahrrad und auch Fußgänger, die hier in den Vordergrund gerückt werden, in der praktischen Umsetzung tatsächlich auch funktionieren kann. Die Bürger würden sich freuen, wenn der Plan gelingt, die Infrastruktur, den Service und insbesondere auch die Kommunikation deutlich zu verbessern. Wir werden das als Fraktion konstruktiv-kritisch begleiten und freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss.

An dieser Stelle halte ich mich dann auch mit Kritik an dem Landesverkehrsplan zurück, denn ich denke, wir sollten erst mal im Ausschuss darüber reden. Nichtsdestotrotz, das Ziel des Planes, verkehrsträgerübergreifende Fahrplanauskünfte optimal zu gestalten und die Abstimmung zwischen Bus und Bahn tatsächlich so hinzubekommen, dass sie in der Realität funktioniert, ist sicher eine Wunschvorstellung vieler Bürger hier im Lande. Dabei wünsche ich uns allen gutes Gelingen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

**Dietmar Eifler,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gut Ding will Weile haben, häufig haben wir bei der Forderung nach dem Integrierten Landesverkehrsplan davon gesprochen. Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Der Integrierte Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern, auf den wir ja lange gewartet haben, liegt nunmehr, ja, man kann sagen, umfangreich und komplex vor.

Frau Schwenke, eigentlich wäre es ein Tag zur Freude für Sie. Sie haben es ja immer wieder eingefordert.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Ich dachte, ein bisschen hätte ich  
es zum Ausdruck gebracht.  
Dass er jetzt endlich da ist,  
darüber freuen wir uns.)

Ja, ich wollte es ja auch nur mal angesprochen haben – ich habe das schon vernommen –, weil Sie das ja lange eingefordert haben.

Ein bisschen Wasser in den Wein will ich doch gießen, denn ob er alle Erwartungen erfüllen wird, ist offen. Minister Pegel hat selbst dazu auch gesprochen und die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt diesbezüglich. Das ist ja auch real.

Zum Stellenwert der Mobilität für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Bundesland, viele Debatten haben wir bereits im Hause dazu geführt, darf ich auf das Einleitungswort des Verkehrsministers zu dem Integrierten Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern eingehen und zitieren. Ich glaube, dass macht es noch mal deutlich, welchen Stellenwert Mobilität für unser Bundesland insgesamt hat. Zitatbeginn:

„Mobilität bestimmt unser tägliches Leben. Sie ist Voraussetzung für individuelle Beweglichkeit, berufliche Entfaltung und persönliche Freiheit und zudem wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie basiert vornehmlich auf einem funktionierenden, an die Bedürfnisse der Gesellschaft angepassten Verkehrssystem.“ Ich glaube, diese Definition ist für unser Bundesland entsprechend zutreffend und insofern auch der Stellenwert, der der Mobilität zukommt. Gerade, weil Mobilität – und das sage ich noch mal – eine enorme Bedeutung für den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Menschen und die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben in unserem Land hat, wurde es endlich Zeit, dass die Landesregierung ihre Handlungsempfehlungen für die Entwicklung der Mobilität in unserem Land vorstellt. Die verschiedenen Verkehrsträger, wie Straße, Schiene, Wasserstraßen, Häfen und Luftfahrt, bedürfen einer übergeordneten Koordinierung, um den Anforderungen der Wirtschaft und den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels gerecht werden zu können.

Leider gibt der vorliegende Plan keine abschließenden Antworten auf Fragen und Probleme, die sich im Bereich der Mobilität in den kommenden Jahren stellen. Er wird von seinen Verfassern als sogenannter „lernender Plan“ bezeichnet. Inwieweit er dynamisch fortgeschrieben wird, ist offen, lässt aber auf eine stetige Anpassung an die Mobilitätsbedürfnisse der Gesellschaft hoffen. Konkrete Ziele oder Umsetzungsvorgaben sind leider nicht festgeschrieben. Dafür finden sich unter den verkehrspolitischen Leitlinien 19 Punkte, die mehr einer Willensbekundung gleichen. Ob die verschiedenen Aufgabenträger auf Grundlage dieses Planes Entscheidungen für Investitionen und die Ausrichtung ihrer Unternehmen treffen können, muss sich noch zeigen. Gerade in den Zeiten des demografischen Wandels und der begrenzten Finanzmittel – nicht nur begrenzten, sondern auch rückläufigen Finanzmittel – ist es notwendig,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Freie Wähler/BMV –  
Glocke der Vizepräsidentin)

allen Aufgabenträgern konkrete Vorgaben an die Hand zu geben. Hier stehen wir als Parlament und die Landesregierung gemeinsam in der Verantwortung. Daher ist die Überweisung des Integrierten Landesverkehrsplanes zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss mehr als geboten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat nach wie vor die gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land zum Ziel. Aus diesem Grunde ist unser Augenmerk insbesondere auf die Mobilität in den ländlichen Räumen unseres Landes gerichtet. Schließlich sind 90 Prozent unseres Landes ländlicher Raum, in dem 60 Prozent der Menschen leben. Hier gilt es, eine Mobilität nicht nur zu entwickeln, sondern zu gewährleisten, die die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gleichermaßen

in Stadt und Land ermöglicht. In einem Land, in dem lediglich 7 Prozent der Wege mit dem ÖPNV zurückgelegt werden und 25 Prozent der Menschen über kein Auto verfügen, muss es auch unter den Prämissen der Angemessenheit, der Ökonomie und der Ökologie ein vernünftiges Mobilitätsangebot geben. Da geht es im privaten Bereich um den täglichen Weg zum Arbeitsort, zum Arzt, zum Einkauf, zu Freizeiteinrichtungen und so weiter.

Die Wirtschaft, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vertraut auf eine dauerhaft belastbare Verkehrsinfrastruktur. Daher stellen der Erhalt und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten, die Vernetzung der verschiedenen Verkehrs- und Aufgabenträger in einer digitalen Welt und die Berücksichtigung der wirtschaftlichen, touristischen und individuellen Interessen eine große Herausforderung dar. Hierzu bedarf es der genauen Analyse der Rahmenbedingungen, um dann konkrete Maßnahmen mit einem konkreten Zielhorizont einzuleiten. Hier erinnere ich an die vielen vorausgegangenen Landtagsdebatten zum ÖPNV, zum SPNV und zu den Radverkehren ganz aktuell am gestrigen Tag.

Ob nun die im Integrierten Landesverkehrsplan aufgeführten Maßnahmen, insbesondere die der E-Mobilität oder die des Radverkehrs, dazu beitragen, diese Herausforderung insgesamt zu bewältigen, ist für meine Fraktion fraglich. Was nach meiner Auffassung völlig im Integrierten Landesverkehrsplan fehlt, sind Aussagen zum autonomen Fahren und der stärkeren Nutzung der Digitalisierung in diesem Bereich. Hier – und da bin ich mir ganz sicher – wird es in der nahen Zukunft gravierende Veränderungen geben. Es wäre schön, wenn die Menschen in unserem Land daran teilhaben können. Insofern freue ich mich auf die Beratungen im Fachausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Harry Glawe, CDU: Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Torsten Renz, CDU: Eigentlich  
wollte er doch gar nicht reden.)

**Jochen Schulte, SPD:** Herr Kollege, ich halte hier die Rekorde mit unter zwei Minuten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –  
Patrick Dahlemann, SPD:  
Ich stoppe die Zeit.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schwenke hat dem ja schon vorgegriffen, weil wir haben uns auch schon vorab unterhalten und ich habe ihr ja auch im Namen der Koalitionsfraktionen signalisiert,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Aha, schon wieder!)

dass wir Ihren Antrag in den Ausschuss überweisen würden, weil wir natürlich für sinnvoll halten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns mit dem Integrierten Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern vertieft dann im Ausschuss befassen. Ich glaube, es ist

gut, so, wie das ja eben auch angesprochen wurde, dass der Minister hier die Gelegenheit hatte, heute schon mal einen Einstieg zu leisten. Aber auch angesichts des Umfangs des Papiers sind da sicherlich eine Vielzahl von Punkten, die man in Ruhe diskutieren will.

Aber lassen Sie mich

(Harry Glawe, CDU: Noch 1,30.)

an der Stelle,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

sehr geehrter Herr Kollege Glawe in dem Fall, zwei Dinge noch mal anmerken:

Erstens. Derjenige, der heute oder auch im Vorfeld der heutigen Debatte kritisiert hat, dass das alles sehr lange gedauert hat, der muss natürlich berücksichtigen, es ist ein wirklich großer Umfang an Bürgerbeteiligung schon im Vorfeld durchgeführt worden und man kann grundsätzlich nicht zwei Dinge vereinbaren: ein sehr schnelles Verfahren und gleichzeitig viel Bürgerbeteiligung.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Na gut, elf Jahre ...!)

Das ist der eine Punkt und das sollte man dann auch entsprechend zumindest nicht kritisieren. Man muss es ja nicht würdigen, aber man muss es auch nicht kritisieren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das haben wir ja gewürdigt.)

Und der andere Punkt, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke – das ist natürlich eine grundsätzliche Frage, die können wir auch gerne weiter im Energieausschuss oder im Verkehrsausschuss diskutieren, das haben wir hier in diesem Plenarsaal schon getan und ich befürchte, wir werden es auch in Zukunft noch häufiger tun –, ist die Frage oder die Aussage, die Sie hier heute getroffen haben, dass man mit Formulierungen wie „Dafür haben wir kein Geld“ oder „Dafür sind wir nicht zuständig“ nicht weiterkäme.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Denn da kommen natürlich zwei grundsätzliche Aussagen oder da kommen zwei grundsätzlich unterschiedliche Positionen zum Tragen. Ich, andersrum ausgedrückt: meine Fraktion, die Koalitionsfraktion, und ich, wir stehen schon auf dem Standpunkt, dass man Prioritäten in allen Politikfeldern setzen muss.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Das bedeutet natürlich auch, man kann nicht für alles Geld ausgeben, sondern muss tatsächlich sagen, da ist mein politischer Schwerpunkt, auch in der Diskussion dann mit der Opposition, die das möglicherweise anders sieht, aber dafür geben wir das Geld aus. Das ist die eine Sache.

Die zweite Sache ist natürlich, der Minister hat es angesprochen, er hat es mehr aus der Sicht der kommunalen Selbstverwaltung dann noch mal deutlich gemacht, aber ich sage das auch mal aus Sicht des Landes und des

Landtages hier: Natürlich gibt es Dinge, für die wir als Land nicht zuständig sind. Mit der Zuständigkeit ist natürlich auch die finanzielle Verantwortung des jeweils anderen verbunden. Und so, wie Sie, Frau Kollegin Schwenke, vielleicht nicht die Müllentsorgung bei Ihrem Nachbargrundstück bezahlen würden, weil das Aufgabe Ihres Nachbarn erst mal ist, ist es natürlich auch die Aufgabe der verschiedenen Aufgabenträger hier im Land, für ihre Verantwortung dann auch die finanziellen Lasten zu tragen.

(Rainer Albrecht, SPD: Genauso ist das. –  
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Grundsätzlich haben Sie recht,  
aber Grenzen müssen trotzdem  
überwunden werden.)

Sehr geehrte Frau Kollegin, das sollte man grundsätzlich nicht infrage stellen, weil das ganze System, auch des kommunalen Finanzausgleiches, auch des Finanzausgleiches hier im Lande basiert am Ende des Tages darauf, dass es unterschiedliche Verantwortungen gibt und dass es damit verbunden unterschiedliche finanzielle Lasten gibt. Darüber sollten wir uns nur im Klaren sein.

Ein letzter Punkt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das passt dann noch ein bisschen zu dem, was ich eben gesagt habe: Sie haben zu Recht, Frau Kollegin Schwenke, hier kritisiert, dass insbesondere auf solchen Trassen – Schienentrassen der Deutschen Bahn oder DB – Entgelte, Trassenentgelte genommen werden, die eigentlich aus Sicht vieler Menschen, auch aus meiner Sicht, nicht in Relation zur tatsächlichen Nutzung stehen. Nur, diese Kritik ist eine Kritik, die auch, glaube ich, von uns gemeinsam schon aus diesem heraus an die DB AG zu richten wären, was wir sicherlich auch in Zukunft tun würden. Aber auch da ist die Verantwortung in erster Linie beim Vorstand der DB AG in Berlin beziehungsweise Frankfurt. Die Kritik ist nicht hier im Haus anzubringen, sondern tatsächlich an die dort fachlich, inhaltlich und auch rechtlich zutreffend Zuständigen zu richten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich möchte die Gelegenheit nutzen und auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des John-Brinckman-Gymnasiums aus Güstrow begrüßen.

Und weitere Wortmeldungen, die ich derzeit nicht sehe, veranlassen mich dann, die Aussprache zu schließen.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/2846 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? –

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Harry, wie stimmst du denn ab?)

Wer stimmt dagegen? –

(Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Bedarfe für Humanmedizin prüfen, Drucksache 7/2913. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2959 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2976 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD  
Bedarfe für Humanmedizin prüfen  
– Drucksache 7/2913 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD  
– Drucksache 7/2959 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
– Drucksache 7/2976 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

**Sebastian Ehlers**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Humanmedizin beschäftigt uns heute Nachmittag hier im Landtag. Wir haben letztmalig im Oktober 2017 in der Aktuellen Stunde auch auf Initiative unserer Fraktion über das Thema gesprochen.

Wenn man sich die Ausgangslage vergegenwärtigt: Das Durchschnittsalter der Allgemeinmediziner bei uns im Land liegt aktuell bei 54 Jahren. 148 niedergelassene Allgemeinmediziner werden in den nächsten fünf Jahren das Renteneintrittsalter erreichen. Derzeit sind bereits 125 Hausarztstühle unbesetzt, dazu kommen 180 freie Stellen für Krankenhausärzte.

Unser Schwerpunkt, und, ich glaube, das ist auch in den letzten Wochen und Monaten deutlich geworden, liegt beim Thema Landärzte, weil der Bedarf dort sehr groß ist.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke  
übernimmt den Vorsitz.)

Auch wenn es sicherlich in den Zentren ebenfalls die eine oder andere Schwierigkeit gibt, denke ich, ist hier ist der Druck besonders groß. Mediziner sind zum Teil Goldstaub. Die Frage ist daher: Wie gehen wir bei der Vergabe von Studienplätzen mit diesem Goldstaub gerecht und entsprechend unserer Bedarfe um? Das Bundesverfassungsgericht benennt die Vergabepaxis, wie sie teilweise vollzogen wurde in den letzten Jahren, in Teilen als verfassungswidrig.

Was ist die Folge daraus für Mecklenburg-Vorpommern? Wir haben aktuell in Deutschland insgesamt rund 9.000 Medizinstudienplätze. Auf diese Studienplätze bewerben sich aktuell 40.000 junge Menschen. Die Anforderungen bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen haben sich seit den 70er-Jahren immer weiter erhöht. Wenn man sich die Zahlen anschaut, also das Verhältnis: Im Wintersemester 1994/1995 standen noch 7.366 Studienplätze für 15.753 Bewerber zur Verfügung. 1999 genügte es, einen Abiturnschnitt von 1,6 bis 2,2 zu haben, um einen Platz zu bekommen. Heute reden wir über Abiturbestenquoten. Erforderlich sind Noten im Schnitt von 1,0 bis 1,2. Die Quote hat sich in den 90er-Jahren so entwickelt, dass wir circa zwei Bewerber auf einen Studienplatz haben. Zurzeit ist sie eher fünf zu eins.

Wir leisten uns im Land zwei Volluniversitäten in Rostock und in Greifswald mit medizinischen Fakultäten. Das ist im Bundesländervergleich, glaube ich, eine ganze Menge. Rostock und Greifswald bieten jeweils rund 400 Erstsemester-Medizinstudienplätze an und auch bei uns im Land gibt es circa viermal so viele Bewerber wie Plätze. Daher kommen wir zu folgenden Fragen: Welche Folgen hat das für die Bedarfe in unserem Land, gerade in den ländlichen Regionen? Wie viele Bewerber können wir als Landarzt gewinnen? Was würde das bedeuten, beispielsweise für das Stipendienprogramm des Landes? Deswegen heute dieser Antrag, der Ihnen vorliegt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist aus unserer Sicht nur der erste Schritt, denn an Bewerbern, wie ich gerade skizziert habe, mangelt es nicht.

Nun gibt es aktuell bereits Möglichkeiten, abseits eines 1,0-Abiturs Medizin zu studieren, aber aus unserer Sicht ist das noch nicht ausreichend genug. Ich wurde in der Aktuellen Stunde, ich glaube, vom Kollegen Dr. Jess etwas kritisiert für meine Aussage. Ich habe die Zahl 2,4 dort als Abiturnote mal angeführt und gesagt, ich kann es nicht so ganz nachvollziehen, dass sozusagen mit der Abiturnote festgenagelt wird, dass diese Person kein guter Arzt werden kann. Da brauchen wir gar nicht über 2,4 zu reden. Ich habe in meinem Wahlkreis ein Beispiel gehabt, und zwar einen jungen Mann, wo die Eltern bei mir waren, der ein 1,4-Abi hat, der sich sogar verpflichtet hätte, im ländlichen Raum als Landarzt zu arbeiten. Das hat aber nicht gereicht, um hier einen Medizinstudienplatz zu bekommen. Da merken wir doch, dass hier irgendwas unrund läuft.

Bevor wir uns Gedanken machen über irgendwelche Förderprogramme, sollten wir doch schauen, dass wir die Landeskinder, die wir im Land haben, die motiviert sind, die auch eine gute Ausbildung haben, hier hinbekommen. Eine Note von 1,4 oder 1,7 – da können Sie sich jetzt eine Zahl aussuchen – ist aus meiner Sicht ein mehr als akzeptabler Abiturnotendurchschnitt. Jeder Arbeitgeber und, ich glaube, jeder Universitätsstudiengang würde diese mit Kussband nehmen. Hier in Schwerin, denke ich, brauchen wir gar nicht weiter zu schauen. Also damit kann man locker Abgeordneter werden,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Mitarbeiter im Ministerium, sicherlich auch Staatssekretär und Minister,

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,  
und Dr. Ralph Weber, AfD)

aber ein Medizinstudium geht damit nicht. Das ist aus unserer Sicht etwas ungerecht.

Und möchte man sich auf den Weg machen, dann warten da am Ende des Tages wahrscheinlich bis zu 14 Wartesemester. Das ist alles verschrenkte Lebenszeit, in der wir auf die jungen Leute nicht zurückgreifen können. Eine Alternative ist, was viele machen, das kenne ich aus meinem Umfeld auch, ein sehr kostenintensives Studium im Ausland. Nach Wien gehen einige oder woanders hin. Die sind aber dann aus meiner Sicht verloren, weil von denen kriegst du sehr wenige nur zurück, die bereit sind, in Lübbtheen oder in Ducherow oder in Anklam oder wo auch immer eine Landarztpraxis aufzumachen. Von daher, glaube ich, muss es das Ziel sein, den Landeskindern in Mecklenburg-Vorpommern eine Perspektive zu

geben. Genau dort setzen wir an, denn wird der NC gesenkt, eröffnen wir auf jeden Fall neue Perspektiven. Ich glaube, wir haben Bedarf nicht nur im Bereich Landärzte, sondern ebenso im öffentlichen Gesundheitsdienst, in Krankenhäusern. Deswegen ist das aus unserer Sicht heute auch nur ein erster Schritt.

Wir müssen ebenso über das Thema „Steigerung der Ausbildungskapazitäten“ reden. Das habe ich in der Aktuellen Stunde deutlich gemacht und will es hier gern wiederholen. Natürlich sind die Argumente bekannt. Jeder Studiengang, der sich irgendwo im philosophisch-soziologischen Bereich bewegt, ist natürlich deutlich günstiger. Es gibt die Zahl von 4.000 Euro für einen Germanistikstudienplatz, weil man da logischerweise nicht so viel vorhalten muss wie für einen Medizinstudienplatz, der bei 20.000 Euro angesetzt wird. Die Zahlen sind natürlich auch nicht wegzudiskutieren. Darüber muss man dann reden. Wenn wir aber sehen, dass hier ein Bedarf ist, sollten wir – nicht heute, weil es heute nicht Bestandteil des Antrages ist – künftig über diese Frage reden.

Ich freue mich jetzt auf die Aussprache, würde auch etwas zu den Änderungsanträgen in der Aussprache sagen. Ich glaube aber, in den Zielen sind wir uns alle einig, dass wir in dem Bereich mehr tun müssen, weil gerade dort im Landarztbereich der Schuh drückt und die Zahlen deutlich machen, dass das in den nächsten Jahren eher zunehmen wird. Deswegen brauchen wir ein gemeinsames, klares Agieren von Landtag und Landesregierung. Von daher werbe ich ausdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Widerspruch kann ich dazu nicht erkennen, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Frage, die sich auf Antrag von CDU und SPD auf „Bedarfe für Humanmedizin prüfen“ erstreckt, ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum, aber auch in den Krankenhäusern, bei den niedergelassenen Ärzten, in den MVZ ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen, die auf die Bevölkerung in besonderer Weise elektrisierend wirkt. Alle die Patienten, die ihre Patientenakte zu Hause haben, die keinen Hausarzt jeden Tag besuchen können, wenn sie krank sind – das sind die Dinge, die alle umtreiben.

Jetzt haben wir gesehen, dass wir im letzten Jahr die Frage zu beantworten hatten oder das Bundesverfassungsgericht hat es beantwortet: Wie wird die Vergabe von Medizinstudienplätzen in Deutschland gehandhabt? Da hat man teilweise schon verfassungsrechtliche Bedenken festgestellt und darauf gedrungen, dass neue Regelungen kommen müssen. Das hat das Land Mecklenburg-Vorpommern im Benehmen mit der KV, mit der

Ärztammer, aber natürlich auch in der Diskussion hier im Landtag in den letzten Wochen und Monaten auf den Weg gebracht.

Die Zahlen hat Kollege Ehlers schon vorgetragen, darauf will ich nicht weiter eingehen. Entscheidend ist: Wir sind eines der Länder, in denen 400 Medizinstudenten pro Jahr ausgebildet werden, und damit haben wir eigentlich hervorragende Startbedingungen, um die medizinische Versorgung im Land sicherzustellen. Aber wir müssen feststellen, dass eben doch erhebliche freie Niederlassungsstellen ausgeschrieben sind – 125 zurzeit –, und daraus ergibt sich die Aufgabe: Wie können wir die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen? Das ist die Frage, die zu beantworten ist.

Landarztquote – das wird ein Thema sein, auf das ich nachher noch eingehen werde. Wir haben in gut zwei Jahren das Medizinstipendium auf den Weg gebracht. Mittlerweile haben wir dort, glaube ich, 37 Abschlüsse. Das ist nicht viel, das muss man sagen. Da muss besser und intensiver geworben werden an den jeweiligen Universitäten in den Bereichen, also bei den Studenten, die das Physikum bestanden haben.

Weiterbildungsverbände sind wichtig. Kompetenzzentren sind aufgebaut worden. Die Sicherstellung und die Frage von Investitionszuschüssen sind mit der KV abgesprochen und werden auch durch die KV umgesetzt. Zweitpraxenniederlassungen sind ein Thema und können jederzeit genehmigt werden. Zwei allgemeine Lehrstühle in Greifswald und in Rostock sind eingerichtet.

Die Mitfinanzierung von Praktika und PJ-lern ist eine Herausforderung, die wir im nächsten Jahr in besonderer Weise angehen werden, denn es kann nicht sein, dass Ärzte, die zehn Semester bestanden haben, im letzten Jahr PJ-Jahr machen und dann eine Abschlussprüfung vor sich haben. Sie müssen auch die Gelegenheit haben, bei niedergelassenen Ärzten ein Praktikum zu machen, um die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum besser kennenzulernen. Da werden wir im nächsten Jahr mit der KV die Finanzierung so gestalten, dass das deutlich attraktiver wird und dass die Studenten nicht nur in den großen Städten ihre Praktika machen, sondern auch im ländlichen Raum. Dazu hat es in diesem Jahr die ersten Ansätze gegeben, einmal im Raum Parchim und andererseits im Bereich Rostock und Umgebung. Im nächsten Jahr werden wir diese Dinge in der Mecklenburgischen Seenplatte weiter vertiefen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist – und das will ich hier noch mal sagen – dass wir in den letzten Jahren erreicht haben, dass sich deutlich mehr Fachärzte in Mecklenburg-Vorpommern fort- und weiterbilden. Wir haben zurzeit 230 Weiterbildungsassistenten, die sich in den verschiedenen Einrichtungen zum Facharzt qualifizieren. Da geht es natürlich auch um die Frage, wer entscheidet sich am Ende für die Ausbildung zum Hausarzt oder zum Landarzt.

Jetzt will ich auf die Dinge kommen, die im nächsten Jahr anstehen. Wir haben mit dem Bildungsministerium, mit meiner Kollegin Birgit Hesse, verabredet, dass wir im Januar eine Initiative ergreifen werden, um eine Gesetzesinitiative „Landarzt in Mecklenburg-Vorpommern“ auf den Weg zu bringen. Da kann man zwischen 10 und 20 Prozent aller Studienplätze für die als Landarzt in Ausbildung Befindlichen festlegen. Es geht da zum einen um eine

Vorprüfung und es geht zum anderen um die Frage „Soziales Engagement“. Da spielen nicht nur die Zensuren eine Rolle. Es gibt ebenfalls eine Prüfung, die an den jeweiligen Universitäten als Zulassungskriterium mit entwickelt werden soll. Von daher glauben wir, dass wir in dieser Quote nachher erreichen können, dass wir 40 bis 80 Studenten für die Landarzt Ausbildung gewinnen können. Die einzige Voraussetzung ist, sie garantieren, dass sie nach der Facharzt Ausbildung für zehn Jahre im ländlichen Raum in unterversorgten Gebieten tätig werden. Zweitens gibt es dafür natürlich einen Vertrag, der zwischen dem Land und dem jeweiligen Medizinstudenten abgeschlossen wird. Das sind die Kerndinge, die ganz wichtig sind.

Ich will auch nicht verschweigen, wo es herkommt. Ich habe mich mit meinem Kollegen Laumann in Nordrhein-Westfalen unterhalten und wir sind der Meinung, dass wir als Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen in dieser Frage eine Vorreiterrolle in Deutschland übernehmen sollten, um den Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes umzusetzen. Wir sind uns darin einig, dass das sehr schnell kommen soll. Wir werden Ihnen im Januar einen Zeitplan vorlegen und die Arbeitsgruppe „Ländliche Gestaltungsräume“ natürlich mit einbinden. Das ist ein wichtiges Signal. Es geht darum, dass wir einerseits die Hausärzte und andererseits Pädiatrie, Geriatrie und Palliativmedizin im Auge haben, aber die Landarztquote ist die wichtigste Geschichte, die wir nächstes Jahr politisch angehen und gesetzgeberisch regeln wollen.

Ich weiß, dass damit nicht jeder einverstanden ist, aber wir müssen diesen Weg gehen, um – wenn man das hochrechnet – nach zehn Jahren den Ersatz von ausscheidenden Ärzten sicherzustellen. Ich denke, dass wir dafür auch eine politische Mehrheit kriegen. Zumindest habe ich die Gespräche mit der KV, bei der Ärztekammer et cetera schon geführt und ich weiß, dass ich nicht der einzige Minister in Deutschland bin, der diese Gedanken hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Weber?

**Minister Harry Glawe:** Bitte.

**Dr. Ralph Weber,** AfD: Danke schön.

Ich habe das mit Freude gehört, was Sie da vorhaben. Ich habe nur eine Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass diejenigen, die über ein Stipendium und diesen bevorzugten Studienplatz kommen, dann auch wirklich ihre Landarztstelle in Mecklenburg-Vorpommern antreten und nicht am Ende mit Staatsexamen und Approbation ausgestattet sagen, na ja, dann zahle ich halt eine gewisse Vertragsstrafe und gehe trotzdem in die Städte oder ganz woanders hin?

**Minister Harry Glawe:** Sie haben die Frage selbst beantwortet. Es wird Vertragsstrafen geben. Und – unter der Hand jetzt mal ohne Mikrofon –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

wir würden natürlich Landeskinder in besonderer Weise ansprechen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

So, meine Damen und Herren, das ist das, was wir in der Regierungszeit 2019 machen wollen, um die ärztliche Versorgung für die Bevölkerung im ländlichen Raum sicherzustellen. Dazu gibt es natürlich weiterhin die Modellprojekte, auch die Einführung von Digitalisierung. Sektorenübergreifende Versorgung ist eines der Schlagthemen, die ebenso wichtig sind, Ärztenetze und Überweisungspraktika, also Überweisungsmöglichkeiten per Digitalisierung von einer Arztpraxis ins Krankenhaus. Auch die Entlassungsdokumentationen wollen wir modellhaft einsetzen, um analoge Modelle weiter zurückzudrängen. Es geht darum, der Digitalisierung die Vorfahrt einzuräumen und papierlos zu agieren, natürlich immer unter Berücksichtigung der Frage der Einhaltung der jeweiligen Auflagen, die durch den Datenschutz gewährleistet werden müssen.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben mit dem Bund gut verhandelt. Wir haben ein Digitalisierungsprogramm, das in besonderer Weise für Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte aufgelegt werden soll, um gerade den Standard und die Vernetzung, die Entlastungsmöglichkeiten und die Information zwischen den Leistungserbringern und den Krankenkassen einerseits zu sichern und andererseits die Information zwischen stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgung auf ein neues, besseres Niveau zu heben und so die Zufriedenheit der Bevölkerung ernst zu nehmen, denn da gibt es immer mal wieder Beschwerden. Wir sind an der Sache dran und wir sind in Kontakt mit den jeweiligen Ärztekammern, Vereinigungen, Verbänden, auch mit den Fachverbänden.

Ich habe mir vorn auf die Fahne geschrieben, fast zu jeder Veranstaltung, wo irgendwo Ärzte tagen, ob das Hausärzte sind, der Hartmannbund ist oder ob das Gynäkologen oder Gynäkologinnen sind, die sich zu Fachkongressen treffen, oder auch zur Frage von Palliativmedizin, versuche ich weitestgehend alle Termine abzuräumen oder zu besuchen, um mit den jeweiligen Fachleuten in Kontakt zu bleiben, denn es nichts schlimmer, als wenn man hier vom Rednerpult redet und am Ende den Inhalt nicht verstanden hat.

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Also, meine Damen und Herren, ich bitte um Beifall und um Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Jess.

**Dr. Gunter Jess,** AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste!

Herr Glawe, ich habe mit Freude gehört oder besser gesagt, auch mit einem Schmunzeln, dass Sie einer Ausbildung zum Landarzt oder zum Hausarzt hier das Wort reden. Meiner Ansicht nach sind es immer noch Allgemeinmediziner, die da ausgebildet werden. Es gibt keine Qualifizierung für „Landarzt“.

(Minister Harry Glawe: Das stimmt.)

Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen macht eines deutlich: Es steht nicht gut um die ärztliche Patientenversorgung in manchen ländlichen Regionen unseres Landes. Meine Damen und Herren, eigentlich kennen wir diese Situation seit Langem. Wir hatten am 18.10.2017 in einer Aktuellen Stunde und am 29.06.2018 – da wurde bereits darauf eingegangen – aufgrund eines Antrags der LINKEN über genau dieses Thema umfangreich debattiert. Ich darf ergänzen, inzwischen erreichen mich – und sicherlich den Minister auch – Briefe frustrierter Bürger, die sich über die mangelhafte medizinische Versorgung in den ländlichen Regionen beklagen. Beispielhaft darf ich den Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Neubrandenburg oder auch den Bereich Ludwigslust-Parchim erwähnen. Die Situation wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter verschlechtern, weil in den nächsten vier Jahren laut [aerzteblatt.de](http://aerzteblatt.de) voraussichtlich mehr als 200 Hausärzte in den Ruhestand treten. Praxisnachfolger sind oft nicht vorhanden.

Wenn in unserem Bundesland mehr als 100 Hausärzte – wir haben vorhin gehört 125 – fehlen, so ist dies eine Zahl aus planerischer Sicht. Viel gravierender als der numerische ist der von den Patienten erlebte Ärztemangel. Patienten beurteilen die Qualität der Gesundheitsversorgung nach einfachen Kriterien, und zwar erstens nach möglichst bedarfsgerechtem, zeitnahen Zugang zum Arzt oder auch zu diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen, zweitens nach der Kompetenz der medizinischen Fachkräfte und drittens nach dem Kosten-Leistungs-Verhältnis.

Die Gegebenheiten unseres Flächenlandes bringen es mit sich, dass oft weite Strecken zum Arzt zurückgelegt werden müssen. Patienten, die auf den ÖPNV angewiesen sind, haben es hier besonders schwer, und es kann vorkommen, dass sie für einen Arztbesuch zwei Tage mit Übernachtung einkalkulieren müssen. Hinzu kommen bei manchen Fachärzten wochen-, ja, monatelange Wartezeiten, wenn sie überhaupt noch neue Patienten annehmen. Auch das gepriesene Versorgungsstärkungsgesetz wirkt mit seiner Option der zentralen Terminvergabe für Betroffene oft geradezu höhnisch, da mir von Reaktionen wie zum Beispiel, ich zitiere: „Wir können uns auch keine Fachärzte aus den Rippen schneiden“, Zitatende, berichtet wurde.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen die Fraktionen von CDU und SPD offensichtlich ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag ihrer Bundesparteien umsetzen, nämlich eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung nachhaltig durch mehr Medizinstudienplätze und eine Landarztquote zu sichern. Das ist lobenswert. Der Antrag fordert die Landesregierung auf – und ich formuliere jetzt einmal in verständlicher Sprache –:

1. zu prüfen, ob eine Quote von Medizinstudienplätzen an den Universitäten vorgehalten werden kann, insbesondere für Bewerber, die sich zu einer Tätigkeit in unterversorgten Regionen verpflichten,
2. zu prüfen, ob es einen Bedarf an Absolventen der Medizin für einen Einsatz in ländlichen Räumen gibt, und
3. den zuständigen Ausschüssen über die Ergebnisse und Maßnahmen zu berichten.

Nun ja, es ist ein zahmer Antrag. Er regt an zu prüfen, ob die obigen Maßnahmen unter Punkt 1 und 2 sinnvoll sein

könnten. Dazu wird auf den Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassungen vom 5. Juni 2008 zurückgegriffen, der in Artikel 9 Absatz 1 Vorabquoten für Studienbewerber zulässt, ich zitiere: „die sich ... verpflichtet haben, ihren Beruf in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs auszuüben“, Zitatende. Gemäß Artikel 12 Absatz 1 bestimmen die Länder diese Vorabquoten durch Rechtsverordnungen.

Allerdings, meine Damen und Herren, bin ich schon erstaunt. Ich denke, die Antworten auf die inkludierten Fragen des Antrages sollten eigentlich vorhanden sein. Wenden Sie sich doch an die naheliegenden Institutionen, die derzeit den Versorgungsauftrag haben, nämlich die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen, die Institutionen der Selbstverwaltung! Ich bin mir sicher, dass diese die aktuelle und zukünftige Versorgungssituation in unseren ländlichen Regionen bereits jetzt am besten und umfassend beschreiben können. Sollte die mit dem Antrag geforderte Prüfung zu einem positiven Ergebnis führen, würde sich die Umsetzung frühestens nach etwa zehn Jahren auswirken – der Minister hat bereits drauf hingewiesen –, wenn die verpflichteten Absolventen ihre Tätigkeit als Landarzt antreten könnten.

Trotzdem halten auch wir diesen Antrag als eine von weiteren erforderlichen Maßnahmen gegebenenfalls für sinnvoll. Allerdings sehen wir Risiken und Schwächen, die unseres Erachtens abgeklärt und ausgeräumt werden müssten:

Erstens. Es sollte nicht möglich sein, dass sich Studienbewerber mithilfe der Verpflichtungserklärung auch dann einen Studienplatz verschaffen können, wenn sie eine erkennbar schwächere fachliche und persönliche Eignung haben als ihre Mitbewerber. Mit „Eignung“ ist hier nicht nur die Abiturnote gemeint, die ohnehin länder- und schulabhängig keine völlige Vergleichbarkeit garantiert. Gemeint sind die intellektuellen und Persönlichkeitseigenschaften von Ärzten. Wenn wir das Prinzip gleicher Eignung nicht beachten, dann droht das Niveau der Gesundheitsversorgung auf dem Lande in die Zweitklassigkeit abzusinken.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das mögliche Gegenargument, dass Bewerber gleicher Eignung kein Motiv hätten, eine zusätzliche schwerwiegende Verpflichtung einzugehen, lässt sich durch die anhaltend hohen Bewerberzahlen entkräften. So ist das Verhältnis von Studienplätzen zu Bewerbern in Mecklenburg-Vorpommern, wie wir gehört haben, vier zu eins oder gar fünf zu eins. Wir haben Ihnen zu dieser eben besprochenen Problematik einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt und bitten dazu um Ihre Zustimmung.

Es gibt ein zweites Risiko. Die Verpflichtung zur Dienstausübung in unterversorgten Regionen ist ein erheblicher Einschnitt in die freie Lebens- und Berufsplanung junger Menschen, insbesondere, wenn sie sich schon vor Beginn ihres Studiums zu einer Tätigkeit in einer unterversorgten Region verpflichten und binden sollen, zum Beispiel nach dem Studium für weitere zehn Jahre in eine Landarztpraxis zu gehen. In Norwegen wird dies übrigens in ähnlicher Form bereits seit Jahren mit den nördlichen Regionen so gehandhabt.

Als erstes Bundesland will laut „ÄrzteZeitung“ vom 06.06.2018 Nordrhein-Westfalen den Weg der Vorabquote beschreiten. Das geplante Landarztgesetz wird im dortigen Landtag gerade in dieser Woche, am 12.12. war das, in Zweiter Lesung behandelt.

Es gibt aber ein weiteres, ein drittes Risiko. Dieses ergibt sich aus der einfachen Frage, die auch Professor Weber vorhin schon gestellt hat: Was will die Landesregierung unternehmen, wenn sich der Absolvent nach dem erfolgreichen Studium nicht an seine Verpflichtung hält? Welche Sanktionsmöglichkeiten wollen Sie dann einsetzen? Soll ihnen die Studienzulassung rückwirkend wieder entzogen werden oder welche finanziellen Möglichkeiten wollen Sie daran binden? Für junge Absolventen wird es viele Unwägbarkeiten geben, die ihnen Argumente liefern, der ursprünglichen Verpflichtung nicht mehr nachzukommen. Da wäre ein Vorabstipendium mit Rückzahlungsverpflichtung bei Vertragsbruch schon ein wirksameres Instrument.

(Harry Glawe, CDU:  
Dr. Jess, positiv denken!)

Wir werden sehen.

Die Landarztquote kann aber sowieso nur ein Mittel sein, um die medizinische Versorgung in strukturschwachen ländlichen Regionen zu verbessern. Wir von der AfD hätten uns gewünscht, dass der Antrag eine umfassendere Prüfung veranlasst hätte, nämlich welche Maßnahmen insgesamt geeignet wären, um der sich abzeichnenden ärztlichen Unterversorgung in ländlichen Räumen entgegenwirken zu können.

Verschiedene Anreize wurden schon geschaffen, der Minister ist bereits darauf eingegangen, zum Beispiel Investitionskostenzuschüsse bei Praxiseröffnung oder Übernahme der Investitionskosten in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Regionen durch die KV. Daneben gibt es bereits diverse weitere Maßnahmen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

zum Beispiel dieses Stipendium über 300 Euro pro Monat für Studenten, die sich verpflichten. Allerdings wissen wir auch, dass die bisherige Nutzung dieses Stipendiums eher gering ausgefallen ist. Soviel ich weiß, waren es bisher in diesem Jahr ganze drei Studenten, die das genutzt haben.

Unabhängig davon müssen die Rahmenbedingungen für junge Ärzte auf dem Lande verbessert werden, um den medizinischen Nachwuchs für eine dortige Tätigkeit zu gewinnen. Laut Umfrage des Hartmannbundes aus 2015 konnten sich nur etwa zehn Prozent der Medizinstudenten vorstellen, als Landarzt tätig zu werden. Da sind also noch erhebliche Anreizsysteme notwendig.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Hinweis auf die unscharfe Verwendung eines Begriffs im vorliegenden Antrag geben. Mit den „ländlichen Gestaltungsräumen“ müssten aufgrund des Kontextes alle strukturschwachen ländlichen Regionen gemeint sein. Die ungewöhnliche Schreibweise und Forderung nach Einbeziehung der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Gestaltungsräume“ würde aber strenggenommen bedeuten, dass nur jene 24 Orte mit Umgebung

gemeint sind, die im Landesraumentwicklungsplan Mecklenburg-Vorpommern mit dem Terminus „ländliche Gestaltungsräume“ belegt sind. Das ist aber zu kurz gegriffen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Auch die im Landraumentwicklungsplan genannten ländlichen Räume müssen in die Versorgungsüberlegungen einbezogen werden. Ich denke, hier hat der Antragsautor die Begrifflichkeiten nicht gekannt.

Zum Fazit: Der Antrag ist unseres Erachtens nicht ausgereift, auch aus den genannten Gründen. Deshalb stimmen wir der Überweisung in die zuständigen Ausschüsse eventuell zu, also den eventuellen Überweisungen in die Ausschüsse zu, andernfalls werden wir uns beim Antrag selbst enthalten.

Nun möchte ich noch kurz auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingehen. Die Punkte 1 und 3 sind meines Erachtens obsolet und fordern Selbstverständlichkeiten. Darauf sollten wir verzichten.

Der Punkt 5 erscheint auf den ersten Blick sinnvoll, auf den zweiten Blick sieht die Sache anders aus. Sie wollen die Zulassungszahlen für die Medizinausbildung an die Erkenntnisse der Bedarfsplanung anpassen, aber Sie vergessen völlig, dass wir bereits jetzt über unseren Bedarf ausbilden, nur bleiben diese Absolventen nicht im Land. Insofern liefe auch dieser Punkt ins Leere. Wir werden deshalb den genannten Änderungsantrag komplett ablehnen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben wieder einmal über ein Problem in unserem Land gesprochen, welches wiederum keine Lösung erbracht hat. Trotzdem vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Stamer.

**Dirk Stamer, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag hat das Ziel, die Bedarfe an Humanmedizinerinnen in unserem Land zu prüfen, um die medizinische Versorgung in unserem Land für alle hier lebenden Menschen weiter zu verbessern. Gerade für unser Land ist es wichtig, wie wir schon gehört haben, die ländlichen Räume als attraktive Gebiete zum Leben weiter zu stärken, da wir ein Land mit sehr vielen ländlichen Räumen sind. Dazu gehört es selbstverständlich auch, eine flächendeckende medizinische Versorgung bereitzustellen. Es ist klar, dass insbesondere Hausärzte sehr einfach und schnell erreichbar sein müssen.

Es zeigt sich, wie wir auch schon gehört haben, dass in einigen Gebieten in unserem Land ein Mehrbedarf an Humanmedizinerinnen besteht. Herr Ehlers hatte die unbesetzten Hausarztpraxen bereits angesprochen. Daher begrüßen wir es, dass wir mit diesem Antrag einen Überblick über die Bedarfe in unserem Land gewinnen wollen und daraufhin Maßnahmen ableiten, wie diese zu beheben sind. Dazu hat Herr Glawe bereits einige Ansätze geliefert.

Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir die Interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Gestaltungsräume“ dort einbeziehen. Herr Jess, aus meiner Sicht produziert sie, obwohl sie in 24 Modellregionen arbeitet, generalisierbare Ergebnisse für das gesamte Land und insofern ist eine Einbeziehung dieser Arbeitsgruppe sehr notwendig, da wir das Rad nicht doppelt erfinden müssen, denke ich.

(Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD,  
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Es ist mir allerdings bei einem Punkt noch wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass eine einfache Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmediziner hier im Land nicht sinnvoll wäre, da einerseits bekannt ist, wie bereits angesprochen, dass wir schon überproportional viele Mediziner ausbilden im Vergleich zum Schnitt von anderen Bundesländern. Das ist das eine. Wir sind allerdings von einer sehr hohen Abwanderung der Absolventen betroffen. Das heißt, die sogenannte „Klebequote“ funktioniert bei uns nicht richtig. Hier müssen wir ansetzen, an genau diesem Punkt. Eine reine Erhöhung der Studienplatzkapazitäten würde das Problem nicht direkt lösen. Es ist wichtiger, die Absolventen im Land zu halten, insbesondere in den Gebieten mit einem erhöhten Bedarf. Ich denke, dass hier eine Landarztquote ein sehr sinnvolles Mittel, eine sinnvolle Methode ist, um dort anzusetzen – wie wir gehört haben, auch nur eine von vielen, aber eine wichtige.

Zum anderen allerdings muss man zu diesem Punkt dazusagen, dass angehende Mediziner spätestens in der klinischen Ausbildung Kontakte zu Patienten benötigen. Das heißt, wenn wir die Anzahl der Studienplätze für Mediziner erhöhen, müssten wir gleichzeitig parallel dazu die Kapazität der Betten an der Universitätsmedizin erhöhen, da eine fundierte medizinische Ausbildung nur funktionieren kann, wenn angehende Mediziner ausreichend Erfahrung am Patienten gewinnen können.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Es gibt auch akademische Lehrkrankenhäuser.)

Eine Erhöhung der Studienplatzkapazitäten zöge eine Erhöhung der Anzahl der Betten und somit der Patienten nach sich. Dies könnte beispielsweise sicherlich über eine Verlegung von Kapazitäten aus anderen Krankenhäusern an die Universitätsmedizin gelingen, allerdings muss man sich im Klaren darüber sein, ob man dieses möchte und wie man das umsetzt.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ich denke, alles in allem sind wir uns einig, dass eine ausreichende medizinische Versorgung für eine Gesellschaft sehr wichtig ist.

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Dieser Antrag hat das Ziel, seinen Beitrag zur Verbesserung dieser medizinischen Versorgung zu leisten, und daher bitte ich Sie um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Nachfrage?

**Dirk Stamer, SPD:** Nein, danke.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Koplín.

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Grundsätzliche und Wichtigste zuerst: Wir wollen nach wie vor Gesundheitsland Nummer eins werden und dazu gehört selbstverständlich eine nachhaltige Sicherung der medizinischen Versorgung. Dazu wiederum gehört die entsprechende bedarfsgerechte Anzahl von medizinischem und nicht medizinischem Personal zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Ich habe heute und auch in vorherigen Debatten im Landtag nichts anderes gehört. Bekräftigen möchte ich das für DIE LINKE noch mal grundsätzlich, weil das vorangestellt notwendig erscheint, denn ich beginne mit einer Kritik.

Ihr Antrag ist hochgradig verstörend, denn Herr Ehlers sagt und Herr Stamer hat das eben noch mal sekundiert, wir brauchen eine Bedarfsermittlung, Bedarfe für die Humanmedizin wären zu prüfen. Es beginnt die Prüfung, möge man meinen, wenn wir das beschließen. Herr Glawe sagt hier am Pult, im Januar mache ich alles schon.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Auf welcher Grundlage denn?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also müssen wir was prüfen, haben wir datenseitig noch Informationsbedarf, oder nicht? Es scheint ganz offensichtlich der Fall zu sein, dass die Koalitionäre und die Landesregierung hier hochgradig unkoordiniert handeln.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:  
Na, na, na, na!)

Ja, ich bin reichlich erbost darüber.

(Harry Glawe, CDU: Ach?! –  
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Jetzt würde ich aber aufpassen!)

Das ist so eine Hopplahopp-Politik.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Dr. Jess hat darauf verwiesen, dass wir am 18. Oktober 2017 an dieser Stelle darüber diskutiert haben. Seitens der LINKEN, ich habe vorhin noch mal nachgeguckt, hatten wir drei Dinge vorgeschlagen, immer in Aufsetzung auf das, was im Land vorhanden ist, was wir uns erarbeitet haben, und wir haben, was die medizinische Versorgung im Land betrifft, grundsätzlich ein gutes Niveau. Also haben wir gesagt, wir brauchen auf alle Fälle eine Gesundheitsberichterstattung, Analysen 2.0, wir brauchen Fachkräftegewinnung 2.0 und Telemedizin beziehungsweise eine Initiative für die Digitalisierung in der medizinischen Versorgung 2.0. Wir wollten damit ein systematisches Vorgehen anregen. Da haben Sie abgewinkt. Sie haben gesagt, wir sind da viel pragmatischer, wir machen schon, wir legen das Stipendium auf. Auch damals haben wir schon gefragt, auf welcher Grundlage legen Sie denn das Stipendium auf. Wir sind nicht per se dagegen, haben aber darauf hingewiesen, dass es nicht

im ausreichenden Maße und nicht gesichert das hinreichende Instrument ist, um die Versorgungslage nachhaltig zu sichern. Auch da haben Sie abgewinkt.

Ich finde es schon mal honorig, Herr Minister, dass Sie zugestehen, dass Sie sagen, wir haben jetzt 37 Stipendien, das ist nicht genug, wir haben uns da mehr versprochen, wir müssen nachlegen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das sehen wir genauso und wir haben mit Studentinnen und Studenten gesprochen in dieser Hinsicht und haben gefragt, ist es das Mittel. Diejenigen haben uns gesagt – auch das Argument ist uns nicht neu –, Geld allein macht es nicht. Uns zum Beispiel wurde gesagt, es wäre hilfreich, eine entsprechende Begleitung zu bekommen. Es wäre hilfreich, in den Bildungsinhalten, in den Qualifizierungsinhalten eine Verbesserung zu erhalten, die zielgerichteter ist. Und, was für uns ein Aha-Effekt war, ist, dass gesagt wurde, zu Beginn des Studiums haben Medizinerinnen und Mediziner sich auch Instrumente zu besorgen, die sie für die Zeit des Studiums benötigen, und die sind nicht ganz ohne in der Kostenfrage. Hier Unterstützung zu bekommen, wäre nicht schlecht. Das waren Hinweise, die haben wir aufgenommen, damit gehen wir noch um.

Alles in allem, in der Tat, Herr Minister, müssen wir da nachlegen. Die Frage ist nur: Wie jetzt mit Ihrem Antrag umgehen? Wir wollen den zunächst, haben wir gesagt, positiv aufnehmen. Gleichwohl, die Zahlen sind bekannt. Sie haben genannt, 125 Hausärztinnen und Hausärzte fehlen im Land. Ein Blick auf die Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung, zumindest vor zwei Tagen, ergab, dass 132 Stellen unbesetzt sind. Wir wissen von 250 Stellen, die in den nächsten Jahren altersbedingt aufgegeben werden, und, Herr Minister, Sie hatten gesagt, glaube ich, 235 sind in der Weiterbildung zu Fachärzten und da gibt es dann eine gewisse Kompensation.

Gleichwohl haben wir zu konstatieren, dass die Alterspyramide der niedergelassenen Ärzte uns zwingt zu handeln. Ich will das ganz gern zu Protokoll geben, weil es interessante Zahlen sind: bei den niedergelassenen Ärzten bis 34 Jahre 0,3 Prozent, bis 39 Jahre 2,5 Prozent – das sind saldiert keine 3 Prozent bis 40 Jahre –, dann 40 bis 49 Jahre 20,7 Prozent, 50 bis 59 Jahre 44,9 Prozent, 60 bis 65 Jahre 21,1 Prozent und über 65 Jahre 10,5 Prozent. Das ist ...

(Harry Glawe, CDU:  
Dann haben Sie doch alle Zahlen!)

Ja, wenn wir das haben.

(Harry Glawe, CDU:  
Was meckern Sie dann?)

Nein, ich meckere nicht, ich frage mich nur, was Ihr Antrag soll.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben gesagt,  
Sie brauchen die Datenlage, und  
haben das jetzt vorgetragen.)

Wenn Sie sagen, wir müssen da eine Analyse anfertigen, und andererseits parallel dazu handeln, dann frage ich mich immer, auf welcher Grundlage.

Wo es darüber nachzudenken gilt, ist die räumliche Verteilung. Auch uns erscheint die Reduzierung auf die ländlichen Gestaltungsräume als nicht ausreichend. Das ist ein wichtiger Fingerzeig. Aber das ist so wie mit Durchschnittswerten und so weiter, wenn man immer Stichproben nimmt – und wir haben hier besondere Lagen –,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann haben wir noch nicht die Situation im ganzen Land erfasst. Wir verwehren uns nicht einer Analyse,

(Harry Glawe, CDU: Wir auch nicht.)

aber faktisch eine Analyse und vorgeschaltet schon handeln, das wird Kuddelmuddel am Ende. Bei guter Absicht, das unterstellen wir Ihnen, Herr Minister, dass Sie eine gute Absicht haben,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

aber es ist ein systematisches Handeln. Wir springen dann letztendlich über jeden Stock.

Unser Antrag, den wir ergänzend zu dem, was Sie vorgelegt haben, unterbreitet haben, ist hier schon kritisch gewürdigt worden. Vonseiten der AfD ist gesagt worden, dass sie das ablehnt. Ich will dennoch etwas dazu sagen. Wir möchten Ergänzungen Ihres Antrages in dreierlei Hinsicht.

Zum einen wollen wir die aktuellen Festlegungen der Kultusministerkonferenz vom 6. Dezember berücksichtigt wissen. Warum ist das entscheidend? Wenn Sie eine Landarztquote auflegen wollen von 20 Prozent,

(Harry Glawe, CDU: Bis zu! Bis zu!)

dann müssen Sie die rechtliche Grundlage dazu haben – bis zu, ja, korrekterweise –, dann müssen Sie die rechtliche Grundlage dazu haben. Der jetzige Hochschulstaatsvertrag gibt im Artikel 6 die Möglichkeit und sagt es ganz allgemein, Paragraph 1 Artikel 6, dass es im Landesrecht geregelt werden muss.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Dann hat im Juli dieses Jahres die Kultusministerkonferenz eine entsprechende Richtungsentscheidung gegeben und einen Entwurf für einen neuen Staatsvertrag, der liegt erst seit 6. Dezember vor. Diesen Staatsvertrag müssen wir erst mal nachvollziehen. Wir müssen erst mal die rechtlichen Grundlagen schaffen, dass wir das machen können,

(Harry Glawe, CDU:  
Nee, wir machen das schon!)

was Sie gerne möchten, was wir dann auch unterstützen würden, das ist doch keine Frage. Auf welcher rechtlichen Grundlage, frage ich mich.

(Harry Glawe, CDU: Wir machen das schon!)

Hemdsärmlich,

(Harry Glawe, CDU: Nein!)

hemdsärmlich und handstreichartig

(Harry Glawe, CDU: Nein!)

wollen Sie das machen, okay.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir wollen aber natürlich verbindliche und verlässliche Bedingungen für die Studentinnen und Studenten in diesem Land und für die angehenden Ärztinnen und Ärzte.

(Egbert Liskow, CDU: Einfach anfangen! –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also es ist unser Ansinnen, das zu berücksichtigen.

Der zweite Punkt, wo hier gesagt wird, das brauchen wir eigentlich nicht, bezieht sich auf Erkenntnisse, die wir gewonnen haben. Am vergangenen Freitag gab es eine interessante Veranstaltung in der Ständigen Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Frau Dr. Scriba hat das Land Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Seitens Brandenburgs war der Staatssekretär für DIE LINKE dort.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,  
und Harry Glawe, CDU)

Ja, es war eine interessante, erkenntnisreiche Veranstaltung. Es ging darum, wie die Bedarfsplanungen in den nächsten Jahren bundesweit ablaufen sollten. Seit Oktober dieses Jahres gibt es ein Gutachten, das dem gemeinsamen Bundesausschuss unterbreitet wurde, ein Gesundmachergutachten, von der Maximilians-Universität München erstellt. Dieses Gutachten, 810 Seiten, wird die Grundlage bilden für Richtlinien, die bundesweit gelten.

(Harry Glawe, CDU: Da geht  
es um Krankenhäuser!)

Da geht es nicht nur um Krankenhäuser. Es geht um Hausärztinnen und Hausärzte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da will ich drei Aspekte hervorheben, was empfohlen wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das ist sehr interessant, und zwar sollen zukünftig Hausärzte für 99 Prozent der Bevölkerung binnen 15 Minuten zu erreichen sein, Fachärzte, einschließlich der Psychotherapeuten, in 30 Minuten, Kinderärzte in 20 Minuten.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Mit welchen Verkehrsmitteln?)

Ein Verkehrsmittel ist nicht näher beschrieben, Erreichbarkeit.

Ich belasse es jetzt mal dabei. Es gibt noch sehr interessante weitere Aspekte, die eine Rolle spielen. Wenn das rechtlich gültig ist und für uns auch einschlägig wird, dann hat das Auswirkungen auf unsere Bedarfsplanung, der zweite Punkt, den wir Ihnen unterbreiten. Es ist also nicht erdacht, dass wir sagen, wir möchten da gern noch unseren Senf dazugeben, sondern wir legen schon Wert darauf, dass wir nicht an der absehbaren Recht-

sprechung im Gesundheitsrecht der Bundesrepublik haarscharf vorbeiplanen. Also regen wir an, dass diese Aspekte berücksichtigt werden.

Und einen dritten Punkt möchte ich ansprechen, weil Ihr Antrag ist letztlich ziemlich verkopft und bezieht sich nur auf Ministerien.

(Sebastian Ehlers, CDU:  
Keine Köpfe in den Ministerien! –  
Harry Glawe, CDU: Verkopft?)

Da geht zum einen um den Anspruch mit der Landarztquote, gut und schön. Im zweiten Punkt geht es um die interministerielle Arbeitsgruppe und im dritten Punkt geht es um zwei Ministerien, die Bericht erstatten sollen. Also alles immer mit Blick von der Regierung auf die Gesellschaft,

(Sebastian Ehlers, CDU:  
In den Ausschüssen. –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

von oben nach unten. Wir sagen, das muss andersrum laufen. Wir brauchen eine andere Sicht, von unten. Das wiederum setzt voraus, wenn wir die entsprechenden Bedarfsplanungen abgeschlossen haben, die Sie machen wollen oder auch nicht, so klar ist das mit Ihrem Antrag nicht,

(Harry Glawe, CDU: Na, na, na, na!)

wenn wir diese Bedarfsplanung wirklich machen und ernstnehmen, dann hat das Auswirkungen auf die Kapazitäten und die Zulassungszahlen an den Universitäten.

Mit dem dritten Punkt stellen wir darauf ab, wenn die Bedarfe klar sind, wird es Veränderungen geben müssen, und das muss miteinander korrespondieren. Dafür sprechen wir uns aus und hoffen auf die Zustimmung zu unserem Ergänzungsantrag. Dann würden wir auch zustimmen. Ansonsten enthalten wir uns der Stimme, weil nicht ganz klar ist, was Sie denn nun wollen. Wir sagen, so, wie es jetzt ist, so, wie Sie es jetzt beschrieben haben, ist es ein unkoordiniertes Handeln und das ist nicht zielführend genug.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Bei allem guten Willen, den wir Ihnen unterstellen, aber Sie lassen da eine Menge Wünsche offen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

**Bernhard Wildt,** Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren Abgeordnete! Es ist, glaube ich, völlig unstrittig, dass der Antrag ein sehr wichtiges Thema aufgreift, die Versorgung mit Ärzten bei uns im Land, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Wir wissen, dass es da schon heute Probleme gibt, und wir wissen auch, dass die Probleme größer werden im Laufe der nächsten Jahre, einfach aufgrund der Altersstruktur der vorhandenen Ärzte und aufgrund der Absolventenzahlen sowie der Erfahrungen mit den Absolventen, wie

viele davon bei uns im Land bleiben oder nicht. Das ist insoweit klar.

Allerdings muss ich auch sagen, wenn ich auf den Antrag schaue, wird es leider etwas unklarer. Die Rede von Herrn Ehlers und die Rede von Herrn Glawe waren sehr engagiert, haben die wesentlichen Punkte sicherlich alle gebracht, nur letzten Endes finden sie sich nicht in dem Antrag wieder. Da fühle ich mich schon ein kleines bisschen veralbert, wenn ich unter Ziffer 2 sehe, dass der Bedarf an Absolventen evaluiert werden muss. Wir alle kennen im Prinzip die Zahlen der Alterspyramide. Herr Glawe tätigte dann sogar noch den Zwischenruf, die Zahlen kennen wir doch. Klar, die kennen wir alle. Warum steht es dann überhaupt in dem Antrag? Ich bin mir sicher, wenn ich den Antrag gestellt hätte für meine Fraktion, dann hätten Sie genau das zu mir gesagt, die Zahlen kennen wir doch alle, was wollen Sie denn von mir.

(Harry Glawe, CDU:  
Sie kennen mich gut!)

So, und die CDU beantragt das nun vom CDU-Minister. Das, muss ich sagen, finde ich einfach nicht in Ordnung.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Dadurch wird der Antrag hier ein bisschen aufgebläht, das ist eigentlich unnötig.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ein Spezifikum in diesem Land! –  
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das, was in Ziffer 1 steht, ist auch nicht verkehrt. Die im Staatsvertrag vorgesehenen Möglichkeiten sollen genutzt werden für die Landarztquote, aber es ist auch so allgemein, dass man damit im Grunde genommen nichts richtig anfangen kann. Aus dem Grund gibt es auch den Änderungsantrag von der AfD und den Änderungsantrag von der Linksfraktion. Wäre der Antrag der CDU und SPD detailliert und fundiert, dann gäbe es keine Änderungsanträge dazu, die genau diese Lücken jetzt schließen wollen.

(Minister Harry Glawe:  
Das kann ja jeder sagen! –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deswegen ist mein Vorschlag an der Stelle, dass wir das gesamte Paket, diesen Antrag und auch die Änderungsanträge, in den Gesundheitsausschuss überweisen und dort etwas Konkretes daraus machen,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

denn ansonsten, muss ich sagen, wollen Sie sich da nur einen Blankoscheck von uns ausstellen lassen, dass Sie dann machen können, was Sie wollen. Dann brauchen Sie eigentlich gar nicht mit dem Antrag zu kommen, dann machen Sie einfach direkt, was Sie wollen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Jaja!)

Also entweder oder. Entweder Sie wollen den Landtag mit einbeziehen und wir sollen konkrete Lösungen mitbeschließen, wie zum Beispiel die Landarztquote konkret umgesetzt werden kann, dann sind wir gerne bereit, da mitzureden, oder Sie wollen das sowieso für sich alleine

beschließen, und zwar im Januar, das haben wir ja gerade gehört, dann brauchen Sie uns bitte auch gar nicht mehr damit zu befassen und uns gar nicht mehr danach zu fragen.

Deswegen werden wir uns den Anträgen aufgrund der Wichtigkeit des Themas nicht entgegenstellen, sondern uns der Stimme enthalten, aber der Überweisung in den Ausschuss werden wir den Vorzug geben, werden wir also zustimmen. Wir würden gerne ein konkretes Aktionsprogramm beschließen. Da muss dann aber ein bisschen mehr drinstehen als dieser Satz, dass die Möglichkeiten zu nutzen sind. Das ist so was von allgemein, das hätte sich hier keine andere Fraktion getraut, in der Form zu beantragen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Es hat noch mal ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Landarztquote – das ist ein Gesetzgebungsverfahren, was die Landesregierung anstrebt.

Zweitens, zur Statistik: Bei der KV ist bekannt, wie viele Zulassungsbezirke es gibt, und da kann man auch ablesen, wo sind unterversorgte, wo sind überversorgte Regionen und wo sind Normalverteilungen von Ärzten. Man kennt bei der KV auch das Alter der Ärzte. Im Durchschnitt hört ein Arzt zwischen 63 und 65 Jahren auf. Das ist der Durchschnitt, aber es gibt im SGB V keine Altersbegrenzung für Ärzte.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Sie können also so lange praktizieren, wie sie sich fit fühlen. Das muss man alles wissen. Aber man kennt die Durchschnittszahlen. Deswegen haben wir hier gesagt, wir machen eine Landarztquote zwischen 10 und 20 Prozent. Das ist die Geschichte, was brauchen wir im Jahre 2025, wie viele Ärzte scheiden wahrscheinlich aus. Daraufhin kann man sich schon etwa zehn Jahre vorher festlegen, den und den Vertrag mache ich mit so und so vielen Studenten und Studentinnen, die Humanmedizin studieren. Ich kann für die Zukunft schon vorausberechnen nach der Statistik, wie viele ausgebildete Fachärzte ich zehn Jahre später brauche, die in Niederlassungen oder in MVZ oder wie auch immer bei der Versorgung im ländlichen Raum oder in größeren Zentren et cetera gebraucht werden. Deswegen habe ich vorhin gesagt, die Statistik kennen wir schon. Herr Koplín müsste sie eigentlich auch kennen.

Dann haben wir vor, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das rechtssicher ist, das aber dafür sorgt, dass wir in dieser Frage diese Quote festsetzen, und dann wird Näheres durch Verordnung oder Richtlinie geregelt. Da geht es um die Arbeitsplätze et cetera. Ich glaube, das ist relativ logisch. Dass wir Ihnen einen Bericht geben, ist klar. Im Januar fangen wir an, die Zeitschiene festzulegen, wann wer welche Hausaufgaben zu machen hat, und wir werden Sie im Ausschuss darüber unterrichten, wie das Verfahren läuft, bis wir damit in den Landtag zu Ihnen kommen und um die Erste und Zweite Lesung bitten, um das Gesetzesverfahren auf den Weg zu bringen. Also wir nehmen Sie schon voll mit.

Ich habe heute vorab schon mal informiert, was wir vorhaben. Ich gebe zu, das war ein Überraschungscoup. Der hat dazu geführt, dass eine gewisse Ratlosigkeit eingetreten ist. Herr Koplín will sich enthalten, das macht er sonst nie.

(Sebastian Ehlers, CDU:  
Na manchmal schon!)

Also von daher nehme ich das eigentlich als Lob, Herr Koplín.

Meine Damen und Herren, alles andere wird mein Kollege Ehlers noch vortragen.

Ich will noch einen Satz sagen: Fort- und Weiterbildung ist tatsächlich deutlich besser geworden. Wir haben jetzt 235 Ärzte, die in Fort- und Weiterbildung sind und die sich dann auch fürs Land entscheiden. Die bleiben hier und die machen entweder ihre Facharztausbildung oder die machen Hausarzt oder Allgemeinmedizin, was auch immer. Also da hat es schon Fortschritte gegeben. Die Frage, wie kriegen wir einen Arzt, einen PJ-ler in die Fläche hinein, werden wir jetzt mit der KV besprechen. Wir werden noch extra einen Zuschuss mit auflegen, dass Fahrtkosten erstattet werden, vielleicht auch Übernachtungen, damit unsere ländlichen Räume durch Medizinstudenten auch mal gesehen werden, damit für sie deutlich wird, welche Möglichkeiten ein Landarzt hat, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, um viel näher an die Praxis, an den Patienten heranzukommen. Da sind wir, glaube ich, mit der KV auf einem guten Wege. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Der Minister hat jetzt, da er vorhin seine Redezeit schon mit einer Minute übertroffen hat, weitere ...

(Minister Harry Glawe:  
Das war aber nicht viel,  
das war eine Punktlandung.)

Nein, stimmt nicht, wir haben genau aufgepasst, Herr Minister. Und jetzt waren es noch mal vier Minuten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oh, oh!)

Also diese Redezeit steht den Fraktionen noch mal zur Verfügung.

Es hat jetzt noch mal ums Wort gebeten der Abgeordnete Koplín für die Fraktion DIE LINKE.

(Der Abgeordnete Torsten Koplín  
bleibt auf seinem Platz.)

Torsten!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Torsten Koplín,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war so fasziniert, der Minister berührte so den Rücken der Ministerin.

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe:  
Das war spannend, ne?!)

Ja, das war so spannend, dass ich abgelenkt war.

(allgemeine Heiterkeit)

Ja, gebe ich zu. Und dann gebe ich zu, dass ich vermutet habe, dass Herr Ehlers noch was sagt zu den Änderungsanträgen. Gut, dann wird es andersherum sein.

Herr Minister Glawe ist immer so wunderbar offenherzig und hat deutlich gemacht, eigentlich ging es um den Überraschungscoup, dass heute der Weltöffentlichkeit mitgeteilt werden sollte, dass ab nächstem Jahr eine Landarztquote eingeführt wird und dass dann bis zu 20 Prozent der Medizinstudentinnen und -studenten – aber auch in anderen Fachrichtungen, nicht nur in der Humanmedizin – mit einer speziellen Vergabe sozusagen als Landeskinder den Vorzug haben könnten an den Universitäten. Das ist ganz gut. Dann frage ich mich allerdings, warum dieser Antrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Rückenwind, Torsten, Rückenwind!)

Sie selbst sagen ja, wir haben die Zahlen. Die Zahlen haben wir durch mehrere Redebeiträge nun aneinandersetzen können. Insofern wäre es nicht schlecht, Sie ziehen am besten diesen Antrag nachher zurück

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe)

und wir werden interessiert verfolgen, was der Minister im angekündigten Gesetzgebungsverfahren leisten wird, und werden das gewohntermaßen kritisch begleiten.

(Minister Harry Glawe:  
Das ist gut. Darauf freue ich mich.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Jetzt hat für die Fraktion der CDU noch mal das Wort der Abgeordnete Ehlers.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Du hast noch eine Minute.)

**Sebastian Ehlers,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur Kritik der Opposition: Herr Kollege Wildt, ich schätze Sie sonst ja sehr, das wissen Sie, aber uns hier irgendwie inhaltsschwache Anträge vorzuwerfen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das geht zu weit!)

nachdem Sie eine Stunde vorher einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben, der ganze anderthalb Zeilen hatte, ich meine, das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich meine, Sie schmeißen uns hier solche Anträge auf den Tisch und kritisieren uns dann später für Inhaltslosigkeit.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da müssen Sie vielleicht erst mal vor der eigenen Haustür etwas kehren, das ist meine Empfehlung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Nun zu den Kollegen der LINKEN.

Ja, Teile der Fraktion sind schon in Vorbereitung auf die Weihnachtsfeier, sehe ich gerade.

Nun zu den LINKEN. Unser Fraktionsvorsitzender hat gestern in der Aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass Sie 20 Jahre Rot-Rot gerade feiern. Da war das Motto mal „Einfach anfangen“, Herr Koplín. So, und jetzt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben nur daran erinnert. Gefeiért haben andere! Da sind wir bescheiden.)

und jetzt wird hier kritisiert, dass der Minister schon ankündigt, was im nächsten Jahr passieren wird. Wenn er es nicht gemacht hätte, hätten Sie ihn kritisiert, dass er nichts macht. Heute kritisieren Sie ihn, dass er was macht. Da müssen Sie aber dann klar sagen an der Stelle, was Sie wollen, werte Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Nun zu Ihren Änderungsanträgen. Ich denke, die ersten beiden Punkte sind von unserem Antrag mit abgedeckt, weil wir ganz konkret sagen, die Entwicklungen auf Bundesebene – dazu zählen natürlich solche Geschichten wie KMK, wie G-BA – sollen mit eingebaut werden.

Der dritte Punkt, Ausweitung der Kapazitäten an den Hochschulen: Ich glaube, dazu habe ich mich hier deutlich positioniert in der Debatte. Sie haben die Position des Koalitionspartners in der Debatte vernommen und daher ist auch klar, warum das nicht in dem Antrag steht. Aus unserer Sicht hätte das dort schon drinstehen können,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Die SPD.)

aber da gibt es keine Einigung in der Koalition – Stand jetzt –, von daher kann man das, glaube ich, auch ganz klar und deutlich hier so benennen. Deswegen sind wir, glaube ich, gut beraten – das auch noch mal in Richtung vom Kollegen Stamer –, nicht nur über die Probleme und die Schwierigkeiten bei dem Thema zu reden, sondern uns auch Gedanken zu machen, wie wir das Thema lösen, weil ich glaube, am Ende wird es nicht ohne Kapazitätserweiterung hinkommen, wenn wir die Bedarfe hier dauerhaft im Land decken wollen.

Die Ausschüsse sind eingebunden, nicht nur jetzt über den Antrag, über den wir gleich beschließen werden, sondern dann natürlich auch im Gesetzgebungsverfahren. Deswegen kann ich jetzt nicht die Kritik nachvollziehen, dass gesagt wird, da ist irgendwas außerhalb und die Regierung macht es alleine ohne das Parlament. Auch wir haben das explizit im Antrag formuliert, dass dann im zuständigen Ausschuss Bericht zu erstatten ist, und im Gesetzgebungsverfahren wird es ebenfalls zu besprechen sein.

Und, werter Kollege Dr. Jess, die Detailfragen, die Sie angeführt haben, mit der Vertragsstrafe, was auch Ihr

Fraktionskollege Professor Weber angesprochen hat, ich glaube, das sind Dinge, die dann im Gesetzgebungsverfahren, im Ordnungsverfahren zu klären sein werden. Ich gehe davon aus, dass sich in erster Linie bei der Geschichte, und die Argumente habe ich ja genannt, Bewerberinnen und Bewerber aus Mecklenburg-Vorpommern melden werden, wenn es darum geht, sich hier als Landarzt zu bewerben. Deswegen, glaube ich, braucht man nicht zwingend Ihren Änderungsantrag an der Stelle.

Sie sehen, Herr Koplín, wir werden hier heute nicht zurückziehen. Wir werden das Signal heute senden, dass wir den Bedarf dort sehen, und erwarten dann im kommenden Jahr das Gesetzgebungsverfahren. Das ist ein Baustein, um das Thema zu lösen. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass es vieler Bausteine bedarf, dass alle mit im Boot sitzen müssen, dass es kein Thema ist, was Politik alleine lösen kann. Deswegen herzlichen Dank und ich bitte um Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2913 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2959 sowie den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2976 im Falle der Überweisung des Antrages auch an den Wirtschaftsausschuss überweisen? –

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Ja, Herr Ehlers, sagen Sie mal was!)

Ich sehe keinen Widerspruch. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, AfD und Freie Wähler/BMV sowie des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2959 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Welcher war das? –  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
AfD steht da drüber!)

den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/2959 bei Zustimmung der Fraktionen der AfD und Freie Wähler/BMV, ansonsten Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD, ...

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Sie waren dafür? Aber gemeldet haben Sie sich nicht.

... und Zustimmung des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2976 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2976 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und der Fraktion Freie Wähler/BMV, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2913 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2913 bei Zustimmung der Fraktionen von SPD und CDU und Stimmenthaltungen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD, der Fraktion Freie Wähler/BMV und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine Damen und Herren, die Beratung des Tagesordnungspunktes 31 für die morgige Sitzung entfällt, da der Antragsteller zwischenzeitlich den hierzu eingereichten Antrag zurückgezogen hat.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Computerspielsucht, ...

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist für heute der letzte Tagesordnungspunkt. Ein bisschen Disziplin! Das schaffen wir auch noch.

... also, Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Computerspielsucht – Präventionsarbeit an Schulen erhöhen, auf Drucksache 7/2908.

**Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV  
Computerspielsucht – Präventions-  
arbeit an Schulen erhöhen  
– Drucksache 7/2908 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

**Bernhard Wildt**, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Computerspielsucht – Experten und Verbände warnen seit Langem vor einer Medien- und Computerspielsucht. Anlass für diesen Antrag heute ist insbesondere, dass die Weltgesundheitsorganisation, die WHO, in ihrer aktuellen Klassifikation die Sucht nach Computerspielen, die sogenannte Gaming Disorder, als eigenständige Diagnose anerkannt hat. Negative Folgen für die Gesundheit können beispielsweise Schlaf, Ess- oder auch Konzentrationsstörungen sein

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Wenn man das alles hat, oje!)

und die Vernachlässigung von Schule, Beruf, Familie und Freunden. Ebenso können Betroffene unter Bewegungsmangel leiden, was Übergewicht begünstigen kann.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Ich zitiere hier noch mal das „Ärzteblatt“, da steht es auch, vom August dieses Jahres: „Die Internetabhängigkeit erzeugt laut dem Bochumer Psychotherapeuten“ – ach so, den Namen, na ja, egal – „einen großen Leidensdruck, hat negative Folgen für Körper und Psyche und ist daher behandlungsbedürftig. Die Betroffenen zeigten ein exzessives Nutzungsverhalten mit krankhafter Impulsivität, Kontrollverlust und Entzugerscheinungen. Das komplette soziale und berufliche Umfeld breche weg, im schlimmsten Fall trügen sich die Betroffenen mit Suizidgedanken.“ Das ist also ein tatsächlich ernstes Thema.

Bisher gibt es keine Studien, weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Deutschland, die Genaueres über die Zahl der Erkrankten sagen können. Wir haben dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, auch die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern hat davon keine Kenntnis. Klar ist aber, dass circa 34 Millionen Deutsche Computer spielen oder Computerspiele spielen. Vermutlich spielt nur ein kleiner Teil davon exzessiv, aber wie viele das genau sind, wissen wir nicht.

Die WHO begründet die Aufnahme in die Klassifikation der Krankheiten folgendermaßen: Der Hauptgrund dafür sind nicht nur die vorliegenden wissenschaftlichen Beweise, sondern auch der Bedarf an Behandlung und die Forderung nach einer Anerkennung seitens der behandelnden Mediziner, die sich davon erhoffen, dass die Forschung verstärkt wird, dass vorbeugende Maßnahmen durchgeführt werden können und dass man sich mehr mit den gesundheitlichen Folgen dieser Sucht befasst. Mediensucht im Allgemeinen wurde jedoch noch nicht klassifiziert.

(Horst Förster, AfD: Kommt noch.)

Präventionsarbeit ist ein entscheidender Faktor, um vor allem Kinder und Jugendliche vor der Sucht zu schützen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es jedoch noch keine direkten und obligatorischen Maßnahmen, die in den Rahmenplänen verankert sind. Nur so kann allerdings auch die Digitalisierung an Schulen und im Unterricht umfassend erfolgen. Die Risiken müssen angesprochen werden und Lehrer müssen dafür qualifiziert werden.

In einer Kleinen Anfrage von Frau Weißig mit der Drucksachennummer 7/1910 heißt es dazu: „Im Kontext der Reflexion von problematischem Medienverhalten formuliert der gültige fächerübergreifende Rahmenplan für Medienerziehung (alle Schularten) unter anderem die Forderung einer Bereitschaft und Fähigkeit für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet ..., ohne dass er explizit“,

(allgemeine Unruhe –  
Glocke der Vizepräsidentin)

„ohne dass er explizit mit dem Begriff Mediensucht arbeitet. Indirekt fördert der Rahmenplan die kritische Sicht auf eigenes Verhalten ...“ Das heißt, Mediensucht selber ist nicht thematisiert, es sind Schritte in die richtige Rich-

tung vorhanden, aber das eigentliche Thema der Mediensucht, der Computerspielsucht ist es noch nicht.

Es gibt eine neue Studie vom Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet, DIVSI, die gab es 2014 das letzte Mal, jetzt 2018, und zwar bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25, also im Alter von 14 bis 24. Sehr beunruhigend ist dabei der hohe Prozentsatz der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die angeben, selber die Gefahr zu sehen, süchtig, spielsüchtig, computerspielsüchtig zu werden oder internetsüchtig auch, und zwar immerhin 27 Prozent, also 27 Prozent aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 24. Und wenn man das noch mal vergleicht mit der Studie von 2014, die stellte nicht genau die gleichen Fragen, aber damals, also vor vier Jahren, überwog noch die sehr positive Stimmung gegenüber dem Internet, die wir übrigens hier im Landtag auch immer wieder regelmäßig antreffen. Es vergeht ja keine Landtagssitzung ohne das Thema Digitalisierung, und Digitalisierung wird also etwas durch die Bank Positives gesehen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.)

Also es ist einfach generell positiv, egal, in welchem Zusammenhang. Das ist aber eben in der Form so nicht ganz richtig. Digitalisierung birgt eben auch Risiken,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Die Dosis machts.)

und die Risiken müssen auch deutlich herausgearbeitet werden. Da muss man natürlich insbesondere die Schutzwürdigsten in unserer Gesellschaft, die Kinder, Jugendlichen und auch die jungen Erwachsenen, an die Hand nehmen und muss ihnen an dieser Stelle auch helfen. Zumindest wünschen sich das die Jugendlichen selbst, denn 69 Prozent der 14- bis 24-Jährigen fühlen sich von der Schule nicht ausreichend auf die digitale Zukunft vorbereitet, also mehr als zwei Drittel. Insbesondere Themen wie „Sicherheit“ und „Schutz der Privatsphäre“ kommen aus ihrer Sicht nur unzureichend vor. Insbesondere für junge Menschen mit einem niedrigen formalen Bildungsniveau gilt vor allem die Schule als wichtiger Vermittler von Grundwissen im Umgang mit digitalen Medien.

Ja, ich denke, es ist wahrscheinlich, alle diejenigen von Ihnen, die vielleicht selber Kinder haben, die in diesem Alter sind, Jugendliche oder junge Erwachsene, werden es vielleicht auch schon mal selber bemerkt haben, die Computerspiele sind tatsächlich in den letzten Jahren so hervorragend geworden – das muss man schon so sagen, die sind sehr, sehr gut –, das heißt, es gelingt tatsächlich, die jungen Menschen, die spielen, oder auch ältere Menschen, die spielen, in den Bann zu ziehen. Aber gerade die Jugendlichen vergessen dann eben oft einfach komplett Raum und Zeit und finden selber den Ausstieg nicht mehr, wann sie jetzt zum Beispiel aufhören müssen. Sie können die ganze Nacht durchspielen. Ich kann das aus eigener Erfahrung mit meinen Kindern sagen. Wenn man da nicht genau darauf achtet und selber erzieherisch sehr stark auch tätig wird, schaffen die Kinder das ohne Weiteres, die ganze Nacht durchzuspielen und am nächsten Morgen in die Schule zu gehen, wo sich dann natürlich die Lehrer wundern, warum die vielleicht im Unterricht nicht mehr aufpassen können, einschlafen oder überhaupt nicht mehr leistungsbereit sind.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Das heißt, wir haben dort ein echtes Problem. Es nützt, glaube ich, nichts, dieses Problem zu leugnen. Man muss nur jetzt eben überlegen, wie geht man dagegen vor. Regelmäßig, wenn ich mit meinen Anträgen komme und irgendetwas von der Schule erwarte, dann wird mir ja immer wieder entgegengehalten, das kann ja nun die Schule nicht alleine leisten. Das ist natürlich richtig, das kann die Schule auch nicht, aber wir müssen konstatieren, die Elternhäuser tun es teilweise nicht. Und welche andere Möglichkeit bleibt uns dann, als Staat, als Gemeinschaft, wenn wir unsere, wie gesagt, schwächsten Mitglieder schützen wollen? Es bleibt uns nur der Weg der Schule. Wir können nur über die Schule versuchen, die Sensibilität zu erhöhen und den Kindern Hilfestellung zu geben.

Das passiert natürlich auch. Ich bin mir sicher, Frau Hesse wird vielleicht, wenn sie dazu sprechen möchte, das auch sagen, dass da natürlich einiges passiert, aber ich bin eben der Meinung, es ist noch nicht genug, sonst wäre ja auch der Anstieg in diesem Bereich nicht zu erklären und sonst wäre auch die Klassifikation der Computerspielsucht als Krankheit eben halt auch nicht vorgenommen worden, wenn es das Problem nicht gäbe.

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern ein sehr erfolgreiches Projekt, das sind die Medienscouts. Die Medienscoutausbildung ist dafür da, dass Schüler auf digitale Medien vorbereitet werden und das dann an ihre Mitschüler weitergeben. Das ist ein sehr hervorragendes Konzept. Anmelden kann sich jeder Schüler der 8. bis 10. Klasse. Die Workshops sind am Wochenende und komplett kostenlos. Die Projektorganisatoren sind unter anderem der Landesbeauftragte für Datenschutz, das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, die ComputerSpielSchule Greifswald und LAKOST. Die Themen sind „Cybercrime“, „Das Netz ist frei – die Inhalte auch?“, „War doch nur Spaß? – Cybermobbing“. Das sind also alles interessante Themen, aber das Thema Computerspiele ist eben nur eines von vielen und gewinnt in der Gesamtsache sicherlich noch nicht das Gewicht, was es eigentlich bekommen müsste, weil, wie gesagt, viele Jugendliche diesen Dingen ja erst mal sehr positiv gegenüberstehen.

Wenn wir also den jungen Leuten Risiken und Gefahren deutlicher machen wollen, müssen wir dort auch stärker tätig werden. Dann muss die Landesregierung stärker tätig werden und in diesem Sinne bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Machen wir.)

zumindest aber der Überweisung in den Ausschuss.

Es bietet sich im Übrigen, so, jetzt habe ich es, auch noch an, das Unterrichtsfach Informatik und Medienbildung dafür zu nutzen, was ab dem Schuljahr 2019/2020 für die Jahrgangsstufen 5 bis 10 eingeführt wird. Im Moment läuft dort die Pilotphase. Dieses Fach würde sich für eine Vermittlung der Risiken sehr gut eignen, da es obligatorisch an jeder Schule existieren wird und somit alle Schüler erreicht. Aber auch hier muss die Grundlage eine gut ausgebildete Lehrkraft sein, und ich hoffe, ich habe die Sensibilität dafür geweckt, dass dieses Wissen eben nicht vom Himmel fällt. Es ist eine neue Herausforderung.

derung, und ich bitte, dass wir uns dieser neuen Herausforderung stellen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

(Ministerin Birgit Hesse spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Entschuldigung, jetzt.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Wildt! Ich möchte gar nicht verhehlen, dass das ein ernstes Thema ist und dass es auch zu einer hohen Belastung von Familien führen kann. Ich möchte aber, bevor ich zur eigentlichen Rede komme, Ihnen Folgendes sagen: Das Thema Computerspielsucht ist eine Facette einer Sucht, und das muss man, finde ich, auch ganz deutlich mal sagen. Da müssen wir auch reden über Alkoholsucht, wir müssen reden über Drogensucht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das machen wir lieber nach Weihnachten.)

wir müssen reden über Magersucht, wir müssen reden über Bulimie und, und, und. Was will ich Ihnen damit sagen?

(Jens-Holger Schneider, AfD: Zuckersucht.)

Zuckersucht, keine Ahnung, was noch.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nikotin.)

Was will ich Ihnen damit sagen? Sie greifen sich eine kleine Facette heraus. Ich will nicht leugnen, dass das wichtig ist, aber es ist eine kleine Facette bei dem Thema Sucht, und das muss man, finde ich, in der Debatte auch einfach mal ganz deutlich sagen.

Nichtsdestotrotz, finde ich, ist es ein ernsthaftes Thema, das haben Sie treffend beschrieben. Und es ist so, bei der fortschreitenden Digitalisierung gibt es eben auch Licht und Schatten. Das haben wir aber an dieser Stelle schon mehrfach diskutiert und Sie haben es treffend beschrieben, indem Sie sagen, die digitale Welt birgt auch Risiken. Da stimme ich Ihnen zu. Insofern finde ich es auch wichtig, darüber zu sprechen, dass die Digitalisierung nicht nur Licht ist, sondern auch Schatten hat. Das haben wir mehrfach hier an dieser Stelle schon gemacht.

Ich finde aber trotzdem, das ist alles – und da komme ich zu meinem Eingangsstatement zurück – eine Frage der Herangehensweise. Ich bleibe jetzt mal in dem Bild von unserem letzten Antrag vom gestrigen Tag, wo wir bei

Pferden waren: Ich finde, Sie galoppieren hier einfach in die falsche Richtung. Zum einen, möchte ich Ihnen sagen, gibt es inzwischen diverse Studien zur Computerspielsucht und den Auffälligkeiten dafür, etwa von der DAK oder auch der BZgA. Den Mehrwert und Erkenntnisfortschritt einer weiteren Erhebung sehe ich hier nicht, erst recht nicht, wenn man den entsprechenden Aufwand in Relation dazu setzt.

Zum anderen, und das möchte ich an dieser Stelle auch deutlich betonen, was die Rahmenpläne betrifft, sind wir weiter, als Sie es in diesem Antrag skizzieren. Der Rahmenplan Medienerziehung, in dem wir nach Ihrem Willen die Präventionsarbeit festschreiben sollen, ist schlichtweg nicht mehr gültig. Wir haben ihn zum Ende des vergangenen Schuljahres außer Kraft gesetzt und ihn durch den Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ ersetzt. Dieser Rahmenplan fußt nicht zuletzt auf der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“, in der unter anderem der Kompetenzbereich „Schützen und sicher agieren“ und darunter die Kompetenzgruppe „Gesundheit schützen“ verankert sind. Als einzige Kompetenz findet sich da, Entschuldigung, als einzelne Kompetenz findet sich da: „Suchtgefahren vermeiden, sich Selbst und andere vor möglichen Gefahren schützen“. Und sie findet sich nicht nur da, sondern wie alle KMK-Kompetenzen als eine Basiskompetenz in unserem Rahmenplan. Dort haben wir sie um eine weitere Kompetenz ergänzt: „Suchtgefahr durch den Konsum digitaler Medien einschätzen“.

Es ist doch völlig klar, ich sagte es bereits, die Digitalisierung können wir mit all ihren Nebenwirkungen aus keinem unserer Lebensbereiche aussperren, und insbesondere natürlich auch nicht an der Schule, das negiere ich überhaupt nicht. Deswegen ist es auch ein Arbeitsfeld in der Schule, darauf hinzuweisen, weil die Lehrerinnen und Lehrer natürlich sehen, was mit ihren Schülern los ist. Und glauben Sie mir, auch ich habe Fälle erlebt, wo ich mit Schülerinnen und Schülern gesprochen habe, gefragt habe, wie oft sie denn vor dem Rechner sitzen. Da hat mir jemand gesagt, ich saß jetzt in den Ferien 23 Stunden vor dem Rechner. Da dachte ich, er meinte eine Woche. Tatsächlich meinte er einen Tag.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.)

Also ich persönlich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich würde gar nicht so lange die Aufmerksamkeit haben. Ich würde, glaube ich, wahrscheinlich am Computer einschlafen, aber nichtsdestotrotz zeigt es das Problem.

Ich möchte Ihnen aber einfach sagen, dass wir bezogen auf die Rahmenpläne darauf schon reagiert haben, dass wir selbstverständlich die Schulen sensibilisiert haben. Sie haben das Fach Informatik und Medienbildung selber angesprochen, das wir jetzt in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 einführen, wo natürlich gerade auch der Fokus gelegt wird auf die Medienbildung und auf den Umgang mit Medien. Insofern wird da ein Bereich sein, wie man mit Spielen umgeht, also mit Spielen, mit Computerspielen, und dass das alles auch seine Grenzen hat.

Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich Ihnen einfach sagen, das Thema ist wichtig, das ist ein ernst zu nehmendes Thema, weil ich glaube, der Fall, den ich beschrieben habe, von dem Jungen, der da 23 Stunden am Rechner sitzt, ist kein Einzelfall, und wir müssen selbstverständlich in der Schule darauf hinwirken, dass man dem entgegenwirkt. Aber trotzdem, und

dazu stehe ich auch, auch Eltern sind in der Pflicht, etwas zu tun,

(Horst Förster, AfD: Aber in erster Linie.)

vor allen Dingen, wenn ich die Ferienzeiten anspreche. Da hat Schule nicht die Möglichkeiten einzuwirken. Ich finde, auch Eltern müssen wir dafür sensibilisieren, dass sie hinschauen, was spielen die Kinder, was sind das für Spiele, wie lange spielen sie das, auch gewisse Regeln vorgeben, und es gibt mittlerweile Möglichkeiten, technische Möglichkeiten, die Handynutzung einzuschränken, aber auch die Computernutzung einzuschränken. Ich glaube, auch da müssen wir ansetzen, weil auch das ist Aufgabe von Eltern.

Insofern lassen Sie mich zusammenfassen: Ich verstehe Ihr Ansinnen, wahrscheinlich auch als Vater,

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

aber ich kann Ihnen sagen, die Schulen sind da gut aufgestellt. Ich bin Ihnen trotzdem dankbar, dass Sie für dieses Thema noch mal sensibilisiert haben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Schneider.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na, schon beim Weihnachtsmarkt gewesen? – Jens-Holger Schneider, AfD: Noch nicht. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

**Jens-Holger Schneider,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Seit ihrem Bestehen hat uns die Fraktion der BMV, jetzt Freie Wähler, schon eine ganze Antragsreihe vorgelegt,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

was alles verbindlich in den Unterricht zu integrieren sei, ...

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ja, und das waren auch Leute in der AfD, da haben Sie recht, Herr Reinhardt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

... ob es nun um Erste-Hilfe-Kurse, Noteneinsicht für die Eltern, Schwimmzeugnisse, Schulgärten oder jetzt um Präventionsarbeit gegen Computerspielsucht geht.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Nehmen Sie sich mal ein Beispiel dran, was man alles so machen kann, wenn man im Landtag ist.)

Mit Letzterem hat die Fraktion nun ein weites Feld für künftige Anträge eröffnet, denn es gibt noch viele andere Süchte – die Ministerin hat zu Recht darauf hingewiesen –, die in Einzelanträgen jetzt im nächsten Kalenderjahr behandelt werden könnten. Wir dürfen gespannt sein.

Mit dieser Karikatur, um nun wieder ernst zu werden, haben wir bereits unseren Hauptkritikpunkt an dem Antrag umrissen. Computerspielsucht ist tatsächlich nur eine Erscheinung vielfältiger Formen von Sucht und damit immer in einem größeren Zusammenhang zu sehen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Ein mit der Computerspielsucht eng verwandtes Problem ist die Mediensucht, bei der es um die sozialen Medien geht. Diese Thematik wird im Antrag der Freien Wähler/BMV nur am Rande erwähnt, ohne sie in die Forderungen des Abschnitts II einzubinden. Dort geht es in Ziffer II Punkt 4 nur um eine Zusammenarbeit von Projekten beider Themen. Wie eine Studie des DRK zur Abhängigkeit 12- bis 17-Jähriger von sozialen Medien kürzlich zeigte, verbringen Jugendliche dieser Altersgruppe im Durchschnitt zweieinhalb Stunden mit sozialen und in den sozialen Medien, Mädchen zwischen 16 und 17 sogar fast dreieinhalb Stunden. Das birgt natürlich auch viele Gefahren, die es in sich hat, zum Beispiel das Cybermobbing, Cybergrooming, diese ganzen Gefahren, die es dort gibt. Das darf man natürlich nicht außer Acht lassen.

Jetzt wieder zurück zu den Tatsachen, dass nach den in der Studie zugrunde gelegten Kriterien 2,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersklasse als süchtig nach sozialen Mädchen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Medien gelten, bei Mädchen sind es 3,4 Prozent. Das klingt erst mal relativ niedrig. Auf Deutschland hochgerechnet wären das aber um die 100.000 Betroffene. Diese Studie ergab aber auch, dass jeder dritte von dieser Mediensucht betroffene Jugendliche Anzeichen einer Depression zeigt, und das ist dann ein ernstes Thema. Auch Computerspielsucht geht übrigens mit Symptomen der Depression einher. Medien- und Computerspielsucht sollten als verwandte Phänomene und nicht nur isoliert betrachtet werden, handelt es sich doch in beiden Fällen um ein Abtauchen in eine virtuelle Welt bei gleichzeitiger Vernachlässigung der realen Welt. Hier entsteht ein Teufelskreis, wenn ein Jugendlicher aufgrund persönlicher Probleme die Flucht in eine Onlinewelt ergreift und dann von dieser virtuellen Welt so gefangen genommen wird, dass er die reale Welt, zum Beispiel die Schule, noch mehr vernachlässigt.

Wie relevant das Thema Medienkompetenz ist, konnte man auch im Grundsatzprogramm des Projekts „Jugend im Landtag 2018“ nachlesen. Den Umgang mit individuellen Suchtgefahren von Jugendlichen sehen wir in erster Linie in der Verantwortung der Eltern. Wir können der Schule tatsächlich nicht alles aufbürden,

(Beifall Horst Förster, AfD)

zumal sie mit Themen wie Inklusion und Integration bereits erheblich belastet ist.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Natürlich hat die Schule im Rahmen ihres Bildungsauftrages auch allgemein über Suchtgefahren zu informieren und aufzuklären. Dies tut sie auch und dies geschieht allerdings bereits auf vielfältige Weise. So ist Suchtprävention beispielsweise schon ein Thema des Rahmenlehrplans Sachunterricht an der Grundschule, des Rahmenlehrplans Biologie an Regionalen Schulen und Gesamtschulen, des Kerncurriculums Biologie für die Sekundarstufe II.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Hört, hört!)

In den Rahmenlehrplänen Sozialkunde und selbst in den Rahmenlehrplänen Englisch sind für alle Schularten bis auf die Grundschulen Suchtproblematiken thematisiert. Computerspiele werden bereits im Rahmenlehrplan Informatische Grundbildung für die 5. und 6. Klasse behandelt.

Noch ausführlicher gehen dann die fachübergreifenden Rahmenpläne Digitale Kompetenzen und Gesundheitserziehung auf die verschiedenen Suchtgefährdungen ein. So geht es in der 9. Klasse um die Einschätzung und Vermeidung von Suchtgefahren durch den Konsum digitaler Medien. Für das Fach Sozialkunde wird die Behandlung von Fallstudien zu Onlinespielsucht und Internetsucht angeregt. Der Rahmenlehrplan Gesundheitserziehung hat einen eigenen Abschnitt zur Sucht- und Drogenprävention, auch in Bezug auf elektronische Medien.

Kurzum, das Thema ist bereits umfangreich in die Rahmenpläne integriert und wir können uns sicher sein, dass verantwortungsbewusste Lehrkräfte das Thema auch außerhalb des Curriculums behandeln,

(Beifall Horst Förster, AfD)

sodass sich die Frage stellt, warum es nun noch eines zusätzlichen Antrages Ihrer Fraktion bedarf. Auch außerhalb der Schule wird einiges an Präventionsarbeit geleistet. Darauf ist hingewiesen worden. Darauf haben Sie auch hingewiesen, Herr Wildt, ich will es aber noch mal wiederholen.

Der Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 17. Mai des Jahres nennt eine ganze Reihe von Aktivitäten und Initiativen zur Entwicklung der Medienbildung und zur Förderung der Medienkompetenz, die auch Schulen und Lehrkräften zur Verfügung stehen. Aus der Vielzahl der in diesem Bericht aufgeführten Projekte, Workshops und Veranstaltungen sei in diesem Zusammenhang das Projekt Medienscouts erwähnt, das unter anderem von der Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen (LAKOST MV) – die im Übrigen eine sehr unterstützenswerte und dankenswerte Arbeit übernommen hat und der man tatsächlich nicht genug danken kann –

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Sehr richtig!)

unterstützt wird, die auch Computerspiele im Blick hat. Hier wurden in unserem Bundesland bisher 350 sogenannte Medienscouts ausgebildet. Das sind Jugendliche, aber auch Erwachsene, darunter vorwiegend Schulsozialarbeiter, die als Multiplikatoren der Präventionsarbeit an den Schulen wirken.

Anlass für den vorliegenden Antrag der Freien Wähler/BMV ist nun wohl die Entscheidung der Weltgesundheitsorganisation WHO, Computerspielsucht (Gaming Disorder), als Krankheit anzuerkennen. Das hat vor allem Bedeutung für ihre Behandlung. Allerdings hat die WHO auch erklärt, dass nur ein kleiner Teil der Computerspieler tatsächlich von dieser Krankheit betroffen ist. Und das relativiert die Problematik doch erheblich.

Überdies haben Computerspiele keineswegs nur negative Auswirkungen auf die Spieler. Sie fördern unter anderem Teamfähigkeit, strategisches Denken, Koordinations-, Reaktions- und Interaktionsfähigkeit. Schädlich werden sie erst, wenn soziale Beziehungen, die Schule, eine gesunde Lebensweise vernachlässigt werden. Auch hier gilt, allein die Dosis macht das Gift.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das gilt eben auch für die digitale Mediennutzung. Die kritische Dosis ist wiederum auch hier individuell verschieden.

Schwierig ist in dem Zusammenhang auch die Abgrenzung zum Hobby. Viele Hobbys sind sehr zeitintensiv, ohne deshalb zur Sucht zu werden. Das wird jeder wissen, der ein Hobby intensiv und auch ausgeprägt betreibt. Auch das Computerspiel hat in den meisten Fällen einen Hobbycharakter und ist deshalb nicht per se abzulehnen, solange es nicht psychische oder physische Störungen hervorruft. Junge Menschen, die E-Sports als Sportart betreiben, sind damit auch nicht automatisch süchtig.

Angesichts der Wichtigkeit dieses Themas halten wir das Grundanliegen des Antrages der Freien Wähler/BMV für berechtigt. Wir sind keine Spielverderber, werden uns wegen der genannten Kritikpunkte allerdings bei der Abstimmung enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

(Beifall Sebastian Ehlers, CDU –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Oh Gott! Herr Ehlers!)

**Marc Reinhardt, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der letzte Tagesordnungspunkt für heute. Die Frage ist, wo beginnt Spielsucht oder wo fängt sie eigentlich an.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Das ist das Gleiche wie bei  
„beginnt“. Beginnt und anfangen.)

Ist man schon gefährdet, wenn man wie ich eine PlayStation 4 zu Hause hat, oder ist man, wenn man hier im Saal rumguckt, viele von uns sind ja auch ...

Ach, ja, Frau Bernhardt legt es noch rechtzeitig weg.

(allgemeine Heiterkeit)

... mit den digitalen Endgeräten unterwegs oder spielen mal, die Kollegen von mir da hinten, eine Runde Skat auf dem I-Pad, ist das nachher ...

(allgemeine Unruhe –  
Zurufe vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE  
und Freie Wähler/BMV: Oh! –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Das machen die?)

Habe ich gehört! Habe ich gehört!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Beruhigen wir uns wieder!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Herr Kokert, da müssen  
Sie mal eingreifen!)

Wir wissen ja alle, jeder kann sich selber einschätzen,  
wie gefährdet er da ist.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,  
Sebastian Ehlers, CDU, und  
Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber, Herr Wildt, die Bildungsministerin hat es ja gesagt,  
eine weitere Studie dazu, da ist jetzt wirklich fraglich, ob  
die den Erkenntniswert zu Computerspielen tatsächlich  
steigert. Wir haben gehört, es gibt einige Studien dazu.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben auch den Rahmenplan Medienerziehung, so,  
wie er früher bei uns hieß, umgetauft, das ist jetzt der  
Rahmenlehrplan Digitale Kompetenzen. Es gibt ja auch  
Vereinbarungen dazu in der KMK und es wird ausführlich  
in diesem Rahmenplan auf die Suchtgefahren hingewie-  
sen.

Ich kann jetzt nicht sagen – da sind Sie vielleicht dichter  
dran –, ob das ausreichend in der Schule passiert. Aber  
wir haben ja auch – auch von der Bildungsministerin –  
gehört, wir haben hier immer mal ein isoliertes Problem  
und wir dürfen am Ende nicht dafür sorgen, die Schule ist  
ja am Ende nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft.  
Es ist klar, ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Doch, doch, ist sie schon. – Zuruf von  
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Soll sie aber endgültig nicht sein.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

... es ist ein wichtiges Thema, es soll ja auch in allen  
Fächern so ein Querschnittsthema mehr und mehr wer-  
den. Deshalb glauben wir, das ist bereits gut aufgehoben  
in den Plänen, die wir haben, und dass dieser Antrag so  
heute nicht notwendig ist, auch wenn das Thema sicher-  
lich – es spielt ja nicht nur in der Schule eine Rolle, ich  
kenne auch 34-Jährige,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Oder die CDU-Fraktion.)

die jeden Tag quasi die Nacht durch FIFA 19, oder was  
das jetzt ist, spielen und so was alles machen, auch dort  
ist man gefährdet –, wahrscheinlich auf allen Ebenen der  
Gesellschaft ein Problem ist.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,  
und Franz-Robert Liskow, CDU)

Ich habe nur bei mir festgestellt, mit zunehmendem Alter  
wird es bei mir weniger.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich weiß nicht, ob das eine allgemeine Diagnose ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das ist allgemein so.)

Ja?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:  
Mit zunehmendem Alter nimmt  
das ab. Das ist richtig.)

Gut.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Gut. Wir wollen das nicht ins Lächerliche ziehen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Das nimmt alles ab. –  
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ich zitiere zum Schluss Frau Oldenburg: Mit zunehmen-  
dem Alter nimmt alles ab.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der CDU und DIE LINKE –  
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ich hoffe, das ist dann auch bei der Spielsucht so. Wir  
werden Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke für die Auf-  
merksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit  
vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für  
die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,  
und Dr. Ralph Weber, AfD)

**Eva-Maria Kröger,** DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsi-  
dentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde alles  
gesagt und ich habe gestern Abend gelernt, tote Pferde  
soll man nicht reiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt.)

Was kann ich noch sagen? Ich versuche mal, ein bisschen  
durch die Rede zu fliegen und nur das aufzugreifen ...

Also ich glaube, das Problem ist verstanden. Ja, Compu-  
terspielsucht ist ein großes Problem, und wenn man sich  
damit beschäftigt, dann ist ja auch klar, woher diese  
Sucht kommt und dass es natürlich Angebote gibt, die da  
besondere Gefährdungen hervorrufen, also diese soge-  
nannten Massive Multiplayer Online Role-Playing Ga-  
mes, also World of Warcraft, Onlinespiele,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ah, da kennt sich jemand aus!)

in denen man sich eben wirklich verlieren kann. Früher war es so, man hat sich einfach ausgeloggt und der Rechner stand tage- oder wochenlang rum und dann konnte man an der gleichen Stelle weiterspielen. Das ist bei solchen Spielen nicht möglich, da dreht sich die Welt weiter, auch wenn man nicht dabei ist,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

und das trägt ja dann auch zu einer solchen Spielsucht bei, dass man natürlich dabeibleiben will, plus die Belohnungs- und Bewunderungssysteme, die auch noch dazu kommen. Diese Spiele haben ja auch oft kein Ende. Also es ist nicht klar, wo man dann eigentlich ankommt, sondern es geht immer weiter und weiter, und auch das fördert Sucht.

Über die Folgen einer solchen Computerspielsucht ist hier viel gesagt worden, bis hin zu Entzugserscheinungen, dass das soziale Netzwerk um einen herum zusammenbricht, dass man nicht mehr zur Schule, zur Arbeit geht, teilweise sind ja regelrecht Fälle von Verwahrlosungen besprochen worden. Allerdings – und darauf hat Herr Schneider auch schon hingewiesen in einer Rede, in der sehr vieles sehr richtig war – heißt das nicht, dass, wenn jemand zu viel spielt, das auch gleich mit einer Sucht zu tun hat. Da muss man große Unterschiede machen.

Und was mich zugegebenermaßen an Ihrem Antrag etwas stört und auch während Ihrer Einbringung gestört hat, ist das Durcheinanderbringen der Begriffe. Also „Mediensucht“ ist ein umgangssprachlicher Sammelbegriff für eine Abhängigkeit von Medien, und darunter fallen dann Internetsucht, Fernsehsucht, Handysucht und die Sucht nach Computerspielen. Aber auch da werden durchaus noch Unterschiede gemacht und bei Ihnen wirkte das alles ein bisschen in einen Topf geworfen.

Was für uns am wichtigsten ist und auch wichtiger als Ihr Antrag, ist die präventive Arbeit. „Medienkompetenzvermittlung“ ist das Zauberwort, ist jetzt hier heute auch schon gefallen. Medienkompetenz ist das, was wir brauchen, was gefördert werden muss. Die Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern muss mit Leben gefüllt und mit Ressourcen unteretzt und auch fortgeschrieben werden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Kinder und Jugendliche müssen lernen, sich sicher in virtuellen Spielräumen in der vernetzten Welt zu bewegen. Der Bedarf an medienpädagogischer Bildung und Beratung ist groß. An dieser Stelle sollten wir ansetzen. Studien für Mecklenburg-Vorpommern brauchen wir nicht, die Arbeit können wir uns sparen, und deshalb werden wir den Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Saemann.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Oh Mann! Den gibt es tatsächlich!  
Das ist eine Legende. – Zurufe von  
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,  
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

**Nils Saemann,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Es ist alles gesagt.)

Ich freue mich ganz besonders, heute zu dieser schulpolitischen Problematik das Schlusswort zu sprechen. Angesichts des Umstandes,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Herr Wildt kommt noch mal.)

dass viele Vorredner tiefgründig auf die Problematik eingegangen sind und auch wirklich sachdienliche Würdigungen hier gegeben haben, möchte ich mich noch einmal ganz, ganz herzlich bei der Ministerin bedanken

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

für die ausführliche Darstellung dieser Problematik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Und ich möchte,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

ich möchte auch ganz kurz erwähnen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

dass es eigentlich um zwei Kernkompetenzen geht,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Computer und Spiele. – Heiterkeit  
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

zwei Kernbotschaften.

Punkt eins zum einen die Erweiterung des Rahmenplanes, was hier schon mehrfach angedeutet und erläutert worden ist, im Rahmen der digitalen Erweiterung. Und zum Zweiten, was die Ministerin auch noch unterstrichen hat, ist, dass die Eltern mehr und mehr zu präventiven Tätigkeiten mit herangezogen werden, um unsere Kinder darauf aufmerksam zu machen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

dass es eben andere Möglichkeiten gibt,

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Sehr richtig, Herr Saemann!)

sich zu amüsieren und nicht unbedingt am Computer zu sitzen und die Zeit totzuschlagen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Welche denn?)

Es bieten sich da einige Sachen an,

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)

dass man vielleicht die eine oder andere Tanzveranstaltung besucht

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

oder was anderes tut.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Wo Sie auflegen als DJ!)

Vielleicht möchte ich in diesem Rahmen sagen,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

mein geschätzter Kollege Herr Wildt, ich würde sagen, der Antrag ist nicht so unbedingt notwendig,

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD)

und ich denke, wir werden diesen Antrag auch ablehnen.

(Vincent Kokert, CDU: Oh! –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, meine sehr geehrten und geschätzten Kollegen, lassen Sie mich als letzte paar Worte, bevor die Weihnachtsfeier dann losgeht, sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Herr Wildt kommt noch!)

um noch einmal Fritz Reuter an den Haaren zu ziehen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Du bist nicht der Letzte!)

angesichts des Umstandes, dass diese nervenzehrenden Stunden hier bei uns im Parlament

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

auch der einen oder anderen Abwechslung bedürfen, denke ich mal:

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

„Wer Dach för Dach sin Arbeit deit un ümmer up den Posten steit, hei mäkt dat gaut, hei mäkt dat giern, ok son Minsch dörf sik amüsiern.“ – Danke für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
CDU, AfD – Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Zwei Minuten, drei Sekunden.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ja, ich stelle mir die Frage, ob wir vielleicht im Ältestenrat auch mal das Thema Schleichwerbung behandeln sollten, aber nicht mehr in diesem Jahr.

Und jetzt gebe ich für das letzte Wort zu diesem Antrag Herrn Wildt für die Fraktion Freie Wähler/BMV das Wort.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,  
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Das allerletzte Wort habe hoffentlich noch ich.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Selbstverständlich! –  
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

**Bernhard Wildt,** Freie Wähler/BMV: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Ich möchte jetzt das Thema auch nicht noch unnötig in die Länge ziehen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Danke!)

ich glaube, wir haben uns schon deutlich darüber ausgetauscht, aber ein paar Punkte muss ich natürlich noch mal kurz ansprechen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das eine ist, dass das Thema Sucht jetzt hier so ein klein bisschen verharmlost wurde, insofern, ...

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD  
und Vincent Kokert, CDU: Nein!)

Doch, doch! Doch, doch!

... insofern, dass immer gesagt wurde, ja, was ist denn jetzt Sucht.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ist das jetzt schon Sucht oder ist das jetzt schon Sucht? Und in dem Moment, wo man diese Frage stellt,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

verharmlost man das Thema schon, denn Süchte sind natürlich ganz eindeutig definiert und da brauchen Sie nur mit einem Arzt zu sprechen, der kann Ihnen das ganz genau erklären, was eine Sucht ist. Also diese Grauzone, die hier herzustellen versucht wird, gibt es in der Form nicht.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und mein Antrag oder unser Antrag beschäftigt sich eben auch mit Sucht und nicht nur mit übertriebenem Spielkonsum, sondern das ist dann wirklich schon eine andere Kategorie.

Dann wurde gesagt, es gibt natürlich viele Süchte und nicht nur die nach Computerspielen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Da hat Frau Hesse auch recht, natürlich gibt es viele Suchtgefahren, und die werden auch im Schulunterricht,

(allgemeine Unruhe –  
Glocke der Vizepräsidentin)

die werden auch im Schulunterricht thematisiert, und zwar schon seit Jahrzehnten, und das ist auch richtig. Unser Antrag zielt ja genau in diese Richtung, dass eine neue Sucht, die gerade jetzt erst als Krankheit klassifiziert wurde,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

genauso behandelt wird wie auch andere Suchtgefahren. Das kann also noch gar nicht im Vorfeld schon genau so gewesen sein, weil es ja gerade erst neu als Sucht klassifiziert wurde.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Es würde mich sehr überraschen, wenn es dann trotzdem schon im Schulunterricht irgendwie thematisiert worden wäre, obwohl es noch gar nicht als Krankheitsbild

festgestellt ist. Deswegen kann das nicht sein und deswegen ist es auch richtig, das in Zukunft verstärkt zu machen.

Frau Hesse, die von, glaube ich, allen Rednern hier das größte Verständnis für das Thema aufgebracht hat – das muss sie auch als Bildungsministerin –, hat es ja richtigerweise aufgegriffen: Das Unterrichtsfach Informatik und Medienbildung ist genau das richtige Fach, wo man auf dieses Thema eingehen kann und auch eingehen wird, so habe ich das verstanden, in den Jahrgangsstufen 5 bis 10, und das werden wir natürlich gerne monitoren, ob das dann auch so passiert.

Zu Frau Kröger muss ich noch sagen, Frau Kröger, das war jetzt ein bisschen schade, Sie haben anscheinend den Antrag gar nicht zu Ende gelesen, denn der Schwerpunkt war ja genau die Präventionsarbeit und nicht die Studie. Die Studie wäre jetzt nur die Basis gewesen.

(Jörg Heydorn, SPD:  
Kommen Sie zum Ende!)

Und ich komme nicht zum Ende! Ich komme dann zum Ende, Herr Heydorn, wenn ich das möchte beziehungsweise wenn meine Redezeit abgelaufen ist.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Mit Ihrer Äußerung jetzt gerade heben Sie sich nicht zum ersten Mal unangenehm hervor.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –  
Jörg Heydorn, SPD: Time out.)

Frau Kröger, das haben Sie irgendwie nicht so richtig mitbekommen, dass es ja genau um die Prävention geht, um nichts anderes. Wir wollen hier nicht eine medizinische Institution schaffen, die Kranke behandelt, sondern wir möchten die Schüler und Jugendlichen präventiv davor bewahren, in eine neue Sucht abzugleiten. Es ist auch, wenn man sich damit in der Fachwelt beschäftigt, ein ganz heiß diskutiertes Thema, inwiefern Wechselbeziehungen entstehen zwischen einer Computerspielsucht und anderen Süchten und inwiefern das eine das andere begünstigt.

Also ich kann nur noch mal nachhaltig dafür werben, das Thema wirklich sehr ernst zu nehmen.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Es ist ein Thema,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Das ist ein ernstes Thema.)

das eben noch relativ neu ist, deswegen fehlen da auch noch die Erfahrungen

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und deswegen wird es auch noch ganz viele weitere Studien geben.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Ob Mecklenburg-Vorpommern jetzt eine Studie in Angriff nimmt oder nicht,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

spielt dabei keine große Rolle. Es wird ganz viele Studien weltweit dazu geben und die werden uns dazu noch weitere Erkenntnisse bringen. Wir werden vielleicht in wenigen Jahren schon noch mal ganz neu über dieses Thema sprechen müssen und dann auch feststellen, dass tatsächlich die bisherigen Versuche nicht ausgereicht haben.

So, und jetzt überlasse ich das letzte Wort sehr gerne der Präsidentin des Landtages.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Wildt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/2908 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktionen Freie Wähler/BMV und AfD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/2908. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/2908 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 14. Dezember 2018, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Ich hoffe allerdings, dass ich Sie alle beim Kleinen Konzert in der Schlosskirche und dann später auf dem Schlossinnenhof wiedersehen werde. Genießen Sie unseren kleinen Weihnachtsmarkt, der zum ersten Mal nicht auf einer Baustelle stattfindet!

**Schluss: 17.23 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Sylvia Bretschneider, Stefanie Drese, Nadine Julitz, Burkhard Lenz und Erwin Sellering.